



Printed in Germany  
Tschechien Kč 185,-  
Ungarn Ft 2350,-  
Spanien € 6,50  
Spanien/Katalan € 6,70  
Slowakei € 6,60  
Slowenien € 6,30  
Polen (ISSN0387452) ZL 32,-  
Portugal (cont) € 6,50,-  
Norwegen NOK 82,-  
Österreich € 5,80  
Griechenland € 7,-  
Italien € 6,50  
Finnland € 8,-  
Frankreich € 6,50  
BeNeLux € 5,80  
Dänemark dkr 53,-

## »Kein Täter soll sich sicher fühlen«

### Wie Fahnder nach Jahrzehnten rätselhafte Mordfälle lösen



Wer darf rein?

**Das Flüchtlingsamt Bamf – eine Behörde außer Kontrolle**

**Erst Iran, nun Nordkorea  
Donald Trump und  
das weltpolitische Chaos**

**Digitale Medizin  
Fortschritte im  
Kampf gegen Krebs**

# DIE EROBERUNG DIGITALEN WELT.

DER BMW 5er. MIT BUSINESS PAKET\* UND  
BMW DIESEL-RÜCKNAHMEVERSPRECHEN\*\*.



DIESEL  
RÜCKNAHME  
VERSPRECHEN

\*Business Paket optional erhältlich. \*\*Das BMW Diesel-Rücknahmeversprechen gilt, wenn die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind: Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ordnet nach der Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.02.2018 ein Fahrverbot ausschließlich für Dieselfahrzeuge zum Zwecke der Luftreinhaltung innerhalb einer Gemeinde im deutschen Bundesgebiet an. Das Fahrverbot tritt während der Laufzeit des Leasingvertrages in einer Gemeinde in einem Radius von 100 Kilometern um den melderechtlichen Erstwohnsitz oder die Arbeitsstätte des Leasingnehmers in Kraft und das vertragsgegenständliche Fahrzeug ist von dem Fahrverbot betroffen. Der Leasingnehmer schließt einen mit dem bisherigen Leasingvertrag vergleichbaren Anschlussvertrag über ein Fahrzeug der Marke BMW oder MINI bei der BMW Bank GmbH, Heidemannstraße 164, 80939 München ab. Als Fahrverbot gilt, wenn einmalig an einem Wochentag (Werktag, Sonn- und Feiertag) die Einfahrt in ein Gebiet untersagt wird. Als ein vergleichbarer Anschlussvertrag gilt ein Leasingvertrag, der im

# DER



Freude am Fahren



Vergleich zum bisherigen Leasingvertrag einen maximal um 15 % geringeren Fahrzeug-Grundpreis vorsieht, oder ein Finanzierungsvertrag, der den gleichen oder einen höheren Fahrzeug-Kaufpreis im Vergleich zum Fahrzeug-Grundpreis des bisherigen Leasingvertrages vorsieht. Dieses Angebot ist innerhalb des Aktionszeitraumes vom 15.03.2018 bis 30.06.2018 bei Neufahrzeugen und Vorführwagen der Marke BMW verfügbar. Die Konditionen des Anschlussvertrages (Leasingentgelt, Laufzeit, Laufleistung des Leasingfahrzeuges etc.) richten sich nach dem durch Leasing oder Finanzierung zu finanzierenden Fahrzeug sowie nach den zum Zeitpunkt des Abschlusses des Anschlussvertrages bei der BMW Bank GmbH, Heidemannstraße 164, 80939 München für derartige Leasing- und Finanzierungsverträge allgemein gültigen Konditionen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Für weitere Bedingungen und Informationen zum BMW Diesel-Rücknahmeversprechen besuchen Sie bitte [www.bmw.de/diesel-ruecknahmeversprechen](http://www.bmw.de/diesel-ruecknahmeversprechen) oder fragen Sie Ihren BMW Partner. Abbildung zeigt Sonderausstattungen.

# Unsere Haltung: Weidehaltung!

## EIN IRISCH GUTES KONZEPT

Weidehaltung liegt einfach in unserer Natur, denn gleich  $\frac{2}{3}$  Irlands sind grün und 80 % davon sind saftige Weiden. Deshalb hat bei uns jede Kuh fast ein ganzes Fußballfeld für sich alleine zum Gras. So fressen unsere Kühe fast ausschließlich frisches Weidegras und das ist für sie einfach das beste Futter.



## DER GOLFSTROM MACHT'S MÖGLICH

Er sorgt das ganze Jahr über für mildes Klima und jede Menge frisches Weidegras. So fühlen sich die Kühe draußen immer wohl. Und das an bis zu 300 Tagen im Jahr, rund um die Uhr. Davon können die Kühe in anderen europäischen Ländern nur träumen.

## UNSERE ANTWORT AUF DIE FRAGE DES GUTEN GESCHMACKS

Die artgerechte Weidehaltung ist aber nicht nur ganz nach dem Geschmack unserer Kühe, sie sorgt auch für die einzigartige Qualität in allen Kerrygold Produkten.



Jetzt mehr erfahren unter:  
[Unsere-Haltung-Weidehaltung.de](http://Unsere-Haltung-Weidehaltung.de)



Das Gold der Grünen Insel

# DER SPIEGEL

Das deutsche Nachrichten-Magazin

Hausmitteilung

Betr.: SPIEGEL+, Turnen, SPIEGEL GESCHICHTE



Neubacher, Lutteroth, Dörting

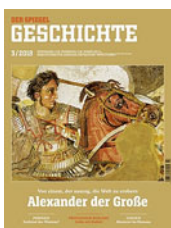
Am Montag startet das neue digitale Premium-Angebot SPIEGEL+. Wir glauben, es ist das beste und fairste Angebot, das wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, machen können. SPIEGEL+ vereint alles, wofür der SPIEGEL steht: sorgfältige Recherche, gewissenhafte Faktenprüfung, durchdachte Schreibe, »Sagen, was ist«. Ob auf dem PC, dem Tablet oder dem Smartphone – auf SPIEGEL+ bieten wir Ihnen täglich anspruchsvolle und exklusive Artikel, Videos und andere multimediale

Inhalte aus allen Redaktionen unseres Hauses. Wir enthüllen und klären auf, differenzieren, analysieren und kommentieren. Kurz: Wir tun das, was wir am besten können, nun auch in seiner modernsten Form. »SPIEGEL+ gibt uns die Möglichkeit, den SPIEGEL als digitales Nachrichten-Magazin neu zu inszenieren«, sagt Chefredakteur Klaus Brinkbäumer. Barbara Hans, Chefredakteurin von SPIEGEL ONLINE, sagt: »Durch die Zusammenarbeit beider Redaktionen entsteht ein neues Angebot, das einen echten Mehrwert bietet.« Redaktionell wird SPIEGEL+ von Jule Lutteroth, Thorsten Dörting und Alexander Neubacher geleitet. Das Abo kostet 19,99 Euro im Monat. Unter 30-Jährige zahlen 11,99 Euro. Die Digital-Abos sind jederzeit monatlich kündbar und starten mit einem Gratismonat. Abonnenten des digitalen SPIEGEL haben von Montag an freien Zugriff auf SPIEGEL+.

Es ist ein historischer Skandal: Jahrzehntlang wurden Hunderte Mädchen und Frauen vom Teamarzt der US-Turnerinnen missbraucht, Warnungen und Hinweise nicht ernst genommen oder gar ignoriert. Unter den Opfern ist auch die Olympiasiegerin Jordyn Wieber. Redakteurin Antje Windmann traf die 22-Jährige in Los Angeles, um über deren Trauma und die Folgen zu sprechen. In der Gymnastikhalle, in der das Foto entstand, trainiert Wieber heute junge Athletinnen. »Viele sind von Trainern missbraucht oder misshandelt worden, müssen erst mal wieder Freude für den Sport entwickeln«, sagt die ehemalige Kunstturnerin, die nun dafür kämpft, dass Turnhallen zu sicheren Orten werden. »Mädchen wie Jordyn Wieber zu beschützen, das war den Verantwortlichen bislang völlig gleichgültig«, sagt Windmann, »es zählten nur die Reputation der Vereine und Verbände. Und Medaillen, natürlich.« **Seite 90**



Windmann, Wieber

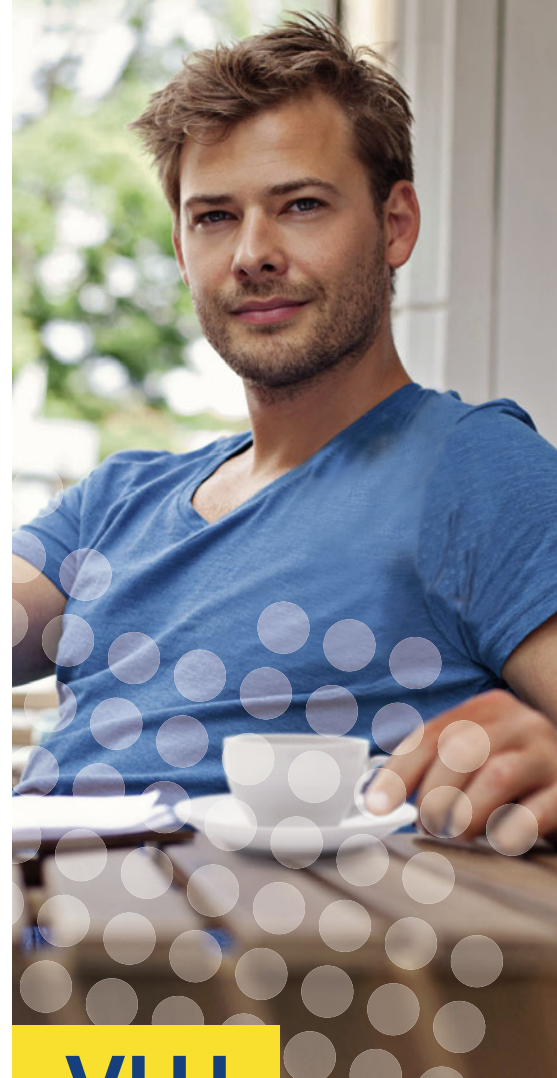


Er war ein junger Draufgänger mit Charisma, der innerhalb weniger Jahre ein Weltreich errichtete; gleichzeitig ein skrupelloser Despot, der Vertraute und Konkurrenten ermorden ließ, wahllos Völker unterwarf und die Macht liebte: Alexander der Große ist eine der unvergesslichen Gestalten der Geschichte. Sein Feldzug mit Tausenden Soldaten durch Steppen, über Gebirge und reißende Flüsse bis nach Indien lässt noch heute staunen. In welcher Welt lebte der große Makedone? Was für ein Mensch war er, und wie konnte es ihm gelingen, ein Weltreich zu schaffen?

Die neue Ausgabe von SPIEGEL GESCHICHTE entwirft ein Panorama der Epoche, von den Anfängen des legendären Eroberers bis zu seinem Tod in Babylon. SPIEGEL GESCHICHTE »Alexander der Große« erscheint am Dienstag.

# Steuern?

Lass ich machen.



VLH.

Wir machen Ihre Steuererklärung.

[www.vlh.de](http://www.vlh.de)

  
Vereinigte  
Lohnsteuerhilfe e.V.  
LOHNSTEUERHILFEVEREIN

# Inhalt

72. Jahrgang | Heft 22 | 26. Mai 2018

## Titel

**Verbrechen** Wie Ermittler nach Jahrzehnten rätselhafte Mordfälle lösen – fast immer gibt es eine Spur, die noch nicht kalt ist ..... **12**

## Deutschland

**Leitartikel** Die EU muss der populistischen Regierung in Italien mit Härte begegnen ..... **8**

**Meinung** Im Zweifel links / So gesehen: Ein neues Rezept im Kampf gegen die AfD ..... **10**

*Bayern blockiert Asylprozessreform / Kohl belog Ostdeutsche / NRW drängelt bei Einwanderungsgesetz* ..... **22**

**Migration** Die Affäre um das Flüchtlingsbundesamt weitet sich aus – und setzt Kanzlerin Angela Merkel und Innenminister Horst Seehofer unter Druck ..... **26**

**Parteien** Warum CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer sich von Parteichefin Merkel absetzen muss ..... **32**

**Umwelt** Verkehrsminister Andreas Scheuer verliert die Geduld mit der Autoindustrie ..... **34**

**SPD** Der ehemalige Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig über den desolaten Zustand seiner Partei ..... **36**

**Linke** Drei Abende mit dem Musikproduzenten und Politiker Diether Dehm ..... **38**



MARKUS SCHREIBER / AP

## Willkür im Amt

Neue Enthüllungen belasten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Auch in anderen Außenstellen gab es auffällig hohe Anerkennungsdaten. Die Schlampereien setzen Bundesinnenminister Horst Seehofer unter Druck, endlich zu handeln. **Seite 26**



ALESSANDRO BIANCHI / REUTERS

## Die Chaos-Koalition

In Rom regieren künftig EU-kritische und russlandfreundliche Populisten, die Italiens Ausgaben massiv erhöhen wollen. Die Eurokrise könnte zurückkehren – und die Währungsunion schlimmstenfalls zerreißen. **Seiten 8, 78, 83**

**Bildung** Schulleiter arbeiten viel und verdienen wenig – wie die Länder versuchen, trotzdem mehr Lehrer in den Job zu locken ..... **44**

**1968** Auch die Revolte hat ein Archiv – in einem Berliner Keller lagern die Dokumente des Studentenaufstands ..... **48**

## Gesellschaft

*Früher war alles schlechter: Der Fusel stirbt aus / Anleitung zur perfekten Grillwurst* ..... **50**

**Eine Meldung und ihre Geschichte** Eine Frau bringt ihr Baby allein zur Welt – mithilfe von YouTube-Videos ..... **51**

**Bürgersinn** Selbst ernannte amerikanische Ermittler treiben mit detektivischer Arbeit ihren Präsidenten vor sich her ..... **52**

**Kolumne** Leitkultur ..... **57**

## Wirtschaft

*Konjunkturrisiko Trump / Schlecker-Familie will Veröffentlichung des Urteils verhindern / Ex-Cheflobbyist Thomas Steg vor Rückkehr zu VW* ..... **58**

**Zukunft** Im Silicon Valley arbeiten Riesenkonzerne und Hunderte Start-ups an der Revolution der Medizin **60**

**Exporte** Deutsche Unternehmen erhalten kaum noch Aufträge aus Saudi-Arabien ..... **64**

**Steuerbetrug** Bei der Deutschen Bank verhalten sich die Fahnder auffällig nachsichtig ..... **66**

**Analyse** Die USA drehen die Regulierung der Banken zurück – ohne Rücksicht auf die Risiken ..... **69**

**Erfahrungsbericht** Die miesen Tricks der Autovermieter ..... **70**

### Ausland

*Der widersprüchliche Reformkurs des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman / Neue Bürgerbewegung in Spanien* ..... **72**

**Nordkoreakonflikt** Folgt der Absage des Trump-Kim-Gipfels jetzt die militärische Eskalation? .... **74**

**Italien** Mit der Regierung der Populisten in Rom droht die Rückkehr der Eurokrise ..... **78**  
Die designierte Regierung in Rom unterhält enge Verbindungen zu AfD und Pegida ..... **83**

**Essay** Katajun Amirpur über die Auseinandersetzung zwischen Iran und den USA ..... **84**

**Kolumbien** Der nächste Präsident könnte ein Friedensgegner sein – kehrt dann der Bürgerkrieg zurück? ..... **86**

### Sport

*Deutsche Erfolgstrainer im Europapokal / Magische Momente: Der ehemalige Profi Alan Kennedy über seine schwere Zeit beim FC Liverpool* ..... **89**

**Turnen** Das lange Leiden der Opfer im US-amerikanischen Missbrauchsskandal ..... **90**

**Analyse** Warum Fifa-Chef Gianni Infantino die USA hofiert ..... **95**

**Fußball** Sportpsychologe Henning Plessner über Ärgernisse beim Videobeweis ..... **96**



TEK IMAGE / SCIENCE PHOTO LIBRARY

## Länger leben

Das Silicon Valley will das Geschäft mit der Gesundheit revolutionieren. Konzerne wie Google und zahllose Start-ups arbeiten an einer neuen Medizin, die auf Daten, künstlicher Intelligenz und Algorithmen basiert. **Seite 60**

## Herr Direktor ist nicht da

Deutschland gehen die Schulleiter aus. Besonders an Grundschulen bleiben die Posten bisweilen jahrelang unbesetzt, weil der Aufstieg für Lehrer nicht attraktiv ist. Die Länder wollen sie nun locken. **Seite 44**



LISA WASSMANN / DER SPIEGEL

## Merkels Mädchen

CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer könnte in zwei Jahren Parteichefin werden. In der Union wächst ihre Beliebtheit. Um aber auch die Konservativen zu überzeugen, muss sie sich von der Kanzlerin emanzipieren. **Seite 32**

### Kultur

*Özil und Gündoğan bei Steinmeier / Kurator Nicolaus Schafhausen verlässt aus Protest die Wiener Kunsthalles* ..... **98**

**Staatsministerinnen** Das Selbstverständnis der Deutschen, das Kreuz und die Wiederkehr konservativer Normen – ein SPIEGEL-Gespräch mit Monika Grütters ..... **100**

**Schriftsteller** Philip Roth ist tot, der Letzte der Großen ..... **106**

**Theater** Mobbingvorwürfe in Köln ..... **108**

**Kino** Ein Besuch bei Agnès Varda, der 89-jährigen Veteranin der Nouvelle Vague ..... **110**

**Inszenierungskritik** Mark Zuckerberg auf Europatour ..... **113**

### Wissenschaft

*Ökostrom aus Kohlemeilern / Wie ein Asteroid (beinahe) alle Vögel der Welt auslöschte / Mehr Forschungsgelder für Frauen!* ..... **114**

**Migration** Helden der Hoffnungslosigkeit – wie die »Ärzte ohne Grenzen« Flüchtlingen in den griechischen Lagern beim Überleben helfen ..... **116**

**Erfinder** Zwei Tüftler aus dem Rheinland brauen am Kraftstoff der Zukunft – aus Altöl und Wasser ..... **121**

**Umwelt** Bienen siechen, Schmetterlinge schwinden, und Brüssel vertut die Chance auf eine ökologischere Landwirtschaft ..... **122**

**Bestseller** ..... **105**

**Impressum, Leserservice** ... **124**

**Nachrufe** ..... **125**

**Personalien** ..... **126**

**Briefe** ..... **128**

**Hohlspiegel / Rückspiegel** ... **130**

# Trumps Epigonen

**Leitartikel** Die EU-Staaten sollten die neue Populistenregierung Italiens in die Schranken weisen.

Sie sehen sich als Vollstrecker des wahren Volkswillens, setzen die Nation an erste Stelle und nehmen keine Rücksicht auf internationale Verträge. Die Rede ist nicht von den Parteigängern Donald Trumps in den USA. Sondern von der neuen Regierung Italiens, die sich in diesen Tagen formiert und deren politische Absichten sich frei nach einem FDP-Slogan wie folgt zusammenfassen lassen: Italien first, Bedenken second.

Für Europa ist die italienische Version des Trumpismus dabei kaum weniger gefährlich als das Original. Das Programm der neuen Populistenkoalition in Rom besteht im Wesentlichen darin, in großem Stil die Steuern zu senken sowie Renten und Sozialleistungen zu erhöhen – und so das hoch verschuldete Land noch weiter zu verschulden. Es ist eine Agenda, die ständig mit dem Selbstmordattentat droht: Entweder ihr kommt uns entgegen, so lautet die Ansage, oder wir sprengen unser Land in die Luft, und die Eurozone dazu.

Auf den ersten Blick klingt das wie die Drohung des einstigen griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis, der vor drei Jahren ebenfalls den großen Währungs-crash beschwor, sollte die Eurozone der Regierung in Athen nicht einen wesentlichen Teil ihrer Schulden erlassen. Doch in Wahrheit ist die Attacke aus Rom weit dreister und gefährlicher.

Gefährlicher ist sie, weil Italien, anders als das weit kleinere Griechenland, im Fall der Fälle allenfalls für ein oder zwei Jahre von den Rettungsschirmen des Kontinents geschützt werden könnte (siehe Seite 78). Danach würde der Euro nahezu unweigerlich in eine existenzbedrohende Krise stürzen und möglicherweise Banken und Finanzinstitutionen in aller Welt mit in den Abgrund reißen. Wenn Griechenland einen Sprengsatz für den Währungsverbund darstellte, dann wäre Italien eine Atombombe.

Überdies zeichnet sich die römische Kampagne durch eine besondere Form von Unverfrorenheit aus. Griechenland war ein armes Land am Rande des Bankrotts, das in einer akuten Notlage um Hilfe bat. Die Italiener dagegen sind im Schnitt vermöglicher als die Deutschen und um ein Vielfaches reicher als die Bürger Lettlands oder der Slowakei – trotzdem sollen auch diese nun für die Folgen einer Steuerreform geradestehen, die vor allem dem wohlhabenderen Teil der italienischen Bevölkerung nutzt. Setzt sich die neue Regierung damit durch, hätte sie eine besonders

perfade Form von Transferunion in Europa etabliert: von arm zu reich.

Die Regierungen der Eurozone sind deshalb gut beraten, die Zumutungen aus Rom mit kühlem Kopf zurückzuweisen. Auf der einen Seite dürfen sie keine Zweifel zulassen, dass sich auch das Kabinett des designierten Premierministers Giuseppe Conte an die geltenden Haushaltsregeln zu halten hat. Auf der anderen Seite sollten die Mächtigen in Berlin, Brüssel und Paris – anders als es manche deutsche Ökonomen derzeit empfehlen – unbedingt an ihren Plänen für eine Reform der Eurozone festhalten. Und zwar im Geiste jener Vorschläge, die Frankreichs Präsident Emmanuel Macron schon vor Monaten vorgelegt hat

und von denen auch Italien profitieren könnte.

Ein größeres Investitionsbudget zum Beispiel würde nicht zuletzt den arbeitslosen Jugendlichen im Süden des Landes zugutekommen; jedenfalls könnte es weit eher neue Jobs schaffen als etwa die Herabsetzung des Rentenalters, wie sie Roms neue Regierung plant. Mehr Unterstützung hat Italien auch für die Bewältigung der Flüchtlingskrise verdient, bei der es jahrelang vom Rest des Kontinents allein gelassen wurde. Es ist ein bewährtes Prinzip: Die Aussicht auf mehr Geld aus Brüssel hat schon viele Regierungen bewegen, über ihre politischen Pläne noch einmal nachzudenken.

Der wichtigste Verbündete der EU ist dabei der Finanzmarkt.

Seit Tagen schon steigen die Risikoauflagen für italienische Staatsanleihen, und das wird so weitergehen, wenn die neue Regierung an ihren unbezahlbaren Steuer- und Sozialversprechen festhält. Passt sie ihre Pläne dagegen rasch der Realität an, sinken die Aufschläge, und die Regierung müsste weniger Geld für Zins und Tilgung bereitstellen. Es klingt paradox, ist aber trotzdem richtig: Je besser die Regierung haushaltet, desto mehr Geld kann sie ausgeben. Die Frage wird sein, wie schnell sich Italiens große Vereinfacher mit dieser Logik anfreunden können.

Mehr Solidarität gegen mehr Stabilität, so lautet das Motto Macrons für die Reform der Eurozone, und so könnte nun auch das Motto für den Umgang mit der neuen Populistenregierung in Italien lauten. Am Ende könnte ein Deal stehen, der im Interesse beider Seiten liegt.

Und für gute Deals sollten Donald Trumps italienische Epigonen langsam ein Gespür entwickeln. Michael Sauga



Designierter Premierminister Conte

RICCARDO ANTONIANT / EPA-EFE / REX / SHUTTERSTOCK





# Bereit für aufregende Tage! Und Nächte.

Zwei für unendlich viele Möglichkeiten. Die V-Klasse und der Marco Polo. Mit bis zu acht Sitzen oder fünf bequemen Schlafplätzen – und das Abenteuer kann losgehen! Mehr bei Ihrem Mercedes-Benz Partner oder auf [mercedes-benz.de](http://mercedes-benz.de)

\*Die Abbildung enthält Sonderausstattungen. Unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers zuzüglich lokaler Überführungskosten.  
Anbieter: Daimler AG, Mercedesstraße 137, 70327 Stuttgart

---

Die Marco Polo Familie schon ab **41.412 €\***  
Die V-Klasse schon ab **34.990 €\***

---

Mercedes-Benz



# Meinung

Jakob Augstein **Im Zweifel links**

## Igittigittigitt



»Ich bin hier bei der Arbeit – nicht auf der Flucht.« Dieser Spruch hing früher in deutschen Amtsstuben – und heute womöglich noch in den Dienststellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Würde jedenfalls passen, wenn man bedenkt, dass viele Leute von den Beamten erwarten, Flüchtlinge nicht allzu sehr willkommen zu heißen.

In der Bremer Außenstelle wurde diese Erwartung nicht ganz erfüllt. Bremen war lange das gelobte Land für viele Flüchtlinge. Zumindest gibt es da jetzt diesen bösen Verdacht: Zwischen 2013 und 2016 könnten hier mindestens 3332 Asylanträge rechtswidrig genehmigt worden sein. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Zurückhaltend gesagt: Die Zahl ist nicht furchtbar hoch, wenn man bedenkt, wie viele Menschen in dieser Zeit in Deutschland Schutz gesucht haben. Allein 2016 hat das Bamf bundesweit 695 733 Entscheidungen gefällt. Aber dennoch schwilt den Deutschen der Kamm – wenigstens denen, die Merkels Flüchtlingspolitik ohnehin verachten. Alice Weidel poltert vom »vollständigen Kontrollverlust der Bundesregierung in der Asylpolitik«. Und die »Bild«-Zeitung schreibt von »Bestechung, Betrug, Kontrollverlust beim BAMF«. Der »Korruptionsvorwurf«, den man der

abberufenen Amtsleiterin gemacht hat, beschränkt sich übrigens darauf, dass sie sich angeblich eine Hotelübernachtung bezahlen und zum jesidischen Neujahrsfest einladen ließ. In Bremen ging es wahrscheinlich nicht um Geld – sondern um Menschenfreundlichkeit. Igittigittigitt.

Aber es ist natürlich richtig, dass man prüft, wer hier Schutz sucht und wer nicht. Die Christian Lindners dieser Welt wollen ja sicher sein, dass in der Schlange beim Bäcker keine illegalen Flüchtlinge stehen – Steuerflüchtlinge sind damit natürlich nicht gemeint. Wenn man in Deutschland schon etwas in Sicherheit bringt, dann sein Geld. Nicht das Leben anderer.

Jetzt sollen 18 000 Altfälle erneut unter die Lupe genommen werden. Ach so, wo wir gerade bei der Überprüfung von Asylbescheiden sind: Es ist aufgefallen, dass in Bayern, Brandenburg und Sachsen die Anträge von Menschen aus Afghanistan, dem Irak und Iran viel häufiger abgelehnt werden als im deutschen Durchschnitt. Wenn man jetzt die Anerkennungen überprüft, sollten unbedingt auch die Ablehnungen kontrolliert werden. Es geht schließlich um die Frage, wie zuverlässig deutsche Behörden arbeiten. Oder etwa nicht?

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

### Kittihawk



### So gesehen

## Gauländer raus!

In Frankfurt zeigt eine Grüne, wie man die AfD erledigt.

● Während andere Politiker noch in Rat- und Hilflosigkeit angesichts der AfD verharren, macht Daniela Cappelluti beherzt vor, wie man Rechtspopulisten das Fürchten lehrt. Am Rande der Feierlichkeiten zum DFB-Pokalsieg durch die Frankfurter Eintracht entdeckte die Kreisgeschäftsführerin der Grünen den AfD-Chef Alexander Gauland, wie er in Begleitung einer älteren Dame mit Gehstöcken die Frankfurter Altstadt inspierte. Cappelluti zögerte nicht, sich für Freiheit und Demokratie einzusetzen: »Sehr geehrter Herr Gauland, ich würde Sie bitten, die neue Altstadt Frankfurts zu verlassen«,



nölt sie auf den eher unbeeindruckt wirkenden AfD-Mann ein.

Ihre Stimme droht mehrmals zu brechen, aber tapfer hält sie durch, bis der Bösewicht schließlich um eine Ecke biegt. Wir wissen das, weil Cappelluti ihren beispiellosen Akt der Zivilcourage selbst gefilmt und danach dankenswerterweise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. In einem zweiten, mittlerweile leider nicht mehr auffindbaren Video brüstet sich die Grüne nach Medienberichten damit, Gauland »erfolgreich vertrieben« zu haben: »Dieser Arsch darf heute nicht dabei sein.« Ja, genau so muss man's machen: Der Andersdenkende hat nicht nur unrecht, er hat auch kein Recht auf freches Umherschleichen im öffentlichen Raum. Alexander Gauland hat seine Lektion gewiss gelernt. Auch sind Massenaustritte bei der AfD zu erwarten, schließlich wollen Rechte ebenfalls mal raus zum Einkaufen. Cappelluti kann derweil auf eine große Karriere hoffen: als Vogelscheuche. Stefan Kuzmany



Mehr spannende  
Geschichten auf  
[www.kfw.de/stories](http://www.kfw.de/stories)

## »»» Weiterdenker finden in der Wüste eine Lösung für unser Klima.

Die KfW fördert nachhaltige Umwelt- und Klimaprojekte auf der ganzen Welt. Durch die Nutzung von Strom aus Sonnenenergie wird der Ausstoß von umweltschädlichen Treibhausgasen vermindert. Als nachhaltige und moderne Förderbank unterstützt die KfW Projekte mit erneuerbaren Energien in rund 30 Ländern auf allen Kontinenten. Schließlich ist der Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung ein wichtiger Beitrag zum Schutz unseres Planeten. Und sorgt damit für ein besseres Klima, von dem nicht nur wir profitieren, sondern auch zukünftige Generationen. Weitere Informationen unter [kfw.de/stories/klimaschutzwirktnachhaltig](http://kfw.de/stories/klimaschutzwirktnachhaltig)



# DEN MÖRDERN

Tatort im Staatsforst Görhde,  
Parkplatz, Waldweg, ehemaliges Haus des Täters



# AUF DER SPUR

**Verbrechen** Wenn ein Mord nicht aufgeklärt wird, leiden die Angehörigen ihr Leben lang. Ermittlerteams kämpfen darum, Fälle auch nach Jahrzehnten zu lösen und den Familien der Opfer ein bisschen Gerechtigkeit zu geben.



Opfer Meier  
1988



Hausauffahrt des Täters im Fall Meier



Privatermittler Sielaff

**I**m Sommer 1989, dem Jahr, in dem Deutschland neu geboren wird, stirbt in Lüneburg die Fotografin Birgit Meier, 41. Ihr Mörder hinterlässt keine Spuren, nicht einmal ihre Leiche wird gefunden.

Die Tochter, die am Morgen als Erste das Haus betritt, findet nur eine offene Balkontür, verwirrte Katzen, einen Wecker, der auf kurz nach sieben Uhr gestellt ist, auf dem Bett die Umhängetasche der Mutter, auf dem Boden eine Metallkassette mit ein paar Fotos und Zigarettenasche.

Am Abend zuvor hatten die beiden noch telefoniert, gegen halb elf. Ich bin schon im Nachthemd, hatte die Mutter gesagt, ich leg mich gleich schlafen. Am nächsten Morgen ging sie nicht mehr ans Telefon.

Mehr als 27 Jahre wird es dauern, bis die Polizei endlich herausfindet, wer sie getötet hat. Fast drei Jahrzehnte, in denen

die Deutschen wiedervereinigt werden, nach Helmut Kohl zuerst Gerhard Schröder Kanzler wird und schließlich Angela Merkel. Die D-Mark wird abgeschafft und der Euro eingeführt, statt Briefe schreiben sich die Menschen nun E-Mails und SMS.

Fast drei Jahrzehnte, in denen eine Tochter verzweifelt, ein Ehemann zu Unrecht beschuldigt wird, der wahre Mörder sich das Leben nimmt, eine Mutter zerbricht und ein Bruder, selbst Polizist, fast den Glauben an seine Zunft verliert.

Und von Birgit Meier nichts, nur ihr Personalausweis, den ein Postbeamter zwei Wochen nach ihrem Verschwinden aus einem Stapel Briefe im Hamburger Hauptpostamt fischt.

**Lange war der Fall** der plötzlich verschwundenen Unternehmerrgattin aus Lüneburg ein sogenannter Cold Case, ein

ungeklärtes Verbrechen, zu dem die Ermittlungen eingestellt waren. Eines von Tausenden ungelösten Tötungsdelikten, deren Akten bundesweit in den Archiven vergilben. In dicken Ordnern voller grausamer Details, mit Bildern blutverschmierter Leichen und dem Vermerk der Staatsanwaltschaft: »Ein Täter konnte nicht ermittelt werden.«

Die allermeisten Mordfälle werden aufgeklärt, 2017 waren es 95,5 Prozent nach der Polizeistatistik. Doch jeder ungeklärte Mord ist ein Verbrechen, das niemals endet – weil es die Angehörigen endlos verfolgt. Wer hat das getan? Warum? Wie lange musste die Mutter, die Schwester, der Partner leiden? Die Qual der offenen Fragen stürze die Angehörigen in ein »psychisches Chaos«, sagt Kristina Erichsen-Kruse von der Opferschutzorganisation Weißer Ring, »die ungelöste Tat begleitet sie jeden einzelnen Tag, bis ans Ende ihres Lebens«.

Der Polizeibegriff Cold Cases, »kalte Fälle«, meint jene Taten, in denen jede Spur erkaltet und nirgendwo mehr hinzuführen scheint. In den Vereinigten Staaten entstanden schon in den Achtzigerjahren die ersten Spezialeinheiten für diese ungelösten Kapitalverbrechen. In Europa

gibt es Vergleichbares in den Niederlanden, wo in jeder der zehn Polizeiregionen eine Cold-Case-Einheit mit bis zu 20 Beamten arbeitet. »Wir tun das für die Angehörigen«, sagt Aart Garssen, 52, Chef dieser Einheiten, »und schaffen öffentliches Vertrauen in die Polizei.«

Auch in Deutschland haben Ermittler die Bedeutung der Cold Cases verstanden. Sie sehen inzwischen, wie wichtig es ist, auch nach 20, 30 Jahren alles dafür zu tun, ein Verbrechen doch noch aufzuklären. Das gibt den Angehörigen die Hoffnung auf späte Gerechtigkeit, entlastet die falsch Verdächtigten und zeigt dem Täter: Du kommst nicht davon.

»Wir können nicht zufrieden sein, solange ein Mordfall ungelöst bleibt«, sagt Frank-Martin Heise, Chef des Landeskriminalamts (LKA), der Ende 2016 in Hamburg die erste Cold-Case-Einheit gründete. Mord verjährt nicht, ein Rechtsstaat darf es nicht hinnehmen, ein solches Verbrechen ungesühnt zu lassen. »Auch die Angehörigen haben einen Anspruch auf effektive Strafverfolgung«, sagt Heise.

Viele alte Verbrechen konnten in den vergangenen Jahren mithilfe neuer Kriminaltechnik aufgeklärt werden. Nun geht es darum, Cold-Case-Ermittlungen fest in die Polizeiarbeit zu integrieren.

In Düsseldorf baut das LKA eine spezielle Datenbank mit 900 alten Fällen auf. Das LKA Wiesbaden entwickelt Empfehlungen dafür, wie Cold Cases neu aufgerollt werden können. In einem Pilotprojekt hat die Kripo Aschaffenburg zwölf Ermittler ein Jahr lang für solche Altfälle freigestellt. In Kiel sind zwei Cold-Case-Ermittler im Einsatz.

Die Hamburger Polizei hat ihre Einheit außerhalb der Mordkommission geschaffen, damit die Beamten »frei sind vom Druck der aktuellen Verfahren«, sagt LKA-Chef Heise, »sie brauchen einen neuen, unvoreingenommenen Blick«.

**Zwischen dem Bungalow**, aus dem im Sommer 1989 die Lüneburger Unternehmergattin Birgit Meier verschwand, und dem Rotklinkerhaus, in dem der Friedhofsgärtner Kurt-Werner Wichmann wohnte, liegen lediglich fünf Kilometer.

Kaum zehn Minuten, mehr braucht man nicht mit dem Auto. Der Gärtner, der damals 40 Jahre alt war, kannte die Strecke gut, denn er arbeitete bei Meiers Nachbarin im Garten und erledigte für sie Reparaturen.

Hatte er die Frau beobachtet, die seit einiger Zeit getrennt von ihrem Mann lebte? Er habe sich mal den Gartenschlauch bei ihr ausgeliehen, wird Wichmann nach Meiers Verschwinden aussagen. Man sah sich auf Partys der Nachbarin. Einmal habe er sie nach nebenan in ihr Haus gebracht, vielleicht sogar getragen, weil sie so betrunken gewesen sei.

Eines Tages klingelte er bei ihr, angeblich, um sich nach der Nachbarin zu erkundigen, die weggezogen war. Sie habe da wohl einen »Hausfreund« bekommen, erzählte Birgit Meier einer Kollegin – an dem Abend, bevor sie verschwand.

Das alles wussten die Ermittler in Lüneburg, die mit Hubschraubern, Hunden und Booten auf dem Reihersee und dem Elbe-Seitenkanal nach Birgit Meier suchten. Sie wussten auch, dass der Gärtner als 22-Jähriger zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden war, weil er eine 17-jährige Anhalterin vergewaltigt und fast getötet hatte. Ein Gutachter stufte Wichmann damals als »Intensivtäter mit erheblicher krimineller Energie« und als »gemeingefährlich« ein.

Doch erst im Oktober 1990, gut ein Jahr nach Meiers Verschwinden, wollte die Kripo Wichmanns Haus durchsuchen – die Staatsanwaltschaft lehnte ab. Sie hielt den Verdacht für nicht »konkret« genug. 1993 ließ eine junge Staatsanwältin endlich das Haus des Friedhofsgärtners durchsuchen und fand Verstörendes: Fesseln, Betäubungsmittel, ein umgebautes Kleinkalibergewehr, einen Revolver, eine Schießweste, Schalldämpfer, Munition, einen Schussapparat, ein Springmesser, einen Dolch, ein

An der Handschelle eine winzige Blutspur, doch die sollte die Polizei erst 23 Jahre später untersuchen.

Elektroschockgerät, Pornos, Kontaktanzeigen, Kartenmaterial. Alles versteckt in einer Art Geheimplatz hinter einer grünen, dick gepolsterten Tür.

Vergraben im Garten fand die Polizei ein Auto, einen roten Ford, den Wichmann geleast hatte. Im Kofferraum schlug der Leichenspürhund an. Auch ein Paar Handschellen stellte die Polizei sicher, daran eine winzige Blutspur – es war das Blut von Birgit Meier. Doch diese Blutspur sollte die Polizei erst 23 Jahre später untersuchen. So lange dauerte es auch, bis sie Wichmann mit zwei spektakulären Doppelmorden im Görhde-Wald unweit von Lüneburg in Verbindung brachte.

**Harald Meier**, der Ehemann der Verschwundenen, wartete all die Zeit vergebens darauf, dass das Verbrechen an seiner Frau aufgeklärt würde. Er hat seit 2016 ein Haus am Meer auf Marco Island, Florida. Er mag es, von dort die Delfine zu beobachten, die jeden Tag mit der Flut in die Bucht kommen. Erst hier hat er sich wieder sicher fühlen können.

Es sind 28 Grad, die Luft ist feuchtwarm. Meier, 72, kurze weiße Haare, sitzt in Jeans und schwarzem T-Shirt auf seinem

Lieblingsplatz auf der Terrasse, er blickt auf Palmen, Wasser, Villen. Lüneburg, der Ort, in dem seine Frau starb, ist 15 Flugstunden weit weg. »Hier gibt es keine Mörder«, sagt er, »hier kann man sogar die Türen unverschlossen lassen, und es kommt nichts weg.«

Zwei Morde gab es in den vergangenen 16 Jahren auf Marco Island, praktisch nichts für die USA. Entscheidend für Meier ist: Hier kennt ihn niemand, und niemand kennt seine Geschichte, »das ist eine große Entlastung«. Auch wenn sie schon getrennt lebten, hat sich der Mord an seiner Frau tief in sein Leben gegraben, bis heute.

Er hatte sich noch mit seiner Frau getroffen an jenem letzten Abend, sie besprachen den finanziellen Teil ihrer Scheidung. Man sei sich einig gewesen, sagt Meier. Von einem Teil des Geldes, das sie bekommen sollte, plante seine Frau ein Reihenhäus zu kaufen. Am nächsten Morgen wollte sie in einem Möbelladen dafür eine Einbauküche aussuchen.

»Sie hatte sich hübsch gemacht«, erzählt Meier, das habe ihn überrascht. »Erst im Nachhinein hab ich überlegt, hat sie das meinetwegen gemacht?« Oder für ihren Mörder? Meier glaubt heute, dass sie mög-

licherweise mit Friedhofsgärtner Wichmann verabredet war. Dass der sie später aus dem Haus gelockt habe. Eine halbe Stunde etwa sei er da gewesen, sagt Meier, dann hätten sie sich »ganz normal« verabschiedet.

Am nächsten Morgen, als seine aufgeregte Tochter ihn alarmiert, denkt er noch: Das kann nichts Schlimmes sein. Er lässt seine Frau im Möbelladen ausrufen, aber sie meldet sich nicht. Als er am Mittag die Polizei informiert, gilt sie dort als Vermisstenfall, und so wird das auch lange bleiben.

Harald Meier druckt Suchplakate in seiner eigenen Setzerei und hängt sie an Laternenpfähle, für Hinweise verspricht er 10 000 Mark, später 25 000, ohne Erfolg. Noch bevor ein Jahr vergangen ist, schreibt ihm die Staatsanwaltschaft: »Sehr geehrter Herr Meier«, die Ermittlungen seien »erfolglos verlaufen«. Es habe noch nicht einmal geklärt werden können, »ob Ihre Ehefrau ums Leben gekommen ist. Weitere Ermittlungsansätze sind nicht gegeben. Mit freundlichen Grüßen«.

Dann gerät Harald Meier selbst ins Visier der Polizei. Sein mögliches Motiv: die hohe sechsstelligen Summe, die er seiner Frau bei der Scheidung hätte zahlen müs-

sen. Er hat ein gut gehendes Druckunternehmen aufgebaut.

»Sie schrien mich an, ich solle es endlich zugeben«, erzählt Meier, »sie haben mich echt gequält.« Weil er nach dem Gespräch bei seiner Frau allein in seine Firmenwohnung gefahren sei, habe er kein Alibi gehabt. Beim Ehemann gebe es mehr Gründe, ein Tatmotiv anzunehmen, als bei Wichmann, für dessen Täterschaft könne »eigentlich nur seine kriminelle Vorbelastung sprechen«, befand die Kripo Celle, die 1994 eingeschaltet wurde.

Sein Segelboot in Neustadt an der Ostsee sei ohne Durchsuchungsbeschluss durchsucht worden, sagt Meier. Später sei die Polizei mit Hunden in seinem Haus gewesen. Ein Informant aus seiner Firma erzählte der Polizei, Meier habe seine Frau vermutlich im Boden der neu gebauten Fabrikhalle einbetoniert.

»Überall wurde getuschelt, schau mal, da kommt der Meier, du weißt schon.« In der Kantine hörte er, wie Mitarbeiter sagten: Traust du dem Chef das zu? Nee, sagt einer, ein anderer: Na ja, man weiß ja nie. Als er sich um einen großen Auftrag einer Krankenkasse bewarb, habe ihn der Vorstand zum Gespräch gebeten: »Sie werden verstehen, dass wir das fragen«, dann hät-

»Hier gibt es nur einen Schuldigen, und der bin ich«, schrieb Wichmann an seinen Bruder.

ten sie ihn auf seine Frau angesprochen. Den Auftrag erhielt er nicht.

»All das hat an mir genagt«, sagt er. Nach außen gab er sich cool, »doch zu Hause hab ich geheult«. All die Jahre habe er sich gewünscht, »dass es eine Aufklärung gibt, solange ich noch lebe«.

Stattdessen eröffnet die Polizei 2007 nach einem Hinweis ein Ermittlungsverfahren gegen Meier, 18 Jahre nach der Tat. »Es bestehen keinerlei vernünftige Zweifel daran, dass Harald Meier seine Ehefrau getötet hat«, schreibt der ermittelnde Beamte ein Jahr später. Meiers Glück: Die Staatsanwaltschaft folgt der Meinung nicht.

Meier kannte sogar jenen Mann, den die Polizei schließlich 2016 als mutmaßlichen Mörder seiner Frau ermitteln sollte: Friedhofsgärtner Wichmann. »Ich sah ihn auf einer Party der Nachbarin, er hielt sich im Hintergrund.« Ihm seien Wichmanns blonde Haare aufgefallen, seine hohe Stimme und die Augen: »eiskalte, blaue Augen, ein starrer Blick«. Bei den Damen in der Umgebung habe Wichmann als harmloser Sonnyboy gegolten, erzählen andere.

1993, vier Jahre nach dem Verschwinden seiner Frau, bekam Meier in seiner

Firma einen Anruf. Die Polizei hatte gerade Wichmanns Haus durchsucht. »Ich habe seine Stimme sofort erkannt, das war Wichmann. Er sagte: Das habe ich dir und deinem sauberen Schwager zu verdanken.« Als Meier fragte, wer denn da sei, habe der Anrufer gesagt: »Du weißt genau, wer hier ist – und du wirst von mir hören.«

Zu der Zeit war Wichmann schon auf der Flucht. Er verursachte bei Heilbronn einen Verkehrsunfall und kam in U-Haft – nicht wegen des Verdachts im Fall Meier, sondern weil man Maschinenpistole und Munition in seinem Kofferraum gefunden hatte. In seiner Zelle erhängte er sich am 25. April 1993 mit dem Anstaltsgürtel. »Hier gibt es nur einen Schuldigen, und der bin ich«, schrieb Wichmann in einem Abschiedsbrief an seinen Bruder.

Das Verfahren im Fall Meier »hinsichtlich Wichmann hat durch dessen Tod seine Erledigung gefunden«, notierte die Staatsanwaltschaft 1994. Zwar sollte eigentlich gegen unbekannt weiterermittelt werden, doch praktisch ruhte das Verfahren.

Es dauert unfassbare 22 Jahre, bis eine neue Ermittlungsgruppe die Handfessel wieder aufspürt, die Polizisten 1993 bei der Durchsuchung in Wichmanns Haus ge-

funden hatten. Nun untersuchen sie auch den stecknadelkopfgroßen Blutstropfen, der daran haftet. »Mit 99,9-prozentiger Wahrscheinlichkeit« stimme das Blut mit der DNA von Birgit Meier überein, teilen die Ermittler im Oktober 2016 mit. Sie halten es nun für »sehr wahrscheinlich, dass der damals bereits tatverdächtige Friedhofsgärtner Birgit Meier entführt hat«. Wie sie dabei zu Tode kam, bleibt offen.

Für den so lange zu Unrecht verdächtigten Harald Meier gibt es in der Pressemitteilung nur einen dürren Satz: »Anhaltspunkte dafür, dass der damals ebenfalls ins Visier der Fahnder geratene Ehemann mit dem Verschwinden von Birgit Meier zu tun haben könnte, haben sich durch die neuen Ermittlungen nicht ergeben.«

**Hätte es bei Polizei** und Staatsanwaltschaft in Lüneburg nicht so viele Versäumnisse gegeben, hätte der Fall schon vor mehr als 25 Jahren aufgeklärt werden können, sagt der ehemalige Hamburger LKA-Chef Wolfgang Sielaff, 75. Kein Fall hat den Kriminalisten so verfolgt wie dieser, denn Birgit Meier war seine Schwester.

Sielaff ist gerade LKA-Leiter geworden, als sie 1989 verschwindet, und eine Zeit

lang denkt er sogar, jemand habe sie entführt, um ihn zu erpressen. Immer wieder hakt er bei den Kollegen in Lüneburg nach, sorgt dafür, dass der Fall bei »Aktenzeichen XY« vorgestellt wird. Doch die Ermittlungen kommen nicht voran.

Als er 2002 in den Ruhestand geht, ist seine Schwester immer noch nicht gefunden. Er gründet ein eigenes Ermittlungsteam aus pensionierten und aktiven hochkarätigen Kriminalisten: Rechtsmediziner, eine Kriminalpsychologin, Polizisten, ein Strafverteidiger, ein Staatsanwalt. Ihre Recherchen führen sie schnell zu einem Verdächtigen: Kurt-Werner Wichmann. »Seine kriminelle Vorgeschichte, seine Verstrickungen in Lügen und Widersprüche bei der Polizei, die Bezüge zu meiner Schwester, alles deutete auf ihn«, sagt Sielaff.

Knapp drei Monate nach ihrem Verschwinden sagte die Arbeitskollegin bei der Polizei aus, dass Birgit Meier ihr von Wichmann erzählt hatte. »Hätte man da konsequent weiterermittelt, hätte man es schon damals aufklären können«, sagt Sielaff. »Alles, was wir fanden, sagte uns: Wichmann war ein narzisstischer, psychopathischer Sadist.«

Eine Ex-Geliebte berichtete später der Polizei, einmal habe Wichmann sie mit einer Handschelle an die Heizung ketten wollen. Sie habe sich solche »Spielchen« verboten. Die Frau hatte ihn über eine Kontaktanzeige im »Hamburger Abendblatt« kennengelernt, sagte sie, unter »Mann mit Tagesfreizeit« oder so ähnlich.

2013 lassen die neuen Bewohner von Wichmanns Haus bei Lüneburg Sielaff und sein Team herein. Sie haben sich neu eingerichtet, natürlich, aber das Geheimzimmer hinter der dicken, gepolsterten Tür scheint noch so, wie Wichmann es 20 Jahre zuvor verlassen hatte. Dort entdecken die Privatermittler Videomitschnitte der »Aktenzeichen XY«-Sendung über Birgit Meier und zwei Morde im Gohrde-Wald. Die Polizei hatte sie offenbar übersehen.

**Steven Baack, 37**, Kriminalhauptkommissar, ist der Chef der neuen Cold-Case-Einheit im Hamburger LKA. Unterstützt von drei Kollegen, soll er Fälle lösen, die bisher als aussichtslos galten.

Je länger eine Tat zurückliegt, desto schwieriger wird es, den Täter zu finden. Deshalb gilt die Zeit als Feind der Ermittler. Doch nun sehen sie darin neue Chancen. »Die Zeit kann uns auch helfen«, sagt Baack, »wenn Zeugen, die lange schwiegen, plötzlich sprechen, weil sich in ihrer Beziehung etwas geändert hat oder ihnen gar nicht klar war, dass sie etwas Wichtiges wissen.«

Das Geheimnis der Cold Cases, sagt Baack, liege im Grunde in klassischer Ermittlungsarbeit. »Wir müssen eine neue Idee entwickeln, eine andere Perspektive





Ermittler Baack,  
Hamburger Cold-Case-Team



Opfer Hilal  
(Fahndungsbild 1999)

Tatort Elbgau-Passagen, Hamburg



auf den Fall.« Dafür geht er jedes Detail noch mal durch, befragt Zeugen erneut, stellt den Tatablauf nach, gibt Fotos an die Öffentlichkeit. In knifflige Fallfragen spannt er gern Polizeischüler ein.

Seine Fälle sind allesamt rätselhaft: Ein Student verabschiedet sich vor 19 Jahren von einem Fußballfreund an der U-Bahn – und kommt nie zu Hause an. Ein Familienvater wird 1993 abends an seiner Gartenpforte mit mehreren Schüssen getötet. Zwei Freunde, acht und neun Jahre alt, wollen an einem Sommerabend 1981 noch ein paar Runden mit ihren Fahrrädern drehen – sechs Wochen später findet man ihre Leichen in einem Naturschutzgebiet.

Baack, schlank, durchtrainiert, die kurzen Haare gegelt, war Ermittler für Sexualdelikte, leitete dann viele Jahre lang ein Spezialeinsatzkommando, und er sieht noch immer so aus, als würde er jede Verfolgungsjagd gewinnen. Die Pistole hat er stets griffbereit am Gürtel. »Kein Täter soll sich sicher fühlen«, sagt Baack, auch darum gehe es bei ihrer Arbeit.

Auf seinem Schreibtisch liegt das Handbuch des US-amerikanischen Cold-Case-Gurus Richard H. Walton, einiges hat er sich angestrichen: »Hefte ein Foto des Op-

fers an den Anfang der Akte, diese Person repräsentierst du jetzt, du bist vielleicht ihre letzte Chance auf Gerechtigkeit.«

Die Bilder der Mordopfer hängen an den Pinnwänden im Büro der Cold-Case-Einheit, neben Fotos von Tatwaffen, einem Rennrad, wie der mutmaßliche Täter es fuhr, das Schwarz-Weiß-Bild einer Wohnsiedlung in den Siebzigerjahren: »Wichtig ist, die Dinge zu sehen, wie sie zur Tatzeit aussahen, wir müssen uns dahin zurückdenken«, sagt Baack. »Und: Um den Täter zu finden, müssen wir sein Opfer kennen.« Auf dem Boden steht ein Plastiksack aus der Asservatenkammer, ein Fall aus dem Jahr 1983, ein grüner Anorak und ein helles Hemd mit Blutfleck blitzen hervor.

Fast 350 ungeklärte Tötungsdelikte hat Baacks Einheit schon gesichtet, rund zwanzig davon versuchen die Ermittler derzeit zu lösen. Und sie wollen herausfinden, was mit der zehnjährigen Hilal passiert ist, die im Januar 1999 mittags vor einem Einkaufszentrum verschwand.

Der Fall klebt wie Pech an der Hamburger Polizei. Hilal ist das einzige seit Langem verschwundene Kind der Stadt, das nicht gefunden werden konnte. Einer von Sielaffs Nachfolgern als Chef des LKA versprach, den Fall bis zu seiner Rente zu lösen, er kümmerte sich wie ein Sozialarbeiter um die Familie. 2012 ging er in Pension – ohne Hilal gefunden zu haben. Nun steht der Kommissar, der den Fall die letz-

ten zwölf Jahre lang betreut hat, kurz vorm Ruhestand.

Abbas Ercan, 31, ist in einer dicken schwarzen Jacke gekommen, er wird sie auch im warmen Besucherzimmer der Polizei nicht ausziehen. Eigentlich will er auch gar nicht sprechen, es fällt ihm schwer, das alles immer wieder zu erzählen. »Ich tue es für Hilal, meine Schwester«, sagt er. Ercan sieht stark aus, aber seine dunklen Augen sind schwer von Traurigkeit.

Er war zwölf, als seine kleine Schwester nicht mehr vom Supermarkt zurückkam, wo sie sich Hubba-Bubba-Kaugummi kaufen wollte; als die Familie verzweifelt die Straßen absuchte und zwischendurch wieder hochrannte in die Wohnung im siebten Stock, vielleicht war sie ja inzwischen wieder zurückgekommen, und alles wäre gut.

Nichts wurde mehr gut.

Eine Frau, die in ihrer Wohnung neben dem Einkaufszentrum gerade Mittagessen kochte und das Fenster gekippt hatte, hörte den Schrei: »Das war kein Hilferuf, das war ein ganz aggressiver Schrei von einem Kind.«

Zwei Busfahrer auf Ausbildungsfahrt sagten ein paar Wochen später aus, sie hätten gesehen, wie ein rothaariger Mann, ein Wikingertyp, ein dunkelhaariges Mädchen am Arm zerrte, das offenkundig nicht zu ihm passte. Dann sprang die Ampel auf Grün, und sie fuhren weiter.

Die Familie ist weggezogen aus dem Viertel, doch neu anfangen kann sie nicht. »Ich bin mit Hass auf den Täter aufgewachsen«, sagt Abbas Ercan, »aber ich will keine Rache, wir wollen nur wissen, wo Hilal ist. Wir brauchen endlich Gewissheit, dann erst können wir abschließen und Hilal vielleicht beerdigen. Der Täter muss uns eine Antwort geben, was er mit Hilal gemacht hat, das ist er uns schuldig.«

Die Soko »Morgenland« suchte nach Hilal damals in der Türkei, man hielt ein Familiendrama für möglich. »Das schließen wir heute aus«, betont Baack, »die Familie hat definitiv nichts damit zu tun.«

2005 gestand ein inhaftierter Sexualstraftäter überraschend die Tat. Er war schon kurz nach Hilals Verschwinden ins Visier der Fahnder geraten, doch er hatte ein Alibi. Dass es falsch war, fand die Polizei erst Jahre später heraus. Er hat sein Geständnis widerrufen, aber die Ermittler haben ihn weiter im Blick. Eine Freundin von Hilal sagte aus, sie habe ihn auf ihrem Spielplatz gesehen. Er hat mehrere Kinder missbraucht, zwei Mädchen in seinem Auto entführt.

Am 27. Januar 2018, es ist der 19. Jahrestag von Hilals Verschwinden, schrauben Baack und seine Kollegen an den Elbgau-Passagen, wo sie zuletzt gesehen wurde, eine »dauerhafte Fahndungserinnerung« an. Darauf sieht man Hilal, lachend, in schwarzen Jeans und orangefarbenem



Spurenexpertin Gäbl,  
München



Präparierte Proben

Pullover, Schuhe mit schwarzen Plateausohlen. »Wer hat Hilal am 27. 1. 1999 gesehen? Wer kann etwas zum Verbleib ihrer Ohrringe oder Haarspangen sagen?«, steht auf der Tafel.

»Wir hoffen, dass wir so einen Zeugen erreichen, der vielleicht dachte, es sei längst alles geklärt«, sagt Baack. Menschen mit Einkaufstaschen gehen vorbei, es ist Samstagmittag, auch Monika Vietzen, die Nachbarin, die den Schrei gehört hat, schleppt zwei schwere Tüten. Sie könne sich noch sehr gut an alles erinnern, sagt sie. »Immer, wenn irgendwo ein Kind wegkommt, denke ich daran.«

Abbas Ercan kommt erst, als die Presse weg ist. Er macht ein Foto von der Tafel mit dem Bild seiner Schwester und betet.

Vielleicht, sagt Steven Baack, ist der Täter ja heute nicht mehr derselbe Mensch wie vor 19 Jahren, »vielleicht kann er heute sagen, dass er bedauert, was der Mensch von damals getan hat«. Der Polizist hält

den Kontakt zu den Angehörigen der Opfer. »Sie sollen wissen, dass wir uns kümmern.« Es stimme ja nicht, dass Zeit Wunden heile, »im Gegenteil, es wird immer schlimmer«.

Als Baack vor anderthalb Jahren mit seiner Truppe anfang, hängte er eine Schiffsglocke auf. Sie wird immer dann geläutet, wenn ein Fall gelöst ist. Zweimal zogen die Cold-Case-Ermittler schon am Strick: im September 2017, als sie den Mörder einer dreifachen Mutter fanden, 36 Jahre nach der Tat. In einem anderen Fall entdeckten sie, dass ein inzwischen verstorbener Verdächtiger 1978 zu Unrecht freigesprochen wurde – der Todeszeitpunkt war falsch berechnet worden, damit platze das Alibi. Erst im Februar nahm Baack einen Mann fest, der 1980 eine Frau lebensgefährlich verletzt hatte. Ein Zeuge erkannte auf einem Polizeifoto die Tatwaffe wieder, ein Jagdmesser. Der Verdächtige sitzt in Untersuchungshaft, deshalb wartet Baack noch mit der Glocke.

**Der 21. Mai 1989** ist ein herrlicher Sonntag, ungewöhnlich warm schon, es werden noch drei Monate vergehen, bevor Birgit

Meier aus Lüneburg spurlos verschwindet. Die Hamburgerin Gabi Reinold ist damals 16 Jahre alt und schläft noch, als ihre Mutter kurz die Tür zu ihrem Zimmer öffnet und ruft: »Tschüs, wir sind weg.« Die Eltern fahren mit ihrem silberfarbenen Honda in den Görhde-Forst bei Lüneburg, mit Picknickkorb, einer Thermoskanne, mit Fernglas und Walkman. Sie kommen nie mehr zurück.

Die Zeitungen zeigen Gabi und ihre Schwester Anja, 22, beide bildhübsch, wilde Locken, die eine blond, die andere braun. Mit Freunden und ihrem Hund durchkämmen sie den Wald, in dem ihre Eltern picknicken wollten, heften Steckbriefe an die Bäume. »Mama und Papa, wo seid ihr?«, titeln die Zeitungen.

Sieben Wochen später finden Beeren-sammler im Wald, abgedeckt mit Zweigen und Ästen, zwei schon ziemlich verwesene Leichen – es sind Gabis und Anjas Eltern. Als die Polizei zwei Wochen später noch einmal den Wald nach Spuren absucht, entdeckt sie zwei weitere Leichen, wieder ein Paar. Die Obduktion ergibt, dass sie vermutlich genau zu der Zeit getötet wurden, als die Polizei nur 800 Meter entfernt die Leichen der Reinolds barg.

Den Töchtern zeigen die Beamten Tüten mit Schmuck und Kleidungsstücken. Ein geblümter Rock, hochgeschoben, war das einzige Kleidungsstück, das man bei den ansonsten unbekleideten Leichen gefunden hatte. Ist das der Rock, der Schmuck ihrer Mutter? »Das roch alles nach Leiche«, erinnert sich Gabi. »Ich hatte noch nie Leiche gerochen, aber ich war mir sicher. Es war schrecklich.« Ein Spaziergänger findet noch eine Plastiktüte mit einem »Damenleibchen und einem Tennissocken«, notiert die Polizei. Und wieder: »Vorlage bei den Töchtern.«

Die Zeitungen mutmaßen über den »Görhde-Mörder«, aber er bleibt jahrzehntelang ein Phantom. Spaziergänger meiden den Wald, Totenwald heißt er jetzt. Nur ein falscher Verdächtiger wird aufgespürt: der Förster des benachbarten Reviers. Eine Verbindung zum Fall Birgit Meier zieht die Polizei nicht, trotz der räumlichen Nähe der Tatorte.

An einem Abend im Februar, fast 29 Jahre nach dem Mord, sitzen die Reinold-Töchter in Anjas Wohnung in Hamburg-Bergedorf und sind noch genauso traurig wie am ersten Tag. »Warum?« stand auf der Kranzschleife am Grab von Peter Reinold, 51, Wareneingangskontrolleur für Kühlschläuche, und Ursula Reinold, 45, die zuletzt als Servicekraft im Pflegeheim gearbeitet hatte. Als die Träger die Särge anhoben, hätten sie gestutzt, weil sie so leicht waren, erinnert sich Gabi, heute 45, es waren ja nur noch die Knochen darin.

Anja, 51, hat all die Zeitungsartikel von damals in einem Ordner aufbewahrt. Sie

blättert nicht gern darin, so viele Erinnerungen, so viele Fragen – und so wenige Antworten. Warum ihre Eltern getötet wurden und wie, das wissen sie immer noch nicht.

Anja sieht fröhlich aus mit ihrem blonden Pferdeschwanz und den leuchtenden blauen Augen, das täuscht: »Ich habe mein ganzes Leben lang funktioniert, trotz allem, aber plötzlich geht es nicht mehr, plötzlich ist da Sand im Getriebe.« Zurzeit ist sie krankgeschrieben. Ihre Schwester, die nur ein paar Straßen weiter wohnt, sagt: »Wenn es einen Wettbewerb gäbe, wessen Eltern am schlimmsten gestorben sind, gewinnen wir immer.«

Manchmal, wenn sie mit Bekannten über ihre Eltern redeten, sagten die: »Hör bloß auf, sonst kann ich nicht schlafen, das gruselt einen ja!« Anja sagt: »Die anderen sehen so was als Fernsehkrimi oder bei »Aktenzeichen«, für uns ist es bittere Realität.«

All die Jahre seien sie größtenteils auf sich allein gestellt gewesen, sagen die Schwestern. »Das ist ja nicht so wie im Fernsehen, wo die Polizei mit einem Psychologen anklopft«, erzählt Gabi. »Wir bekamen nur einen Anruf: Wir haben sie gefunden. Tschüs.«

Die Polizei habe sie nie richtig ernst genommen, sagt Anja, »ein Gefühl, das uns fast 30 Jahre begleitet hat«. Rund 20 Jahre lang hätten sie es mit demselben Kripobeamteten zu tun gehabt, und der habe immer nur eine Botschaft für sie gehabt: Der Fall sei ausermittelt. Die letzten Jahre hätten sich zwar immer wieder neue Beamte vorgestellt, doch ohne weitere Informationen.

Erst Ende 2016 ließ die Polizei die Folienabzüge aus dem Auto ihrer Eltern und dem des anderen ermordeten Paares untersuchen, die schon 1989 gesichert worden waren. Der Täter hatte die Wagen als Fluchtfahrzeuge genutzt.

Es war kurz nach Weihnachten 2017, als die Polizei das Ergebnis meldete: In einem der Autos habe sie die DNA von Kurt-Werner Wichmann gefunden, des Friedhofsgärtners aus Lüneburg. »Wenn man sich überlegt, dass das alles vielleicht schon 1993 hätte aufgeklärt werden können, dann hätten wir vier Jahre lang mit dieser Ungewissheit leben müssen, aber nicht 30«, sagt Anja. »Unser Leben hätte vielleicht noch mal eine ganz andere Wendung nehmen können.«

**Cold-Case-Ermittler** betonen, dass häufig akribische Ermittlungsarbeit am Ende zum Täter führt. Aber die Kriminaltechnik gibt ihnen neue Möglichkeiten an die Hand, in etlichen Fällen brachten DNA-Treffer den Durchbruch. Ein Teil einer Hautschuppe, eine Mikrospur Speichel, ein Stück Haar reichen heute aus, um die DNA eines Menschen festzustellen. Die Kripo in München entwickelte ein bundesweit einzigartiges Verfahren, um DNA aus Spurenlägern zu isolieren: die »Münchner Waschung«. Dazu wird der Gegenstand in einem Plastiksack mehrere Tage lang in Ethanol eingeweicht.

»Das ist im Prinzip wie eine Handwäsche«, erklärt Eva Gäbl, 53, Spurenspezialistin, die sich nur um Cold Cases kümmert. Sie verfügt über ein komplettes Labor im Polizeipräsidium. Im Abzugsschrank hängt die Unterwäsche aus einem unaufgeklärten Sexualmord. Gäbl hofft, darauf Spuren oder DNA des Täters zu finden. Die vom Alkohol ausgewaschenen Partikel sammeln sich im unteren Zipfel des Plastiksacks, Gäbl pipettiert den Bodensatz, jeweils rund 50 Milliliter, und schickt die Proben in die Rechtsmedizin.

Die Kleidung, in Einzelstücke zerschnitten, wird nach dem Auswaschen aufbewahrt: Vielleicht ist die Kriminaltechnik in ein paar Jahren schon wieder ein Stück

Täter Wichmann



Tatort Göhrde-Forst

Polizeipräsident  
KruseMordopfer Ursula und Peter  
Reinold um 1985

weiter. DNA könne sich überall finden, sagt Gäbl: »Wir haben schon Steine gewaschen, Zeitungen und ein Holzbrett.« Ergiebig könnten auch die Klebestreifen sein, die Ermittler früher von Kleidungsstücken abzogen, um Fasern zu sichern, auch daran haften manchmal DNA.

Etliche Mordermittler wünschen sich eine gesetzliche Grundlage, damit die Polizei aus DNA-Analysen nicht nur einige wenige Merkmale wie das Geschlecht abfragen kann, sondern auch die Augenfarbe, die Haarfarbe, die regionale Herkunft. Doch das ist in Deutschland nicht erlaubt, anders als in den Niederlanden. Dort dürfen Ermittler sogar DNA-Muster von Verwandten benutzen. Im Dezember löste die Polizei dort den Fall einer jungen Frau, die 1992 ermordet worden war. Ein DNA-Massenscreening, das nur türkische Männer eines Viertels absolvierten, führte

über einen Verwandten auf die Spur des Täters.

**Am Freitag**, dem 29. September 2017, steht Harald Meier in der einstigen Garage des Friedhofsgärtners Wichmann und sucht mit dem privaten Ermittlerteam seines Schwagers Wolfgang Sielaff nach den Überresten seiner verschwundenen Frau. Sie glauben, dass Wichmann sie getötet hat, und schauen nun zu, wie der Boden aufgegraben wird. Sielaff hatte einen Tipp der Hausbesitzerin bekommen, dass mit der Grube etwas nicht stimmt. Der ehemalige Polizist hat die Grabung organisiert.

Plötzlich ruft die Anthropologin, die die ausgehobene Erde mit feinen Pinseln und Spateln untersucht: »Menschliche Knochen!« Es ist, wie sich bald bestätigt, der Leichnam Birgit Meiers. Zunächst werden die Mittelfußknochen ausgegraben, es

folgt, Stück für Stück, das Skelett. »Sie war kopfüber begraben«, sagt Meier, um ihren Kopf ein blauer Müllsack.

Die Anthropologin findet rot lackierte Fingernägel in der Erde und fragt Meier: Können das die Fingernägel seiner Frau sein? Sie finden auch zwei Ohrhinge – kennt er die? Gut möglich, solche Ohrstecker hat er Birgit einmal geschenkt. Die Untersuchung des Schädels wird später auch die Todesursache ergeben: Birgit Meier starb durch Schüsse in den Kopf.

Er sei froh gewesen, dass das Schicksal seiner Frau inzwischen geklärt sei, sagt Harald Meier heute, »aber gleichzeitig war ich so unendlich traurig, dass sie so ihr Leben lassen musste: Ich habe gedacht, was hat das Schwein bloß alles mit ihr gemacht, einem unschuldigen Menschen?«

Sein Schwager Sielaff, der Polizist, der nie aufgab, sagt, zuerst habe ein Schock seinen Körper durchflutet, dann »Erleichterung, auch Genugtuung, dass wir sie endlich gefunden haben«.

**Warum hat die Polizei** Jahrzehnte gebraucht, um herauszufinden, dass der Friedhofsgärtner Kurt-Werner Wichmann der Täter war? Der zuständige Polizeipräsident

Lüneburgs, Robert Kruse, 62, sitzt in seinem Amtszimmer und hat darauf keine rechte Antwort. Als er im April 2015 nach Lüneburg kam, waren der Fall Birgit Meier und die Gohrde-Morde schon Cold Cases.

Wohl auch auf Drängen des Bruders von Birgit Meier richtete Kruse eine neue Ermittlungsgruppe ein, die EG Iterum, lateinisch für »abermals«. Diese Gruppe fand immerhin die Handschelle mit der Blutspur. Alle anderen Asservate zu Birgit Meier und große Teile der Akten waren vernichtet worden, nachdem sich Wichmann 1993 erhängt hatte. Das sei »nicht nachvollziehbar«, klagte ein Ermittler 2007. Überdies habe man Spurenordner »ohne die nötige Sorgfalt kopiert«, sie seien deshalb nur noch begrenzt zu benutzen.

»Das eine oder andere würden wir heute wahrscheinlich anders machen«, sagt Kruse, »aber ob das Fehler waren, da bin ich vorsichtig, es ist schwer, das aus der Distanz von fast 30 Jahren zu bewerten.«

Er will nichts gegen die Kollegen sagen, die damals Wichmann einfach mal anriefen, als sie von dessen Kontakt zu Birgit Meier erfuhren, die damals nicht alle Nachbarn befragten, die Wichmann nicht zur Fahndung ausschrieben, als er floh. Die sich nach seinem Tod nicht mehr um die Handschelle mit der Blutspur kümmerten, obwohl ein Beamter am Kriminaltechnischen Institut Hannover sie sogar bereits in die Rechtsmedizin zur DNA-Untersuchung geschickt hatte. Der Beamte wies ausdrücklich darauf hin, dass Wichmann sowohl im »Vermisstenfall Meier« als auch bei den Gohrde-Morden 1989 »unter Tatverdacht« geraten sei.

**Seit einiger Zeit** ist die Lüneburger Polizei nun überaus aktiv. Chef Kruse ließ erneut das Haus des Mörders durchkämmen, jeden Winkel durchsuchen. Wichmanns Geheimzimmer hinter der gepolsterten Tür wurde entkernt, der Garten umgepflügt, der Hang, in dem Wichmann das Auto vergraben hatte, abgetragen. Kroatische Leichenspürhunde, die auf die Suche nach Massengräbern spezialisiert sind, schnüffelten verdächtige Stellen ab.

Inzwischen vermutet die Polizei, dass Wichmann nicht nur der Mörder von Birgit Meier ist sowie der Eltern von Anja und Gabi Reinold und des anderen Paares in der Gohrde, er könnte Dutzende Menschen auf dem Gewissen haben. »Wer offenbar so motivlos Menschen umbringt wie in der Gohrde, der wird das möglicherweise auch mehrfach und woanders tun«, sagt Polizeichef Kruse.

Wichmann müsse zudem einen Helfer gehabt haben, jemanden, der ihn etwa in die Gohrde fuhr. »Unser Ziel ist es, weitere Taten zu ermitteln, um Hinweise auf Mittäter zu bekommen«, sagt Kruse. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Bei-

hilfe zum Mord, gegen wen, will sie nicht verraten.

Das Landeskriminalamt in Hannover hat Kruse zufolge bundesweit bereits 24 ungelöste Fälle identifiziert, für die der Friedhofsgärtner als Täter infrage kommen könnte. »Wir dürfen uns aber nicht darauf beschränken«, sagt Kruse. Anhand eines Profils, das seine Fahnder derzeit erstellen, sollen bald Polizeidienststellen in der ganzen Republik mögliche Zusammenhänge zu Wichmann prüfen: »Wo war er in Bundeswehrzeiten? Hatte er Krankenhausaufenthalte? Bekannte, zu denen er öfter gefahren ist?«

Wichmann benutzte nach Sielaffs Recherchen sechs verschiedene Autos, war im Jahr mehr als 30 000 Kilometer unterwegs, ein paar Jahre lang lebte er in der Nähe von Karlsruhe. Deutschlandweit dürften Hunderte Cold Cases gesichtet und womöglich neu aufgerollt werden.

Allein in Lüneburg sind 35 Tötungsdelikte seit 1965 unaufgeklärt, davon 13 Frauenmorde. Besonders auffällig ist der Mord an Ilse Gehrkens, die 1968 im Lüneburger Forst erschossen neben ihrem Fahrrad gefunden wurde: Wichmann, der zum Zeitpunkt des Mordes 19 Jahre alt war, hat Zeitungsausschnitte zur Tat sauberlich aufgeklebt und abgehftet.

Gibt es Mitwisser? Viele Menschen, die ein Verbrechen begehen, erzählen irgendwann davon.

Hat es Kruse geärgert, dass der Privatermittler Sielaff die Leiche Birgit Meiers gefunden hat und nicht die Polizei? »Entscheidend ist, dass sie gefunden ist, das ist für die Angehörigen und auch für unsere weiteren Ermittlungen ganz wichtig, alles andere ist zweitrangig«, sagt Kruse.

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg gibt zu früheren Ermittlungsgängen oder gar Fehlern keine Auskunft. Allein die Hauptakten der Gohrde-Morde umfassten mehr als 60 000 Blatt Papier, sagt die Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Dies alles durchzusehen, um damalige Entscheidungen zu bewerten, überschreite »das Maß des Zumutbaren«. Eines aber sagt sie: Die bisherigen »Beweisanzeichen« würden jedenfalls bei den Gohrde-Morden für eine Anklage gegen Wichmann nicht ausreichen.

Mehr als 400 Spuren hat die Polizei bei der jüngsten Durchsuchung von Wichmanns Haus gesichert. Führen sie dazu, dass doch noch jemand redet, der etwas weiß? Laut einer niederländischen Studie gibt es in 40 Prozent der Mordfälle einen oder mehrere Mitwisser. Viele Menschen, die ein Verbrechen begehen, erzählen irgendwann davon.

Häufig kämen Hinweise von Insassen in Haftanstalten, sagt der Chef der niederländischen Cold-Case-Einheiten, zehn Prozent der Altfälle würden so gelöst. Deshalb verteilt die Polizei dort nach US-Vorbild Cold-Case-Kalender in den Knästen: jede Woche ein anderer Fall, mit Foto des Opfers, Details zum Tathergang. Für nützliche Informationen gibt es bis zu 20 000 Euro Belohnung.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert, auch in Deutschland bundesweit Cold-Case-Einheiten aufzubauen. Denn häufig sind Altfall-Ermittler noch mit aktuellen Fällen belastet, die Vorrang haben. Die Einheit für ungeklärte Altfälle in Berlin muss sich auch um ärztliche Kunstfehler sowie Rechtshilfeersuchen kümmern. »Wir müssen weg von den Zufälligkeiten und einer gewissen Willkür in der Entscheidung, ob ein Fall wieder aufgenommen wird oder nicht«, sagt der Hamburger Oberstaatsanwalt Lars Mahnke. Viele Polizeistellen würden gern eine Cold-Case-Einheit aufbauen wie in Hamburg, doch dafür fehlt es an Personal.

**Am 20. November 2017**, zwei Monate nach dem Fund in der Garage, wird Birgit Meier in Lüneburg beerdigt, 28 Jahre nach

ihrem Tod. Ihre Tochter Yasmine legt ihr Abschiedsverse ins Grab. Mehr als 4000 Gedichte über ihre getötete Mutter hat sie geschrieben. Sie ist heute 48 Jahre alt und noch immer in Psychotherapie. Sie sagt: »Ich möchte gern wissen: Warum hat er das gemacht?«

Ihr Vater Harald Meier wartet noch immer auf eine Entschuldigung der Polizei: »Warum können sie nicht sagen, tut uns leid, Herr Meier, wir haben uns bei Ihnen geirrt?« Den Sommer über lebt er wieder in Lüneburg, im Haus, aus dem seine Frau verschwand. Er hat es komplett umgebaut.

Birgit Meiers Bruder Wolfgang Sielaff wird erst Ruhe finden, wenn der Fall Wichmann und dessen Taten restlos aufgeklärt sind. Wer war noch daran beteiligt? Was genau ist in jener Nacht passiert, als seine Schwester verschwand?

Die Jagd geht weiter.

Jan Friedmann, Annette Großbongardt

Video  
**Wie die Soko »Cold Cases« arbeitet**

spiegel.de/sp222018soko  
oder in der App DER SPIEGEL



# Deutschland

»Ich frage mich, bis zu welcher Ebene der Fall vertuscht werden sollte.« ► S. 26



MARCUS SIMAITIS / DER SPIEGEL

Justiz

## Bayern blockiert Reform der Asylprozesse

Hamburger Senator kritisiert »machtpolitische Spielchen der Union«.

● Bayerns Innenminister Joachim Herrmann wehrt sich gegen den Plan der Bundesregierung und mehrerer Länder, Vorschriften für Asylgerichtsverfahren zu reformieren. Der CSU-Mann hat seinen Parteichef, Bundesinnenminister Horst Seehofer, schriftlich gebeten, die Reformpläne für Asylprozesse aufzugeben – wohl auch mit Blick auf die bayerische Landtagswahl am 14. Oktober. Das Vorhaben steht im Koalitionsvertrag, ist Gegenstand einer Bundesratsinitiative mehrerer Länder und wäre auch dringend nötig: Aktuell leiden die Asylprozesse an einer Fülle zum Teil widersprüchlicher Einzelentscheidungen und einem Stau von gut 350 000 Fällen.

Ein Grund dafür ist, dass Asylkläger derzeit selten Berufung oder Revision einlegen können. Daher gibt es wenige Grundsatzentscheidungen höherer Gerichte, an denen sich die 1700 Verwaltungsrichter der ersten Instanz orientieren können. »Das führt zu einer Zersplitterung der Rechtsprechung und löst Wanderungseffekte bei den Klägern aus«, sagt Robert Seegmüller, Vorsitzender des Verwaltungsrichterbundes. »Jeder Kläger sucht sich möglichst das Verwaltungsgericht aus, bei dem er die größten Chancen hat.« Um einheitliche Urteile zu ermöglichen, for-

dert der Richterverband, Asylklägern in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung den Weg zu höheren Gerichten zu erleichtern – wenn es etwa darum geht, wie die Sicherheitslage in Syrien zu bewerten ist oder ob eine Rückführung von Flüchtlingen auch nach Staaten wie Ungarn zulässig ist. »Zur Frage, ob das Asylverfahren in Ungarn systemische Mängel hat, urteilen die etwa 1700 Verwaltungsrichter sehr unterschiedlich«, erklärt Seegmüller.

Eine weitere Instanz würde die jeweiligen Asylprozesse freilich verlängern. Bayerns Innenminister Herrmann fürchtet offenbar, die Reform könne den Eindruck erzeugen, die CSU ermögliche Flüchtlingen neue Klagewege und einen längeren Aufenthalt in Deutschland. Sein Sprecher teilt mit: »Jede Rechtsänderung und jede Ausweitung von Rechtsmittelmöglichkeiten, die stets zu einer Verlängerung von Verfahrenslaufzeiten führen würden«, sei abzulehnen. Hamburgs Justizsenator Till Steffen (Grüne), der mit Berlin, Bremen und Brandenburg eine entsprechende Bundesratsinitiative eingebracht hat, kritisiert »machtpolitische Spielchen der Union«: »Eine weitere Instanz hilft, eine einheitliche Linie in der Rechtsprechung herzustellen.« Insgesamt werde das System entlastet. AMA

Linkenbewegung

## Titel »#fairLand« floppt

● Die Vorsitzende der Linksfraktion, Sahra Wagenknecht, spricht sich gegen den Namen #fairLand für eine linke Sammlungsbewegung aus. In der vergangenen Woche gelangte ein Papier mit dieser Formulierung zu der von Wagenknecht geplanten Bewegung an die Öffentlichkeit. »#fairLand war nur eine von vielen Ideen für einen Namen und nicht mein Favorit«, so Wagenknecht. »Die Sammlungsbewegung wird anders heißen.« Bei dem Papier habe es sich lediglich um einen vorläufigen Entwurf gehandelt. Auch die viel kritisierten Positionen zu »Tradition und Identität« seien schon anders formuliert gewesen,



Wagenknecht

als der alte Text durchgestochen wurde, ärgert sich die Fraktionschefin. Die Sammlungsbewegung soll im September an den Start gehen – auch als digitales Netzwerk. ABE

Union

## »Das letzte Wort«

*Elmar Brok, 72, seit 1980 Europa-abgeordneter der CDU, erklärt, warum er nach acht Wahlperioden noch einmal antreten will.*

**SPIEGEL:** Herr Brok, Sie sind der dienstälteste deutsche Europaabgeordnete ...

**Brok:** Der dienstälteste aller Abgeordneten. Und der einzige, der seit der ersten Wahlperiode dabei ist.

**SPIEGEL:** Warum treten Sie noch mal an?

**Brok:** Weil ich mich fitter fühle als noch vor ein paar Jahren und weil ich mir große Sorgen um Europa mache: um die innere und äußere Sicherheit, um den Euro, die Handelspolitik, die Klimapolitik. Hier werden meine Expertise und Erfahrung überall gebraucht.

**SPIEGEL:** Die CDU tritt bei der Regierungsbildung in Berlin viel über Verjüngung. Gelten für Brüssel andere Regeln?

**Brok:** Verjüngung heißt doch nicht, alle Alten auszusortieren. Ich bilde mir ein, noch immer zu den Erneuerern der CDU zu gehören. Alle Kreisverbände meines Bezirks Ostwestfalen-Lippe haben beschlossen, dass ich weitermache. Das hat mich sehr berührt.

**SPIEGEL:** Will auch Angela Merkel Sie noch für eine Wahlperiode im Parlament?

**Brok:** Sie hat mir das nicht gesagt, aber ich habe sie auch nicht gefragt.

**SPIEGEL:** Was halten Sie für Ihre bisher größten Erfolge in Brüssel?



Brok

**Brok:** Seit Maastricht war ich Verhandlungsführer unseres Parlaments vom Amsterdam-Vertrag bis zum Euro-Rettungsschirm. Ich durfte daran mitwirken, dass wir EU-Abgeordneten nicht mehr nur beraten, sondern gleichberechtigt mitentscheiden in allen Fragen der Gesetzgebung und des Haushalts. Wir haben das letzte Wort bei Drittlandsverträgen und bei der Wahl des Kommissionspräsidenten.

**SPIEGEL:** Martin Selmayr, der mächtigste Beamte der EU-Kommission, war früher in der Privatwirtschaft Ihr Mitarbeiter. Wie eng ist heute Ihr Draht zu ihm?

**Brok:** Martin und ich sind Freunde. Aber das spielt für meine Politik keine Rolle.

**SPIEGEL:** Sie sollten jüngst Sonderbeauftragter der EU-Kommission für die transatlantischen Beziehungen werden, wieso hat das nicht geklappt?

**Brok:** Die Kommission wollte mich für diese Rolle, aber das ist aus verschiedenen Gründen gescheitert – auch Neid muss man sich hart erarbeiten. Im Übrigen ist das rechtlich schwieriger für einen Abgeordneten in Brüssel als in Berlin wegen der strikten Trennung zwischen dem EU-Parlament und der Kommission.

**SPIEGEL:** Sie haben es geschafft, ohne Studienabschluss über Jahrzehnte in der Spitzenpolitik aktiv zu sein. Können junge Leute heute noch so Karriere machen?

**Brok:** Selbstverständlich, es gibt sogar Bankvorstände ohne Abschluss, aber leider immer weniger. Überhaupt finde ich diese Fixierung auf akademische Lorbeeren bei gewählten Politikern undemokratisch. Entscheidend sollte die Leistung sein. AMA

Zuwanderung

## Stamp macht Dampf

● Die nordrhein-westfälische Landesregierung will ein umfassendes Einwanderungsgesetz erarbeiten, um die Bundesregierung zum Handeln zu zwingen. Das hat Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) angekündigt. »Mein Haus wird Eckpunkte für ein Einwanderungs- und Aufenthaltsgesetz vorlegen. Es wird Zeit, endlich eine stimmige Gesamtlösung für die Zuwanderung und Integration von Arbeitskräften und Flüchtlingen nach Deutschland zu erarbeiten«, so Stamp. »Ich habe keine Lust zu warten, bis die Große Koalition sich endlich dazu entschließt.« Im Koalitionsvertrag ist ein »Fachkräfteeinwanderungsgesetz« angekündigt, ein konkreter Entwurf steht aber aus. Falls die Bundesregierung untätig bleibt, will Düsseldorf einen Gesetzesentwurf im Bundesrat einbringen, in dem nicht nur die Zuwanderung von Fachkräften, sondern auch von Flüchtlingen und deren Integration geregelt werden. RAN

Kinderschutz

## Fehlende Standards

● Bundesweit fehlt es an verbindlichen Gütekriterien für die Arbeit der Jugendämter. Das geht aus einer Stellungnahme der baden-württembergischen Landesregierung zu einem Antrag der Grünenfraktion anlässlich des Missbrauchsfalls in Staufen hervor. Das Ministerium für Soziales und Integration in Stuttgart hat die Praxis bei allen obersten Landesjugendbehörden der anderen Bundesländer abgefragt. Ergebnis: »Es gibt in keinem Bundesland landeseinheitliche Qualitätsstandards im Bereich des Kinderschutzes.« Stattdessen gäben die Länder den Jugendämtern »unterschiedlich ausgestaltete fachliche Empfehlungen und strukturelle Maßnahmen« an die Hand.

Bislang stand vor allem der Personalmangel in den Jugendämtern im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Experten sehen jedoch auch andere Probleme – etwa in der Fachaufsicht. »Die Verfahren, nach denen Jugendämter über die Gefährdung eines Kindes urteilen, sind höchst unterschiedlich«, sagt der baden-württembergische Grünenabgeordnete Thomas Poreski. Es brauche »verbindliche Spielregeln«, so Poreski: »Das entlastet auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort.« Als vorbildlich gilt etwa die seit 2013 existierende Jugendhilfinspektion in Hamburg, die auch Einzelfälle prüft. FRI

Energie

## Personalstreit lähmt Kohlekommission



Braunkohlekraftwerk Jämschwalde in Brandenburg

● Die Bundesregierung ringt weiter um die Besetzung der Kommission, die den Ausstieg aus der Kohle vorbereiten soll. Eigentlich sollte das Gremium diese Woche im Kabinett abgesegnet werden. Das scheiterte auch daran, dass einer der Kandidaten für die dreiköpfige Leitung, Ex-Umweltstaatssekretärin Ursula Heinen-Esser, abgesprungen ist. Die CDU-Frau wird Nachfolgerin der in Nordrhein-Westfalen zurückgetretenen Landwirtschaftsministerin Christina Schulze Föcking. Außerdem fordern Umweltverbände vehement die Berufung einer vierten Kommissionsspitze, die sich in Sachen Klima und Energie auskennt. Im Gespräch ist die Nachhaltigkeitsexpertin Barbara Praetorius der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft, die

beim Thinktank Agora Energiewende stellvertretende Direktorin war.

Über das Mandat haben sich die federführenden Ministerien, Umwelt und Wirtschaft, weitgehend geeinigt. Streit gibt es noch um die Frage, welche Rolle der Bundestag spielen soll. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat sich gegen Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) damit durchgesetzt, Vertreter aller Parteien im Bundestag in die Kommission zu berufen, darunter auch der AfD, die den vom Menschen verursachten Klimawandel negiert. Die Abgeordneten sollen ein Rederecht erhalten, aber nicht mit abstimmen dürfen. Die Kommission soll bis Ende des Jahres ihre Ergebnisse zum Strukturwandel in den Kohleregionen wie etwa der Lausitz vorlegen. GT

Bildung

## Forsche Ministerin

● Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) weist die Kritik von Länderkollegen am Nationalen Bildungsrat zurück. Einige Kultusminister hatten ihre Vorschläge, ein Gremium ähnlich dem Wissenschaftsrat aufzubauen, mit Formulierungen wie »bürokratische Nebenregierung fern der Schulwirklichkeit« abgetan. Sie fürchten, dass der Bund den Rat nutzen könnte, um sich in die Bildungspolitik der Länder einzumischen. Nach dem Willen Karliczeks soll der Nationale Bildungsrat Vorschläge erarbeiten, wie die Qualität der Schulbildung zwischen den Ländern angeglichen und transparenter gemacht werden kann. Familien sollten bei Umzügen in ein anderes Bundesland »nicht mehr darüber nachdenken müssen, ob der Schulabschluss dann noch den gleichen Wert hat«, so Karliczek. Sie wolle den Bildungsrat gemeinsam mit den Ländern aufstellen. »Klar hat der Bund auch eigene Vorstellungen, wie ein Nationaler Rat aussehen sollte«, sagt Karliczek. Schließlich gehe es um Impulse für gute Bildung in ganz Deutschland. »Das sollte niemanden überraschen, eher inspirieren.« Ab nächster Woche reist die Ministerin zu ihren Länderkollegen, auch, um ihr Konzept zu erklären. Sie möchte mit ihnen »an einem Strang ziehen«. AKM



Karliczek



Fabrikrüne im Kreis Demmin 2011

Zeitgeschichte

## Kohl belog Ostdeutsche

● Ex-Kanzler Helmut Kohl hat Jahre vor seinem Tod intern eingeräumt, die Öffentlichkeit über den Zustand der »neuen Bundesländer« im Osten belogen zu haben. Das zeigt die Abschrift eines Gesprächs zwischen Kohl und Beratern am 22. Oktober 1999. Es geht darin um sein berühmtes Wahlkampfversprechen 1990, aus den neuen Ländern würden »in drei, vier Jahren blühende Landschaften«. Tatsächlich erlebte jedoch der Osten Deutschlands die schwerste Wirtschaftskrise seit 1945. Rückblickend erklärte Kohl, sein Wahlkampfverspre-

chen sei ein »Fehler« gewesen. Er habe »natürlich« gewusst, dass die DDR-Wirtschaft »marode« sei. O-Ton Kohl: »Wir haben die miese Lage bewusst nicht – das war nicht zufällig, wir haben darüber diskutiert – wir haben bewusst, wie wir glaubten, psychologisch richtigerweise, die Negativzahlen nicht hochgespielt.« Er habe das Selbstwertgefühl der Ostdeutschen nicht schädigen wollen, erklärte er seinen Vertrauten. Noch in seinen »Erinnerungen« von 2007 behauptet er dagegen, Opfer der SED-Propaganda geworden zu sein. Die DDR-Führung habe ihn und die Welt »über die wahre Wirtschaftskraft des DDR-Sozialismus hinwegtäuscht«. KLW



Sie werden Ihren Standort ändern und  
trotzdem immer im Mittelpunkt stehen.

Willkommen an Bord einer Kreuzfahrtflotte, die jedem Vergleich vorausfährt –  
mit kleinen, individuellen Schiffen und größter persönlicher Freiheit.  
Mehr über unsere Luxus- und Expeditionsreisen erfahren Sie unter

[www.vor-uns-die-welt.de](http://www.vor-uns-die-welt.de)



V O R U N S D I E W E L T



HAPAG <sup>18</sup>/<sub>91</sub> LLOYD  
CRUISES



HENNING SCHACHT / ACTION PRESS



ESPEN EICHHÖFER / OSTKREUZ

**Bundesinnenminister Seehofer, Bamf-Zentrale in Nürnberg: Zu spät von Mängeln erfahren**

# Bundesamt für Durchwinken

**Migration** Falsche Asylbescheide, verhinderte Abschiebungen – neue Enthüllungen belasten das Flüchtlingsbundesamt und setzen Bundesinnenminister Horst Seehofer und Kanzlerin Angela Merkel unter Druck. Die Geschichte einer Chaosbehörde.

**A**m Mittwoch hatte Horst Seehofer genug. Um 12.54 Uhr zog der Bundesinnenminister den Stecker. Wobei, Strom haben sie noch in der Bremer Außenstelle des Flüchtlingsbundesamts, aber das war es dann auch fast schon.

Asylentscheidungen dürfen die dortigen Beamten nicht mehr fällen, verfügte der CSU-Chef. Es ist, als ob sich ein Jobcenter nicht mehr um Arbeitslose kümmern dürfte. Oder das Forstamt die Zuständigkeit für den Wald verlöre.

In der Affäre um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ist damit ein neuer Höhepunkt erreicht. Ausgerechnet Seehofer, der im Wahlkampf hartes Durchgreifen versprach, droht in der Flüchtlingspolitik die Kontrolle zu entgleiten.

Bremen ist dabei nur ein besonders kras- ses Beispiel, aber nicht der einzige Problemfall. Zehn Bamf-Filialen lässt das Innenministerium bereits bundesweit durchleuchten, von Bonn bis Eisenhütten- stadt, weil Mitarbeiter dort auffallend viele Asylanträge bewilligt oder in zu hohem Ausmaß abgelehnt haben. Eines der Sorgenkinder ist die Außenstelle Bingen am Rhein, wo ein Beamter ebenfalls frühzeitig Missstände in die Bamf-Zentrale meldete – und rüde abgebügelt wurde.

Auch zu Angela Merkel kehrt nun jenes gefürchtete Wort zurück, das ihr oft entgegengeschleudert wurde: Kontrollverlust. Die Kanzlerin und ihre jeweiligen Innen- minister, die allesamt der Union angehör- ten, haben das Bamf erst vernachlässigt, dann hektisch umgebaut.

In den Griff bekommen haben sie es nie.

Das Bundesinnenministerium befreite das ihm unterstellte Bamf sogar von der Pflicht, die Quote der anerkannten Asyl- anträge für jede Außenstelle regelmäßig nach Berlin zu melden. Im Ministerium hatten die Beamten offenbar keine Res- sourcen, die Zahlenkolonnen der Bamf- Filialen zu überprüfen. Kein Wunder, dass die Übersicht abhandenkam.

Das Ansehen des Amtes ist ruiniert. 80 Prozent der Bürger vertrauen der Behörde nicht mehr. Für sie ist das Bamf das Bundesamt für Murks und Führungsver- sagen. Was natürlich unfair ist gegenüber den vielen fleißigen Behördenmitarbei-

tern, die seit Jahren unter dem Druck lei- den, schneller und schneller werden zu müssen, um dann, wenn etwas schief läuft, wieder nur die Versager der Nation zu sein.

Für die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin wurde das Bamf zur wichtigsten Behörde. Dort soll geordnet, entschieden und bewert- et werden. Ein funktionierendes Bamf hät- te Merkels Versprechen von 2015 umge- setzt: »Wir schaffen das!« Die Bundesbe- hörde Bamf schaffte es nicht, Merkel hatte den Mund zu voll genommen.

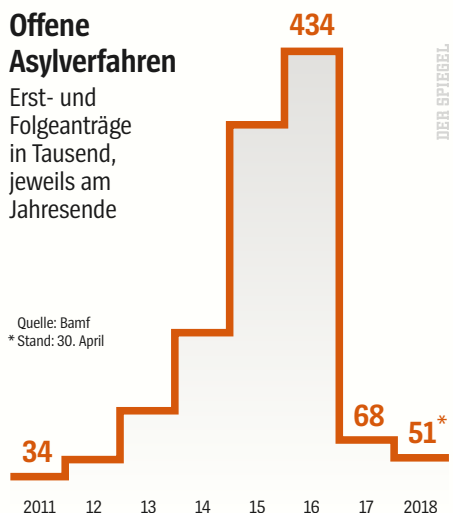
Für Seehofer ist die Affäre vor allem ein Fehlstart in sein neues Amt. Er war ange- treten, in Berlin für Recht und Ordnung zu sorgen. Jetzt muss er sich vorwerfen lassen, sein neues Haus nicht im Griff und dadurch von Mängeln zu spät erfahren zu haben. Seit März versuchte eine umtriebige Beamtin, Seehofer und später einen sei- ner Staatssekretäre auf Bremen aufmerk- sam zu machen. Es gelang ihr nicht.

Nun ist der Innenminister durch einen Skandal beschädigt, der sich vor seiner Amtszeit abspielte. Das muss man auch erst mal hinkriegen.

Erst in dieser Woche setzte sein Ressort beim Bamf wieder jene Berichtspflicht ein, die es 2013 selbst abgeschafft hatte – von nun an müssen die Außenstellen regelmä- ßig ihre Statistik nach Berlin melden, da- mit auffällt, ob irgendwo die Anerken- nungsquoten aus dem Rahmen fallen.

## Offene Asylverfahren

Erst- und Folgeanträge in Tausend, jeweils am Jahresende



**Als Holger Krüger\* beim Bamf** in Bremen anfang, hielt seine neue Chefin Ulrike B. eine Begrüßungsrede, vor etwa einem Dutzend neuer Asylentscheider. »Denken Sie daran«, sagte sie, »dass hinter jedem Menschen ein Schicksal steht.« Sehr hu- man sei die Frau rübergekommen, sagt Krüger, »eher der Typ Sozialarbeiter«, in Jeans und Bluse statt im Kostüm.

Im Alltag ging dann alles viel stressiger zu. Krüger sollte Verfahren durchpauken und Zahlen liefern. »Bis zu zwölf Anhö- rungen am Tag musste ich durchziehen.«

Ulrike B. holte sich derweil offenbar zahlreiche Fälle aus anderen Standorten nach Bremen, über das Aktensystem des Amtes ist das möglich. Aber warum? Die Außenstelle hatte doch genug zu tun.

Mitarbeitern fielen weitere Merkwür- digkeiten auf. Da war dieser Anwalt aus Hildesheim, Irfan C., der Flüchtlinge in Bussen nach Bremen karrte. Ulrike B. drängte darauf, dass seine Fälle schnell be- arbeitet wurden. Später schrieb ein Beam- ter an die Nürnberger Zentrale, seine Che- fin winke »massenhaft« Asylbewerber durch, »nach meinen Schätzungen müssen es Tausende sein«.

Akten, die der SPIEGEL auswerten konnte, ermöglichen es nachzuziehen, wie es Ulrike B. offenbar gelang, ein Sys- tem zu etablieren, in dem Entscheidungen nach Gutdünken möglich waren – und das jahrelang, mit Vorzugsbehandlung für bestimmte Asylbewerber und deren Anwälte. Um die Regeln scherte sie sich selten, wie interne Prüfer dokumentiert haben.

Die Regierungsdirektorin traf oft Ent- scheidungen, ohne die Asylbewerber an- zuhören. Die Identität wurde häufig nicht geklärt, Flüchtlingen wurden keine Finger- abdrücke abgenommen, Pässe wurden nicht auf Echtheit untersucht.

Ulrike B. habe über Jahre hinweg »mas- siv gegen geltendes Recht und aufenthalts- rechtliche Bestimmungen« verstoßen, heißt es in einer amtsinternen Einschätzung. Das Problem ist nur: Dieser Befund kommt reichlich spät.

Die Beamtin und die Anwälte verschaff- ten nicht nur verfolgten Jesiden aus Syrien und dem Irak einen Aufenthalt. Sondern auch Lügner und Betrüger, verurteilten

\* Name geändert.

Schleusern, Gewalttätern und mutmaßlichen Extremisten. Hunderte Entscheidungen sollen nun aufgehoben werden.

Am 11. Mai hat die Innenrevision des Amts einen Bericht vorgelegt. Von insgesamt 4568 Asylfällen, bei denen die zwei hauptbeschuldigten Rechtsanwälte Irfan C. und Cahit T. von Januar 2013 bis November 2017 deutschlandweit mandatiert waren, wurden 1371 in der Bremer Außenstelle entschieden – 97 Prozent der Entscheidungen fielen dort zugunsten der Antragsteller aus. Weit mehr als in anderen Dienststellen, wo 75 Prozent positiv entschieden wurden.

In der Hansestadt kümmerte sich laut dem Papier nur ein kleiner, exklusiver Kreis um die Fälle der beiden Juristen, gegen die die Staatsanwaltschaft ermittelt: neben Amtsleiterin Ulrike B. noch fünf weitere Mitarbeiter. Dabei seien »absichtlich Vorschriften missachtet« worden, heißt es in der internen Untersuchung.

Beschwerden erreichten die Bamf-Zentrale allerdings nicht nur aus Bremen. Auch aus Bingen in Rheinland-Pfalz meldete ein aufmerksamer Mitarbeiter frühzeitig eine fragwürdige Praxis.

Aus internen Papieren im Bundesamt geht hervor, wie sich der Mann in der Zentrale beklagte, zuerst beim Personalrat: Seine Vorgesetzten würden verlangen, dass sämtliche Altverfahren in der Außenstelle bis Ende des Monats abgearbeitet würden, schrieb er im Mai 2017. »Mehrfach« seien er und seine Kollegen aufgefordert worden, den Antragstellern im Zweifel einfach einen »besseren Schutz« zu geben, um Zeit zu sparen. »Ich halte dies für gesetzeswidrige Vorgaben«, emporsteuerte sich der Mitarbeiter.

Im Sommer schickte er eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen seine Vorgesetzten nach Nürnberg. Er nannte mehrere Vorfälle, bei denen die Binger Verantwortlichen die Entscheider »in illegitimer Weise« unter Druck gesetzt haben sollen.

Die Mitarbeiter sollten möglichst flott und im Zweifel eher positiv für die Asylbewerber entscheiden. Die Referatsleitung habe als »Leuchtturm« dastehen wollen, als besonders vorbildliche Dienststelle mit überdurchschnittlich hohen Bearbeitungszahlen. Im Amt sei »allgemein bekannt«, dass Anerkennungsbescheide deutlich schneller abzufassen seien als Ablehnungen, erläuterte der Entscheider später in einer E-Mail an die Nürnberger Leitung.

Seine Beschwerde wurde zurückgewiesen – mit einer bemerkenswerten Begründung. Es sei nicht zu beanstanden, wenn seine Chefs anwiesen, Asylbewerbern »grundsätzlich eher Schutz zu gewähren«, wenn Zweifel an deren Angaben blieben. Vielmehr zeuge dies von einer »Fürsorgepflicht für ihre Mitarbeiter«, beschied die Bamf-Zentrale dem Mann im August 2017:

»Eine ablehnende Entscheidung und die folgende Rückführung in eine womögliche Verfolgungssituation« könne zu einer »psychischen Belastung der Entscheider führen«.

Das wollte der Asylentscheider nicht akzeptieren. Er sammelte Zahlen und warnte Anfang Februar 2018 in einer ausführlichen E-Mail auch die Bamf-Vizepräsidentin Uta Dauke: Die Asylentscheidungen der Binger Außenstelle wichen »frappierend vom Bundesschnitt ab«.

Er lieferte eine Liste mit »merkwürdigen« Entscheidungen sowie eine Tabelle, der zufolge von Januar bis Oktober 2017 in Bingen 90 Prozent der afghanischen Asylbewerber Schutz gewährt wurde. Bundesweit lag die Schutzquote für Afghanen nur bei rund 45 Prozent. Dieses Mal wird der Mitarbeiter offenbar ernst genommen, eine Überprüfung sei »direkt veranlasst« worden und dauere an, so das Bamf.

Inzwischen gehört die Außenstelle zu den zehn Standorten, deren Entscheidungen das Bundesinnenministerium genauer durchleuchten will, neben Bonn und Eisenhüttenstadt auch Dortmund, Bad Berleburg, Diez, Schweinfurt, Rendsburg, Zirndorf und Neustadt. Für den Entscheider in Bingen dürfte das nur eine schwache Genugtuung sein. Er arbeitet inzwischen woanders.

**Wenn die Mitarbeiter im Bamf über »Friedenszeiten« reden, dann meinen sie jene Jahre, als wenige Asylbewerber kamen, als Dienst noch Dienst war und keine Aufgabe, die über Wohl und Wehe der Kanzlerin entscheidet.**

Doch spätestens 2014 wurde dem damaligen Behördenchef Manfred Schmidt klar, dass diese Friedenszeiten bald vorbei sein würden. Es war absehbar, dass Hunderttausende nach Europa fliehen könnten, verfolgte, Notleidende, aber auch Wirtschaftsflichtlinge ohne Aussicht auf Asyl und einige mit bösen Absichten. Das Amt sollte scharf trennen zwischen diesen Gruppen, das Land beschützen und der

Türsteher sein, der mit strengem Blick entscheidet, wer reindarf und wer nicht.

Stetig stieg die Zahl der Asylbewerber, es waren zu viele Fälle für zu wenige Mitarbeiter, und Schmidt verfasste Bettelbriefe nach Berlin, eine »zeitnahe Bearbeitung« sei nicht mehr möglich. Der Ton wurde immer drängender, langsam erfasste auch das Innenministerium unter Thomas de Maizière den Ernst der Lage. Seine Staatssekretärin schrieb auf eine Vorlage für de Maizière, dass sie die »besorgte Prognose« aus dem Bamf teile. Aber deutlich mehr Mitarbeiter, Hunderte, besser Tausende – die gab es erst mal nicht. Der Aktenberg wuchs weiter.

Im November 2014 entschieden sich die Beamten für einen Trick, der sich später als hoch problematisch herausstellen sollte: Für Syrer sowie Christen und Jesiden aus dem Irak, die in vielen Fällen als Flüchtlinge anerkannt wurden, sollte es ausreichen, dass sie einen Fragebogen ausfüllen, zehn Seiten lang. Das Amt sparte sich damit langwierige Anhörungen. Aber wer kreuzt schon freiwillig an, dass er bei der Terrormiliz IS war?

Auch Asylbewerber, die aus anderen Ländern kamen, mussten oft keine strengen Befragungen fürchten, was auch mutmaßlichen Extremisten nutzte. Erst jetzt, nach vier Jahren in Deutschland, sitzt zum Beispiel der Somali Abduqaadir A., angeblich 20 Jahre alt, in Untersuchungshaft – weil er vor der Flucht für die islamistische Terrormiliz Schabab bei Mordanschlägen mitgemacht haben soll.

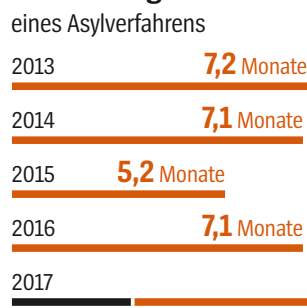
Eingereist war Abduqaadir A. im Juni 2014, mehr als ein Jahr vor der großen Flüchtlingskrise. Trotzdem kam das Bundesamt schon damals nicht dazu, ihn nach seiner Fluchtroute, seinen Fluchtgründen zu fragen. Erst im Oktober 2016 fand sich ein Termin für die Anhörung. Da erzählte der Somali, dass er als Jugendlicher von der Schabab-Miliz rekrutiert worden sei. Weil er aber als Attentäter versagt habe, habe er vor der Miliz flüchten müssen.

Bei dieser Befragung kam auch heraus, dass A. schon 2013 in Italien gelebt hatte.

Aber erst 2017 fragten die Deutschen dort nach. Heute wissen sie, dass er sich bei der Einreise offenbar zwei Jahre jünger gemacht hat, vermutlich, weil Minderjährige nicht nach Italien zurückgeschickt werden. Mittlerweile wurde Anklage vor dem Oberlandesgericht Frankfurt erhoben.

**Hinweise, dass in Bremen** einiges im Argen liegt, tauchten bereits 2014 auf. Dienststellen im benachbarten Niedersachsen bemerkten, dass Amtsleiterin Ulrike B. sich

**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer**



Verfahren aus den Jahren 2017 und 2018 dauerten nur **2,9 Monate**, ältere Verfahren teils mehrere Jahre.



in Verfahren einmischte, die sie nichts angingen. Sie beendete mit ihren Bescheiden laufende Prozesse und machte Abschiebekandidaten mit einem Federstrich zu anerkannten Flüchtlingen. So sah es der Leiter der Außenstellen Friedland und Oldenburg. Er sammelte Fälle und schickte sie samt Aktenzeichen an mehrere Vorgesetzte nach Nürnberg.

Der damalige Behördenchef Schmidt will davon nichts mitbekommen haben. Die Hinweise erreichten aber zumindest Abteilungs- und Gruppenleiter. Hätte das Amt damals schon durchgegriffen, wäre der Regierung viel Ärger erspart geblieben.

Ulrike B. übernahm oft auch kleine Arbeitsschritte wie das Anlegen der Akten, um die sich sonst das Sekretariat kümmert – und erhöhte dadurch offenbar die Möglichkeiten zur Manipulation.

So hatte ein Syrer zunächst in der Bamf-Filiale im niedersächsischen Friedland einen Asylantrag gestellt. Weil er bereits in Bulgarien als Flüchtling anerkannt war, sollte er dorthin zurück. Doch plötzlich übernahm die Außenstelle Bremen das Verfahren und verbot, den Mann abzuschicken – ihm drohe in Bulgarien Folter oder erniedrigende Behandlung.

Auf dem Abschiebeverbot war die Unterschrift einer Sachbearbeiterin zu lesen, die offenbar die Akte nie gesehen hatte. Anscheinend habe Ulrike B. den Bescheid erstellt und die Unterschrift ihrer Untergebenen ohne deren Wissen darunter gesetzt, schreiben Bamf-Kontrolleure in einem internen Bericht.

Im August 2015 erreichten erstmals 100 000 Migranten in einem einzigen Monat die deutschen Grenzen, später, im November, wurden über 200 000 registriert.

Beim Bamf übernahm Frank-Jürgen Weise das Kommando, der langjährige Chef der Bundesagentur für Arbeit. Weise kam auf Wunsch der Kanzlerin, er versuchte, das Amt auf Effizienz zu trimmen, die aus seiner Sicht »gruseligen Arbeitsabläufe« zu ändern. Berater von McKinsey und Roland Berger zogen Rollkoffer durch die Marmorflure und führten Wörter wie »Cluster« ein, »Mengengerüste« und »Prozessbeschleunigungsmaßnahmen«. Für die



ESPEN REICHHÖFER / OSTKREUZ



ALEX KRAUS / LAIF

**Bamf-Chef Weise 2016, Nachfolgerin Cordt:** Eine Million Verfahren im Jahr

altgedienten Beamten war es ein Kulturschock.

Seinen Job verstand Weise, ein Mann mit CDU-Parteibuch, auch als Mission für die Kanzlerin: Er wollte dafür sorgen, dass es im Jahr der Bundestagswahl keine Bilder von Unordnung gibt, und setzte das Ziel, innerhalb eines Jahres eine Million Verfahren durchzuziehen. So wollte er den Aktenberg bis Anfang 2017 weitgehend abtragen – ein unmögliches Vorhaben.

Weise stellte Tausende neue Mitarbeiter ein oder lieh sie von anderen Behörden

aus, der Post, der Bahn, der Bundeswehr; auch Theologen, Politikwissenschaftler und Historiker kamen ins Bamf. In Crashkursen von drei Wochen, manchmal sogar nur wenigen Tagen, wurden die Neuen ausgebildet – und sofort in Asylanhörungen geschickt.

»Ich war überfordert mit der Situation«, berichtete ein Anhörer, der in der Krise im Amt aushalf, dem SPIEGEL. »Sie sind am Anfang so mit sich selbst beschäftigt, dass Sie gar nicht merken, wenn Ihnen eine krumme Geschichte erzählt wird.«

Das Amt wurde zu einer Asylbescheidfabrik. In internen Dienstanweisungen las sich das so: »Abbau der anhängigen Verfahren bis zum Jahresende«. Mal war es ganz wichtig, die Fälle von Asylbewerbern vom Balkan schnell zu entscheiden, damit sie schnell wieder abgeschoben werden können. Dann, nach der Silvesternacht von Köln, hatten die Nordafrika-Verfahren Priorität.

Dass die enorme Steigerung der Schlagzahl zu Problemen führte, monierten nicht nur Pro Asyl und Verwaltungsrichter – sondern früh auch die amts-internen Qualitätskontrolleure.

Bereits am 12. November 2015, wenige Wochen nach Weises Amtsantritt, veröffentlichte der Gesamtpersonalrat des Bamf einen Brandbrief. Die Mitarbeitervertreter sahen die Rechtsstaatlichkeit der Asylverfahren gefährdet, von »systemischen Mängeln« war die Rede. Weise und seine Leute wischten Bedenken beiseite.

Die verordnete Schnelligkeit ging auf Kosten der Gründlichkeit. Und so war es möglich, dass im Eifer der Effizienzsteigerung in den Außenstellen der Behörde Biotop entstanden,

in denen führende Mitarbeiter ihre Arbeit an ihrer politischen Gesinnung ausrichteten statt am Gesetz.

**Ahed A. parkt seinen 5er-BMW** im Hof der Autowerkstatt in Henstedt-Ulzburg bei Hamburg. Der 38-Jährige trägt ein blaues T-Shirt und eine Glatze. Er gehört zu einer türkischen Großfamilie, glaubt die Ausländerbehörde, die ihn schon 2005 wegen Straftaten ausgewiesen hat. Er komme aus dem Libanon, sei aber staatenlos, sagt Ahed A., der seit 28 Jahren in

Deutschland lebt, verheiratet ist und drei Kinder hat. Er war nur geduldet, hatte keine Aussicht auf Asyl.

Dann fuhr er nach Bremen und traf dort die Außenstellenleiterin Ulrike B. »Ganz ehrlich, mehr Menschliches kannst du über solch eine Frau gar nicht sagen«, sagt A., »sie hat alle Fragen gestellt und mir zugehört. Möge Gott ihr alles Gute geben.« Im Nu hatte Ahed A. einen Flüchtlingschutz. Stolz zeigt er seinen Bescheid vom 8. Juni 2016.

Mehrere Rechtsanwälte habe er in den vergangenen Jahren beauftragt, ohne dass sie wirklich etwas für ihn tun konnten. Dann kam Irfan C. aus Hildesheim. Der besorgte ihm einen Termin in Bremen. Für ein Honorar von »900 bis 1000 Euro, ich könnte es ihm in 50-Euro-Raten abbezahlen«, sagt A. Dass die Dienste des Anwalts und die Entscheidung des Bamf im zwei Autostunden entfernten Bremen wohl nicht mit rechten Dingen zuzuging, will er nicht geahnt haben.

Der Bescheid aus Bremen verärgerte jedoch das zuständige Ausländeramt in Bad Segeberg. Die Behörde beschwerte sich über den Fall beim Bamf, inzwischen wurde die Flüchtlingsanerkennung rückgängig gemacht. Jetzt hat Ahed A. wieder eine Duldung, befristet auf fünf Monate.

Im Sommer 2016 bekam Ulrike B. endlich Konsequenzen zu spüren. In letzter Minute hatte sie in Niedersachsen eine laufende Abschiebung verhindert. Der Präsident der Region Hannover, Hauke Jagau (SPD), schrieb daraufhin einen Beschwerdebrief an Weise. Später legte der Innenminister des Landes nach, Boris Pistorius (SPD): Die Sache sei »nicht im Ansatz nachvollziehbar« und werfe »grundsätzliche Fragen der Zusammenarbeit auf«.

Noch am Tag der vereitelten Abschiebung wurde Ulrike B. als Außenstellenchefin abgesetzt. Das Amt leitete ein Disziplinarverfahren ein, das sich über fast ein Dreivierteljahr hinzog.

Anfang 2017 wurde Jutta Cordt neue Chefin der Flüchtlingsbehörde, wie Weise kommt sie aus der Bundesagentur für Arbeit. Sie war kaum im Amt, da erhielt sie einen Hinweis, dass in Bremen vieles drunter und drüber gehe.

Mitarbeiter des Bundesamts hatten damals mitbekommen, dass man sich in Niedersachsen mehrere im Bremer Bamf entschiedene Fälle anschauen wolle. In einer Mail, die auch Cordt erreichte, riet eine Mitarbeiterin, man solle lieber von sich aus die Sache anpacken, bevor es »Politgetöse« gebe.

Hauke Jagau, der Regionspräsident aus Hannover, sammelte tatsächlich fast 150 merkwürdige Verdachtsfälle, bei 27 hatte Bremen die Verfahren an sich gezogen. Er schickte alles nach Nürnberg.

## Positive Asylentscheidungen\* Abweichung vom Bundesdurchschnitt in Prozentpunkten



BREMEN



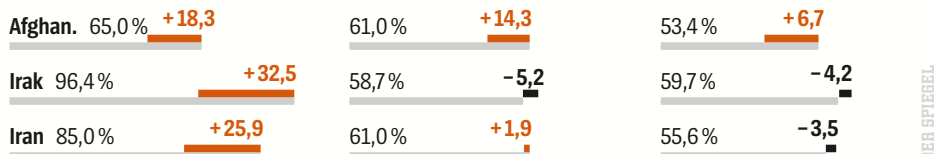
MECKLENBURG-VORPOMMERN



SAARLAND



### 2017 1. Halbjahr



Quelle: Bundesregierung; \* sogenannte bereinigte Gesamtschutzquote

Doch drei Wochen später beendete das Bamf das Disziplinarverfahren gegen Ulrike B. Mit glimpflichem Ausgang.

Die Disziplinarverfügung listet nur Verfehlungen in vier Fällen auf – und trägt die Unterschrift von Jutta Cordt, in grüner Präsidentinnen-Tinte. Sie hielt B. zugute, dass sie wohl aus Menschlichkeit Abschiebungen verhindert habe. Rausgeschmissen wurde sie für ihre Dienstvergehen nicht. B. durfte wieder in den Räumen des Bremer Bamf arbeiten. »Ich frage mich heute, bis zu welcher Ebene der Fall vertuscht werden sollte«, sagt SPD-Politiker Jagau.

Das Bundesamt hatte im Frühjahr 2017 erst mal mit einem anderen Skandal zu kämpfen: Franco A., der rechtsradikale Bundeswehrsoldat, der unter dem Namen »David Benjamin« als syrischer Flüchtling anerkannt wurde.

Interne Prüfer stellten fest, dass es nicht nur bei Franco A. zu Problemen kam. Bei einer bundesweiten Untersuchung von 2000 Asylanträgen war unter den Syrern fast jeder fünfte Fall in der Stichprobe nicht plausibel, bei Afghanen sogar fast jeder zweite.

Die Erhebung musste Cordt klarmachen, dass der Reformeifer ihres Vorgängers strukturelle Schwächen hinterlassen hatte. Dass in ihrer Behörde statt kundiger Experten zunehmend nur kurz geschulte Laien festlegten, welcher Flüchtling in Deutschland bleiben darf und wer nicht.

Und Ulrike B.? Die durfte plötzlich in einer Projektgruppe mitarbeiten, die nach dem Fall Franco A. gemeinsam mit McKinsey neue Standards zur Qualitätssicherung erstellte, samt Checklisten für die Mitarbeiter des Bamf. Manchen galt B. offenbar als rehabilitiert, auch nach außen präsentierte sie das Amt wieder.

Dabei gab es im Sommer 2017 neue Hinweise, dass B. in Bremen zum Asylmissbrauch verleitet haben könnte – und die Unregelmäßigkeiten möglicherweise weitergingen. Man habe das damals nicht beweisen können, rechtfertigte sich Bamf-Chefin Cordt vor Parlamentariern. Wieso das nicht gelang, konnte die Behörde bisher nicht erklären.

So sehr das Amt auch das Gegenteil beteuert: Mehrere Mailwechsel aus dem Jahr 2017 lassen vermuten, dass es dem Bamf vor allem darum ging, den eigenen Ruf zu retten – und möglichst zu verhindern, dass von der Bremer Affäre etwas an die Öffentlichkeit dringt.

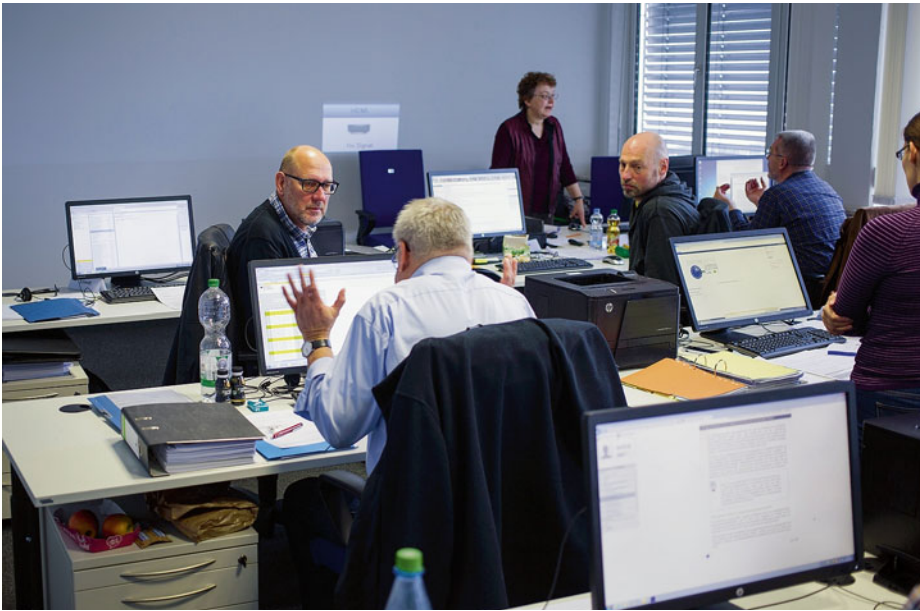
Ein Gruppenleiter sprach im Frühjahr davon, die Dinge »geräuschlos« anzugehen und bitte nicht »alles bis ins Detail« zu prüfen. Ein anderer Beamter befürchtete im Sommer, es würde dem Bundesinnenministerium »überhaupt nicht gefallen«, wenn die Affäre im Vorwahlkampf hochginge.

Noch im Februar 2018 sagte derselbe Beamte, ein Bamf-Mann aus Bremen, bei einem Gespräch in der Zentrale, er Sorge sich um den Ruf des Amtes, »die Geschichte mit Frau B.« dürfe nicht an die Öffentlichkeit kommen. Dabei ermittelte inzwischen schon die Staatsanwaltschaft. Ein manipulierter Bescheid mit Dienstsiegel ohne Nummer, aber offenbar mit der Unterschrift von Ulrike B., veranlasste das Amt schließlich zur Anzeige.

Animation  
So funktioniert  
das Bamf

spiegel.de/sp222018bamf  
oder in der App DER SPIEGEL





ESPEN EICHHÖFER / OSTRKREUZ

### Schulung neuer Entscheider im Bamf: »Überfordert mit der Situation«

Dass die Aufregung nun so groß ist, liegt auch an einer Juristin aus dem niederbayerischen Kollnburg: Josefa Schmid. Sie ist in ihrer Heimat als »singende Bürgermeisterin« bekannt geworden, als eine Frau, die Schlager liebt und weiß, was sie will.

Schmid arbeitete neben ihrem Ehrenamt als Bürgermeisterin zunächst im Bamf in Deggendorf und dann im Regierungsberatersteam für »Flüchtlingsmanagement«, als Bewertung erhielt sie Bestnoten. Zum Jahreswechsel ging Schmid an die Weser, als Leiterin der dortigen Außenstelle. Sie sollte für Ruhe sorgen.

Schnell erfuhr Schmid von dem Ausmaß der Missstände vor ihrer Zeit. Sie schrieb einen Bericht über die Unregelmäßigkeiten unter ihrer Vorgängerin Ulrike B. und kam auf 3332 fragwürdige Fälle.

In der Zentrale in Nürnberg war man nicht amüsiert, als man von dem Bericht erfuhr. Bei einem Personalgespräch impfte ihr ein Gruppenleiter ein, dass »eigene Ermittlungen im Fall B. gar nicht gehen«.

Schmid's Bericht ging an die Staatsanwaltschaft, dort gilt sie als wichtige Zeugin für die Ermittlungen, auch die Innere Revision des Amtes ist an der Sache dran, aber das reichte Schmid nicht. Als sie erfuhr, dass Seehofer Innenminister werden sollte, versuchte sie im März, Kontakt zu ihm aufzunehmen.

Für Seehofers Leute war die Frau offenbar ein bisschen zu aufdringlich, sie meldete sich in der Münchner Staatskanzlei, und als Seehofer sein Büro in Berlin bezogen hatte, auch dort. Angeblich schrieb sie ihm sogar eine SMS, die Nummer hatte sie sich von einem früheren CSU-Minister besorgt. In der SMS ist die Rede von Vorgängen im Bamf »in einer unglaublichen

Dimension«. Seehofer sagt, die Nachricht habe ihn nie erreicht.

Am 4. April telefonierte Seehofers Parlamentarischer Staatssekretär Stephan Mayer mit Schmid. Er erfuhr von ihrem 99 Seiten langen Bericht, versehen mit der Aufschrift »Vertraulich – nur für den Dienstgebrauch«, und bat sie, diesen an seine Abgeordnetenadresse zu schicken. Am späten Abend ging das Papier an Mayer, der die Brisanz schon bei oberflächlicher Lektüre hätte erkennen können, die Rede war vom wohl »größten Flüchtlingskandal in der Bundesrepublik«.

Aber Mayer ließ das Papier erst mal liegen und leitete es auch nicht an die Fachabteilung im Innenministerium weiter. Angeblich, weil er im Ausland war. Oder wollte er die toxische Angelegenheit so weit wie möglich von Seehofer und dem Innenministerium fernhalten?

Am 6. April fuhr Seehofer nach Nürnberg, zum Antrittsbesuch im Bundesamt. Bei einer Pressekonferenz lobte er das Amt und dessen Mitarbeiter in höchsten Tönen.

Zwei Wochen später platzte die Bombe. Und Seehofer steht nun da wie ein Politiker, der vom Versagen in seiner Behörde keine Ahnung hatte.

Eigentlich hatte Seehofer vorgehabt, mit seinem »Masterplan für schnellere Asylverfahren und konsequentere Abschiebungen« die Flüchtlingspolitik der Regierung zu bestimmen. Abgesehen davon, dass es bislang nicht mehr gibt als bloße Absichtserklärungen, steht der Minister jetzt unter Zugzwang, in Sachen Bamf endlich zu handeln.

Die Ministerialbeamten sind vor allem auf Seehofers Staatssekretär Mayer sauer. Bei einer Besprechung in seinem Büro soll Mayer verlangt haben, besser informiert zu werden. Da wunderte sich ein Referats-

leiter: Habe er nicht selbst Unterlagen zurückgehalten?

Wenige Tage später trug Ministeriumssprecherin Eleonore Petermann in der Leiterungsrunde die Presselage vor, die Berichterstattung war desaströs, worauf Mayer an die Decke ging: Er habe das alles nur gemacht, um Seehofer zu schützen. Seehofer soll geantwortet haben: »Ja, Stephan, warum sagst du mir denn nichts?«

Josefa Schmid wurde, nachdem ihr Bericht bekannt wurde, aus Bremen abgezogen – wogegen sie sich vor Gericht wehrt.

In den Schriftsätzen finden sich die Protokolle der Personalgespräche mit Schmid. Bei einem Krisentreffen wollte die Amtsspitze demnach von ihr wissen, ob sie »von einer Mission beseelt sei« und warum sie sich an das Innenministerium gewandt habe und nicht an die Bamf-Leitung. Schmid antwortete: Sie befürchte, dass die Zentrale »zu sehr in die Angelegenheit verstrickt sei«.

Einer aus der Führung sagte zu ihr, wenn sie der Leitung nicht vertraue, könne sie sich doch um einen anderen Dienstherrn bemühen – sprich: das Amt verlassen. Amtschefin Cordt soll später getobt haben, sie lasse sich »nicht weiter von Frau Schmid auf der Nase herumtanzen«. Cordts Sprecher sagte, man äußere sich nicht zu »Mutmaßungen«.

Für den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Bundestag, Stephan Thomae, zeigt der Skandal, »dass beim Bamf von Anfang an die Weichen nicht richtig gestellt wurden«. Er hält es für unglaubwürdig, dass Seehofer erst am 19. April von den Bremer Vorgängen erfahren haben will, wie es die Regierung ihm versicherte. »Ich kann mir nicht vorstellen, dass er und sein Staatssekretär über einen solch gravierenden Vorgang nicht gesprochen haben wollen«, sagt Thomae. Cordts Ablösung hält er für unabwendbar, ebenso wie einen Untersuchungsausschuss.

»Wir schließen einen Untersuchungsausschuss nicht aus«, sagt Konstantin von Notz, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag. Keinesfalls dürfe ein Ausschuss aber dazu führen, dass die Aufklärung »auf den Sankt-Nimmerleinstag« verlegt werde und die CSU so Druck aus der Geschichte nehmen könne.

Während die Politik noch streitet, weiten die Strafverfolger ihre Ermittlungen aus. Angesichts der gewaltigen Aktenberge bat die Bremer Innenbehörde den Bund um Verstärkung.

Matthias Bartsch, Sven Becker, Jürgen Dahlkamp, Hubert Gude, Martin Knobbe, Ralf Neukirch, Henrik Neumann, Wolf Wiedmann-Schmidt

Mehr gibt es dazu am Sonntag bei **SPiegel TV** um 22.55 Uhr, RTL.

# »Weniger Spitzbuben«

**Parteien** Annegret Kramp-Karrenbauer gilt als Wunschnachfolgerin der Kanzlerin. Wenn sie Erfolg haben will, muss sich die CDU-Generalsekretärin von Angela Merkel emanzipieren. Ihre Konkurrenten wollen ihr das so schwer wie möglich machen.

**E**s dauert eine Stunde, dann kommt die Frage, ohne die seit Jahren keine CDU-Veranstaltung auskommt. Es gibt sie in unzähligen Varianten, es geht um die 1,4 Millionen Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen sind. An diesem Samstag formuliert ein Mann aus dem Publikum sie so: »Die Leute wollen weniger Spitzbuben und mehr anständige Leute. Wie wollen Sie das erreichen?«

Annegret Kramp-Karrenbauer nickt, dann sagt sie: »Wir wollen generell weniger Spitzbuben, egal, ob sie Migrationshintergrund haben oder nicht.« Gelächter, die christlich-liberalen CDU-Mitglieder freuen sich. Dann sagt Kramp-Karrenbauer: »Die Leute haben das Gefühl, dass der Staat die Regeln, die er selbst erhebt, nicht mehr durchsetzt. Das ist nicht gut.« Jetzt freuen sich auch die Konservativen.

Der Mann hätte es genauso gut anders sagen können: Wie halten Sie es mit Angela Merkel? Es ist die Frage, die die Partei spaltet. Die einen machen die Kanzlerin für alles Elend der vergangenen Jahre verantwortlich, für Flüchtlinge, Islamismus, die AfD. Die anderen bewundern sie für ihre Wahlerfolge, ihre Liberalität und ihre Nervenstärke. Es ist eine Frage, die auch die neue Generalsekretärin nicht ignorieren kann.

Ihre Antwort wird auch darüber entscheiden, ob das Experiment gelingt, auf das sich Kramp-Karrenbauer mit Merkel eingelassen hat. Die Kanzlerin sähe Kramp-Karrenbauer gern als ihre Nachfolgerin. Sie fürchtet um ihr politisches Erbe, wenn Gesundheitsminister Jens Spahn an die Spitze der CDU rücken sollte. Spahn will die Partei nach rechts rücken, um die AfD zu bekämpfen.

Deshalb hat Merkel Kramp-Karrenbauer angeboten, Bildungsministerin zu werden. Sie schätzt die frühere saarländische Ministerpräsidentin und traut ihr zu, die Partei zu führen. Ein Kabinettsposten wäre aus Merkels Sicht eine gute Plattform gewesen, um sie auf den Parteivorsitz und die Kanzlerschaft vorzubereiten. Kramp-Karrenbauer sah das anders.

Parteivorsitzende können ihre Nachfolger selten selber auswählen, Kanzler schon gar nicht. Merkels Favoritin zu sein ist zurzeit eher Belastung als Vorteil. Wenn Kramp-Karrenbauer Kanzlerin werden

will, darf sie nicht als Merkels Mädchen erscheinen.

Sie hat jetzt eine schwierige Rolle. Sie glaubt, dass sie als Generalsekretärin unabhängiger agieren kann, als sie es als Ministerin gekonnt hätte. Sie will sich aber auch nicht als Gegenspielerin der Parteichefin inszenieren. Bei dem entscheidenden Gespräch zwischen beiden Frauen Anfang des Jahres hat sie zu Merkel gesagt, dass sie sich ihr in großer persönlicher Loyalität verbunden fühle. Dann hat sie hinzugefügt: »Aber als Generalsekretärin gilt meine erste Loyalität der Partei.«

Es ist das erste Mal in der Geschichte der CDU, dass eine Generalsekretärin schon auf Sicherheitsabstand zur Parteichefin ins Amt geht. Der Letzte, der die Partei unabhängig von der Regierung führen wollte, war Heiner Geißler. Er wurde 1989 vom damaligen CDU-Chef Helmut Kohl aus dem Amt gejagt. Kramp-Karrenbauer nennt ihn als ihr Vorbild. Kann ihr gelingen, was Geißler nicht schaffte?

Das Büro der Generalsekretärin im fünften Stock des Konrad-Adenauer-Hauses verströmt pure Sachlichkeit. Eine Abschrift der berühmten Erklärung des früheren französischen Außenministers Robert Schuman, mit der die europäische Einigung begonnen hat, hängt an der Wand. Auf der Fensterbank steht eine Menora, der siebenarmige jüdische Leuchter. Vorgänger Peter Tauber hat seinen hippen Konferenztisch aus unbehandeltem Holz ins Verteidigungsministerium mitgenommen. Die Gespräche finden jetzt an einer weißen Resopalplatte statt.

Kramp-Karrenbauer sagt, sie sehe keinen Grund, sich von Merkel abzusetzen. Sie wolle nicht die Opposition gegen die Regierung sein. Sie wolle nur klarmachen, wofür die Partei stehe, was sie umsetzen würde, wenn sie nicht den Kompromisszwängen einer Koalition unterläge. Das ist die Linie, die Merkel in den vergangenen zwölf Jahren der Partei nicht zubilligen wollte.

Im Gespräch mit Kramp-Karrenbauer fällt die Ähnlichkeit mit der jungen Angela Merkel auf, die 1998 als Generalsekretärin die Partei übernahm. Es ist dieselbe unangefregte Art, der gleiche nüchtern-analytische Blick auf die Defizite der Partei. Auch Kramp-Karrenbauer ist zu klug, um

ihre Pläne durch die eigene Eitelkeit zu gefährden.

Selbst die Situation ist ähnlich wie Ende der Neunzigerjahre. Damals wurde die Union nach 16 Jahren aus der Regierung abgewählt und drohte im Sumpf der Spendenaffäre unterzugehen. Ganz so schlimm ist es diesmal nicht. Aber die Partei hadert wieder mit ihrer Führung, und das Aufkommen der AfD stellt die CDU als Volkspartei infrage.

Damals ergriff Merkel die Chance und forderte 1999 in der »Frankfurter Allgemeinen« die Abnabelung der CDU von Kohl. So drastisch braucht Kramp-Karrenbauer nicht vorzugehen. Sie will keinen Bruch mit der Parteichefin. Sie hat subtilere Möglichkeiten, sich von Merkel abzusetzen.

In der Stadthalle von Limburg begrüßt die Generalsekretärin jeden einzelnen der rund hundert Gäste mit Handschlag. Im Hintergrund kleben Zettel mit Fragen der Mitglieder an einer blauen Wand. Sie sind nach Themen geordnet: Bildung, Familie, ländlicher Raum, CDU. Zuhörtour nennt sich die Reihe von Mitgliedertreffen, die Kramp-Karrenbauer in diesen Wochen quer durch das Land führt. Es sind Gruppentherapiesitzungen für eine geschundene Partei.

Die Stimmung ist freundlich, auch wenn Themen wie Islam oder Migration zur Sprache kommen. Es ist ganz anders als am Mittwoch zuvor, als die Kreisvorsitzenden der Partei im Konrad-Adenauer-Haus mit Merkel debattierten. Wenn einer der Parteifunktionäre die Regierung kritisierte, verdunkelte sich die Miene der Kanzlerin. Manchem Nörgler knurrte sie ihre Antwort geradezu entgegen: »Mehr ist mit den Sozialdemokraten eben nicht gegangen.« Die Kanzlerin und ihre Partei, sie ertragen sich nur noch.

Kramp-Karrenbauer dagegen beherzigt, was jeder gute Psychotherapeut weiß: Manchmal hilft es schon, über die Probleme zu reden. Bei ihr darf jeder vortragen, was ihn gerade in der Politik beschwert. Antworten gibt sie selten, manchmal fragt sie nach: »Welche drei Punkte in der Familienpolitik würden Sie ändern?« Der Angesprochene lächelt stolz, weil er sich ernst genommen fühlt.

Kramp-Karrenbauer meidet alle Elemente klassischer Parteiveranstaltungen. Es gibt keine Bühne und keine langen Ansprachen. In Limburg sitzen der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier und CDU-Fraktionschef Michael Boddenberg zwei Stunden lang in der ersten Reihe und müssen sich Kritik anhören, ohne etwas erwidern zu können. Einen Tourbus mit dem Konterfei der Generalsekretärin, wie es das Adenauer-Haus vorgeschlagen hatte, lehnte Kramp-Karrenbauer ab.

Ihre Tour soll die maximale Abgrenzung von den Regionalkonferenzen mar-





LISA WASSMANN / DER SPIEGEL

### CDU-Politikerin Kramp-Karrenbauer: Sicherheitsabstand zur Parteichefin

kieren, die Merkel immer dann veranstaltet hat, wenn es in der Partei rumorte. Sie wolle Politik für »Normalos« machen, sagt Kramp-Karrenbauer, die Bürger, die den Eindruck hätten, ihre Probleme spielten bei den Debatten in Berlin keine Rolle. Dabei kommt ihr zugute, dass sie den Normalo selbst verkörpert. Ein gestreiftes T-Shirt, flache Schuhe, eine praktische Kurzhaarfrisur – an Kramp-Karrenbauer ist nichts Extravagantes. Das kommt in der Partei gut an. »Wenn sie mit ihrer Tour fertig ist, hat sie die CDU in der Tasche«, sagt ein Abgeordneter anerkennend.

Die unzähligen Gespräche mit der Basis helfen Kramp-Karrenbauer, in der Partei und darüber hinaus bekannt zu werden. Im Saarland war sie als bodenständige Ministerpräsidentin geschätzt, im Bundesgebiet ist sie keine bekannte Größe. Bei einer Podiumsrunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes Mitte Mai in Berlin begrüßte der Moderator sie zunächst als Ann-

Katrin Karrenbauer, um sich gleich darauf erneut in ihrem Nachnamen zu verhaspeln. »Sie können ruhig AKK sagen«, erwiderte sie großzügig.

AKK nennen sie viele in der Partei, aber das ist noch kein Markenzeichen. Es hat ihr Freiheiten gebracht, dass sie nicht Ministerin geworden ist, aber auch Nachteile. Als Normalo gewinnt man Sympathien, aber nicht unbedingt Statur. Am vergangenen Montag verlor sich nur eine Handvoll Journalisten zur Pressekonferenz nach den CDU-Gremiensitzungen im Foyer des Konrad-Adenauer-Hauses. Was eine Generalsekretärin zu sagen hat, ist nicht unbedingt eine Nachricht.

Dabei sagt sie derzeit zu vielen Themen etwas. Sie hat eine deutlichere Entlastung der Mitte gefordert und das von der SPD vorgelegte Teilzeitgesetz kritisiert. Das hat nicht viele interessiert.

Gehört wird Kramp-Karrenbauer dann, wenn sie sich in einen Streit innerhalb der

Union einmischt. Zum Beispiel, als sie Horst Seehofers Aussage widersprach, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Oder als sie mit Spahn eine Debatte darüber führte, ob Hartz-IV-Empfänger arm seien. Wenn sie sich auf Kontroversen einlässt, berichten die Medien. Das ist ihr Problem.

Kramp-Karrenbauer will sich auf keinem Flügel verorten lassen. Anders als Spahn will sie die Partei nicht nach rechts rücken, sondern »breiter« machen. Sie will Konservative zurückgewinnen, ohne Wähler der linken Mitte zu verlieren. Dass Spahns Kurs der Polarisierung auf Dauer funktioniert, glaubt sie nicht.

Nur zwingen Spahn, Seehofer oder der bayerische Ministerpräsident Markus Söder sie dazu, sich links der Mitte zu positionieren. Als die Staatsregierung in München ihren Kreuz-Erlass verabschiedete, stellte sich Kramp-Karrenbauer, die Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken ist, auf die Seite der Kritiker. Im Konrad-Adenauer-Haus hingen Kreuze nicht aus Pflicht, sondern aus Überzeugung, spottete sie.

Vom Merkel-Lager der Partei bekommt sie dafür Beifall. Aber das sind die Parteifreunde, die Kramp-Karrenbauer ohnehin auf ihrer Seite hat. Auf dem konservativen Flügel gewinnt sie damit keine neuen Anhänger. Ihr Widerstand nutzt Spahn, weil sie wie eine Wiedergängerin Merkels da steht.

Es ist ein strategisches Dilemma, aus dem es keinen einfachen Ausweg gibt. Bei einem Treffen mit der Jungen Gruppe im März hat Kramp-Karrenbauer auch die konservativen Wurzeln der Partei betont. In Limburg berichtete sie über ihre Probleme mit der Ehe für alle. Das ist keine Taktik, sondern entspricht ihrer Haltung.

Um auch den rechten Parteiflügel davon zu überzeugen, muss Kramp-Karrenbauer den offenen Konflikt mit Merkel riskieren. Dafür hat sie noch Zeit. Ihre strategischen Überlegungen sind nicht auf kurzfristige Erfolge ausgerichtet. Das Grundsatzprogramm soll erst auf einem Parteitag im Dezember 2020 verabschiedet werden. Eigentlich hätte es nahegelegen, das bereits Ende kommenden Jahres zu tun. Für die Debatte wäre auch dann ausreichend Zeit gewesen.

Aber 2020 ist ebenfalls der Parteitag, auf dem Merkel nach allgemeiner Erwartung nicht wieder als Parteivorsitzende antreten wird. Ihr Nachfolger – oder ihre Nachfolgerin – wird dann vermutlich auch die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl im Jahr darauf übernehmen. Es ist ein guter Zeitpunkt, um sich als die Frau zu präsentieren, die der Partei zu einem neuen Programm und zu einer neuen Identität verholfen hat. Ralf Neukirch

# Minister auf Abstand

**Umwelt** Bei Daimler droht wegen Dieselmanipulationen ein Rückruf ungeahnten Ausmaßes. Verkehrsminister Scheuer sucht den Streit mit den Autobossen.

**G**leich zu Beginn dieser Woche fand Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) ein Papier in seiner Unterschriftenmappe vor, das ihm ganz und gar nicht gefiel. Es war ein amtlicher Rückruf seiner Beamten aus dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA).

Schon wieder hatten sie in einem deutschen Dieselmotor eine mutmaßliche Manipulation der Motorsteuerung entdeckt. Dieses Mal war es kein Audi oder Porsche aus dem VW-Konzern so wie in den Wochen zuvor. Jetzt war der nächste deutsche Luxushersteller an der Reihe: Mercedes.

In dem Modell Vito seien »Abschalteinrichtungen festgestellt« worden, hatten seine Fachleute notiert. »Die unzulässigen Strategien beziehen sich auf den Einsatz des SCR-Abgasreinigungssystems.« Als der SPIEGEL den Daimler-Konzern am Donnerstag um Stellungnahme zu dem Rückruf bat, ging der Stuttgarter Autobauer in die Offensive. Er gab eine Pressemitteilung zu dem Bescheid des KBA heraus. Darin fand sich ein Zusatz: »Daimler wird gegen den Bescheid des KBA Widerspruch einlegen.« Der Wagen verfüge über eine »robuste Abgasreinigung«, werde aber ein Softwareupdate bekommen.

Für Scheuer gleicht das einer Kriegserklärung. Seit Wochen ist er sauer auf die Autokonzerne. Wieder steht er blamiert da, nachdem er den deutschen Autofahrern den Kauf eines neuen Diesels empfohlen hat, etwa eines Vito. Damit, so Scheuer in Interviews, täten die Kunden etwas Gutes für die Luftqualität in den Städten. Doch dann fanden seine Leute die nächste schmutzige Trickserei.

Scheuer fühlt sich von den Autobossen immer mehr verschaukelt. Nun rächt sich, dass sich die Regierung im Dieselskandal hinter die Konzerne stellte. Auch Scheuer hielt bislang stets seine schützende Hand über die Autoindustrie. Tapfer verteidigte er die Hersteller gegen die Forderung, alte

Dieselfahrzeuge mit Stickoxidkatalysatoren nachzurüsten. Doch die Autoindustrie sah die Nettigkeit des Ministers offenbar eher als Aufforderung, Manipulationen so lange wie möglich geheim zu halten, statt sie den Behörden zu melden. Die Konzerne, so empfindet es der Ressortchef, fallen ihm ständig in den Rücken. Seine Geduld geht zu Ende. Der Vito-Fall könnte zu einem Wendepunkt werden.

Denn bei Scheuers Beamten im KBA gelten die 4923 vom Rückruf betroffenen Mercedes-Transporter nur als die Spitze des Eisbergs. Ein vergleichbarer Motoren-

ren Verdachtsfällen bei Mercedes unverzüglich nachzugehen«, erklärte der Minister gegenüber dem SPIEGEL.

Die überraschende Entwicklung in der Diesellaffäre ist jedenfalls geeignet, das Bündnis zwischen Politik und Industrie zu beschädigen. Der Minister wollte den Rückruf des Mercedes-Vans als Weckruf an die Autobosse verstanden wissen: Es muss endlich Schluss sein mit den Schummeleien. Auch ist Scheuer enttäuscht, dass die Industrie ihrem Versprechen nicht nachkommt, bis Ende des Jahres zumindest mit Softwareupdates die Dieselflotte ein wenig sauberer zu machen. Damit will er Fahrverbote in den Städten verhindern. Doch bislang sind erst eine Handvoll Anträge der Hersteller zur Genehmigung dieser Updates beim KBA in Flensburg eingetroffen.

Schon vor dem Vito-Fall hatte Scheuer deutliche Gespräche mit den Autobossen geführt. Am Freitag voriger Woche traf es VW-Chef Herbert Diess, der zum Antrittsbesuch ins Ministerium nach Berlin gekommen war. Die Unterhaltung begann höflich, man plauderte über Elektroautos mit grüner Energie und den Aufbau von Ladestationen in Europa.

Doch dann legte Scheuer los: Wie es sein könne, wollte er von Diess wissen, dass seine KBA-Prüfer auch nach über zwei Jahren Diesellaffäre immer noch Manipulationen wie beim Audi A6 fänden? Der Wolfsburger Firmenchef gab sich selbstkritisch. Für ihn sei das auch ärgerlich, wenn da wieder etwas herauskomme. Und natürlich wäre es allen recht, wenn da jetzt mal Ruhe wäre, sagte Diess dem Minister. Der ließ nicht locker. Er würde sich freuen, wenn jemand mal »Verantwortung« übernehme bei Audi. Es war klar, wen Scheuer mit dieser kaum verhohlenen Rücktrittsforderung gemeint hatte: Rupert Stadler, den Chef der VW-Tochter aus Ingolstadt, aus deren Laboren die meisten der bislang entdeckten Abschalteinrichtungen im Volkswagen-Reich stammen.

Auch Daimler-Chef Dieter Zetsche knüpfte sich der Minister schon vor dem Streit um den Vito vor. Zu fortgeschrittener Stunde rief Scheuer vergangene Woche bei dem Stuttgarter Manager an und erinnerte ihn an das Versprechen mit den Softwareupdates.

Kommenten Montag haben die beiden Kontrahenten nun die Gelegenheit, sich auszusprechen. Nach der Ankündigung von Daimler, wegen des Vitos gegen den Staat zu klagen, hat Scheuer Zetsche zu sich ins Ministerium zitiert.

Simon Hage, Gerald Trauffetter



FABIAN BÄMMER / REUTERS



DANIEL HOFER / DER SPIEGEL

**Mercedes-Van Vito, Minister Scheuer**  
Kriegserklärung aus Stuttgart

typ ist auch in Massenmodellen unter anderem der Baureihen C und G verbaut. Das KBA prüft die Fahrzeuge bereits, und die Beamten gehen davon aus, bald weitere Rückrufe anzuordnen. Bei den beiden Modellen ginge es dann um eine vollkommen andere Größenordnung. Der Rückruf würde weit mehr als 600 000 Autos betreffen.

Daimler wollte sich zu den Vorwürfen nicht äußern. Doch Scheuer sandte sogleich eine unmissverständliche Warnung in Richtung des Konzerns. Er habe »das Kraftfahrt-Bundesamt angewiesen, weite-

# MITTELSTANDS PARTNER

## Unsere Initiative für den Mittelstand: **individuelle Lösungen und Produkte.**

Expertise für Ihren Markt, Finanzlösungen für Ihr Portfolio, Inspirationen für Ihr Investment. Profitieren Sie von den Leistungen der DZ BANK für den Mittelstand. Als Spitzeninstitut der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken bündeln wir nicht nur Finanzlösungen für mittlere Unternehmen, sondern auch das Fachwissen der genossenschaftlichen Spezialisten für Ihren Erfolg. Erfahren Sie mehr unter [dzbank.de](https://www.dzbank.de)



STEFFEN ROTH / DER SPIEGEL

**Sozialdemokrat Machnig:** »Geschäftsmodell grundsätzlich überdenken«

## »Trump ernst nehmen«

**SPD** Der ehemalige Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig, 58, rät der Bundesregierung zu mehr Mut im Handelsstreit und fordert von seiner Partei einen Kurswechsel in der Finanzpolitik.

**SPIEGEL:** Herr Machnig, zwei Monate nach dem Start der Großen Koalition verschärft sich die Krise der SPD, die Nervosität in der Partei wächst. Was machen Andrea Nahles und Olaf Scholz falsch?

**Machnig:** Alle, die geglaubt haben, dass nach dem desaströsen Wahlergebnis und dem Hin und Her in der Koalitionsfrage schnelle Erfolge erzielt werden können, sind von falschen Tatsachen ausgegangen. In den letzten Wochen hat ganz wesentlich die Außenpolitik die Agenda bestimmt. Die Innenpolitik muss wieder ins Zentrum der Debatte und die SPD ihren Standort darüber im Parteienspektrum definieren. Das geht nicht von heute auf morgen.

**SPIEGEL:** Sind Scholz und Nahles die Richtigen, um die SPD aus der Krise zu führen?

**Machnig:** Die beiden haben ein Vertrauensverhältnis, das ist schon einmal eine gute Basis. Aber sie stehen vor einer großen Herausforderung: Eine Parteichefin hat die Aufgabe, die Erneuerung voranzutreiben. Ein Vizekanzler muss darauf achten, dass das Regierungsgeschäft läuft. Aus diesen unterschiedlichen Funktionen und Aufgaben kann es Reibung geben. Aber Reibung kann auch politische Themen und Richtungen bewegen und voranbringen.

**SPIEGEL:** Olaf Scholz hält an der schwarzen Null fest und inszeniert sich als SPD-Ausgabe von Wolfgang Schäuble. Wundert es Sie, dass viele Genossen dagegen aufbegehren?

**Machnig:** Ich halte die Symboldebatte über die schwarze Null für verfehlt, sie bringt nichts, und sie nutzt nichts. In Wirklichkeit ist es doch so: Die finanziellen Spielräume in dieser Legislaturperiode sind viel größer als im Koalitionsvertrag angegeben. Diese Spielräume müssen genutzt werden durch mehr Investitionen in die Infrastruktur, auch in die soziale Infrastruktur sowie für Forschung und Innovation. Außerdem braucht Deutschland eine Lohnwende. Denn die Schlussfolgerung aus der wirtschafts- und finanzpolitischen Debatte der vergangenen Monate lautet: Deutschland muss sein Geschäftsmodell grundsätzlich überdenken und anpassen.

**SPIEGEL:** Was meinen Sie damit?

**Machnig:** Seit Jahren ist uns bewusst, dass der deutsche Handelsbilanzüberschuss ein massives Problem ist, 50 Prozent der Wirtschaftsleistung verdient das Land allein im Export. Aber es passiert nichts. Derzeit verständigen sich die USA und China darauf, ihren Handel stärker auszubalancieren und Chinas Ausfuhrplus von 380 Milliarden Dollar zu halbieren. Die Folge wird sein, dass Washington sich anschließend unsere Überschüsse vorknöpft. Eines sollte klar sein: Man muss Trump sehr ernst nehmen, auch wenn es schwerfällt, denn bislang setzt er seine Ankündigungen konsequent um.

**SPIEGEL:** Wenn wir Sie richtig verstehen, sollte Deutschland in vorauseilendem Gehorsam seine Exporte senken. Wie soll das gehen?

**Machnig:** Unfug. Es geht nicht um die Reduzierung der Ausfuhren, sondern um die Ankerbelung von Investitionen und privater Nachfrage. Das verbessert die Exportchancen anderer Länder nach Deutschland und kann so einen Beitrag zur Reduzierung der Handelsbilanzüberschüsse leisten. Es geht um eine Neuausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik. Dabei sollte die SPD ein Treiber sein.

**SPIEGEL:** Viele Experten kritisieren aber, dass Scholz im Verlauf der Legislaturperiode zu wenig Geld für Investitionen ausgibt.

**Machnig:** Ich glaube nicht, dass die Ansätze für die kommenden Jahre so bleiben werden. Der Investitions- und Modernisierungsbedarf in Deutschland ist enorm, und zwar im Bereich der klassischen Infrastruktur wie dem Straßen- oder Schienennetz genauso wie bei der Digitalisierung. Wer den Menschen zeigen will, dass in Deutschland etwas in Bewegung kommt, der muss auch zeigen, dass an dieser Stelle etwas passiert. Deswegen müssen Investitionen Priorität haben.

**SPIEGEL:** Ein paar Milliarden mehr für den Verkehrshaushalt werden die Handelsüberschüsse kaum senken.

**Machnig:** Das stimmt, und deshalb muss es darum gehen, eine faire Verteilung der Wohlstandszuwächse zu erreichen. 40 Pro-

zent der Beschäftigten haben trotz guter Konjunkturdaten 20 Jahre keine Reallohnzuwächse gehabt. Deutschland hat einen der größten Niedriglohnsektoren Europas und dazu viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Das muss sich ändern.

**SPIEGEL:** Die Entwicklung hat die SPD doch selbst zu verantworten, heißt es im linken Flügel Ihrer Partei – durch die Agenda 2010.

**Machnig:** Die Agenda ist Geschichte. Jede Zeit braucht eigene Antworten, ökonomische und soziale. Mich interessiert, was heute getan werden kann, und da zitiere ich mal Olaf Scholz: Er hat gesagt, wir brauchen einen Mindestlohn von zwölf Euro. Das finde ich richtig. Er hat gesagt, jeder, der Vollzeit arbeitet, muss mindestens 2000 Euro brutto verdienen. Das finde ich auch richtig. Notwendig sind neue Regeln, die prekäre Beschäftigung eindämmen.

**SPIEGEL:** Viele Genossen halten die Große Koalition für den Quell allen Übels und plädieren dafür, das Bündnis so schnell wie möglich zu beenden. Teilen Sie diese Ansicht?

**Machnig:** Nein, Schwarz-Rot ist jetzt Realität, und im Rahmen dieser Realität muss sich die SPD bewegen. Jeden Tag über diese Koalition zu lamentieren ist falsch, das nutzt nur der politischen Konkurrenz. Wer regiert, muss auch zeigen, dass er regieren will. Eines muss aber auch klar sein: Die Ziele der SPD können nicht am Koalitionsvertrag enden.

**SPIEGEL:** Das sagt sich so leicht. Welche Ziele soll sich die Sozialdemokratie denn setzen?

**Machnig:** Die SPD ist das Produkt der ersten industriellen Revolution. Derzeit sind wir aber mitten in der vierten industriellen Revolution, die durch die Digitalisierung geprägt wird. Das wird viele Dinge verändern: Wirtschaft, Arbeit, Demokratie, Kultur, Verbraucherrechte und individuelle Freiheit. Das kann ein Kernpunkt eines neuen Grundsatzprogramms sein. Die CDU diskutiert eins, die Grünen auch. Wer Erneuerung will, muss auch ein Instrument haben, um diese programmatischen Grundlagen zu erarbeiten.

**SPIEGEL:** Viele Bürger fangen schon an zu gähnen, wenn sie das Wort »Grundsatzprogramm« nur hören. Was soll denn da drinstehen?

**Machnig:** Jede Menge. Notwendig ist zum Beispiel ein neues Wettbewerbsrecht. Wir haben heute durch Datenmonopole wie Facebook in weiten Teilen der Wirtschaft keinen Wettbewerb mehr. Wir müssen auch dafür sorgen, dass für klassische und digitale Unternehmen die gleichen Regeln gelten. Viele der digitalen Geschäftsmodelle sind ja nicht deswegen wettbewerbsfähig, weil sie digital sind, sondern weil sie Standards unterbieten, um größere Gewinne herauszuholen. Außerdem gibt es

einen massiven Bedarf an Qualifizierungsmaßnahmen, damit die Digitalisierung nicht an den Beschäftigten vorbeiläuft.

**SPIEGEL:** Der frühere Parteichef Sigmar Gabriel, dessen Vertrauter Sie lange waren, hat eine andere Diagnose. Die SPD, sagt er, habe sich zu sehr dem Postmodernismus hingegeben und zu viel über Homo-Ehe und Umweltschutz geredet statt über gute Jobs. Hat er recht?

**Machnig:** Die SPD war immer für gesellschaftlichen Fortschritt und die kulturelle Modernisierung, also die Offenheit für andere Kulturen und neue Lebensstile. Zu Zeiten Willy Brandts hat das der Partei sogar strukturelle Mehrheiten gesichert. Richtig ist aber, dass wir über die Gewichtung sprechen müssen. Manche Debatten haben eine Bedeutung bekommen, dass sich normale Bürger fragen, ob es nicht vielleicht noch andere Probleme gibt. Hier müssen alle Parteien aufpassen, dass nicht der Eindruck entsteht, der politische Diskurs koppele sich von den Lebensrealitäten ab.

**SPIEGEL:** Der Bundestag wird von Mitte-rechts-Parteien dominiert. Ist ein Linksbündnis nach der kommenden Bundestagswahl 2021 überhaupt denkbar?

**Machnig:** Solange die Linkspartei ihr Geschäftsmodell darauf aufbaut, die SPD zur Quelle alles Bösen zu erklären, kann man darüber nicht ernsthaft reden. Im Übrigen habe ich den Eindruck, dass sich die Grünen bereits festgelegt haben: Sie wollen 2021 Schwarz-Grün.

**SPIEGEL:** Und das bedeutet, dass sich die SPD maximal von den Grünen abgrenzen muss?

**Machnig:** Im Gegenteil. Die SPD darf nicht aufhören, die Grünen politisch herauszufordern. Schließlich weiß niemand, wie sich die Mehrheitsverhältnisse in den nächsten Jahren entwickeln. Die politische Auseinandersetzung um neue Schnittmengen in einer veränderten Parteienlandschaft und damit neue Mehrheitskonstellationen hat noch gar nicht richtig begonnen.

**SPIEGEL:** Die Grünen wirken mit ihrem neuen Duo an der Parteispitze recht agil. Muss die SPD fürchten, als stärkste Kraft im linken Spektrum abgelöst zu werden?

**Machnig:** Auch die grünen Bäume wachsen nicht in den Himmel. Die Grünen haben gerade eine schallende Niederlage bei der Oberbürgermeisterwahl in Freiburg eingefahren. Grün-Schwarz in Baden-Württemberg ist ein Bündnis von gestern, längst verbraucht. Und wie die Union in der Zeit nach Angela Merkel aussieht, weiß heute niemand. Nur eines ist klar: Das wird eine andere CDU sein. Inwieweit diese anschlussfähig in die politische Mitte oder links der Mitte sein wird, ist mehr als offen.

Interview: Veit Medick, Michael Sauga

Jetzt mit-  
machen beim  
Wettbewerb  
2018!

**SOCIAL  
DESIGN  
AWARD**

## GUTE IDEEN FÜR EINE LEBENDIGE NACHBARSCHAFT



### Worum geht es?

Wenn Nachbarn sich füreinander engagieren, sich helfen, gemeinsame Aktionen entwickeln – dann wird aus einem Nebeneinander ein Miteinander. Wir suchen die besten Ideen und Projekte, die aus einem Viertel eine lebendige Nachbarschaft machen.

### Wie kann man teilnehmen?

Mitmachen kann jeder! Die Einreichungsphase für den Social Design Award läuft bis zum 31. August 2018. Die Wettbewerbsunterlagen und das Onlineformular für die Beiträge gibt es unter [www.spiegel.de/socialdesignaward](http://www.spiegel.de/socialdesignaward)

### Wie läuft der Wettbewerb ab?

Aus den Beiträgen wählt die Jury die besten Ideen aus, diese werden Anfang Oktober 2018 auf SPIEGEL ONLINE vorgestellt. Die Leser können dort ihren Favoriten wählen. Die Gewinner geben wir am 11. Dezember 2018 in SPIEGEL WISSEN 6/2018 und auch auf SPIEGEL ONLINE bekannt.

### Was gibt es zu gewinnen?

Vergeben werden ein Jurypreis und ein Publikumspreis. Beide Preise sind jeweils mit 2500 Euro dotiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**DER SPIEGEL  
WISSEN**

**SPIEGEL ONLINE**

In Kooperation mit



# Der Nachtfalter

**Linke** Diether Dehm hat Texte für Willy Brandts SPD geschrieben und verdiente Millionen als Musikproduzent. Dann stolperte er über eine Stasi-Affäre. Jetzt kämpft er gegen ein System, dessen Anerkennung er sucht. *Von Nicola Abé*

**I**n der Hauptstadt wird man gewarnt vor Diether Dehm. Er sei »widerlich zu Frauen«, ein »Arschloch«, ein »irrer Verschwörungstheoretiker«. Journalisten beschuldigte Dehm in der Vergangenheit immer mal wieder, für den Bundesnachrichtendienst zu arbeiten. Der Mann, der einem gleich begegnen wird, ist 68 Jahre alt, Abgeordneter der Linken und Multimillionär. Er gilt als eine Art Clown. Aber man weiß noch nicht – ist er ein lustiger Clown, ein trauriger oder ein gefährlicher?

Es ist November; es dämmt. Die Kuppel des Reichstags ragt in den Himmel über Berlin, Glas und Stahl. Je näher man kommt, desto höher die Dichte der Anzüge. Im Inneren kann man sich in den langen kahlen Fluren der Nebengebäude verirren; steht eine Tür offen, fällt der Blick auf Aktenwände.

In Raum Nummer 2808 hat Dehm seinen eigenen Planeten geschaffen. Auf dem Couchtisch gedeiht ein Stillleben, man könnte es »Lust und Chaos« nennen: Pflaumen aus Russland, umhüllt mit Schokolade, eine Schachtel Cohiba-Zigarren und ein von ihm verfasstes Liederbuch. Vom Cover blickt eine dunkle Schönheit, pinkfarbenes Kleid, pinke Lippen. Der Titel: »Unschuld kommt nie zurück«.

Es ist ein erster Termin zum Kennenlernen.

»Setzen Sie sich«, sagt Dehm im Befehlstone, »bei mir werden Sie zum Rauchen gezwungen.«

In allen Gebäuden des Bundestags herrscht Rauchverbot. Dehm zündet sich eine Zigarre an und legt die Füße hoch. SPIEGEL-Frau und ehemalige Israelkorrespondentin? Da gehen bei ihm gleich alle Alarmglocken an, stellt er klar.

»Herr Dehm, warum sitzen Sie im Bundestag?«

»Um die Sahara zu verteidigen.«

»Gegen wen?«

»Gelegentlich auch gegen Ihren Berufsstand.«

Es geht um Sahra Wagenknecht, die Fraktionsvorsitzende. Dehm sagt, er habe einen »Beratungskreis« gegründet, um sie zu unterstützen. Niemand kritisiere den Kapitalismus so verständlich wie sie.

Dehm trägt eine eckige Brille, Jeans, Einstecktuch. Er war einer der erfolgreichsten Musikproduzenten der Bundesrepublik, Anfang der Achtzigerjahre schrieb er das Lied »1000 und 1 Nacht« für den Sänger Klaus Lage, es stand wochenlang in den deutschen Top Ten. Seine Firma managte die Eiskunstläuferin Kati Witt. Er organisierte die »Rock gegen Rechts«-Festivals in Frankfurt am Main. Und Dehm war mehr als 30 Jahre lang Mitglied der SPD.

Dehm war eine Größe in der linken Kulturszene, bis er als mutmaßlicher Stasi-Spitzel enttarnt wurde. Er stritt und streitet alles ab, doch von da an war er verbrannt. Die SPD wollte nichts mehr mit ihm zu tun haben, er trat in die PDS ein, die Vorläuferpartei der Linken, wo man über seine Vergangenheit gern hinweg sah.

Fortan machte er jedes Jahr etwas Krasses: Mal schmuggelte er einen afrikanischen Flüchtling in seinem Kofferraum über die deutsche Grenze, ein anderes Mal versuchte er, dem ehemaligen RAF-Terroristen Christian Klar einen Hausausweis für den Bundestag zu beschaffen. Zuletzt beleidigte er Außenminister Heiko Maas als »gut gestylten Nato-Strichjungen«. Das war sogar einigen in der Linkspartei zu viel. Sie fordern seinen Parteiausschluss.

In Dehms Büro stehen neben dem Computer ein Kübel Fitnessnahrung, eine Packung Heilerde und ein Parfum von Jean Paul Gaultier. Das Schreibpult gehörte mal Bertolt Brecht. Alles scheint irgendwie durcheinandergeraten zu sein.

Dehm lehnt sich nach vorne.

»Seien Sie umsichtig. Sie sind vielleicht auch im Visier«, sagt er, »natürlich haben Geheimdienste hochvirulente Medienabteilungen.«

Es gebe darüber seriöse Expertisen.

»Auf mich ist noch niemand zugekommen.«

»So was läuft subtil.«

»Wie denn?«

»Über Bekannte werden abgehörte Telefonate als heiße Parteiinterna angeboten.«

»Und dann?«

»Die wollen besonders die Sahara kleinriegeln und damit die ganze Linke.«



Eine Durchsage erklingt: Alle Abgeordneten werden aufgefordert, zu einem »Hammelsprung« ins Plenum zu kommen. Dehm muss los.

Er schreibe gerade ein Buch, gemeinsam mit einer Psychologin, mit dem Arbeitstitel: »Pornografie und Klassenkampf«, ruft Dehm im Weggehen, eine kleine Grenzüberschreitung als Abschiedsgruß.

Ist Dehm irre geworden? Glaubt er wirklich, was er sagt? Oder sind seine Provokationen Berechnung?

Ein paar Tage später meldet sich Dehms Büro und schlägt einige Termine vor, bei denen man ihn für diesen Artikel begleiten könne. Es sind fast ausschließlich Abendveranstaltungen. Es scheint, als wolle



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

**Politiker Dehm auf einer Demonstration am 18. April in Berlin:** Mit der Intensität seiner Provokationen steigt sein Glücksempfinden

Dehm gar keinen Zweifel daran lassen, dass es sich bei ihm um ein Nachtwesen handelt, einen Mann, an dem etwas Ver-ruchtes ist.

### Nacht 1: Spiele und Depressionen

Ein Januarabend, Berlin versinkt in Dunkelheit. Die Linksfraktion feiert ihren Jahresauftakt in einem alten Stadtbad im Stadtteil Prenzlauer Berg, das zur ultrahippen Partylocation umgestaltet wurde.

Dehm besteht darauf, der Journalistin den Mantel abzunehmen.

»Manche Frauen wollen das gar nicht mehr«, meint er.

Er gießt ein Glas Wasser ein.

»Um mich als formvollendeten Sexisten zu outen.«

Dehm setzt sich auf einen Barhocker weit hinten im Raum und genießt die Blicke der anderen. Gerade hat er wieder einen kleinen Skandal produziert. Dehm war dafür, den ehemaligen Radiomoderator Ken Jepsen mit einem Preis zu ehren. Jepsen ist ein Held bei Leuten, die glauben, die CIA stecke hinter den Anschlägen auf das World Trade Center. In Jepsens Welt gibt es eine Verschwörung zwischen Politik, Medien und Wirtschaft, die den Bürgern die wahren Fakten verschweige. Es ist eine gefährliche Welt, ein Ort, an dem sich rechts und links treffen – im Hass auf das System.

Dehm holt sich einen Entenschenkel vom Buffet, dann sitzt er da und findet alles schlimm, die pinke Beleuchtung, den Ton, die ganze Angepasstheit seiner Partei.

Eine junge Journalistin huscht vorbei.

»Ach sehen Sie«, sagt Dehm, »die ist auch immer so süß zu mir und schreibt dann so böse Sachen.« Man habe die Frau auf ihn angesetzt, glaubt Dehm. Genau sein Typ sei das, dieses Androgyne.

Dann wird ihm langweilig. Dehm tippt auf seinem Handy herum, er will noch jemanden zu der Party lotsen. Nach ein paar Minuten poppt eine Nachricht auf.

»Der Ostermeier kommt jetzt.«

Thomas Ostermeier ist der Intendant der Berliner Schaubühne. Ostermeier will

offenbar ein Stück inszenieren, bei dem in einer Szene eine Party der Linken vor-  
kommt.

Nach einer Viertelstunde kommt Ostermeier tatsächlich, er ist groß und breit und ganz in Schwarz gekleidet. Er wird begleitet von einer jungen blonden Frau, seiner PR-Assistentin.

Dehm sagt zu Ostermeier:

»Das ist Frau Abé vom SPIEGEL. Sie schreibt ein Porträt über mich, und ich bin so dumm, mich an meiner eigenen Hinrichtung auch noch zu beteiligen.«

»Dann must du halt dafür sorgen, dass es keine Hinrichtung wird«, sagt Ostermeier kalt.

Er sieht sich um.

»So feiern also die Linken.« Wie alle anderen.

Dehm sagt: »Jemand hat gesagt, Frau Abé sei die schönste Frau des Abends. Aber ich sehe das nicht so.«

Ostermeier schiebt sich einen Minikrapfen in den Mund, kaut einen Moment und schluckt: »Ich finde es gut, dass wenigstens das Essen proletarisch gehalten wurde.«

Dann muss Ostermeier weiter. Dehm bleibt zurück auf seinem Barhocker, vor ihm ein abgenagter Entenknochen.

»Ich hasse solche Veranstaltungen«, sagt er.

Dann überkommt ihn so eine Art Arbeiterblues. Das Proletariat, findet Dehm, werde heute als »alte weiße Männer dämonisiert«. So würden die Abhängigen in die Arme der AfD getrieben. Es ist nicht ganz klar, von wem Dehm spricht, von den Arbeitern, den Männern im Allgemeinen oder von sich selbst. Aus den Lautsprechern klingt jetzt das Lied »As Time Goes By« aus dem Film »Casablanca«. Ein ganz großer Song, findet Dehm.

## Nacht 2: Ist die Vergangenheit schuld?

Bis zum nächsten Treffen vergehen einige Wochen. Dehm hat eine Lungenentzündung. Ein paar Tage vor dem verabredeten Abendessen schickt er eine Mail:

»Einführung f Donnerstag. Noch vertraulich. Für eine linke Zeitung. Ihr dd.«

Angehängt ist eine Datei mit einem langen Text über den Liedermacher Wolf Biermann. Biermann, der 1976 von der DDR-Regierung ausgebürgert wurde, sei ein »Scharfrichter im Oberschafspelz«, heißt es in dem Text. Nie zuvor soll Biermann mehr Schallplatten ver-

kauft und mehr Geld verdient haben als mit ihm, weiß Dehm.

Wie passe das zum angeblichen Auftrag der Stasi, Biermann zu ruinieren?

Dehm und Biermann verband einst eine enge Freundschaft, Dehm brachte die Platten des Liedermachers heraus, der half Dehm beim Abfassen neuer Songtexte. Schon Anfang der Neunzigerjahre machte das Gerücht die Runde, Dehm habe für die Stasi gespitzt. Aber die Sache wurde erst gefährlich, als Biermann im April 1996 im SPIEGEL einen Text veröffentlichte, in dem er berichtete, dass Dehm ihm schon 1988 seinen Dienst für die Stasi gebeitet habe.

Dehms Stasi-Akten sind nicht ganz eindeutig. Klar ist, dass er sich mit Stasi-Offizieren traf und zuweilen auch Reisekosten erstattet bekam. Inwiefern er belastendes Material lieferte, ist bis heute unklar. »Die Motive mögen mehr oder weniger edel gewesen sein, verwickelt, halb wahr, halb verlogen. Möglicherweise war er ein ehrlich getäuschter Lügner mit roter Brause im Kopf – ich bin weder Beichtvater noch Ro-

mancier«, schrieb Biermann. Der Text hat Dehm dennoch erledigt. Die SPD leitete ein Parteiausschlussverfahren ein.

»Ich habe es nicht gewusst«, sagt Dehm.

Keiner der SED-Genossen oder DDR-Künstlerkollegen habe sich ihm jemals als »Ministerium für Staatssicherheit« vorgestellt.

Er sitzt im Schein eines riesigen Kronleuchters im Restaurant der Parlamentarischen Gesellschaft, eines exklusiven Klubs für Abgeordnete im ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais, das Schlaraffenland der deutschen Politik. Er trinkt Chianti und raucht eine Zigarre. Dehm isst ständig hier. Im Raucherbereich ist er fast allein. Es ist der Moment, in dem er das Clownhafte ablegen kann, die Führung durchs Innere beginnt.

Von einem Ministerium für Staatssicherheit habe er keine Ahnung gehabt, sagt Dehm. Mitte zwanzig war er damals. Er habe als Juso in den Siebzigern oft FDJ-Freunde im Osten besucht und dort offen den Nato-Doppelbeschluss, Berufsverbote oder Privatisierung und deren Befürworter in SPD-Ortsverein und Parteivorstand kritisiert.

»Die haben mich bis 1978 ohne mein Wissen als IM geführt.« Er habe das erst 1995 in den Akten gefunden.

Das Verfahren der SPD-Schiedskommission über seinen Fall wurde damals straffrei eingestellt. Dehm wurde nicht aus der Partei ausgeschlossen, aber seine Karriere war verbaut. Schon Dehms Eltern hatten SPD-Parteibücher. Auch sein Opa, ein Müllmann, war Sozialdemokrat.

»Ich wollte von der SPD freigesprochen werden«, sagt Dehm.

Aber das passierte nicht.

Nach zwei Gläsern Rotwein weint er fast.

Ein Gericht entschied, dass man Dehm Stasi-Mitarbeiter nennen darf. Die Klägerin war Erika Steinbach, die heute eine Heldin der AfD ist.

Dehm zog aus Frankfurt weg; er ertrug seine Heimatstadt nicht mehr. Er trat aus der SPD aus.

Zu jener Zeit hing von seinem Dachfirst eine Schlinge.

Er leert seinen Chianti.

Sein Verhältnis zum Rechtsstaat wandelte sich. Er schätzt Gewaltenteilung, zivile Freiheiten, die Unschuldsvermutung. Behauptungen dürften Menschen nicht zugrunde richten. Als der ehemalige Bundespräsi-



Freunde Biermann, Dehm 1978: »Rote Brause im Kopf«



dent Christian Wulff unter Korruptionsverdacht stand, verteidigte Dehm ihn. Er sieht sich in einer Reihe mit Männern und Frauen, die mit Gerüchten und Halbwahrheiten zu Fall gebracht werden sollten. Willy Brandt. Sahra Wagenknecht. Sigmar Gabriel. Angela Merkel.

»Merkel?«

Die Kanzlerin, glaubt Dehm, sei diesmal von den Männern der CSU gar nicht gewählt worden, sondern von den Grünen. Und Dehm ist dankbar dafür, dass sie noch einmal vier Jahre im Kanzleramt sitzt. Er hält Merkel für eine wunderbare Sozialdemokratin. Es gibt Momente, in denen hat Dehm an Deutschland gar nichts auszusetzen, da ist es für ihn ein wunderbares Land. Dehm will gar kein Chaos. Chaos stärkt die Rechten. Er will auch nur irgendwen beschützen dürfen, und wenn es die Kanzlerin ist.

Dehm möchte jetzt noch ein Bier trinken unten im Keller, in der Bar der Parlamentarischen Gesellschaft. Vor allem möchte Dehm gesehen werden. Ein paar Abgeordnete der AfD sitzen um einen Tisch. Sie gucken, aber Dehm grüßt nicht.

Am Tresen lehnen zwei junge Frauen, er steuert gradewegs auf sie zu.

»Wir waren ja zusammen im Europaausschuss«, sagt Dehm zu Annalena Baerbock, der neuen Vorsitzenden der Grünen.

Baerbock guckt Dehm an wie einen Fisch, der mit dem Bauch nach oben schwimmt.

»Ja«, sagt sie und dreht sich wieder zu Luise Amtsberg, einer Parteifreundin.

Bei denen, die dazugehören, ist Dehm nur noch Geduldeter.

Er leert sein Bier. Er ruft den Fahrdienst des Bundestags. Er besteht darauf, die Journalistin nach Hause zu fahren. Er besteht auch darauf, dass die Journalistin sich vorne in den Wagen setzt, während er selbst auf dem Rücksitz Platz nimmt.

### Nacht 3: Euphorie. War Dehm schon immer so?

Es folgen Wochen des Rauschs. Bei einer Demonstration am kurdischen Neujahrstag in Hannover hält Dehm auf der Bühne ein Bild des inhaftierten PKK-Anführers Abdullah Öcalan in die Höhe. Ihm drohte die Aufhebung seiner Immunität als Parlamentarier – nicht zum ersten Mal. Kurz darauf schafft er es in die »Tagesschau«, als er den katalanischen Separatistenführer Carles Puigdemont im Gefängnis in Schleswig-Holstein besucht (er hält ihn für ein Opfer alter Franco-Faschisten). Doch sein größter Scoop gelingt Dehm bei einem Ostermarsch: Dort bezeichnet er Außenminister Heiko Maas als »gut gestylten Nato-Strichjungen«.

Die Medien stehen Kopf. Parteifreunde auch.



Abgeordneter Dehm in seinem Bundestagsbüro: »Ziviler Ungehorsam im Sprachgebrauch«

Dehm hinterlässt eine Nachricht auf der Mailbox: »Hallo, schöne Frau Abé. Ich hoffe, dass ich mir jetzt keine #MeToo-Kampagne einhole.« Er lädt zu einem Liederabend nach Braunschweig ein, die Adresse lautet Karl-Marx-Straße 6. Er klingt fröhlich. Proportional zur Intensität seiner Provokationen scheint sein Glücksempfinden zu steigen.

Die Galerie gehört dem ehemaligen Bananenverkäufer und jetzigen Satiriker Thorsten Stelzner, dessen Künstlernamen lautet »Dominant«. In den Räumen ist gerade eine Ausstellung zu sehen: die eher düstere Kunst von Ellinor Michel, Partnerin des RAF-Frontmanns Andreas Baader. Nackte Brust, die Haftanstalt Stuttgart-Stammheim und der Flughafen von Mogadischu, alles in Pastell.

Vor dieser Kulisse steht Dehm, im Publikum sitzen einige Dutzend Linksromantiker, die meisten waren '68 jung. Dehm singt Antikriegslieder von Bertolt Brecht und selbst komponierte Stücke:

»Die Rüstung sitzt am Tisch der Welt; und Kinder, die vor Hunger schreien;/für Waffen fließt das große Geld; doch weiches Wasser bricht den Stein./Wir wollen wie das Wasser sein, das weiche Wasser bricht den Stein.«

Es folgt ein Vortrag über Außenpolitik. In Syrien gab es kurz zuvor einen Giftgasangriff. Trump hat auf Twitter Vergeltung angekündigt.

»Jetzt sind wir wieder an dem Punkt, dass die Großmächte gegeneinanderstehen«, doziert Dehm, »es kann jeden Moment so weit sein, dass wir wieder in einen Weltkrieg hineingeraten.« Dabei gehe es nicht um Syrien, sondern ums russische Gas. Hier, vor den Braunschweiger autonomen Rentnern, ist Dehm der Held, der singende Barde aus dem fernen Berlin, der die großen Zusammenhänge erklärt.

»We are not afraid«, singt Dehm, »we shall live in peace.«

»We shall overcome«, singen alle gemeinsam.

Dehm erhält Standing Ovationen.

Seinen Pianisten verabschiedet er mit einem Mundkuss.

»Weil ich ja auch homophob bin, wie wir wissen«, sagt er.

Dann lässt sich Dehm in einen Ledersessel plumpsen. An seinen Fingern zählt er die Provokationen der vergangenen Monate ab, Jebsen, Öcalan, Puigdemont, Maas. Maas. Er fantasiert darüber, den neuen Supersozialdemokraten mit einer Kalaschnikow nach Ghuta zu schicken, damit er zeigt, was er kann. Im nächsten Moment

JETZT IM HANDEL:

# CHANGE-MANAGEMENT



Weitere Themen:

## SELBSTMANAGEMENT

Einen Tag pro Woche ungestört arbeiten

## FÜHRUNG

Vordenker Roger Martin im Interview

## RECRUITING

Wer wählt aus: Mensch oder Algorithmus?

 Auch als digitale Ausgabe erhältlich: [harvardbusinessmanager.de](http://harvardbusinessmanager.de)



**Harvard Business manager**

DAS WISSEN DER BESTEN

erzählt Dehm von seinem neuen Audi-SUV, dem idealen Auto für einen »alternden Gigolo« wie ihn. Einen »Möchtegern-Gigolo« hat ihn gerade der Berliner Kultursenator Klaus Lederer auf Twitter genannt. Dehm hat etwas Manisches an sich. Er flattert und schillert wie ein aufgeschwechter Schmetterling. Jede Reaktion auf ihn, selbst Beleidigungen, scheinen ihn zu kicken. Er sucht Anerkennung, bekommt aber nur noch deren grell geschminkte Schwester. Aufmerksamkeit ist ein kleines Flittchen. Von ihr hat man nie genug.

Als »zivilen Ungehorsam im Sprachgebrauch« überhöht er seine Sprüche, wider die »kreuzbraven Presseerklärungen«, die ganze verdammte Political Correctness. Dehm glaubt, er habe das System ein bisschen bloßgestellt. Aber es ist immer noch das System, von dem er gesehen werden will.

Eine ältere Dame kommt auf Dehm zu. Sie möchte, dass er ein Plakat signiert. Es gehe um die Liebe ihres Lebens. Ihren Mann habe sie bereits als Jugendliche kennengelernt. Doch erst Jahre später habe es gefunkt. »Seitdem ist ›1000 Mal berührt‹ unser Lied«, sagt sie.

»1000 Mal ist nichts passiert. 1000 und 1 Nacht. Und es hat Zoom gemacht.«

Nichts von Dieter Dehm hat Deutschland mehr geprägt als dieses Lied. Vielleicht ist das sein Problem.

»Er ist ein verrückter Vogel«, sagt Katarina Witt über Dehm. Ihr »Playboy«-Cover hängt in seinem Büro.

Der von Dehm gegründete Wagenknecht-Unterstützerkreis ist so konspirativ, dass er Sahra Wagenknecht nicht bekannt ist.

In seiner Stasi-Akte steht, es sei dem MfS nicht gelungen, »wesentlichen Einfluss auf den Abbau charakterlicher Unzulänglichkeiten des IM auszuüben«.

»Er wollte uns zur Politrockband umzerziehen«, sagt der Musiker Wolfgang Niedecken von BAP, »das waren wir aber nicht.«

Klaus Lage, der Dehm wohl mehr zu verdanken hat als jeder andere, weil er »1000 und 1 Nacht« singen durfte, möchte gar nichts sagen.

Dehm blieb als Künstler im Herzen immer Politiker und als Politiker Künstler. Die Kunst ist ein gutes Korrektiv zur Politik. Aber es sieht nicht so aus, als könne man als Künstler ein guter Politiker sein. Als Künstler muss man Grenzen überschreiten, als Politiker wahren. Das Gute liegt wohl gerade in der Trennung der Sphären.

### Der Kater am Tag danach

Kurz darauf sitzt Dehm wieder in der Parlamentarischen Gesellschaft, diesmal im Garten. Der Rasen ist saftgrün, die Bäum-

chen sind putzig zugeschnitten, die Kirchen blühen in Rosa. Hinter der Hecke ragt der Reichstag mit seiner Kuppel in den Berliner Himmel empor. Der Reichstag ist auch das: ein Mahnmal deutscher Geschichte. Kaiser Wilhelm II. verspottete ihn als »Reichsaffenhaus«. Kurz nachdem Adolf Hitler an die Macht kam, schlugen Flammen aus der Kuppel, Brandstiftung.

Es ist Spargelzeit. Dehm bestellt weißen Spargel mit Kräuterrührei.

Er habe gerade einen Anwalt beauftragt, um zu prüfen, ob man das Stasi-Urteil von 1996 anfechten könne. Auf seinem Handy hat er ein paar Dokumente gespeichert: eine Erklärung von Günter Wallraff, der glaubt, dass Dehms Tätigkeit zum Nutzen Biermanns erfolgte, und die Vorwürfe für Blödsinn hält. Dann zeigt Dehm seine eigene Stasi-Akte, in der vermerkt sei, dass er Biermanns Ausbürgerung für falsch hielt, woraufhin die Stasi eine Einreisefahndung gegen Dehm erließ. Außerdem hat Dehm den handgeschriebenen Brief eines Mitarbeiters seiner Firma fotografiert, der sich bei ihm entschuldigt: Er sei es gewesen, über den Biermann-Infos aus Dehms Firma unbeabsichtigt an die Stasi gelangt seien.

Dehm sucht noch immer Absolution.

Der Anwalt habe ihm gesagt, dass es nicht gut aussehe.

Ein paar Tische weiter sitzen unter einem Sonnenschirm ein paar Linken-Abgeordnete um die Anwältin Halina Wawzyniak, die an Dehms Parteiausschlussverfahren arbeitet. Sie sehen nicht herüber. Bei Tag betrachtet ist Dehm ein Nachtfalter, sind seine Flügel nicht so hübsch.

Vorgeworfen wird ihm, dass er dem Ansehen der Linkspartei geschadet habe. Die Verrohung der Sprache sei ein Merkmal rechter Parteien. Dehm hätte sich als Künstler so ausdrücken können, aber nicht als Abgeordneter. Für die würden die Regeln des Respekts gelten.

Am Nebentisch sitzt eine Gruppe Parlamentarier der AfD. Seit dem Spruch über Maas finden die Dehm ziemlich toll. Ein junger Abgeordneter betritt den Garten. Er geht auf Dehm zu und klopf ihm auf den Rücken. »Politisch sind wir nicht auf einer Linie, aber wir verstehen uns gut«, sagt der Mann freundlich. Dann geht er zum AfD-Tisch und setzt sich. Dehm blickt auf seinen Teller. Der Teller ist leer. Er ist jetzt ein Linker, dem die Rechten applaudieren. Dehm trinkt seinen Aperol Spritz aus, als wäre auf dem Grund seines Glases irgendein Ausweg aus dieser Hölle zu finden.

Video  
**Beim Liederabend von Dieter Dehm**

[spiegel.de/sp222018dehm](http://spiegel.de/sp222018dehm)  
 oder in der App DER SPIEGEL



# ÜBERALL GRÜN

AUSSER HINTER DEN OHREN.

[bundeswehr  
karriere.de](http://bundeswehrkarriere.de)

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.



**Bundeswehr**

# Chefs gesucht

**Bildung** In manchen Bundesländern ist jede zehnte Schulleiterstelle unbesetzt, besonders häufig fehlen Direktoren an Grundschulen. Jetzt bemühen sich Kommunen, den Job attraktiver zu machen.

Joachim Eichhorn steht auf dem Balkon seiner Schule in Niefern-Öschelbronn, einer kleinen Gemeinde bei Pforzheim, und ist unzufrieden. In wenigen Minuten kommt der Filialdirektor der Sparkasse, er möchte ein Spiel einweihen, das die Bank gespendet hat. Und Joachim Eichhorn, der Schulleiter, hat sich ausgesperrt.

Der Balkon ist neu, wie auch der Rest des Gebäudes. Nur kommt Eichhorn da jetzt nicht mehr rein. Die Türklinke fehlt.

In den knapp zwei Jahren Bauzeit musste Eichhorn über nahezu jedes Detail entscheiden: Welches Material für die Fensterrahmen? Wie die Möbel gruppieren? Nur über die Türklinke habe man irgendwas nicht gesprochen.

Schulleiter ist im Jahr 2018 ein komplexer Job. Schulleiter kümmern sich um Vertretungspläne und Schulschwänzer, sie führen Bewerbungsgespräche mit Lehrern, leiten Konferenzen, entwickeln Konzepte für den Ganztagsbetrieb, bemühen sich um Sonderpädagogen für Inklusionskinder, um Sprachlehrer für Zugewanderte. Sie sorgen dafür, dass ihre Schüler bei Leistungstests wie Pisa gut abschneiden. Sie beauftragen Techniker, wenn der Kopierer nicht funktioniert, und machen sich neuerdings auch Gedanken über Smartphoneverbote, Schul-WLAN und Datenschutz.

Schulleiter sind Ansprechpartner für Eltern, Kinder, Kollegen und die Kultusministerien. Sie sind Lehrer, Manager, Buchhalter, Personalchef und manchmal, wie Eichhorn, auch Bauherr.

Es gibt nur viel zu wenige dieser multitalentierten Alleskönner.

Der SPIEGEL hat die Kultusministerien aller Bundesländer nach unbesetzten Stellen befragt. Bundesweit fehlen an Grundschulen fast 1000 Schulleiter (siehe Grafik), an Gymnasien und anderen weiterführenden Schulen sind 500 Posten vakant. Besonders schlimm ist es in Nordrhein-Westfalen: Dort werden 13 Prozent der Grundschulen, 10 Prozent der Gymnasien und 19 Prozent der übrigen weiterführenden Schulen nur kommissarisch geleitet.

Die Kultusministerien hatten den Bedarf an Lehrern dramatisch unterschätzt. »Der Mangel an Lehrkräften und damit auch der Mangel an einem breiteren Reservoir angehender Schulleiter ist sicher

nicht vom Himmel gefallen«, sagt Susanne Eisenmann (CDU), Kultusministerin in Baden-Württemberg. »Es war ein Fehler, die Ausbildungskapazitäten zu verknappen, obwohl die Schülerzahlen mittelfristig wieder steigen.«

An Niedersachsens Grundschulen sind 54 Leitungsposten seit mehr als einem Jahr unbesetzt. Über die Hälfte der 105 vakanten Stellen wurden mehrfach ausgeschrieben, bei 48 meldete sich kein einziger Bewerber.

Im Extremfall läuft es so wie an der Grundschule Amelgatzen im Landkreis Hameln-Pyrmont. 28-mal war die vakante Schulleitungsstelle ausgeschrieben, bis sich ein Kandidat fand. Sieben Jahre lang hangelte sich das Schulamt von Zwischenlösung zu Zwischenlösung, berief einen kommissarischen Vertreter nach dem anderen. Schließlich meldete sich ein Bewerber von weit her: Er wollte aus privaten Gründen in die Region wechseln.

Der Aufstieg ist vielen Lehrern schlicht zu unattraktiv, auch weil Schulleiter in Deutschland reichlich Papierkram erledigen müssen. Nach einer Umfrage des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) unter 1200 Schulleitern nannten 88 Pro-

zent der Befragten »steigende Verwaltungsarbeiten« als einen der größten Belastungsfaktoren in ihrem Beruf.

Nicht verwunderlich also, dass nur wenige Lehrer diese verdienstvolle Aufgabe übernehmen möchten. Und die, die es doch tun, sind häufig unzufrieden. Nach der VBE-Umfrage würde knapp ein Drittel der unter 40-Jährigen den Job nicht weiterempfehlen. Viele Schulleiter stehen kurz vor der Pension, in Baden-Württemberg etwa liegt ihr Durchschnittsalter bei über 50 Jahren. Der Mangel dürfte sich also verschärfen.

Wenn Joachim Eichhorn in den Ruhestand geht, wird er eine gewaltige Lücke hinterlassen. Der 60-Jährige leitet nicht nur die Werkrealschule in Niefern-Öschelbronn, sondern auch die benachbarte Kirnbach-Grundschule. Mehrmals am Tag läuft er zwischen den Gebäuden hin und her, immer einen Jutebeutel mit Unterlagen unter dem Arm. »Zum Glück habe ich eine gute Konrektorin«, sagt Eichhorn. Auch der Hausmeister helfe ihm gelegentlich bei organisatorischen Aufgaben. »Sonst wäre das nicht zu schaffen.«

Bis vor einigen Monaten pendelte Eichhorn zudem ins 15 Kilometer entfernte Maulbronn. Die dortige Schulleiterin war erkrankt. Eichhorn sprang ein, leitete zwischenzeitlich drei Schulen mit insgesamt mehr als 700 Schülern.

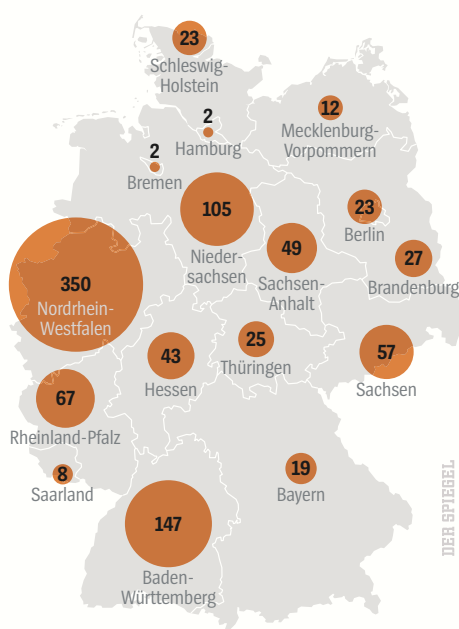
Auch wenn er die dritte Schule mittlerweile wieder an die Kollegin übergeben konnte – zum Unterrichten kommt Eichhorn nicht. »Ich stehe gern vor der Klasse, dafür habe ich den Beruf gewählt«, sagt er. Doch mit den Leitungsstunden für die beiden verbliebenen Schulen und einem Posten im örtlichen Personalrat kommt er bereits auf mehr als eine Vollzeitstelle.

Finanziell lohnt sich der Chefposten nur selten. In Niedersachsen und Baden-Württemberg erhalten manche Grundschuldirektoren bislang gerade mal 170 Euro im Monat mehr als Lehrer ohne Leitungsaufgabe. Das reiche Bayern bezahlt seine Führungskräfte dagegen gut – und hat wohl auch deshalb kaum Not mit unbesetzten Leitungsposten: Auch Leiter kleiner Grundschulen bekommen ein Gehalt nach der Besoldungsstufe A13 plus Zulage, das entspricht mindestens 4503 Euro – und damit 653 Euro mehr als vor der Beförderung zum Schulleiter.

Andere Bundesländer ziehen allmählich nach. In Niedersachsen erhalten künftig alle Schulchefs ein Entgelt mindestens nach Besoldungsgruppe A13, das sind 4103 Euro im Monat. Das bedeutet für Grundschuldirektoren oft ein Gehaltsplus von 439 Euro. Auch Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD) und Ministerin Yvonne Gebauer (FDP) aus Nordrhein-Westfalen haben die Gehälter von Schulleitern und Stellvertretern aufgebessert.

## Unbesetzte Schulleiterstellen

an Grundschulen



Quelle: Kultusministerien

Stand: August 2017 bis April 2018



GOTTFRIED STOPPEL / DER SPIEGEL

**Schulleiter Eichhorn:** Lehrer, Manager, Bauherr

Grundschulen auf dem Land spüren den Mangel besonders deutlich. »Der prozentual höchste Anteil der kommissarisch besetzten Stellen ist in den berlinfernen Räumen«, heißt es aus dem brandenburgischen Kultusministerium. Auch in Sachsen möchten die meisten Bewerber im Großraum Dresden oder Leipzig eingestellt werden. Es sei bekannt, dass »es niedersachsenweit insbesondere an kleinen Schulen in ländlichen Regionen schwieriger ist, Schulleitungsstellen zu besetzen«, schreibt das Ministerium in Hannover. Schulleiter Eichhorn beobachtet beim Lehrernachwuchs eine gewisse Bequemlichkeit. »Oft sind junge Menschen nicht bereit, für den Beruf umzuziehen.«

Mehr Geld soll sie motivieren. Außerdem wollen die Kultusministerien Schulleiter besser auf ihre Fülle an Aufgaben vorbereiten. In Niedersachsen absolvieren

Bewerber die »Qualifizierung für neu ernannte Schulleiterinnen und Schulleiter«, sechs einwöchige Module, in denen sie unter anderem Schulrecht und Personalführung pauken.

Auch in Bayern durchlaufen angehende Schuldirektoren eine Ausbildung; während der ersten zwei Jahre im Job absolvieren sie mehrere Module. Außerdem müssen Schulleiter sich regelmäßig fortbilden. Delegationen aus dem ganzen Bundesgebiet pilgern an die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen in Bayerisch Schwaben. Es ist eine Art Universität für Schulleiter. Während ihrer Seminare wohnen die Pädagogen auf dem Campus der ehemaligen Jesuiten-Hochschule mit Studierzimmern und historischem Speisesaal.

Der bayerische Bildungserfolg ist auch ein Ergebnis der Personalauswahl und der

kompetenten Führung eines Kollegiums durch den Schulleiter. Dahinter steht ein ausgefeiltes System von Förderung und Kontrolle, gestützt auf wissenschaftliche Daten. »Wir sind nicht als Inquisition unterwegs und hinterlassen auch keine rauchenden Scheiterhaufen«, sagt Christoph Henzler, bis vor Kurzem Leiter der Akademie in Dillingen und nun Ministerialbeauftragter für die Gymnasien in Oberbayern-West. »Wir wollen den Schulen helfen, sich zu verbessern.«

Henzler begutachtet in seinem Bezirk rund 60 Schulleiter, die Schulleitungen begutachten dann wiederum ihre Lehrer. Spätestens nach vier Jahren kommt eine Lehrkraft auf den Prüfstand.

Andere Bundesländer setzen statt solcher straffer Organisation lieber darauf, Schulleiter zu entlasten. Die Landesregierung Baden-Württemberg will vermehrt Schulverwaltungsassistenten einstellen, die Schulleitern den Papierkram abnehmen. Niedersachsen befreit Chefs kleiner Schulen seit März von Verwaltungsaufgaben im Bereich Personal – um Einstellungen, Verträge und Personalakten kümmert sich die Landesschulbehörde nun selbst.

Die Stadt Duisburg versucht auf anderen Wegen, Lehrern den Aufstieg schmackhaft zu machen: viel Praxisnähe und Unterstützung. Dort gibt es ein Schulleiter-Schnupper-Projekt, anderthalb Jahre soll es dauern, 27 Frauen und ein Mann haben sich angemeldet. Alle können sich vorstellen, eine Grundschule zu leiten. Das Projekt soll ihnen die Angst vor der Aufgabe nehmen.

Beim »Leitungsshadowing« begleiten sie einen Schulleiter »wie ein Schatten«. Außerdem bekommt jeder Teilnehmer 3000 Euro, um ein eigenes Projekt an seiner Schule zu planen und umzusetzen. So sollen die Pädagogen Management und Führung üben. Das Geld stammt je zur Hälfte von der Stadt Duisburg als Schulträger und einer Stiftung, die sich für Bildungsgerechtigkeit einsetzt.

Julia Gaertner lässt für ihr Projekt gerade ihren Dackelmischling zum Schulhund ausbilden und arbeitet an einem Konzept, wie sich das Tier sinnvoll im Unterricht einsetzen lässt. »Die Kinder sollen ihr Sozialverhalten schulen. Mit dem Hund können sie Wertschätzung und Rücksicht auf andere Lebewesen üben.«

Die 33-Jährige hat sich für die Weiterbildung beworben, weil sie Verantwortung übernehmen und mitgestalten möchte, wohin sich eine Schule entwickelt. Sie macht aber auch kein Geheimnis daraus, dass die bessere Besoldung sie motiviert. »Bisher war Schulleitung ja fast ein Ehrenamt.«

Susmita Arp, Jan Friedmann,  
Miriam Olbrisch

# 6 Prämien zur Wahl!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



## Gartenliege Ipanema – rot/beige

Nutzen Sie die bequeme Wendeauflage in dezentem Beige oder warmem Weinrot. Aufstellmaße: ca. 178x54x70 cm. Ohne Zuzahlung.



## Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Der Bauhaus-Klassiker! Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglass. Nummeriert. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 149,-.



## Samsonite Illustro Spinner 55

Besonders leicht und praktisch, ideal für Kurzreisen. Mit 4-Rollen-Spinner-System und großem Frontfach. Maße: ca. 40x55x20 cm. Ohne Zuzahlung.



## € 100,- Prämie

Erfüllen Sie sich oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch, oder legen Sie die € 100,- für eine größere Anschaffung zurück!



### Teasi One³ eXtend Navi

Für Rad, Wandern, Ski und Boot. Mit 8,8-cm-Display, Routing, Gratiskarten und 3-D-Kompass. Ohne Zuzahlung.



### iPad 32 GB Wi-Fi in Spacegray

Jetzt mit extra schnellem A10-Fusion Chip und iOS 11, 9,7"-Retina-Display, Fingerabdruck-Sensor und 8-MP-Kamera. Unterstützt Apple Pencil. Gewicht: 469 g. Zuzahlung: € 229,-.

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

## Ja, ich habe geworben und wähle meine Prämie!

#### SPIEGEL-Vorteile

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt € 5,10 nur € 4,80 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch den SPIEGEL digital für nur € 0,50 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

#### Wunschprämie

- Gartenliege Ipanema – rot/beige (5698)
- Wagenfeld-Tischleuchte (3739) Zzgl. € 149,-
- Teasi One³ eXtend Navi (5369)
- iPad 32 GB Space Grau (5694) Zzgl. € 229,-
- Samsonite Illustro Spinner (5669)
- € 100,- Prämie (2160). Mein Konto für die Überweisung:

DE   
IBAN

#### Anschrift des Werbers:

Frau  Herr  
Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ  Ort

## Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

#### Anschrift des neuen Lesers:

Frau  Herr  
Name, Vorname

Straße, Hausnr.  Geburtsdatum

PLZ  Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)  E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

#### Gleich mitbestellen!

Ja, ich möchte zusätzlich den SPIEGEL digital für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für € 4,99 im Einzelkauf. SD18-015

Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für zunächst 52 Ausgaben für zurzeit € 4,80 pro Ausgabe statt € 5,10 im Einzelkauf, den SPIEGEL digital zusätzlich für € 0,50 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich jeweils um weitere 52 Ausgaben, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird.

**Ich zahle bequem per SEPA-Lastschrift\* vierteljährlich € 62,40, digitale Ausgabe halbjährlich € 13,-**

DE   
IBAN

Datum  Unterschrift des neuen Lesers

SP18-106

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZ00000030206

**Coupon ausfüllen und senden an:**  
**DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg**

**040 3007-2700**

**www.spiegel.de/p18**

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Der Vorzugspreis von € 0,50 für den SPIEGEL digital gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,49 für das E-Paper. Bei Sachprämien mit Zuzahlung zzgl. € 2,- Nachnahmegebühr. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und dem Widerrufsrecht finden Sie unter [www.spiegel.de/agn](http://www.spiegel.de/agn). SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: [aboservice@spiegel.de](mailto:aboservice@spiegel.de)

\* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

# Das Gedächtnis der Revolte

**1968** In einem Keller in Berlin liegen die Dokumente des Studentenaufstands. Siegward Lönnendonker, Gralshüter des APO-Archivs, war vor 50 Jahren mittenmang.

**G**rau das Haar, gebeugt der Rücken, aber wach und fröhlich der Blick. Siegward Lönnendonker ist 79 Jahre alt und sitzt an einem Resopaltisch. In den hellgrauen Pappkartons auf den Tischen um ihn herum liegen Papiere, die ein halbes Jahrhundert alt sind, ihre Farbe changiert von Gelb nach Braun.

Es sind Akten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) von 1968 – aus dem Jahr, in dem die Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland zu Ende ging. Der SDS war damals der Motor der Studentenbewegung, die vergilbten Papiere sind die wichtigsten Quellen der Revolte.

Seit 1963 hat Siegward Lönnendonker Flugblätter und Broschüren der »Außerparlamentarischen Opposition« (APO) gesammelt. »APO und soziale Bewegungen« heißt das Archiv, das seit 2004 Bestandteil des Universitätsarchivs der Freien Universität (FU) Berlin ist. Auf 672 Regalmeter ist es mittlerweile angewachsen, rund drei Millionen Seiten Dokumente. Etwa 30 Meter davon nehmen die 200 000 Seiten SDS-Akten ein.

Seit seiner Pensionierung ist Lönnendonker als ehrenamtlicher Archivar fast jeden Tag bei seinen Papieren anzutreffen. »Der Archivar ist der Star«, verkündet er fröhlich. »Er weiß, wie es war.«

Also: Wie war es wirklich 1968? Haben vor 50 Jahren revoltierende Jugendliche – wie Konservative bis heute grummeln – die Sitten, die Familien und den Respekt vor jeglicher Autorität zerstört? Oder haben die Achtundsechziger überfällige Reformen initiiert, die Gesellschaft freier und toleranter gemacht? Haben sie die Westdeutschen dazu gezwungen, sich mit ihrer Nazivergangenheit auseinanderzusetzen?

Der Archivar Lönnendonker hat eine klare Meinung: Die Achtundsechziger haben das kollektive Beschweigen beendet. Er ärgert sich deshalb über ein neues Buch des Soziologen Heinz Bude, der behauptet, die Aufarbeitung des Nationalsozialismus habe mit dem Beginn des ersten Auschwitzprozesses Ende 1963 angefangen.

Im APO-Archiv lässt sich nachverfolgen, dass Reinhard Strecker, SDS-Mitglied, bereits 1959 eine Ausstellung »Ungesühten

Nazijustiz« organisierte, die in zehn Universitätsstädten gezeigt wurde. Ein Jahr später erstattete Strecker für den SDS auch Strafanzeige gegen 43 ehemalige Nazirichter, die in der Bundesrepublik wieder Recht sprachen. Das Aufsehen war erheblich. »Hätte dieser Soziologe Bude mal bei uns hier recherchieren sollen«, sagt Lönnendonker.



**Schah-Unterstützer, Polizisten, Demonstranten in West-Berlin 1967:** Zutiefst schockiert

Der Archivar hat die Genese der Studentenbewegung von Anfang an miterlebt. Er wurde 1939 im niederrheinischen Rheydt geboren und kann sich noch gut an die Bombennächte im Luftschutzkeller erinnern. Ein Kriegskind. 1958 ging er nach West-Berlin, studierte Physik, bevor er auf Soziologie umsattelte.

In einem Jazzklub lernte er einen Kommilitonen kennen, der Banjo spielte und sang. Hubertus Hüppauf, so hieß dieser Kommilitone, suchte einen Bassisten und zudem einen Mitbewohner für eine große Wohnung, die er sich mit zwei Studentinnen teilte. Lönnendonker zog ein und zupfte bald den Bass bei den Blackbirds,

die vor allem Rock und Soul für US-Soldaten spielten.

Hüppauf war Vorsitzender des Landesverbands West-Berlin im SDS. Da die linke Organisation seit ihrem Ausschluss aus der SPD 1961 kein Büro mehr hatte, trafen sich die Genossen in der Wohnung. Sie produzierten dort auf einer Vervielfältigungsmaschine auch Flugblätter. Lönnendonker, der als Kind Zigarettenbildchen gesammelt hatte, behielt jeweils eine Kopie, bald auch von Flugblättern und Schriften anderer Studentenorganisationen.

»Wenn die Historiker später einmal unsere Zeit bearbeiten«, so habe er sich damals gesagt, »sollen sie nicht nur Akten der Universitätsbürokratie, der Polizei und der Staatsanwaltschaft zur Verfügung haben.«

Als der West-Berliner Bürgermeister am 2. Juni 1967 den Schah von Persien, einen brutalen Diktator, im Rahmen eines Staatsbesuchs empfing, ging Lönnendonker mit anderen Studenten zum Rathaus Schöne-

berg. Er frage sich bis heute, sagt er, »wie es möglich war, dass mit städtischen Bussen persische Schah-Unterstützer und Geheimdienstleute bis direkt vor das Rathaus gefahren wurden, um dort mit Latten auf uns Demonstranten und auf Schau-lustige einzuschlagen«.

Es kam noch schlimmer: Am Abend, auf einer zweiten Demonstration, erschoss ein Polizist den Germanistikstudenten Benno Ohnesorg. Lönnendonker war, wie Tausende Studenten, zutiefst schockiert. Es hätte jeden von ihnen treffen können, sagten sie sich.

In einer Vitrine in einem Lesesaal des Universitätsarchivs findet sich eine Papier-



tüte mit dem Konterfei des Schahs von Persien. Die Kommune 1 mit Fritz Teufel hatte solche Tüten produziert, die sich als Maske über den Kopf ziehen ließen. Studenten demonstrierten damit. Bei den Masken liegt ein Bauarbeiterhelm aus der DDR. Ost-Berliner Unterstützer der APO kauften im April 1968 Hunderte davon und schenkten sie den demonstrierenden Studenten aus West-Berlin, damit diese sich gegen die Polizeiknüppel schützen konnten (SPIEGEL 10/2018).

Kopf und Stimme der deutschen Achtundsechziger war Rudi Dutschke aus Luckenwalde, der den Kriegsdienst verweigert hatte und kurz vor dem Mauerbau nach West-Berlin getürmt war. In einer Vitrine liegt seine Zulassung zum Studium an der FU vom 13. Juli 1961, Philosophische Fakultät, Hauptfach Geschichte. Daneben der von seiner Frau Gretchen ausgefüllte Antrag auf Beurlaubung für das Wintersemester 1968/69. Als Begründung

terklasse war eine absurde Fantasievorstellung«, sagt der Archivar, »denn sie schrumpfte doch rasant.«

1973 reiste Lönnendonker mit seinem SDS-Genossen Tilman Fichter nach Frankfurt am Main und fand im feuchten Keller des früheren SDS-Verlags Neue Kritik rund 300 Ordner. Darin, grob geschätzt, 200 000 Seiten, Unterlagen des Bundesvorstands des SDS. Zunächst baute der handwerklich versierte Archivar ein großes Regal für die teils angeschimmelten Papiere, später holte er sie nach West-Berlin.

Eines der wichtigsten Dokumente des APO-Archivs trägt die Signatur SDS, 28, Bl. 424 – 428. Es ist ein mit Schreibmaschine getipptes Manuskript einer Rede der West-Berliner Filmstudentin Helke Sander, vorgetragen am 13. September 1968 in Frankfurt am Main auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS.

Sander sagte damals: »Wir müssen hier nämlich mal feststellen, dass an der Ge-

Wenn der Student seine Mutter schon nicht liebe, »so verlangt es Anstand und Sitte«, dass er sie vorab über seine »Eskapaden« informiere. »Du hast nicht einmal die Manieren eines Lehrlings.«

Im APO-Archiv lässt sich der globale Charakter der Revolte von 68 sehr gut nachvollziehen, mit dem Höhepunkt im Mai in Frankreich. Nach dem Attentat auf Dutschke an Ostern 1968 wurde der Frankfurter SDS-Bundesvorstand mit Solidaritätstelegrammen überschwemmt. Es meldete sich die Generalunion Palästinensischer Studenten ebenso wie die israelische sozialistische Organisation Matzpen aus Jerusalem, das Peace and Freedom Movement aus Berkeley in Kalifornien, der Rat der Studenten der UdSSR, ein Jugendkomitee der Sozialistischen Partei Japans.

1988 erbt Lönnendonker die Unterlagen des Kommunistischen Bunds Westdeutschland, einer maoistischen Kleinpartei. Zu ihren Kadern zählten in den Siebzigerjahren etliche später einflussreiche Grüne, unter ihnen Ralf Fücks, bis zum vergangenen Jahr Chef der Heinrich-Böll-Stiftung, Reinhard Bütikofer, viele Jahre lang Parteivorsitzender, und der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann. In den Dokumenten lässt sich nachlesen, wie die westdeutschen Maoisten dem kambodschanischen Massenmörder Pol Pot huldigten.

Im APO-Archiv liegen auch Privatsammlungen verstorbener Genossen sowie Flugschriften aus aller Welt, sie haben einen Gesamtumfang von anderthalb Millionen Seiten. Das Spezialarchiv, das gut ein Zehntel der Dokumente des Universitätsarchivs umfasst, werde stark frequentiert, sagt die Leiterin des FU-Archivs, Birgit Rehse. »Es zieht eine besonders bunte Mischung von Nutzern an, viele ausländische Forscher.«

Das Herz der Sammlung bilden die SDS-Dokumente. Lönnendonker möchte sie in den nächsten Monaten online zugänglich machen. Doch FU-Archivleiterin Rehse, eine Expertin für Datenschutz, will erst genau prüfen lassen, ob mit der Veröffentlichung der Akten Persönlichkeitsrechte verletzt würden.

Wenn sie eines Tages im Internet zugänglich sein sollten, ließen sich auch verschiedene Kuriosa bequemer nachlesen als bislang. Zum Beispiel der Brief des Frankfurter Postamts 8, das dem SDS-Bundesvorstand im April 1968 mitteilte, dass ein Paket nach 4152 Kempfen während der Beförderung beschädigt worden sei. Da die »angewandte Verpackung« ungenügend gewesen sei, bedauere die Post, »keinen Ersatz leisten zu können«. Verschwunden waren aus dem Paket »lt. Rechnung 11 Mao-Fibeln«. Michael Sontheimer



GOETZ SCHLESER / DER SPIEGEL

**Experte Lönnendonker:** »Der Archivar ist der Star, er weiß, wie es war«

nannte sie: »Weitere Erholung von den Affekten der Schießerei im April.«

Mit den Unruhen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke an Ostern 1968 erreichte die Studentenbewegung ihren Höhepunkt. Als das Jahr 1968 zu Ende ging, hatte ein großer Teil aller Studierenden demonstriert. Dann zerfiel die Bewegung in viele kleine Gruppen und Parteien; der SDS löste sich im März 1970 auf einer chaotischen Versammlung in Frankfurt am Main auf.

Von Anfang an lehnte Lönnendonker den Terror der Roten Armee Fraktion ab. Ebenso wenig konnte er damit anfangen, dass die Studenten die Proletarier idealisierten. »Die Fixierung auf die Arbei-

samtgesellschaft etwas mehr Frauen als Männer beteiligt sind, und finden es nicht unbescheiden, dass wir die sich daraus ergebenden Ansprüche auch einmal anmelden, und fordern, dass sie berücksichtigt werden.« Die Rede war das Gründungsmanifest der neuen Frauenbewegung.

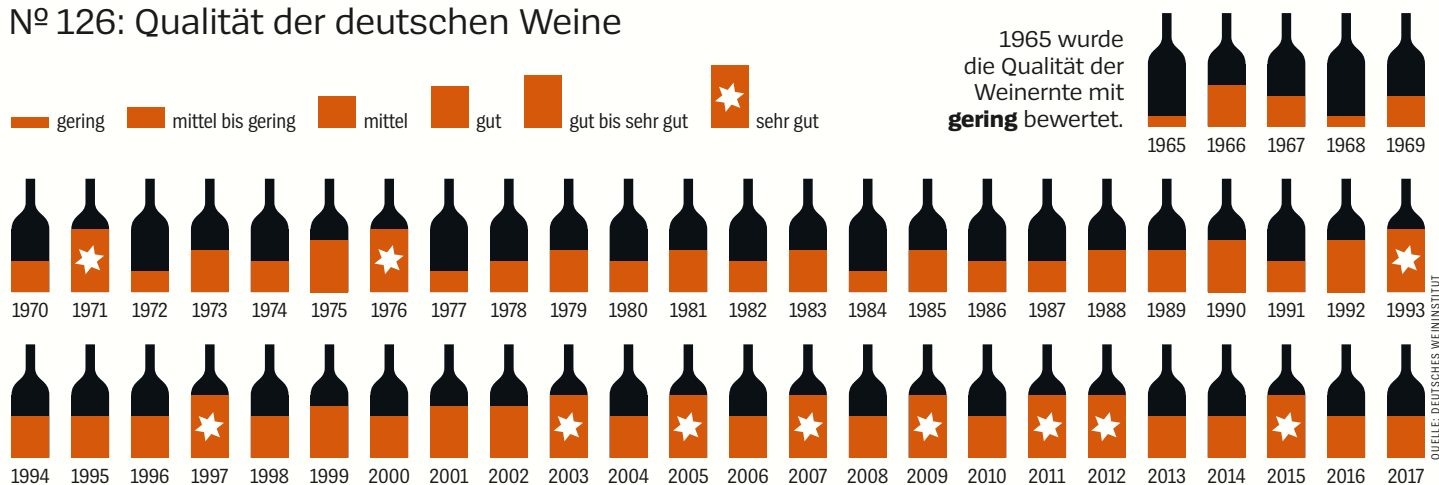
En passant liefern die SDS-Akten auch interessante Sittenbilder aus den Sechzigerjahren. So schrieb ein besorgter Verwandter einen Studenten unter der Adresse des SDS an. »Neulich bist du erst früh um 7 Uhr nach Hause gekommen. Deine Mutter, ohne die Du gar nicht auf dieser Welt wärst, hat viele Zigaretten vor Aufregung geraucht und war außer sich.«

# Gesellschaft

»Mein Zweitname ist Bulldogge.« ▶ S. 52

## Früher war alles schlechter

### N<sup>o</sup> 126: Qualität der deutschen Weine



**Ein übler Trunk.** Kaiser Augustus soll sich spätestens nach dem sechsten Glase Wein übergeben haben. Eine beachtliche Leistung, bedenkt man den Inhalt. Pur schmeckte römischer Wein selten gut. Um die Säure zu mildern, schütteten Winzer Kalk hinein. Weitere Zutaten: Aschenlauge, Harz, Salz, Pech, Gips oder Oregano. Wein schmeckte oft nach Essig, da eine hygienische Verarbeitung schwer zu erreichen war. Auch Martin Luther trank noch eine braune Flüssigkeit mit wenig Aroma und bewertete sich über die Qualität. »Die Weine, die vom Rhein und anderswoher kommen, werden von den Fuhrleuten verdorben«, vermutete er. Immerhin benutzte man zu seinen Lebzeiten Schwefel zur Haltbarmachung. Im 19. Jahrhundert dann brachte die Reblaus den Weinbau fast zum Erliegen, zwei Weltkriege

zerstörten das Renommee des deutschen Rieslings, der noch um 1900 teurer gehandelt wurde als französischer Rotwein. Erst in den vergangenen drei Jahrzehnten wurde deutscher Wein wieder zum verlässlichen Genuss. Heute werden Trauben schonend verarbeitet, die Ertragsmengen pro Hektar begrenzt, es wird behutsamer gedüngt, in moderne Kellertechnik investiert. Deutsche Weine sind womöglich auch ein Gewinner des Klimawandels. Der Extrakt der Früchte ist deutlich gestiegen. 1987 war das letzte Jahr, in dem viele Trauben nicht reif wurden. Die Qualitätsbeurteilung des Deutschen Weininstituts unterscheidet seit 1992 nur noch zwischen »sehr gut« und »gut«. Wer sich heute also nach dem sechsten Glase übergibt, sollte die Schuld nicht beim schlechten Wein suchen. jonathan.stock@spiegel.de

Essen

## Wie grillt man Eis, Herr Wienen?

Alfons Wienen, 48, ist mit seinem Team »BBQ Wiesel« Weltmeister im Grillen.

**SPIEGEL:** Herr Wienen, was nehmen Sie für den nächsten Grillwettbewerb mit?

**Wienen:** Da kommen schnell zwei Transporter zusammen. Gasgrills, Wassermoker, Kugelgrill, Zelte. Die Elektrik. 200 Kilogramm Kohle. Logistisch ist das schon eine Herausforderung, ähnlich einem Umzug.

**SPIEGEL:** Bald ist Europameisterschaft in Schweden. Wie bereiten Sie sich vor?

**Wienen:** Wir sind gerade in der Findungsphase. Die Frage ist immer: Wie bauen wir das Geschmacksprofil? Da fängt die Planung schon bei der Kohle an.

**SPIEGEL:** Grillen Sie sich überhaupt abends noch mal ein Würstchen? So zwischendurch?

**Wienen:** Sehr gern sogar. Man muss ja auch mal was ausprobieren. Am liebsten grille ich Würstchen rückwärts.

**SPIEGEL:** Wie geht das?

**Wienen:** Also erst bei niedrigen Temperaturen garen, dann ruhen lassen, zuletzt scharf angrillen. Wer sie gleich bräunt, riskiert, dass die Würstchen außen schwarz werden, aber innen noch nicht gar sind.

**SPIEGEL:** Unschön.

**Wienen:** Eben, das Fleisch ist ja schon tot, warum soll man es noch mal umbringen?

**SPIEGEL:** Wie grillen die Deutschen eigentlich im Vergleich zu anderen Völkern?

**Wienen:** Sie wollen zu schnell zu viel. Viel Kohle, viel Hitze, schnell

braun werden lassen, weil alle Hunger haben, fertig. Wir in der Szene nennen das »flachgrillen«. Aber es ist ein Wandel erkennbar. Der Trend geht zum Zweitgrill.

**SPIEGEL:** Woran denken Sie, wenn Sie das Wort »Einweggrill« hören?

**Wienen:** Katastrophe.

**SPIEGEL:** Glut mit Bier ablöschen?

**Wienen:** Gefährlich. Die Asche wirbelt auf, setzt sich auf dem Grillgut fest. Das ist ungesund. Außerdem wäscht man die schöne Marinade ab. Was soll das? Fast so schlimm wie Fett abschneiden. Fett ist ein Geschmacksträger!

**SPIEGEL:** Verraten Sie uns doch mal: Wie grillt man Eis?

**Wienen:** Tiefkühlen auf minus 24 Grad, mit Blätterteig umwickeln, scharf angrillen, sodass der Blätterteig kross wird, aber das Eis noch nicht geschmolzen ist. Köstlich. JST



## Eine Meldung und ihre Geschichte

# Mutterseelenallein

Wie eine Amerikanerin ein Kind mithilfe von YouTube-Videos zur Welt gebracht hat

**T**ia Freeman ist im achten Monat schwanger, als sie am 6. März um kurz vor 22 Uhr in eine Maschine der Turkish Airlines steigt, um von Atlanta, Georgia, nach Istanbul zu fliegen. Von dort aus will sie nach Stuttgart weiterreisen, um einen Freund zu besuchen. Man sieht ihr nicht an, dass sie bald ein Kind zur Welt bringt, sie hat so gut wie keinen Babybauch. Sie weiß selbst erst seit ein paar Wochen, dass sie ein Kind erwartet. Als sie es erfuhr, wollte sie es nicht wahrhaben. Vielleicht will sie es noch immer nicht wahrhaben, als sie in dieses Flugzeug steigt. Ein Kind passt gerade nicht in ihre Lebensplanung, sie ist 22 Jahre alt und arbeitet seit vier Jahren als Computerspezialistin bei der U. S. Air Force.

Der Flug dauert elf Stunden, zum Abendessen servieren die Stewardessen Hühnchen oder Lachs. Freeman, eine Frau mit Helmut-Kohl-Brille und Rastalocken, ist Vegetarierin, sie hatte es versäumt, eine spezielle Mahlzeit für sich zu bestellen. Normalerweise isst sie auch keinen Fisch, aber sie hat einen langen Trip vor sich und Hunger. Sie bestellt den Lachs.

Eine Stunde vor der Landung bekommt sie Krämpfe im Unterleib. Der Fisch, denkt Freeman. Die Krämpfe werden schlimmer. Sie vermutet, dass sie sich eine Lebensmittelvergiftung zugezogen hat.

Als sie am Atatürk-Flughafen in der Schlange vor der Passkontrolle steht, kann sie sich kaum noch aufrecht halten; sie schwitzt, ihr wird schwarz vor Augen, sie hat das Gefühl, sich gleich übergeben zu müssen. In Istanbul hat sie 17 Stunden Aufenthalt, deshalb hatte sie ein Zimmer in der Nähe des Flughafens gebucht. Sie will jetzt nur noch in dieses Hotel. Plötzlich kommt ihr der Gedanke, und sie kann heute nicht mehr erklären, wieso, dass sie vielleicht gar keine Magenkrämpfe hat, sondern Wehen.

Sie ist, im wahrsten Sinne des Wortes, mutterseelenallein. Sie kennt niemanden, sie traut niemandem. Sie hätte am Flughafen jemanden um Hilfe bitten können. Sie hätte dem Fahrer, der sie zum Hotel brachte, sagen können, dass sie ins Krankenhaus muss.

Aber nichts davon tat sie. »Ich war in einem fremden Land. Niemand sprach vernünftig Englisch«, sagt sie heute, gut zwei Monate später. Sie kannte die türkische Notrufnummer nicht, sie dachte, sie schaffe es sowieso nicht rechtzeitig ins Krankenhaus. Alles, was sie wusste, war: »Ich will das Kind auf keinen Fall auf dem Flughafen zur Welt bringen.«

Sie hat nur einen einzigen Begleiter in diesem Moment. Ihr Smartphone. Sie liegt auf einem Hotelbett in Istanbul und öffnet die Seite von Google.

Auf »Wikihow« liest sie Texte über Hausgeburten. Dann landet sie auf der Seite von YouTube. Sie schaut sich zwei Videos an. »How to deliver a baby in an emergency«, wie bringt man ein Baby im Notfall zur Welt? Und: »Giving birth in bath alone home«, wie man ein Kind allein in einer Badewanne zur Welt bringt.

Sie stoppt auf dem Handy die Zeit zwischen zwei Wehen. Im YouTube-Video hatte es geheißen, erst wenn der Abstand kürzer als zwei Minuten sei, solle die Gebärende mit dem Pressen beginnen. Die Stoppuhr zeigt weniger als eine Minute an. Freeman lässt warmes Wasser in die Wanne laufen, zieht sich aus und legt sich hinein. Sie rollt ein Handtuch zusammen, beißt darauf und presst. Fünffmal, vielleicht sechsmal muss sie pressen, dann hält sie ihren Sohn im Arm. Etwa 35 Minuten sind vergangen, seitdem sie das Hotel betreten hat.

Sie steigt aus der Wanne, wickelt das Baby in ein Handtuch und beginnt, ihren Bauch zu reiben, damit die Plazenta ihren Körper verlässt; so hatte sie es im Video gelernt. Als sie den Mutterkuchen ausgestoßen hat, verpackt sie ihn in einem

dieser Sanitärbeutel, die es in jedem Hotelzimmer gibt.

Jetzt muss sie die Nabelschnur durchtrennen. Wieder sucht sie auf YouTube nach einer passenden Anleitung.

Sie zieht die Schnürsenkel aus ihren Schuhen und desinfiziert sie im Wasserkocher, der auf dem Tisch steht. Die Schnürsenkel verwendet sie als Klemmen. Dann nimmt sie ein Taschenmesser, das sie im Gepäck hat, und nabelt ihr Baby ab. Sie steht auf und beginnt, das Badezimmer mit den Hotelhandtüchern zu säubern. Dann legt sie sich hin, gibt ihrem Sohn die Brust und schläft mit ihm ein.

Am nächsten Morgen fährt sie mit ihrem Baby zum Flughafen, damit man ihr dort weiterhilft. Weil sie noch keine Babywäsche besitzt, hat sie das Kind in eine blaue Bluse gewickelt. Sie hat keine

Geburtsurkunde, keinen Pass, nichts, was sie als rechtmäßige Mutter dieses Kindes ausweisen würde. Die Mitarbeiter am Airport halten sie zunächst für eine Menschenhändlerin. Sie muss ihre Geschichte der Polizei und dem Zoll erzählen. Ein Arzt untersucht das Baby und seine Mutter und stellt fest, dass Tia Freeman dieses Kind tatsächlich in der Nacht zuvor geboren haben könnte. Zwischendurch ruft sie beim amerikanischen Konsulat an, wo sie sieben Tage später eine Geburtsurkunde für ihren Sohn erhält, Dokument 0688213: Xavier Ata Freeman, geboren am 7. März 2018 in Istanbul, gut 2900 Gramm schwer. Ata ist Türkisch, der Name bedeutet »Vorfahr«.

Zwei Wochen bleibt Tia Freeman mit ihrem Baby in der Türkei, dann erst erlauben die Mediziner ihr, nach Hause zu fliegen.

Seit einer Woche arbeitet Freeman wieder. Sie habe bei der Geburt gelernt, unter Stress einfallstreich zu sein und ruhig zu bleiben, sagt sie. Und sie wisse jetzt, dass es nichts gebe, was man nicht schaffen könne. Solange man eine stabile Internetverbindung hat. Maik Großekathöfer



Freeman mit Sohn Xavier Ata

Diese Frau brachte ihr Baby allein zur Welt – dank Youtube

Von der Website Morgenpost.de

# Einer muss es machen

**Bürgersinn** Kaum etwas fasziniert Amerika so sehr wie die Russlandaffäre seines Präsidenten.

Im Land hat sich ein Heer selbst ernannter Ermittler gebildet, die ständig neue Nachrichten zutage fördern. Wer sind diese Leute? Und was treibt sie? *Von Christoph Scheuermann*

**E**s war Ende Januar vorigen Jahres, als der Bürger Jeff Jetton beschloss, ins Weltgeschehen einzugreifen.

Jetton ist Teilhaber eines Restaurants in Washington, das japanische Reisnudeln serviert. Er war gerade auf dem Weg zu seiner Wohnung, als er Jugendliche sah, die rechte Hassparolen brüllten. Einige Häuserblocks entfernt, auf den Stufen des Kapitols, wurde gerade Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten vereidigt. Jetton sah lachende Neonazis und Provokateure mit rassistischen Plakaten. Es schien, als hätten diese Leute auf diesen Augenblick nur gewartet, auf diesen Präsidenten.

Jeff Jetton war ratlos und zornig, er wollte etwas gegen den Hass tun, der sich von Washington aus über das ganze Land verbreitete. Es müsse doch ein Mittel gegen diesen gefährlichen Clown geben, der gerade ins Weiße Haus einzog, dachte er sich. »Was ist Trumps größte Schwäche? Wo ist er am verwundbarsten?«

Ein Jahr später tritt Jetton in ein Café im Norden Washingtons. Er ist 41 Jahre alt, trägt Jeans, Mütze und einen Fünftagebart. Sein Mobiltelefon legt er auf den Tisch, vorsichtig wie einen Schatz. Er hat anderthalb Jahre nichts anderes gemacht, als der Frage hinterherzujagen, ob Trump im Wahlkampf mit einer ausländischen Macht kooperierte, um gegen Hillary Clinton zu gewinnen. Das große Thema. In seinem Telefon lagern die Trophäen. Trump, der Russlandfreund. Trump, der Putin-Buddy.

Es dauert nicht lange, dann bietet er einem die Handynummer von Donald Trump Jr an, die private E-Mail-Adresse von Paul Manafort, Trumps früherem Wahlkampfhelder, sowie eine Nummer von Michael Cohen, Trumps Rechtsanwalt. Von Leuten, die auf die eine oder andere Weise in die Affäre verstrickt sind.

Man könnte Jetton für einen Spinner halten, für einen Eiferer oder Verschwörungstheoretiker, aber das ist er nicht. Im großen Panorama des Russlandskandals ist er der couragierte Bürger. Der Demokrat, der Ernst macht. Der nicht alles dem Staat und seinen Institutionen zuschieben will. Er ist einer von Hunderten. Leute wie

Jetton fördern Informationen zutage, die Journalisten entgehen, sie haben ein Netzwerk von Tausenden, manchmal Hunderttausenden Followern und Unterstützern, sie bekommen Hinweise zugespielt von überallher, sie decken auf, klären auf, sie mobilisieren andere Bürger. Sie sorgen dafür, dass die Gesellschaft nicht gleichgültig wird.

Es sind Männer wie eben Jeff Jetton oder auch Seth Abramson, Universitätsdozent im Bundesstaat New Hampshire, oder Scott Dworkin, Aktivist der Demokraten in Washington. Drei Bürger, die sich in die Affäre ihrer Zeit fressen, drei Getriebene. Sie sind einander nie begegnet, was sie verbindet, ist die Verachtung für den Präsidenten, die Gewissheit, dass er etwas verbirgt, und die Überzeugung, dass man dagegen etwas machen kann.

Jetton, Abramson und Dworkin befriedigen mit ihrer Arbeit die gigantische Nachfrage nach Informationen und Einordnung, sie sind wie Dealer. Ohne sie wüsste man nicht, was einer von Trumps Anwälten nachts denkt, ohne sie würden dem Russlandpuzzle Teile fehlen, ohne sie wäre die Affäre auch weniger unterhaltsam.

## Jetton schickte einem von Trumps Anwälten eine Mail, darin stand: »Du bist ein Monster.«

Seit einem Jahr untersucht Sonderermittler Robert Mueller eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Trumps Wahlkampfteam und Russland. 19 Verdächtige sind angeklagt, darunter 4 frühere Berater Trumps und 13 Russen. Die Ermittlungen dauern an, noch immer ist nicht klar, ob es einen Masterplan gab, mit Moskau zu kooperieren, und falls dieser Plan existierte, ob Trump darin verwickelt war.

Es wäre die ultimative Verschwörung, der Skandal des Jahrhunderts. Ein Präsidentschaftskandidat arbeitet mit Moskau, dem früheren Erzfeind, um die Wahl zu manipulieren. Neben Robert Mueller be-

fassen sich drei Kongressausschüsse damit, Juristen, Journalisten, Thinktanks.

Trump und seine Leute halten die ganze Untersuchung für eine Farce, es habe nie eine Zusammenarbeit mit Moskau gegeben. »Hexenjagd«, schrieb Trump am Mittwoch auf Twitter, mal wieder.

Jeff Jetton sagt, natürlich sei der Präsident in die Russlandsache verwickelt.

Sein Telefon vibriert. Am anderen Ende meldet sich ein Reporter von »BuzzFeed«, der einen Kontakt zu Felix Sater sucht, einem früheren Geschäftspartner Trumps. Sater ist eine dieser Figuren, die in diesem Komplex regelmäßig in den Mittelpunkt rücken. Er kennt Trump seit Jahren und prahlt damit, dass er für dessen Tochter Ivanka einen Kreml-Besuch arrangiert hat, bei dem Ivanka auf dem Stuhl von Wladimir Putin Platz nehmen durfte.

In den Russlandskandal rutschte Sater durch eine E-Mail, die er Ende 2015 an Michael Cohen schickte, Trumps Anwalt. Er, Sater, wolle mithilfe Cohens und Putins die Wahl zu Trumps Gunsten beeinflussen, schrieb er. »Ich werde Putins Leute mit ins Boot holen.« Inzwischen gilt diese Nachricht als einer von vielen Belegen dafür, wie sehr sich im Umfeld des Präsidentschaftskandidaten Politik, Geld und Geschäft vermischten haben.

Jetton sagt zu dem »BuzzFeed«-Reporter: »Ich mach dir einen Kontakt.« Drei Minuten später landet auf seinem Handy eine Nachricht von Sater. »Felix und ich sind Freunde«, sagt Jetton und lächelt behaglich. Sie kommunizieren verschlüsselt, kürzlich trafen sie sich mal wieder in Los Angeles. Jetton hält sein Telefon hoch, hier bitte, kannst du alles lesen, sagt er. Die Nachrichten lesen sich tatsächlich, als seien Sater und er Vertraute.

Jetton sagt über sich, er habe drei Stärken. Erstens sei er ein netter Kerl, der schnell Kontakte knüpfe und zuhören könne. Zweitens sei er ein guter Stratege. Drittens löse er gern komplexe Aufgaben. Seine vierte Stärke erwähnt er nicht: Unruhe stiften.

Am Telefon erzählt Sater, dass er Jetton unterhaltsam finde. Und dass man ihn ernst nehmen müsse. »Er ist ein netter Kerl. Mich hat beeindruckt, dass Jeff we-



ROBYN TWOMEY / DER SPIEGEL

**Ermittler Jetton mit Teufelsmaske in New York: »Was ist Trumps größte Schwäche?«**

sentlich mehr aufgedeckt hat als professionelle Journalisten.«

Jetton versteht sich gleichermaßen als Verbreiter wie als Zuträger von Nachrichten. Von Anfang an half er Journalisten mit Kontakten und schob ihnen Tipps zu. In einem Hackerforum im Internet stieß er auf ein Datenpaket mit Tausenden gestohlenen Textnachrichten, die von einer Tochter Paul Manafort's stammten, Trumps ehemaligem Wahlkampfberater. »Ziemlich saftiges Material«, sagt Jetton. Er blätterte durch die Nachrichten, bis er die Telefonnummer einer Frau entdeckte, die angeblich Manafort's Geliebte war. Er rief sie an.

»Wir telefonierten stundenlang. Sie hat mir erzählt, dass sie mit Manafort in die Ukraine gereist war und Oligarchen traf. Später trug Manafort ihr auf, ihr Telefon ins Meer zu werfen. Sie hat mal für Tom Barrack gearbeitet, einen von Trumps engen Verbündeten, wurde aber gefeuert.« Ein Sprecher von Paul Manafort wollte dazu keine Stellung nehmen.

Je länger sich Jetton mit dieser Sache befasst, desto wütender wird er. Im September schickte er an einen von Trumps Anwälten eine Mail, in der stand: »Du bist ein Monster.« Zu Jettons Überraschung bekam er eine Antwort: »Du hast keine Ahnung. Ich verzichte für diesen Job auf ein Jahresgehalt von vier Millionen Dollar.« Es ging hin und her, die Zeitungen zitierten aus den Mails, tagelang.

Jeff Jetton tut, was er kann, aber manchmal hat er den Eindruck, das reiche nicht. Es bewegt sich nichts. Trump scheint nicht wegzukriegen zu sein.

»Fucking clown«, sagt Jetton.

Putins Operation, die Präsidentschaftswahl zu stören, beginnt im Sommer 2014. Damals schickt Russland zwei Spione zur Erkundung durch Amerika. Sie reisen mit Kameras von Nevada über Kalifornien, Illinois und Michigan bis nach New York und suchen nach Schwachstellen, die sie und andere ausnutzen können. Später, im Wahlkampf, schalten russische Hacker Anzeigen auf Facebook, die aussehen, als stammten sie von Amerikanern. Und sie stehlen E-Mails der Demokraten, die WikiLeaks vor der Wahl publiziert.

Schon jetzt gibt es Belege für eine Nähe zwischen Trumps Umfeld und Russland. Da sind die Nachrichten von Felix Sater, dem Geschäftsmann, an Trumps Anwalt Michael Cohen. Da ist ein Treffen von Trumps Berater George Papadopoulos mit einem Kontaktmann des russischen Außenministeriums in London. Da ist der Verdacht des FBI, dass die Russen einen weiteren Berater als Quelle führten. Da sind Paul Manafort's Beziehungen zu russischen Oligarchen. Da ist das Treffen von Manafort, Donald Jr und Jared Kushner mit einer Moskauer Anwältin, die schmutzige Ma-



**Trump-Gegner Abramson:** Um Mitternacht Skype-Interviews für die BBC

terial gegen Clinton in Aussicht stellt – »wenn es das ist, was du versprichst, bin ich begeistert«, schrieb Donald Jr, auch das aktenkundig.

Mit anderen Worten: Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, dass es die Verschwörung wirklich gab. Was aber, wenn das nicht genügt, wenn am Ende nichts geschieht? Wenn eine Konspiration stattfand, aber nichts daraus folgt?

Seth Abramson drückt sich in seinen Bürostuhl und sagt, er werde alles dafür tun, dass Amerika das Interesse nicht verliere. Das Problem sei, dass niemand mehr durchblicke. »Dies ist die komplexeste, weitestreichende Ermittlung, die ich jemals erlebt habe. Es gibt einen Tsunami an Informationen.« Wer kann die täglichen Enthüllungen verarbeiten, einord-

nen, verstehen? Wer behält die Übersicht in diesem Blitzkrieg aus hunderttausend Hinweisen?

Seth Abramson sagt: ich.

Sein Büro liegt im vierten Stock der Universität von Manchester, Zimmer 447, im Bundesstaat New Hampshire. Abramson gibt als Assistenzprofessor Seminare in kreativem Schreiben, Englisch und Journalismus. Sein Schreibtisch ist leer bis auf einen Laptop, den er als Waffe versteht.

Es ist ein Freitagmittag, die Flure liegen still da, die meisten Studenten sind zu Hause. Aus dem Fenster blickt Abramson auf den glitzernden Merrimack River, der an der Interstate 293 entlangfließt. Abramson trägt ein Flanellhemd, Jeans und Wanderschuhe, mehr Ausflügler als Professor. An einem Kleiderhaken neben dem Schreib-

tisch hängen ein Jackett, ein Hemd und eine Krawatte, für den Fall, dass CNN mal wieder anruft.

Seit Trumps Amtseinführung hat sich Abramson den Ruf eines Spezialisten erarbeitet, der sich wie kaum ein anderer mit den Russlandermittlungen auskennt. Praktisch ist, dass er nur drei Seminare in der Woche unterrichtet. »Ich bin nicht so oft auf dem Campus«, sagt er. Auf Twitter folgt ihm inzwischen ein Schwarm von einer halben Million Menschen, er ist fast so groß wie die Druckauflage der »New York Times«. »Ich bekomme täglich Dutzende von Hinweisen«, sagt er.

Wenn Jeff Jetton einem Nahkämpfer ähnelt, ist Seth Abramson der Erklärer. Der Guide zur Datengalaxie. Er klappt seinen Rechner auf und öffnet die Twitter-Homepage. Abramsons Spezialität ist eine Reihe schnell hintereinander abgefeuerter Tweets, sogenannte Threads, mal 10 Nachrichten lang, mal 50. Sein längster Thread dehnte sich über 220 Einzelnachrichten, Abramson schrieb stundenlang. Er komponiert die Kurzbotschaften live, in fiebrigen Attacken.

Ende April veröffentlichte der Geheimdienstsausschuss des US-Repräsentantenhauses zwei Berichte zur Russlandaffäre. Abramson lud die Texte herunter und begann zu tippen.

23.22 Uhr: Gestern habe er die Enthüllungen der Republikaner diskutiert, heute seien die der Demokraten dran.

23.55 Uhr: »Habe ich erwähnt, dass Putin selbst in Athen war, als Papadopoulos sich mit genau jenen Leuten traf, die auch mit Putin gesprochen hatten?«

0.21 Uhr: Donald Jr, Manafort und Kushner seien bei dem Treffen mit der russischen Anwältin im Juni 2016 nicht überumpelt worden. »Es war das Ergebnis von drei Monaten Vorarbeit in Italien, Großbritannien und Griechenland.«

4.15 Uhr: »Zusammenfassend: Der Kreml machte Trumps Team Avancen; Trumps Leute gaben zu verstehen, dass sie bereit seien zu reden; ein Treffen wurde vereinbart, bei dem Trumps Leute bestätigten, sich nach der Wahl mit den US-Sanktionen gegen Russland auseinanderzusetzen; der Kreml begann, Trump zu helfen; Trump bot im Gegenzug seine Hilfe an. Eine Verschwörung.«

4.49 Uhr: »PS: Wenn ich mir vor Augen führe, dass Mueller in etwa 400 Prozent mehr Informationen hat, frage ich mich ernsthaft, wie ein Mitglied der Trump-Regierung nachts noch schlafen kann.«

Abramson zieht Verbindungen zwischen seinen Daten wie ein Astronom im Planetarium, der Lichtpunkte am Himmel zu Sternzeichen verknüpft. Papadopoulos in Athen, Putins Griechenlandreise im selben Monat, russische Spenden an die US-Waffenlobby – alles hängt zusammen.

Die Prämisse lautet: Etwas stinkt hier gewaltig.

Abramsons Thread dauert fünf Stunden, während dieser Zeit kamen: 96 Nachrichten, Tausende Retweets und Likes, Hunderte Kommentare. Seine meistgelesenen Threads werden mehr als 50 000-mal geteilt.

Seine These ist, grob gesagt: Trump versprach sich von den Russen Geld und gute Deals, deshalb machte er im Wahlkampf Zugeständnisse in der Außenpolitik. Putin wollte, dass die Sanktionen gegen Russland gelockert werden. Trump wollte die Wahl gewinnen. Die seltsame Affinität Trumps zu Putin beruhe auf einem Deal, sagt Abramson: Die Russen waren nett zu ihm, deshalb ist er nett zu ihnen.

Abramson hat Jura studiert und schlug sich schon als junger Verteidiger auf die Seite derjenigen, die sich keine teuren Anwälte leisten können. Er sagt, die Reichen

### Sein Freundin hat gerade Schluss gemacht. Sein Gesicht sagt: War absehbar. Kollateralschaden.

und Mächtigen hätten in der US-Justiz Vorteile. Wer Geld hat, bekommt recht. Das will er diesmal verhindern.

Eigentlich, sagt er, schätze er die Einsamkeit. Zu Hause warten eine Freundin und zwei Hunde, Scout und Quinn. Wenn nötig, fährt er um Mitternacht ins Büro und gibt Skype-Interviews für die BBC. In seiner Freizeit liest er Comics und pflegt seine umfangreiche Lego-Sammlung. Er sagt, seine Popularität zeige, wie dramatisch derzeit Journalisten versagen würden, die ihrem Publikum nicht erklären könnten, warum es in der Affäre tatsächlich gehe.

Im Grunde ist Abramson eine sehr amerikanische Figur. Ein Underdog, der unfreiwillig zum Helden wurde. Hilft nichts, macht ja sonst niemand. Es gibt Leute, die sagen, er dränge sich wegen des Geldes in die Medien, was er dementiert. Gelegentlich bittet er um Spenden.

Abramson nimmt einen Schluck aus einer Wasserflasche. »Was mich am meisten ärgert, ist, wenn andere Leute unterstellen, mir mache das alles Spaß. Das ist verrückt. Ich Sorge mich um mein Land. Mir geht es schlecht. Ich schlafe miserabel.« Bis jetzt hat er mehr als 30 000 Tweets abgesetzt. Er kommt nicht weg von der Geschichte. Er ist ein Gefangener Russlands. Trumps Geisel.

»Ich muss weitermachen«, sagt Abramson. »Ich kann mich nicht losreißen.«

Da geht es ihm wie seinem Land. Amerika wird nicht satt an dieser Affäre, es giert nach Enthüllungen, Fakten, neuen

Details. Das Erstaunliche ist, dass all die Details nicht zu einer Ermüdung führen. Dass die Leute sich nicht abwenden, weil man es so genau dann doch nicht wissen will. Das Gegenteil stimmt. Jedes Detail scheint die Sucht auf Neues anzufüttern, im Netz gibt es alles kostenlos, das Material kommt von Dealern, die ihre Ware verschenken.

Das Bombardement mit Zahlen, Daten, Namen hat das Land in einen Zustand hyperaktiver Erregung gestürzt, eine Mischung aus zu viel Zucker und zu viel Koffein, und die Dealer tragen einen Teil der Verantwortung dafür. Die politischen Lager driften immer weiter auseinander. Trump-Hasser sehen in der Russlandaffäre ein Jahrhundertkomplott, bedeutender als Watergate; Trump-Fans sehen die größte Hetzjagd der Weltgeschichte.

Zu Beginn der Affäre waren die meisten Hobbydetektive davon überzeugt, dass es nur genügend Aufklärung braucht, um Trump loszuwerden. Wenn das vergangene Jahr aber eines gezeigt hat, dann, dass Fakten diesem Präsidenten nicht gefährlich werden. Scott Dworkin sagt, Recherche allein genüge nicht mehr, es brauche den Kampf. »Ich helfe, die Résistance zu führen.«

Dworkin sitzt zu Hause auf seinem Sofa und sieht müde aus. Er arbeitet oft nachts. Außerdem hat seine Freundin gerade mit ihm Schluss gemacht, Dworkin verzieht das Gesicht, als wolle er sagen: War absehbar. Kollateralschaden. An der Wand hängt ein Foto, auf dem er mit Barack Obama zu sehen ist, in den wilden Tagen der Wahlkampagne 2012. Lange her. Ein halbes Leben. Die Wohnung wirkt, als sei er hier nur auf Durchreise.

Dworkin sagt, man solle bitte nicht schreiben, wo genau in Washington er lebt. Er bekomme Morddrohungen, Hunderte seien es im vergangenen Jahr gewesen, was ihn weder stört noch überrascht. Es herrsche Krieg, sagt er. »Manchmal wirst du hart getroffen.« Eine der schmerzhafteren Attacken richtete sich gegen seine Finanzen, eine Website berichtete, er habe sich an der Résistance bereichert, was er bestreitet. Seinen Eltern hat er beigebracht, wie sie mit ihm kommunizieren können, ohne abgehört zu werden.

Dworkin arbeitet als Rechercheur und Berater für die Initiative »Democratic Coalition«, die der Partei der Demokraten nahesteht. Seit anderthalb Jahren greift er die Beteiligten der Russlandaffäre an, er ist einer der ruhelosesten Wähler. Wenige Tage nach der Präsidentschaftswahl veröffentlichte er eine mehrere Seiten lange Sammlung aus Artikeln, Links und Videos, die Trumps Nähe zu Russland belegen sollten. Er nannte das Dokument »The Dworkin Report«.

Dworkin ist nachtaktive, ein Jäger, kein Sammler. Er trägt ein schwarzes T-Shirt,



LEKEY SWALL/ DER SPIEGEL

**Rechercheur Dworkin:** Ein Erfolg ist, wenn ein Tweet 30 000-mal geteilt wird

Turnschuhe und eine kurze Hose, sobald er nach draußen geht, setzt er eine große Sonnenbrille auf, als vertrage er kein Tageslicht mehr. In der Russlandaffäre ist er derjenige, der aus dem Hinterhalt schießt. »Mein Zweitname ist Bulldogge«, sagt er. »Hat Trump mit den Russen kooperiert? Absolut.«

Er wühlt nicht aus Neugier, sondern aus Kampfeslust. Der »Democratic Coalition« gehören 560 Freiwillige an, mit Verbindungsleuten in jedem Bundesstaat, ein Netzwerk, das mit Munition versorgt werden muss. Die Aktivisten sind Dworkins Armee, sie multiplizieren seine Botschaft und verbreiten, was er findet.

Vergangene Woche beschloss er, den Hashtag #TrumpColluded auf Twitter populär zu machen, »zu pushen«, wie er

das nennt. Er feuerte Nachrichten an seine Helfer ab und setzte im Minutentakt öffentliche Botschaften auf Twitter ab. Zeitweise war #TrumpColluded unter den Top 20 der meistgenutzten Hashtags weltweit. Das halte die Aufmerksamkeit auf dem Skandal, sagt Dworkin, und es motiviere die eigenen Leute.

Außerdem betreibt er seit Kurzem seinen eigenen Podcast, den Dworkin-Report, den er in seinem Arbeitszimmer produziert. Den Teppich für das neue Studio hat er für 45 Dollar auf Amazon gekauft.

Er fährt den Computer hoch und klickt auf Aufnahme. »Hallo, liebe Freunde vom Widerstand«, sagt Dworkin ins Mikrofon. An diesem Tag geht es um einen Informanten innerhalb von Trumps Wahlkampf-

team, der dem FBI Erkenntnisse zur Russlandaffäre geliefert haben soll. Dworkin sagt: »Ich glaube, dass wir in den nächsten Tagen noch mehr Anklagen von Mueller sehen werden, womöglich gegen Mitverschwörer in den Vereinigten Staaten.«

Es ist stets der größte anzunehmende Skandal, der sich vor Dworkins Mikrofon entfaltet. Es geht nicht kleiner. Natürlich ist Eskalation ein rhetorisches Mittel, aber die Unerbittlichkeit, mit der Dworkin seine Fakten hinauströmmelt, ist verstörend.

Im Unterschied zu Jeff Jetton und Seth Abramson verdient er Geld mit der Affäre. Die »Democratic Coalition« sammelte voriges Jahr knapp eine halbe Million Dollar Spenden, das Monatsbudget liegt bei 30 000 Dollar. Davon bezahlt Dworkin Anwälte, sich selbst und die übrigen Rechercheure. Sie schalten auch Anzeigen und buchen Plakatwände.

Dworkin sagt, der Russlandkomplex sei der perfekte Skandal, womöglich besser als #MeToo. Ein guter Rechercheur finde ständig neue Ansätze. Er grub im Netz Fotos von Trumps Sohn auf einer russischen Immobilienkonferenz aus, er entdeckte eine Büroadresse von Paul Manafort in Russland, er stieß auf Bilder von Trump mit dem russischen Multimillionär Aras Agalarow: alles Belege für die These, dass die Trumps den Russen gefährlich nah gekommen sind. »Bei manchen Funden frage ich mich: Warum entdeckt das niemand außer mir?«

Dworkins Krieg findet online statt, auf Twitter, Facebook, YouTube, und offline in Wahlkämpfen um Abgeordnetenmandate und Sitze im Senat. Ein Erfolg ist, wenn einer seiner Tweets 30 000-mal geteilt wird. Oder wenn die »New York Times« über einen seiner Funde schreibt, wie im Fall einer Party mit dem russischen US-Botschafter, die von Trumps Weingut in Virginia gesponsert wurde. Nur: Wozu führt das?

Jetton, Abramson und Dworkin sind in der Hoffnung angetreten, dass auch Trump irgendwann vor den Fakten in die Knie gehen muss. Aber bis jetzt macht er immer weiter.

Jeff Jetton hat daraus den Schluss gezogen, dass man die Mittel ändern muss. Es ist ein sonniger Vormittag in New York, als er die nächste Phase des Widerstands beginnt. Sein Ziel ist ein Geldinstitut an der Wall Street, das mit Trump und dessen Familie seit Jahren Geschäfte macht, allen Skandalen zum Trotz. Auf Ebay hat sich Jetton ein Bündel alter Rubelscheine besorgt, eine Anspielung auf Russland, sowie eine Teufelsmaske aus Gummi.

Er stülpt sich die Maske übers Gesicht und läuft die Wall Street entlang, ein Satan mit Aktenkoffer. Er grunzt. Dann tritt er in die Filiale der Deutschen Bank.



# Im Käfig

**Leitkultur** Alexander Osang über Ostdeutsche, die jetzt eine neue Rolle als Migranten bekommen haben

N eulich, als ich aus Gaza zurückkam, dachte ich, dass mich die Geschichte gut behandelt hat. Ich hatte fünf Tage in einem Krisengebiet mit brennenden Reifen, überfüllten Krankenhäusern, verdorbenem Wasser und gelegentlichem Stromausfall zugebracht; einem Käfig mit 1,8 Millionen Palästinensern, die keine Ahnung mehr haben, wie es außerhalb eigentlich aussieht. Ich aber habe einen Pass, der es mir erlaubte, dem Käfig zu entfliehen. Man hat jede Menge Gelegenheit, über sein Glück nachzudenken, wenn man den Gazastreifen verlässt. Ein Fahrer bringt einen zur Grenze. Man wird zunächst von Hamas-Typen kontrolliert, die mit Kippe im Mundwinkel und Knarre im Hosensack in Baracken herumlungern. Dann folgt eine weitere kurze Autofahrt zu den meist gut gelaunten Grenzbeamten der palästinensischen Autonomiebehörde. Meist drängen sich sechs, sieben Beamte um einen Stempel, den sie auf ein winziges Blatt Papier drücken. Mit dem Papier läuft man 20 Meter und gibt es einem weiteren Beamten, der einen in den Gang entlässt. Der Gang ist die eigentliche Grenzserfahrung.

Ein Zeittunnel. Das Kaninchenloch, in das Alice fällt.

Der Gang ist vielleicht einhalb Kilometer lang, drei Meter breit und vergittert, als würde er wilde Tiere in eine Arena führen. Am Ende des Gangs liegt Israel. Ich lief ihn hinunter und dachte: So müssen sich zu Mauerzeiten Westdeutsche gefühlt haben, die den letzten Ostbeamten passiert hatten, aber noch nicht ganz zu Hause waren. Ein wunderbares Gefühl. Die Fremdheit und die Angst verwandelten sich langsam in Mitgefühl und Solidarität mit den unterdrückten Landsleuten.

In den vergangenen Tagen habe ich vom Nahen Osten aus verfolgt, wie ich zu Hause in eine neue Schublade gepackt wurde. In der »taz« erklärte eine Sozialwissenschaftlerin, warum wir Ostdeutschen auch Migranten seien. Genau, dachte ich. So ist es. Das würde meine Ruhelosigkeit, meine Wut, meinen Ehrgeiz erklären und auch die Probleme, die ich mit Autoritäten habe. Meine besten Freunde sind Ausländer oder Ostler. Wenn ich einen Ostler treffe, fange ich sofort an, noch mehr zu berlinern als sonst, als würde ich irgendein Sekret ausschütten. Ich fühle mich am wohlsten, wenn ich unterwegs bin.

Ich war erst begeistert über meine neue Migrantenrolle, aber irgendwann dachte ich: Jetzt haben sie uns genau da, wo sie uns haben wollen. Auf der Couch. In einer Art #Me-Too-Debatte für Ostler, Syrer und Türken, wo es nur Täter oder Opfer gibt. Ein neuer Käfig.

Man muss sich nur die vierte Staffel der hochgelobten Fernsehserie »Weissensee« anschauen, um das Prinzip zu

verstehen. Die Ostler waren entweder bei der Stasi oder Bürgerrechtler. Im ersten Urlaub nach dem Mauerfall fuhr man als Flamencotänzer verkleidet nach Mallorca. Leider saß auf Mallorca dann auch schon wieder die Stasi. Es gibt in »Weissensee« nur eine Figur, die sich gegen das alles stemmt. Eine Journalistin. Die kommt aus dem Westen. Sie macht alles: Fotos, Interviews – und kümmert sich nebenbei noch um einen traumatisierten Ostler. »Weissensee« ist eine Migrantenfarce wie »My Big Fat Greek Wedding« und die Filme über Deutschtürken, die im Urlaub zu Oma nach Anatolien fahren.

Ich habe vor 18 Jahren mal in einem Kongress in Atlanta gegessen, wo ein Ostdeutscher den Amerikanern den Osten erklärte. Er verkaufte sein Heimatland als Witz und sich auch. Er hatte einen lustigen Anzug an und sagte Sprüche auf, die man im Osten so gesagt haben soll. Wir waren in einem fensterlosen Kellerraum in einem Kongresshotel in Georgia. Neben mir saß ein amerikanischer Wissenschaftler. Der sagte: klassisches Migrantenverhalten. Zeig dem Wolf den Hals, damit er reinbeißen kann. Zeig ihm, dass du keine Gefahr bist.

So geht das Spiel. Deswegen spielt es Angela Merkel nicht mit, und Barack Obama spielt es auch nicht. Merkel schaut sich mal »Die Legende von Paul und Paula« an, und Obama vergießt eine Träne, wenn er Aretha Franklin singen hört, aber sie lassen sich nicht über ihre Herkunft definieren.

Mein Kollege Jan Fleischer streute mal in einer Kolumne, in der er sich fragte, ob die Wiedervereinigung ein Fehler war, ein, dass er sogar gute Freunde habe, die Ostdeutsche seien. Vielleicht meinte er auch mich. Wir waren schon zusammen im Urlaub. Aber wenn man in seinem Argument Ostdeutsche durch Schwarze ersetzt, durch Türken oder durch Juden, versteht man, was er meint. Er ist einer der Guten. Ich habe Glück gehabt. Sie haben grundsätzlich nichts gegen uns. Wenn wir uns an die Regeln halten.

Wir sollen uns in ihrer Gesellschaft auflösen wie in Salzsäure. Das mache ich seit 28 Jahren. Ich bin praktisch nicht mehr da.

Je weiter ich in dem vergitterten Tunnel vorankam, desto glücklicher fühlte ich mich. In gewisser Weise hatte ich den Eindruck, dass hier meine Menschwerdung als Westler abgeschlossen war. Seltsamerweise aber erinnert mich Israel, das am Ende des Tunnels wartete, viel mehr an den Osten als an den Westen. Eine unfertige Gesellschaft, ein junges Land, das sich von Feinden umgeben sieht. Das Mauern baut. Die Menschen hier feiern gern, besuchen sich oft, ziehen übereinander her, gehen zur Armee, rauchen und blenden im Alltag aus, dass sie auf einer Insel leben.

Ich lief gewissermaßen vom Osten in den Osten. Gut.

Ich regte mich noch ein bisschen über die Schikanen der gelangweilten israelischen Grenzbeamten auf, die meinen Koffer durchwühlten, als wäre es ihr eigener. Dann war ich da. Abends, in unserem Apartment in Tel Aviv, sah ich mir eine Doppelfolge von »Weissensee« an, an deren Ende ich komplett meine Perspektive verlor.

Danach fühlte ich mich sehr müde. Und frei.



Der Weg ins Glück

ALEXANDER OSANG / DER SPIEGEL

# Wirtschaft

Lebensalter: »Eine Welt, in der 120 die neuen 80 sind und 60 buchstäblich die neuen 40.« ► S. 60



Wirtschaftswachstum

## Konjunkturrisiko Trump

Der deutsche Daueraufschwung könnte noch Jahre anhalten, doch es droht Gefahr aus Washington.

● Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) rechnet auch für die kommenden Jahre mit einer robusten Konjunkturentwicklung. Für den Zeitraum 2019 bis 2022 »wird eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1,5 Prozent angenommen«, heißt es in einer internen Unterlage des Bundesfinanzministeriums. Allerdings warnen die Konjunkturexperten von Scholz auch vor Gefahren. »Die jüngsten Entwicklungen in der Zollpolitik der USA und mögliche Gegenmaßnahmen haben die außenwirtschaftlichen Risiken für die deutsche Wirtschaft zuletzt erhöht«, schreiben sie in ihrem Papier.

Auch wenn die von Trump angedrohten Strafzölle auf Stahl und Aluminium sowie mögliche Vergeltungsmaßnahmen der EU bei Motorrädern und Whiskey nur einen kleinen Ausschnitt der Wirtschaft treffen, fürchten Handelsexperten dennoch, dass die dadurch ausgelöste Verunsicherung auf andere Branchen überspringt und Investitionen zurückgestellt werden. Das verringerte Nachfrage und Wirtschaftswachstum. Noch viel größeren Schaden würde es anrichten, wenn Trump, wie angedroht, auch Autoimporte mit hohen Strafzöllen belegen würde. REI

Sammelklagen

### Angst vor Verjährung

● Die Kanzlei Hausfeld fordert Nachbesserungen bei der Musterfeststellungsklage. Das Verfahren soll es Verbrauchern erleichtern, Schadensersatzforderungen gegen Unternehmen durchzusetzen. Der Gesetzentwurf würde nicht verhindern, dass zum Jahresende die Ansprüche von rund zwei Millionen VW-Fahrern verjähren, die durch den Abgasskandal

geschädigt worden sind, schreibt Hausfeld-Anwalt Christopher Rother in einem Brief an Mitglieder des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz. Selbst wenn das Gesetz rechtzeitig in Kraft trete, könnten Geschädigte eine Verjährung nur vermeiden, wenn sie sich rechtzeitig im Klageregister anmeldeten. Dazu müssten sie das Aktenzeichen des Musterverfahrens kennen sowie Grund und Höhe ihres Anspruchs nennen. Für all das bleibe bis Ende des Jahres kaum Zeit. Daher müsse

man im Gesetz festschreiben, dass die Erhebung einer Musterfeststellungsklage die Verjährung für alle Ansprüche unterbricht, ohne dass Individuen sich ins Klageregister eintragen. Johannes Fechner, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, will den Anwendungsbereich des Gesetzes zudem auf Firmen ausweiten. »Auch Handwerker und Pflegedienste könnten dann Schadensersatzansprüche geltend machen.« MHS

Trinkhalmverbot

## »Soziale Ächtung hilft«

*Daniel Fischer, 37, ist Junior-Professor für Nachhaltigkeit an der Leuphana-Universität Lüneburg.*

**SPIEGEL:** Die Hotelkette Hilton wird ab Ende des Jahres Plastikstrohhalm und -flaschen aus ihren Häusern verbannen. Ist das ein sinnvoller Schritt oder nur clevere PR?

**Fischer:** Natürlich löst man damit nicht das große Plastik- und Verpackungsproblem, aber es ist ein Beitrag. Vor allem hilft es dabei, umweltbewusstes Verhalten zu einer neuen sozialen Norm zu machen. Interessant ist, dass Hilton in den USA weiter Plastikflaschen anbietet. Dort ist die Bereitschaft, das eigene Verhalten übergeordneten Interessen wie dem Umweltschutz zu unterwerfen, geringer ausgeprägt.

**SPIEGEL:** Die EU-Kommission will Einmalgeschirr und Strohhalme aus Plastik ganz verbieten. Braucht es Verbote, damit sich etwas ändert?

**Fischer:** Harte Sanktionen machen Sinn, wenn eine kritische Masse sie unterstützt, sonst haben Interessenverbände leichtes Spiel, Stimmung dagegen zu machen. Beim Thema »Plastik« sind die Verbraucher sensibilisiert. Dass die Masse an Coffee-to-go-Bechern ein Problem ist, ist den Menschen bewusst. Aber auf Dauer reicht es nicht, einzelne Produkte zu verbieten oder teurer zu machen, wie etwa Plastiktüten.

**SPIEGEL:** Denken die Verbraucher nicht oft erst dann um, wenn es an ihren Geldbeutel geht?

**Fischer:** Finanzielle Impulse können sinnvoll sein, aber auch perverse Anreize schaffen, wie etwa bei der Abwrackprämie. Die Menschen brauchen eigene Kompetenz, um abzuschätzen, welche Folgen ihr gesamtes Konsumverhalten hat. Sonst ist das Ergebnis, dass die Leute Biogemüse essen und auf Plastik verzichten, aber kein Problem darin sehen, nach Thailand ins Yoga-Retreat zu jetten. Bei Flugreisen gibt es bisher kaum Problembewusstsein.



Fischer

**SPIEGEL:** Wie lässt sich ein gesellschaftlicher Wandel dann überhaupt umsetzen?

**Fischer:** Die soziale Ächtung bestimmter Verhaltensweisen hilft, diejenigen mitzuziehen, die nicht aus eigener Motivation die Umwelt retten wollen – und das ist der größere Teil der Bevölkerung. Beim Thema »Rauchen im öffentlichen Raum« etwa haben sich soziale Normen enorm verändert. Auch spritschluckende SUV sind kein unangefochtenes akzeptiertes Statussymbol mehr.

**SPIEGEL:** Sind die Deutschen umweltbewusster als ihre europäischen Nachbarn?

**Fischer:** In Umfragen zum Umweltschutz liegt die Zustimmung der Deutschen immer bei 90 Prozent und mehr. Das Mülltrennen ist so sehr Teil der deutschen Identität, dass darüber schon Witze gemacht werden. Gerade weil die Aufgeschlossenheit so groß ist, könnte hier politisch viel mehr passieren, um Umweltschutz durchzusetzen. ■

Justiz

## Schlecker-Familie blockiert

● Der einstige »Drogeriekönig« Anton Schlecker und seine Kinder Meike und Lars Schlecker versuchen, die Veröffentlichung des Strafurteils gegen sie durch das Landgericht Stuttgart zu verhindern. Die Verteidiger berufen sich unter anderem auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Familie und argumentieren außerdem, dass das Urteil gegen die Kinder noch nicht rechtskräftig sei. Ein Sprecher des Landgerichts erklärte, man habe den Betroffenen Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben. »Derzeit läuft das Anhörungsverfahren. Im Anschluss wird die Landgerichtsverwaltung das über 150 Seiten fassende Urteil darauf überprüfen,

ob die geltend gemachten Einwände berechtigt sind, und entsprechende Anonymisierungen vornehmen.« Die Anwälte der Familie wollten sich nicht weiter zu dem laufenden Vorgang äußern. Laut Bundesverfassungsgericht gibt es eine »Rechtspflicht zur Publikation veröffentlichungswürdiger Gerichtsentscheidungen«. Das Stuttgarter Landgericht hatte die Schlecker-Geschwister im November 2017 wegen Untreue, Insolvenzverschleppung, Bankrott und Beihilfe zum Bankrott ihres Vaters zu Haftstrafen von zwei Jahren und neun Monaten sowie zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Während Anton Schlecker, dessen zweijährige Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde, das Urteil angenommen hat, haben seine Kinder Revision eingelegt. Das Verfahren geht nun vor den Bundesgerichtshof. AMA, ONE



Familie Schlecker

Volkswagen

## Ex-Cheflobbyist Steg vor der Rückkehr

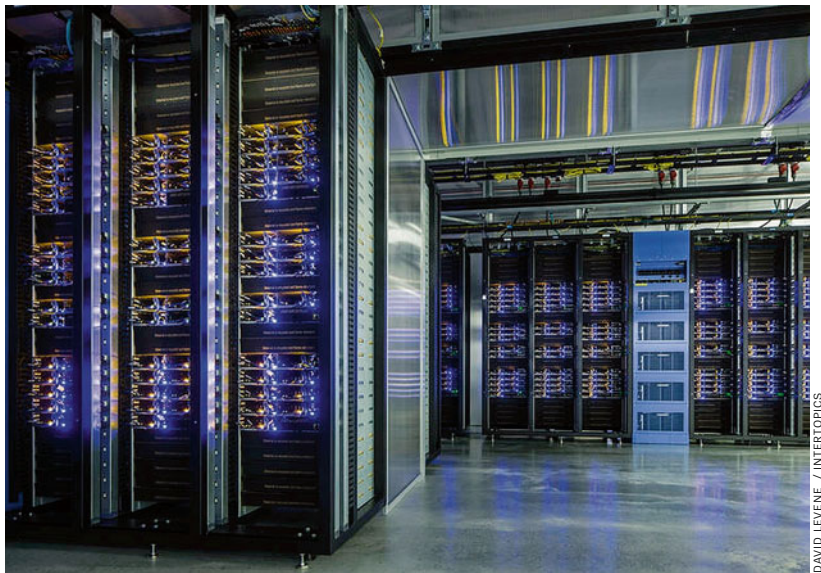
● Der VW-Konzern erwägt, seinen beurlaubten Cheflobbyisten Thomas Steg zurückzuholen. Steg war in der Affäre um Abgasversuche an Affen im Januar von seinen Aufgaben entbunden worden, weil er von den umstrittenen Tests gewusst haben soll. Eine interne Untersuchung habe jedoch kein Fehlverhalten Stegs ergeben, heißt es aus dem Konzern. Hinzu kommt, dass der ehemalige Regierungssprecher wegen seiner politischen Kontakte als schwer ersetzbar gilt. Zunächst soll die geplante Rückkehr im Konzern diskutiert werden. Ein VW-Sprecher sagt: »Dazu gibt es keine Entscheidung.« Der Wettbewerber BMW hat seine personellen Konsequenzen aus der Affentestaffäre bereits rückgängig gemacht. Im Januar hatte der Konzern einen Mitarbeiter in den Innendienst versetzt, weil der BMW in der Lobbyorganisation EUGT, dem Auftraggeber der Tierversuche, vertreten hatte. Mittlerweile habe der Mitarbeiter »seinen Aufgabenumfang wieder vollständig übernommen«, sagt BMW. Die Begründung: Dem Beschäftigten könne kein rechtswidriges Verhalten nachgewiesen werden. Lediglich bei Daimler gab es eine dauerhafte Änderung: Ein Mitarbeiter, der im Vorstand der mittlerweile aufgelösten EUGT saß, hat den Konzern verlassen. GT, SH



CULTURA RF / VARIO IMAGES



WESLEY MANN / AUGUST



DAVID LEVENE / INTERTOPICS

**DNA-Analyse, Amazon-Chef Bezos,  
Facebook-Datenzentrum**  
Neue Therapien versprechen  
Milliardeneinnahmen

# Doktor Algorithmus

**Zukunft** Das Silicon Valley stürzt sich auf die Medizin: Konzernriesen wie Google und Hunderte neue Start-ups arbeiten an neuen Behandlungsmethoden. Krebs soll per Bluttest entdeckt, das Leben verlängert und der Mensch mit Maschinenimplantaten aufgerüstet werden.

**H**inter mehreren Sicherheits-schleusen, in einer fensterlosen Werkstatt, schrauben Ingenieure am Chirurgen der Zukunft: eine Maschine, ausgestattet mit künstlicher Intelligenz (KI), eingebettet in virtuelle Realität und beworben als »Komplettlösung für alle Operationssäle«. Gleich nebenan arbeiten Forscher an in den Menschen implantierbaren Minicomputern, die elektrische Signale in den Nervenbahnen manipulieren, um auf diese Weise Krankheiten zu behandeln: der erste Schritt in eine neue »bioelektrische Medizin«.

Einige Türen weiter geht es um neue Therapien gegen Krebs und Depression, entwickeln fast tausend Wissenschaftler neue Biosensoren, Medizinroboter, Medikamente. Sie kommen aus den unterschiedlichsten Feldern; aus Biologie, Medizin, Chemie, Materialwissenschaften, Informatik, Maschinenbau.

Und sie alle forschen für Google.

Als der Internetriese vor fünf Jahren erstmals ankündigte, nun auch die Medizin erobern zu wollen, haben noch viele in den Chefetagen der Pharmafirmen gelacht. Die Anfänge waren bescheiden: zwei Dutzend Google-Mitarbeiter, ausgelagert in einen nichtssagenden Bungalow am Rande des Firmenhauptquartiers im Silicon Valley.

Aber nun breitet sich bereits ein fünfstöckiges Karree aus Stahl und grünem Glas an der Bucht von San Francisco aus, ein eigenständiger Forschungscampus rund 40 Kilometer nördlich des Google-Hauptquartiers, groß wie eine gut ausgestattete Uniklinik, mit zahllosen Laboren hinter Sichtschutzglas. In der Lobby wächst Gras die Wände hoch.

Aus der Abteilung ist eine eigenständige Firma geworden, Verily, unter dem Dach des Google-Mutterkonzerns Alphabet. Prominente Mediziner und selbst der Chef der US-Aufsichtsbehörde für Lebens- und Arzneimittel wechselten zu Verily, angezogen von hochfliegenden Plänen: »Unsere Mission ist es, die Gesundheitsdaten der Welt nutzbar zu machen, damit wir gesünder leben können«, sagt Jessica Mega, Chefmedizinerin von Verily. Sie ist eine der führenden Kardiologinnen der USA, war zuvor Professorin an der Harvard Medical School.

Sie lächelt fast ununterbrochen, während sie über die Pläne von Verily spricht: eine neue medizinische Plattform zu bauen, »die Infrastruktur für die digitale Gesundheitswelt« zu schaffen. Mehr als eine Milliarde Dollar stellte Google dazu bereit – für den Anfang.

Aber trotz solcher großen Anstrengungen läuft Google längst nicht mehr allein vorweg bei dem Versuch, die Gesundheit zu digitalisieren. Das ganze Silicon Valley stürzt sich auf die Medizin, die großen Konzerne von Apple bis Facebook genauso wie Hunderte Start-ups. Die Wagniskapitalfirmen investieren Milliarden in Biotechnologie und Gesundheit.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die digitale Revolution eine Industrie nach der anderen erobert und umgekrempelt – und dabei auch grundlegend verändert, wie wir leben. Die Silicon-Valley-Strategen sind nun überzeugt: Kein Bereich sei bes-

**»Stell dir eine Zukunft vor, in der du alterst, aber ohne die Krankheiten deiner Eltern.«**

ser geeignet, von den immer mächtigeren digitalen Instrumenten revolutioniert zu werden als unsere eigene Biologie. Nirgends biete sich eine größere Chance, den Weg der Menschheit zu verändern. Und neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Daten sind der Schlüssel für diese Zukunftsmedizin: ausgelesen aus Geräten, Genomen, Sensoren und zahllosen Tests zu allen möglichen Biomarkern, von der bakteriellen Besiedlung des Darms bis zur Proteinzusammensetzung. Und analysiert und aufbereitet durch kluge Software, die dazulernt und Muster selbst in riesigen Informationsmengen erkennt. Wo der Arzt nicht mehr durchblickt, liefert Doktor Algorithmus Antworten.

Die größten Chancen für neue digitale Instrumente sehen viele der Silicon-Valley-Technologen zunächst nicht in der Behandlung, sondern in der Diagnose. Verily arbeitet deswegen derzeit vor allem daran, »die menschliche Gesundheit zu kartografieren«, wie Mega sagt. Dazu sammelt das

Unternehmen gemeinsam mit Universitäten über vier Jahre alle denkbaren Bioproben von 10 000 Menschen: genetische, molekulare, psychologische.

Die Teilnehmer wurden unter anderem mit neuen Sensoren und Messgeräten ausgestattet, die rund um die Uhr Daten liefern. Am Ende soll genau definiert sein: Was ist ein gesunder Mensch? Um mit diesen Werten die neuen digitalen Messgeräte zu eichen. Dann ließen sich digitale Frühwarnsysteme für viele Krankheitsbilder bauen, die den Arzt warnen: Achtung, hier bahnt sich etwas an.

Die meisten Krebsformen etwa sind heute schon behandelbar, viele sogar heilbar, solange sie nur rechtzeitig erkannt werden. Erst wenn die Tumoren zu lange unerkannt bleiben und die Patienten bereits im dritten oder vierten Stadium der Krankheit in die Klinik kommen, steigt die Sterblichkeitsrate rasant. Was also, wenn sich Krebs schon in seiner frühesten Anfangsphase mit einem einfachen Bluttest erkennen ließe?

Auf diesen Weg setzen gleich mehrere Silicon-Valley-Unternehmen. Allen voran Grail, benannt nach dem Heiligen Gral, dem legendären mystischen Gefäß, das ewiges Leben verspricht. Die Forscher des Start-ups erhoffen sich zumindest die Chance auf ein längeres Leben, indem sich alle Menschen routinemäßig durch sogenannte »liquid biopsies«, flüssige Gewebeproben, testen lassen, ob sie Warnzeichen für Krebs in sich tragen.

Die Idee ist eine große Wette auf die Macht der digitalen Technologie: Die Forscher hoffen, dass sich mit rasend schnellen DNA-Sequenzierungsmaschinen, KI-gestützter Software und neuen Analyseverfahren das genetische Material erkennen lässt, das selbst von kleinsten, noch unerkannten Tumoren abgesondert wird.

Grail ist dabei mindestens genauso Software-Unternehmen wie Biotech-Firma. Aus den Blutproben jedes Patienten sammeln die Techniker rund tausend Gigabyte Daten und jagen diese dann durch einen »Klassifizierer«, der mit KI-Algorithmen nach Mustern sucht. Wenn solche Früherkennungsbluttests Standard werden sollten, würde Grail wohl schnell »zur größten Big-Data-Firma der Welt«, sagt Jeff Huber, Gründungschef von Grail. Nicht zu-



JASON HENRY

**Verily-Chefmedizinerin Mega:** Gesundheitsdaten der Welt nutzbar machen

fällig ist er zuvor Topmanager bei Google gewesen.

Schon länger ist bekannt: Im Blut lässt sich Krebs früh feststellen – sogar, wenn sich der Patient noch kerngesund fühlt. Daraus einen generellen Indikator für eine Krebserkrankung zu entwickeln wurde aber erst mit neuer Technologie zur schnellen und billigen Analyse von Erbgut möglich. Große Teile des Hauptquartiers von Grail in Menlo Park, gleich um die Ecke von Facebook, sind mit neuartigen DNA-Sequenziermaschinen vollgestellt.

Testen wollen die Grail-Forscher ihre Technologie an einem ersten Großprojekt: Aus den Blutproben von 120 000 Frauen sollen die frühen DNA-Signaturen von Brustkrebs herausgefiltert werden. Statistisch gesehen werden 650 Frauen aus dieser Testgruppe innerhalb eines Jahres Brustkrebs entwickeln. Grail will dann die gesammelten Proben analysieren, um festzustellen, ob der DNA-Test den Krebs korrekt vorhergesagt hätte.

Ob sich die großen Pläne des Unternehmens, schon bis Ende des Jahrzehnts einen kommerziellen Krebs-Bluttest bereitzustellen, verwirklichen lassen, wird jedoch von vielen Krebsexperten bezweifelt. Zudem müsste der Test nahezu perfekt sein: Wenn tatsächlich Millionen Menschen jedes Jahr getestet würden, wären schon wenige fehlerhafte Krebsdiagnosen genug, um zu ei-

ner Panikwelle zu führen und die Krankenhäuser zu überlasten.

Trotzdem sammelte Grail bereits mehr als eine Milliarde Dollar Kapital ein und gehört damit zu den bestfinanzierten privaten Biotech-Start-ups der Welt. Zu Grails Geldgebern gehören unter anderem Google, der Amazon-Gründer Jeff Bezos und Bill Gates.

Viele der bekannten Technologievorwender engagieren sich persönlich in der Medizinforschung. Facebook-Gründer Mark Zuckerberg etwa finanziert den Aufbau eines »menschlichen Zellatlas«: Ein mit 600 Millionen Dollar ausgestattetes Forschungszentrum soll unter anderem alle Zellen des menschlichen Körpers kartografieren und damit die Entwicklung neuer Medikamente ermöglichen. Insgesamt wollen Zuckerberg und seine Frau Priscilla Chan, eine Kinderärztin, mehr als drei Milliarden Dollar in die Erforschung neuer Therapien investieren.

»Wir glauben nicht an »unmöglich«, so lautet das Motto des »Chan Zuckerberg Biohub«, prominent verkündet auf einem Motivationsposter auf den Fluren des neuen Forschungszentrums, gleich gegenüber der Uniklinik von San Francisco. Die Ziele von Biohub sind ähnlich gigantisch wie die Welteroberungsvisionen von Facebook: »Alle Krankheiten noch zu Lebzeiten unserer Kinder zu heilen, zu verhindern oder zu managen mag auf den ersten Blick

unmöglich erscheinen – bis man die Errungenschaften des vergangenen Jahrhunderts in Betracht zieht.«

Der erste komplette Zellatlas soll dazu ein wichtiges Instrument sein. Medizinstudenten lernen bislang, dass es rund 300 Arten von Zellen gibt, Gehirnzellen etwa, Blutzellen oder die T-Zellen des Immunsystems. Wahrscheinlich seien es aber viel mehr Zelltypen, bis zu 10 000, sagt Stephen Quake, Co-Präsident von Biohub und Professor für Biotechnik an der Stanford University, ein ernster Mann mit Halbglätze und flinken Augen, der schnell und mit intensiver Überzeugung spricht.

Wenn man künftig vorab weiß, wie genau welche Zellen auf Therapien reagieren, so Quakes Plan, wird das die Suche nach neuen Medikamenten erheblich erleichtern. Sein Ziel: »einen universellen Diagnosetest für jede Art von Infektionskrankheit zu entwickeln«. Ein Prototyp diagnostizierte eine seltene bakterielle Infektion bei einem Teenager, indem die neue DNA-Analysetechnik schnell zwischen menschlicher DNA und der des Krankheitserregers unterscheiden konnte.

»Wir setzen darauf, die Zukunft zu erfinden«, sagt Quake. Wenn das gelingt, wäre es sicher höchst lukrativ: Eine neue Art von Therapie zu erschaffen verspricht Milliardenereinnahmen.

Entsprechend treibt die Silicon-Valley-Vordenker nicht nur Forschergeist, sondern die Hoffnung, die digitale Gesundheitsbranche zu dominieren.

So ist es auch kein Zufall, dass der neue Präsident der Stanford University aus der Medizin kommt. Stanford ist der Nexus des Silicon Valley, hier laufen all die Netzwerke aus Forschern, Gründern, Geldgebern und Konzernführern zusammen. Jedes Jahr werden etliche Start-ups von Stanford-Studenten gegründet, an manchen dieser Firmen ist die Uni finanziell beteiligt. So entstanden hier etwa Hewlett-Packard und auch Google, gegründet von den beiden Stanford-Doktoranden Larry Page und Sergey Brin.

Seit 2016 ist Marc Tessier-Lavigne der Präsident der Universität, ein Neurowissenschaftler und einer der weltweit führenden Experten für die Entwicklung des Gehirns. Er leitete lange die Forschung des Biotech-Riesen Genentech. Tessier-Lavigne sagt: »Wir sind im goldenen Zeitalter der Erforschung von Krankheiten, dank der Sequenzierung des menschlichen Genoms und anderer mächtiger Technologien.«

Schmal und hochgewachsen, mit silbergrauem Seitenscheitel und hohen Wangenknochen, ist Tessier-Lavigne eine markante Erscheinung, er wirkt ernst und intensiv. Auf Fragen antwortet er fast immer druckreif. Die Zukunft sieht er so: »Wenn wir die nötigen Investments machen, werden

wir verstehen können, wie sich Tumoren ausbreiten, werden wir lernen können, wie Nervenzellen funktionieren, und die Geheimnisse des Immunsystems entschlüsseln. Und dieses Wissen brauchen wir, um den Krebs zu unterwerfen, die Demenz zu besiegen und Impfungen gegen HIV zu entwickeln.«

Tessier-Lavigne hält den technologiegetriebenen Fortschritt »in dieser Zeit der enormen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen« für eine gesellschaftliche Aufgabe. Und für eine staatliche, wie er vor dem amerikanischen Kongress betonte: »Um in der Biomedizin die Vorherrschaft zu bewahren, müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt und die strukturellen Rahmenbedingungen geschaffen werden.«

Stanford ist eng verwoben mit dem vielleicht eigentlichen Machtzentrum des Silicon Valley: den Wagniskapitalgebern, die jedes Jahr Milliarden Dollar an junge Unternehmen vergeben. Viele von ihnen haben ihren Sitz an der Sand Hill Road, einer langen, kurvigen Straße, die sich gleich hinter dem Uni-Campus die Hügel des Silicon Valley hochschlingelt.

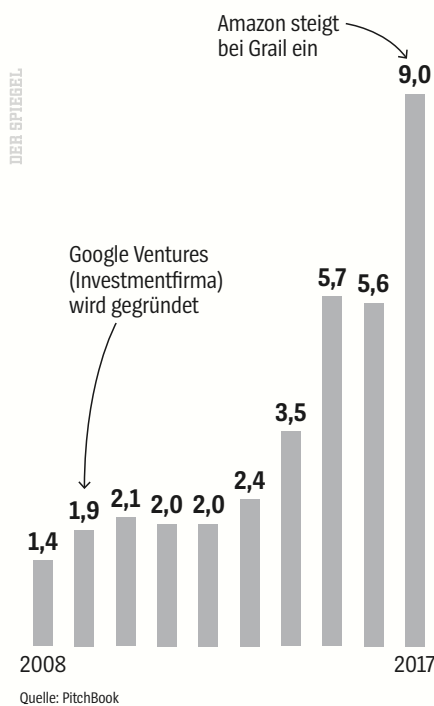
Hier hat sich auch Andreessen Horowitz niedergelassen, die wohl einflussreichste Investmentfirma der Technologiewelt. Tausende Unternehmensvertreter pilgern jedes Jahr den Berg hinauf zu der eleganten Bungalowanlage mit Springbrunnen und künstlichen Bächen, um sich beraten zu lassen oder um Geld zu bitten.

Beste Chancen haben derzeit »Software-Start-ups, die biotechnologische Probleme lösen wollen«, sagt Vijay Pande. Als Professor für »Structural Biology« war er Chef des Biophysikprogramms der Stanford University, entwickelte dort neue Informatikprozesse zur Anwendung in der Medizin. Nun leitet Pande die Biotech-Investments von Andreessen Horowitz.

Beim Gespräch auf der sonnigen Terrasse des Andreessen-Hauptquartiers redet Pande bedächtig und nüchtern, als analytischer er triviale, altbekannte Tatsachen, wenn er sagt, dass wir durch die Vermischung von Informatik und Medizin zweifelsfrei am Anfang eines »Jahrhunderts der Biologie« stünden. Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen müssten dabei als »Mittel zum Zweck« verstanden werden »für etwas viel Größeres«, als Instrumente, »um die Biologie zu konstruieren«. Diese Biokonstruktion werde »buchstäblich wie Programmierung zu handhaben« sein.

Eines der Lieblingsprojekte von Pande ist derzeit BioAge: Das Start-up setzt sich gleichermaßen aus Biochemikern und Datenwissenschaftlern zusammen,

### Risikokapital für US-Biotech-Start-ups in Milliarden Dollar



gemeinsam suchen sie nach Biomarkern, die für das Altern verantwortlich sind. Wenn die spezifischen Merkmale erst einmal bekannt sind, könnte der Körper mit der richtigen Behandlung vorsorglich gepflegt werden, damit er möglichst lange Spitzenleistung bringt.

Als Vergleich verweist Pande auf den schon lange bekannten Zusammenhang zwischen dem Cholesterinwert im Blut und Herzerkrankungen. Da man den relevanten Biomarker – Cholesterin – kennt, lassen sich Herzerkrankungen vorbeugend mit Medikamenten bekämpfen, die den Cholesterinspiegel senken. Durch Einsatz von künstlicher Intelligenz will BioAge nun ähnliche Biomarker mit einer klaren Verbindung zu Alterungsprozessen finden. Sollte das Start-up mit der Biomarker-Suche erfolgreich sein, wären die Folgen für das Lebensalter enorm, glaubt Pande: »Das bringt uns sehr nah an eine Welt, in der 120 die neuen 80 sind und 60 buchstäblich die neuen 40.«

BioAge ist nur eines von vielen Silicon-Valley-Unternehmen, die ganz gezielt an Alterungsprozessen forschen. Lebensverlängerung ist in diesen Tagen das Steckpferd der Technologievordenker, ein ständiges Diskussionsthema in den Gesprächsrunden der Silicon-Valley-Elite: Sie sehen den Körper als Informationsverarbeitungssystem, das kontrolliert und gesteuert werden kann, wenn man nur alle

seine Bausteine und Prozesse kennt. Verstopfte Arterien, absterbende Gehirnzellen, schwindende Muskeln, erlahmende Motoren in den Zellkernen: Das Silicon Valley träumt davon, dieses System versagen aufzuhalten, indem das Betriebssystem ständig erneuert wird.

Unternehmen wie Unity Biotechnology werden inzwischen mit Geld überschüttet. Das Start-up ist einer der Stars der neuen Antialterungsforschung und arbeitet daran, »die Gesundheitsspanne zu verlängern, die Zeit, in der man in guter Gesundheit lebt«. Amazon-Gründer Jeff Bezos, der prominente Investor Peter Thiel und andere Kapitalgeber steckten zusammen mehr als 130 Millionen Dollar in diese Vision der Gründer: »Stell dir eine Zukunft vor, in der du alterst, aber ohne die Krankheiten deiner Eltern. Eine Zukunft, in der Altern nicht schmerzt.«

Vielen Silicon-Valley-Technologen geht das alles jedoch noch nicht weit genug: Das Ziel müsse am Ende das Zusammenwachsen von Mensch und Maschine sein, den Körper hochzurüsten, damit er besser und länger funktioniert. Sogenannte Gehirn-Computer-Interfaces sind ein eigenes Forschungsfeld, in dem sich zahlreiche Start-ups und die großen Tech-Konzerne tummeln.

Und das amerikanische Verteidigungsministerium: Mit 65 Millionen Dollar unterstützen die US-Militärs gleich sechs Projekte, die unter anderem Lähmung, Blindheit und Sprachstörungen durch maschinelle Unterstützung überwinden sollen.

Den größten Teil der Fördermittel erhielt Paradromics, ein kleines Start-up aus San Jose am südlichen Ende des Silicon Valley. Die Unternehmer wollen ein pfenniggroßes implantiertes Gehirnmodem bauen, mit einem Hochgeschwindigkeitsdatenlink zwischen Mensch und Computer. Eine Art »Breitbandanschluss für das Gehirn«, das ein Gigabyte Daten pro Sekunde verarbeiten und dabei mindestens eine Million Neuronen gleichzeitig »lesen« soll. Selbst mit solchen Geschwindigkeiten ließe sich auch nur annähernd das Ziel erreichen, das hinter diesem Forschungsauftrag steht: beschädigte Sinne zu reparieren.

Erste klinische Studien sollen bald beginnen. »Auch wenn es sich erst mal so anhören mag, sind Gehirnimplantate keine ferne Zukunftsmusik«, sagt Matt Angle, der Chef des Start-ups.

So sehen es viele der Silicon-Valley-Forscher, das Zeitalter der digitalen Medizin stehe nicht erst bevor, sondern habe bereits begonnen: »Man muss nicht alle Mechanismen der Biologie bis ins Detail verstanden haben, um solche neuen Instrumente schon jetzt für Patienten zu nutzen.« Thomas Schulz



**Thomas Schulz:** »Zukunftsmedizin«. DVA; 286 Seiten; 20 Euro. Erscheint am 29. Mai.

# Die Rache des Prinzen

**Exporte** Deutsche Unternehmen erhalten kaum noch Aufträge in Saudi-Arabien. Der Thronfolger straft die Industrie ab, weil er über die Berliner Politik verärgert ist.

**D**etlef Daues gehört zu jenen Wirtschaftspionieren des Mittelstands, die Deutschland zu dem gemacht haben, was es heute ist: ein Wohlstandsstaat mit guten Beziehungen bis in weit entlegene Gegenden der Erde.

Sein virtuelles Warenhaus für Originalersatzteile, die V-Line GmbH, bedient von Hannover aus Kunden in Ländern wie Mexiko und den USA, Katar und Oman, aber auch in Fernost. 65 Prozent seines Umsatzes erwirtschaftet Daues in Saudi-Arabien.

Doch das gute Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und Deutschland ist gestört. Vor sechs Monaten zog Riad seinen Bot-

schafter aus Berlin ab, und bis heute ist er nicht zurückgekehrt. Über die Gründe wird kaum offen geredet. Unternehmer wie Daues bekommen die Missstimmung allerdings zu spüren. »Für Deutsche sind die Türen in Riad plötzlich geschlossen«, sagt ein erfahrener Wirtschaftsmann in der saudischen Hauptstadt. Deutschen Delegationen werden inzwischen Termine versagt, die noch vor der Krise zugesagt worden waren. »Das tut weh«, sagt Oliver Oehms, der in Riad die deutsche Außenhandelskammer vertritt.

Der junge Thronfolger Prinz Mohammed bin Salman, kurz MBS, sei offenbar »tief verletzt« durch die Bundesregierung, sagt Daues, das höre er von saudischen Vertrauten in Riad. Die Beziehungen hätten sich verschlechtert, seit der damalige Außenminister Sigmar Gabriel im November vergangenen Jahres von »politischem Abenteuerismus« im Nahen Osten sprach. Damals hatte sich der Eindruck aufgedrängt, der libanesische Premierminister Saad Hariri werde gegen seinen Willen in Riad festgehalten und dort von den Herrschern zum Rücktritt von seinem Amt gezwungen.

So unverblümt in der Öffentlichkeit Kritik zu üben gilt als undiplomatisch. »Warum nahm Gabriel nicht den Telefonhörer und

rief in Riad an, wenn er besorgt war?«, fragt ein einflussreiches Mitglied der Königsfamilie bei einem Treffen in Riad. Im Palast jedenfalls habe man den Eindruck gewonnen, der deutsche Außenminister habe an diesem 16. November seine Alliierten für billigen Applaus bei seiner Wählerschaft zu Hause verkauft. Der Prinz sei verärgert.

Saudi-Arabien durchläuft gerade einen tiefgreifenden Wandel. Thronfolger MBS will den religiösen Fundamentalismus abstreifen und baut die Wirtschaft um für die Zeit nach dem Öl. Davon wollen auch deutsche Unternehmen profitieren.

Daues selbst investierte fünf Millionen Dollar, um dann vorn mit dabei zu sein. Doch nun habe es »die Bundesregierung ... geschafft«, das Land »derart zu verärgern ... dass deutsche Firmen bei der Auftragsvergabe blockiert werden«, schreibt der Unternehmer in einem Brief an den niedersächsischen Wirtschaftsminister Bernd Althausmann, seit er erstmals gezielt von Aufträgen ausgenommen wurde.

Ob es tatsächlich eine schriftliche Anordnung des Kronprinzen gibt, wie man in Riad behauptet, oder nur ein mündliches Dekret, dem die Staatsdiener in vorauseilendem Gehorsam folgen, so genau weiß das jetzt niemand zu sagen.

Eigentlich bewundert MBS die Bundesrepublik. Aber in letzter Zeit reihte sich eins ans andere: die Gabriel-Affäre um den Libanon und der deutsche Koalitionsvertrag, der Waffenlieferungen an Beteiligte des Jemenkriegs explizit ausschließt – allen voran also an Saudi-Arabien.

Dazu kommt Deutschlands Rolle beim Ringen um Iran. Berlin will unbedingt am Atomabkommen festhalten, trotz Trumps Ausstiegsankündigung, während Riad der Regierung in Teheran wiederum zutiefst misstraut. Der saudische Kronprinz könnte also das deutsche Verhalten als Kritik an seiner Regierungsführung verstehen, und aus seinem Umfeld heißt es, ein gelassener Umgang mit anderen Meinungen sei nicht seine Stärke.

Deutschland ist noch immer Saudi-Arabien's wichtigster europäischer Handelspartner. 800 deutsche Firmen operieren hier, 200 sind mit ihrer Organisation vor Ort, mit 40 000 Angestellten, das Exportvolumen betrug 2017 6,6 Milliarden Euro. Doch die Stimmung hat sich gedreht.

Gut informierte Beobachter vor Ort berichten, dass auch deutsche Großkonzerne wie Daimler betroffen seien. So soll die saudische Seite etwa die Anlieferung von mehreren Hundert Mercedes-Bussen vorläufig ausgesetzt haben. Offiziell tritt der Konzern dem allerdings vehement entgegen. Eine Verzögerung könne man nicht bestätigen, das Busprojekt befinde sich auch zeitlich im vereinbarten Rahmen, heißt es bei Daimler, überhaupt sei derzeit kein Projekt im Verzug.



DANIEL PILAR / DER SPIEGEL

**Mittelständler Daues:** Die Missstimmung zu spüren bekommen



Das saudische Gesundheitsministerium, das seit vielen Jahren eng mit Siemens, Bayer und Boehringer zusammenarbeitet, hält die Deutschen neuerdings auf Distanz. »Das Geschäft ist zäher«, formuliert es vorsichtig ein Sprecher des Siemens-Konzerns. »Wir wollen uns zur Sache nicht äußern«, lassen Bayer und auch Boehringer wissen. Niemand will die Regierung weiter verärgern. Die Stadtplanungsbehörde ADA in Riad hat gerade einen Auftrag für einen großen Fahrradweg – der auch durch die grüne Lunge der Hauptstadt führen soll – an das amerikanische Architekturbüro Coen+Partners vergeben, anstatt, wie noch im vergangenen Jahr geplant, an die deutschen Unternehmen AS+P Albert Speer und Bödeker Landscape Architects.

Das brachte die deutsche Landschaftsarchitektin Alexandra von Bieler vom Büro Bödeker dazu, einen Brief an Außenminister Heiko Maas (SPD) zu schreiben,

**»Die Saudis sind ein stolzes Volk, Kritik anzubringen ist dementsprechend heikel.«**

mit der Bitte, die Beziehungen zu Saudi-Arabien wieder einzurenken: »Es werden keine Verträge mehr mit deutschen Firmen abgeschlossen, unsere Rechnungen werden nicht mehr bezahlt«, heißt es darin, das Büro sei »an der Grenze des Machbaren«.


Die Bödekers arbeiten seit mehr als 40 Jahren mit der saudischen Stadtplanungsbehörde zusammen, sie entwickelten Naherholungsgebiete, Parks, ganze Stadtteile. Der Gründer der Firma, Richard Bödeker, 84, kennt viele Mitglieder der Herrscherfamilie seit Jahrzehnten persönlich. Doch selbst er stößt auf eine Mauer des Schweigens.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat inzwischen mit dem Kronprinzen telefoniert, sie versicherte über ihre persönliche Wertschätzung hinaus auch, dass sie sich auf künftige Kooperationen mit dem Königreich freue. Gabriel stellte, noch bevor er im März die Regierung verließ, mehrmals klar, dass seine Aussage zum nahöstlichen Abenteuerertum nicht spezifisch gegen Riad gerichtet gewesen sei. Diplomatische Noten wurden ausgetauscht, Botschafter trafen sich.

All das ist nicht genug. Aus dem Palast in Riad ist zu hören, man erwarte eine »Entschuldigung«. »Die Saudis sind ein stolzes Volk, Kritik anzubringen ist dementsprechend heikel«, sagt die mit der örtlichen Kultur lang vertraute Landschaftsarchitektin Bieler. Susanne Koelbl

**NEU**  
Jetzt im  
Handel

DER SPIEGEL  
**BIOGRAFIE**  
2/2018



Ein Leben für die Freiheit  
**Nelson Mandela**

100. GEBURTSTAG Hommage an den Jahrhundertkämpfer	APARTHEID Das Ende des Unrechtsregimes	SÜDAFRIKA HEUTE Aufbruch in eine geteilte Zukunft?
---	--	--

[www.spiegel-biografie.de](http://www.spiegel-biografie.de)

*Lesen Sie in diesem Heft:*

**Mandela als Marxist**  
*Wie die Sowjetunion half*

**»Speer der Nation«**  
*Im bewaffneten Widerstand*

**Nachfolger**  
*Der neue Präsident  
Cyril Ramaphosa*

# Spinne im Netz

**Steuerbetrug** Mit Cum-ex-Deals haben Banken den Fiskus um Milliarden Euro geschröpft. Nun holt sich der Staat das Geld zurück. Doch ausgerechnet in Frankfurt, dem Sitz der Deutschen Bank, verhalten sich die Steuerfahnder auffallend nachsichtig.

**N**ur wenige Orte in Hamburg verströmen noch so viel althantiseisches Flair wie die Zentrale der Privatbank M. M. Warburg. Schwarz-weißer Marmor dominiert die Eingangshalle, eine gewaltige Stahlplatte erinnert an Ex-Mitarbeiter, die in zwei Weltkriegen fürs Vaterland fielen. In den Besprechungszimmern knarzt der Holzfußboden, an den Wänden hängen Stiche und historische Seekarten, die Tradition und Weltläufigkeit signalisieren sollen.

Ende März platzten rund 50 Ermittler der Kölner Staatsanwaltschaft in die Idylle an der Binnenalster. Die Beamten durchflöten die edlen Räumlichkeiten auf der Suche nach Beweismaterial. Die Bank wird verdächtigt, mit sogenannten Cum-ex-Aktiendeals auf Kosten der Steuerzahler Millionen verdient zu haben. Aus dem gleichen Grund hatte Warburg schon 2016 Besuch von den Fahndern bekommen.

Weitaus weniger Kontakt mit der Staatsmacht hatte bislang dagegen ausgerechnet jenes Institut, das mit Warburg enge Geschäftsbeziehungen gepflegt und jahrelang eine zentrale Rolle bei Cum-ex-Geschäften gespielt hat: die Deutsche Bank. Die Nummer eins der Frankfurter Finanzszene wird von den Ermittlungsbehörden bislang erstaunlich sanft behandelt.

Cum-ex-Geschäfte sind blitzschnelle Aktienkäufe und -verkäufe rund um den Stichtag, an dem Firmen Dividenden ausschütten. Auf die müssen Aktienbesitzer in der Regel 25 Prozent Kapitalertragsteuer zahlen, die sie sich aber bis 2013 vom Fiskus wiedererstaten lassen konnten.

Banken betrieben das Geschäft jahrelang, indem sie sich untereinander Aktien liehen und die Papiere hin und her wechselten. Durch diese Leerverkäufe verschleierten sie die Besitzverhältnisse, verwirrten den Fiskus – und ließen sich für ein und dasselbe Papier mehrere Steuerbescheinigungen ausstellen. Leerverkäufe geliehener Aktien und die daraus resultierende Steuererstattung waren für Banken und reiche Kunden ab Anfang der Neunzigerjahre eine sprudelnde Einnahmequelle: Bis zu zwölf Milliarden Euro soll der deutsche Staat zu viel zurückgezahlt haben.

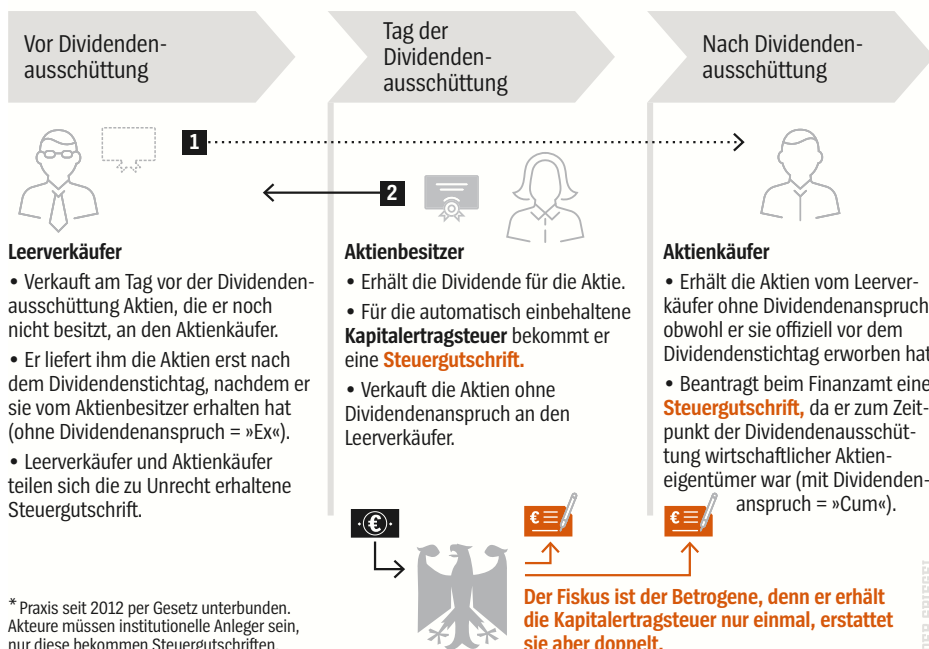
Auch Warburg soll bei den moralisch verwerflichen, juristisch indes bis heute nicht eindeutig geklärten Geschäften mitgemacht haben. Deshalb fordert der Fiskus



TIM WEGNER / LAIF

Finanzzentrum Frankfurt am Main

## Cum und Ex Vereinfachtes Modell eines Dividendendeals\*



DER SPIEGEL

nun 56 Millionen Euro inklusive aufgelaufener Zinsen von der Hamburger Privatbank zurück. Druck macht vor allem das Bundesfinanzministerium. In Berlin herrscht der Eindruck, dass die Hamburger Kollegen zu lange zu nachsichtig mit der Stadt-Ikone Warburg waren.

Pikant ist der Konflikt vor allem für Olaf Scholz: Bis vor Kurzem war der Sozialdemokrat als Hamburgs Bürgermeister für den pfleglichen Umgang mit der lokalen Wirtschaft zuständig. Inzwischen ist er als Finanzminister in Berlin Dienstherr der hartnäckigen Steuereintreiber.

Warburg sieht sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Die Bank behauptet, sie habe nur Aktien von Dritten gekauft, die Kapitalertragsteuer als Teil des Kaufpreises an die Verkäufer überwiesen und einmalig zu Recht bei der Steuer angerechnet zu haben. Keineswegs seien Steuern mehrfach abgerechnet worden. Das Vorgehen der Steuerfahnder sei schlicht skandalös. »Eine sachliche und rechtliche Würdigung durch Ermittlungsbehörden und Bundesfinanzministerium ist nicht erfolgt.«

Zwar hat die Bank das für die Rückzahlung benötigte Geld in ihrer Bilanz geparkt, aber sie kämpft mit dem Branchen Umfeld und könnte die Millionen anderweitig gut gebrauchen. Da kommt rasch der Verdacht auf, der verbale Rundumschlag solle von hausgemachten Problemen ablenken.

Doch so eindeutig, wie es zunächst scheint, ist der Fall tatsächlich nicht. Die Warburg-Manager stehen auf dem Standpunkt, dass im Fall von Leerverkäufen nicht sie, sondern die Depotbanken, über die sie die Aktien erworben hatten, die Kapitalertragsteuer hätten abführen müssen. Warburg selbst habe nicht erkennen können, ob Aktienverkäufer überhaupt im Besitz der Papiere oder ob sie Leerverkäufer waren, die Depotbank aber schon.

Diese Sichtweise ist brisant. Denn sie richtet den Blick auch auf das größte Geldhaus des Landes: die Deutsche Bank. Der Konzern war bei den inkriminierten Cum-ex-Geschäften vielfach Geschäftspartner von Warburg – und dank seiner schieren Größe und globalen Präsenz wie kaum eine zweite Bank in der Lage, Aktien an Dritte zu liefern, die dann beim Staat Steuern zurückfordern konnten.

Viele deutsche Großbanken haben auf politischen oder juristischen Druck Millionen Euro an den Fiskus zurückgezahlt: Commerzbank, HypoVereinsbank (HVB), DekaBank. Die Deutschlandtochter der kanadischen Maple Bank musste wegen einer Rückforderung über 450 Millionen Euro sogar geschlossen werden. Die Deutsche Bank kam bislang glimpflich davon. 2015 musste sie eine Razzia über sich ergehen lassen. 2017 zog sie Bescheinigungen über Steuererstattungsansprüche für

Kunden zurück. Viel mehr war bislang nicht.

Zwar hat die Deutsche Bank mutmaßlich keine Geschäfte auf eigene Rechnung getätigt, aber sehr wohl Klienten, vor allem ausländische, dabei unterstützt. Ein streng vertraulicher Prüfbericht der Kanzlei Freshfields Brockhaus Deringer («Project Xenon») skizziert die Dienstleistungen des Konzerns für diverse Kunden, etwa die damalige Unternehmensgruppe Ballance von Paul Mora, einst als Head of Equity Finance der HVB das Mastermind für deren Cum-ex-Geschäfte und der Superstar der Szene.

Aus der Durchsicht der Unterlagen wird klar: Die Deutsche Bank fungierte vielfach auch als Depotbank und stellte Steuerbescheinigungen für Kunden aus, die sich damit beim Fiskus Geld zurückholten. Sie verlor in großem Stil Aktien an Leerverkäufer und hielt so das Karussell in Schwung. Beschaffen konnte die Deutsche Bank die Aktien von anderen Geldhäusern, Hedgefonds-Kunden oder sogar aus dem großvolumigen Eigenbestand. Eingebunden waren neben Händlern in Frankfurt auch die Trader des Aktiendesks in London. Dort saß zur fraglichen Zeit vor rund zehn Jahren unter anderem Garth

### **»Dieses Vorgehen war unzulässig«, schlussfolgert der Richter zur Rolle der Bank.**

Ritchie, der laut Bank keine Verantwortung für Produkte gehabt hatte, die möglicherweise von Kunden für Cum-ex-Geschäfte genutzt wurden. Der Karriere des Südafrikaners hat die Zeit in London jedenfalls nicht geschadet: Er ist heute Chef des Investmentbankings sowie seit Kurzem stellvertretender Vorstandschef.

Auch ein Urteil des hessischen Finanzgerichts (FGH) in Kassel vom März 2017 beleuchtet die dubiose Rolle der Deutschen Bank. In dem Prozess ging es um die Commerzbank, die 75 Millionen Euro an Kapitalertragsteuern einklagen wollte, vor dem FGH jedoch scheiterte. In seinem Urteil nennt der Vorsitzende Richter Helmut Lotzgeselle die Deutsche Bank indirekt als Depotbank, ohne die die Cum-ex-Geschäfte nicht möglich gewesen wären. »Dieses Vorgehen war unzulässig«, schlussfolgert Lotzgeselle.

Untermauert wird die Depotbank-Theorie durch das Landgericht Frankfurt. Ende April verdonnerten die Richter die Bank Fimat, Tochter der Pariser Société Générale, zu 23 Millionen Euro Schadensersatz an die Hessische Landesbank (Helaba). Fimat in Frankfurt hatte über die Helaba Ak-

tienverkäufe abgewickelt, aber nicht die Kapitalertragsteuer einbehalten, wozu sie als Depotbank verpflichtet gewesen wäre. In ihrer Begründung zitieren die Richter ihren Kollegen Lotzgeselle. Besonders aufmerksam gelesen wurde das noch nicht rechtskräftige Urteil bei Warburg, wo man auf eine ähnliche Wendung hofft.

Doch wenn die Deutsche Bank die Spine im Cum-ex-Netz war: Wo bleibt die Antwort der Steuerbehörden? Schließlich mahnte Richter Lotzgeselle in seinem spektakulären Urteil: »Es obliegt dem Finanzamt festzustellen, ob die Verfahrensweise gängige Praxis auch anderer inländischer Kreditinstitute war; auch um diese gegebenenfalls als Haftungsschuldner in Anspruch nehmen zu können.«

Die Deutsche Bank sagt dazu, sie habe »an einem organisierten Cum-ex-Markt weder als Leerverkäuferin noch als Erwerberin teilgenommen« Sie räumt aber ein, als »große Teilnehmerin am Markt teilweise in Cum-ex-Geschäfte von Kunden eingebunden« gewesen zu sein.

Dennoch gingen am Sitz der Bank, dem Finanzzentrum Frankfurt am Main, die Steuerbehörden außergewöhnlich milde mit den Profiteuren der Cum-ex-Geschäfte um, beklagt die SPD-Landtagsabgeordnete Heike Hofmann. In Hessen, dem Zentrum des deutschen Aktienhandels, seien gerade mal 10 von 32 bisher bekannt gewordenen Cum-ex-Fällen von Steuerfahndern komplett überprüft worden.

»Es geht alles quälend langsam«, sagt Hofmann. Sie habe den Eindruck, dass »das hessische Finanzministerium seine nachgeordneten Behörden nur mit angezogener Handbremse ermitteln lässt.« Ein hartes Vorgehen gegen Banken passe offenbar nicht zur Image- und Werbekampagne der schwarz-grünen Landesregierung für den Finanzplatz.

Seit der Brexit-Entscheidung in Großbritannien versuchen Landespolitiker aus Hessen mit vielen Veranstaltungen und Dienstreisen nach London, möglichst viele Finanzunternehmen von dort an den Main zu locken. Gern preisen sie bei solchen Gelegenheiten auch die gute Zusammenarbeit zwischen Finanzbranche und Behörden. Da wäre es schon erklärungsbedürftig, wenn noch weitere Institute durch hohe Steuerrückforderungen aus Cum-ex-Geschäften ins Schlingern gerieten und schließen müssten wie die Maple Bank.

Vertreter der Steuerbeamten in Hessen sehen das ähnlich wie Hofmann: »Wir könnten schon einiges mehr machen«, sagt Michael Volz, Landeschef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Vor allem bei der personellen Ausstattung gebe es »noch viel Luft nach oben«. Es fehle unter anderem an Austausch- und Fortbildungsmöglichkeiten, um eine ausreichend große Zahl an Topfahndern in die Lage zu versetzen, die hochkom-



TIM WIEGNER / DER SPIEGEL

**Abgeordnete Hofmann:** »Ermittlungen nur mit angezogener Handbremse«

plexen und variantenreichen Steuerverkürzungsmodelle überhaupt erst zu erkennen.

Für solche Recherchen sei zwar in Hessen extra eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Doch die bestehe derzeit nur aus fünf bis zehn Sachgebietsleitern verschiedener Finanzämter, die zudem mitunter noch mit Routinearbeiten eingedeckt würden. »Das ist nicht mal annähernd Waffengleichheit«, sagt Volz. Auf der Gegenseite stehe »eine Armada aus hoch bezahlten Wirtschaftsjuristen und Finanzjongleuren, die permanent und systematisch nach neuen verschlungenen Wegen suchen, ihre Steuerpflicht zu umgehen und auf Kosten des Staates Geschäfte zu machen«.

Zimperlich ist die Branche der kreativen Steuerverkürzer jedenfalls nicht. In mindestens fünf Fällen sind hessische Steuerbeamte und Fahnder, die zu Cum-ex-Geschäften ermitteln, von Juristen der Gegenseite mit persönlichen Strafanzeigen überzogen worden. In einem Fall ging es um einen angeblichen Schaden von über hundert Millionen Euro, den der Beamte durch seine Arbeit verursacht haben soll. Die Anzeige wegen eines »Verdachts des vollendeten und versuchten Prozessbetruges« war gegen ihn privat gerichtet.

Einer dieser Anzeigenerstatter ist nach Informationen aus Fahnderkreisen der Steueranwalt Hanno Berger, der als einer der wichtigsten Entwickler und Hauptdrahtzieher der Cum-ex-Geschäfte gilt. Berger kennt sich bestens aus in der Welt der Finanzbeamten: Er war in Diensten des Landes Hessen bis zum leitenden Banken- und Betriebsprüfer aufgestiegen, bevor er 1996 die Seiten wechselte und bei namhaften Anwaltskanzleien anheuerte.

Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main ermittelt seit Jahren gegen Berger, der inzwischen aus Hessen in die Schweiz umgezogen ist. Zusammen mit fünf weiteren Beschuldigten soll Berger 2006 bis 2008 mit Aktien-Leerverkäufen im Umfang von 15 Milliarden Euro insgesamt rund 113 Millionen Euro an Steuergeld zu Unrecht abkassiert haben. Berger behauptet, nicht gegen Gesetze verstoßen zu haben.

Seit Oktober liegt beim Landgericht Wiesbaden eine 948 Seiten lange Anklage der Frankfurter Ermittler wegen des Verdachts schwerer Steuervergehen in Zusammenhang

**»Da wird man als einfacher Beamter natürlich noch einmal viel vorsichtiger.«**

mit Cum-ex-Geschäften gegen den 67-Jährigen. Es ist die erste Anklage überhaupt gegen Drahtzieher der krummen Deals.

Lange hatten Berger und seine Gefährten versucht, mit den Anzeigen Fahnder und Betriebsprüfer einzuschüchtern. »Wenn man als einfacher Beamter eine Schadensersatzforderung in dreistelliger Millionenhöhe ins Haus bekommt, wird man natürlich noch einmal viel vorsichtiger«, sagt ein hessischer Finanzbeamter.

Das Finanzministerium in Wiesbaden habe allerdings gut reagiert und ebenfalls namhafte Anwälte für die betroffenen Beamten engagiert. In mindestens einem Fall sei das Verfahren von den Strafverfolgungsbehörden bereits wegen mangelnden

Tatverdachts nach Paragraph 170, Absatz 2 der Strafprozessordnung eingestellt worden, heißt es bei den Finanzbehörden.

Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) sagt, in den Cum-ex-Fällen seien die Täter »gut und hochkarätig beraten«. Deshalb seien Ermittlungen langwierig und mühsam. Aber die Behörden blieben trotz Drohungen und Einschüchterungsversuchen beharrlich dran.

Schäfer bestreitet, dass Cum-ex-Fälle in Hessen lax aufgearbeitet würden. 770 Millionen Euro habe sich das Land von Nutznießern des Dividendenstripings zurückgeholt, weitere 400 Millionen Euro seien wohl noch zu erwarten. Mehr als 40 Beamte seien an der Bearbeitung dieser laufenden Fälle beteiligt.

Doch die Steuerverwaltung könne sich das zu viel erstattete Geld eben nur einmal zurückholen. Das geschehe in der Regel bei den Leerkäufern, die am Ende der Kette die unberechtigte zweite Erstattung der Kapitalertragsteuer beantragt haben. »Uns als Steuerverwaltung geht es in erster Linie darum, dass die Steuerzahler ihr Geld zurückkriegen«, sagt Schäfer. »Und das erreichen wir, indem wir uns erst einmal an die Aktienleerkäufer halten.«

Wenn dort nichts zu holen sei, kämen aber auch die Banken als Haftungsschuldner in Betracht. Sollten große Depotbanken wie die Deutsche Bank bei den trüben Geschäften aktiv behilflich gewesen sein, sei dies womöglich ein Fall für die strafrechtliche Aufarbeitung, meint Schäfer.

Kritiker wie Steuergewerkschafter Volz und Oppositionspolitikerin Hofmann stellt das nicht zufrieden. Sie verlangen dringend, mehr Fahnder und Prüfer auszubilden, um den Dividendenstripping-Betrug aufzuarbeiten, weitere Rückzahlungen einzufordern und mit ganzer Kraft nach zusätzlichen Fällen zu fahnden, bevor eine steuer- und strafrechtliche Verjährung drohe. Denn während die hessische Finanzverwaltung sich noch mit den vielen un-aufgearbeiteten Cum-ex-Fällen abmühe, liege der nächste große Brocken längst vor den Türen der Finanzämter: Cum-cum-Geschäfte, bei denen der Fiskus ebenfalls oft mithilfe großer Banken bei der Dividendenbesteuerung ausgetrickst wird.

Zwar wird die Kapitalertragsteuer in diesen Fällen nicht mehrfach erstattet. Aber durch geschickte Leihgeschäfte zwischen ausländischen Aktienbesitzern und Inlandsbanken kann auch bei diesem Modell nach dem Dividendenstichtag ein höherer Erstattungsbetrag verlangt werden, als tatsächlich an Steuern gezahlt wurde.

Experten sagen, dass der Schaden durch Cum-cum-Geschäfte noch deutlich höher liege als bei Cum-ex: vermutlich doppelt so hoch, mindestens 20 Milliarden Euro.

Matthias Bartsch, Tim Bartz

# Entfesselt

**Analyse** Erstmals seit der Lehman-Pleite drehen die USA die Bankenregulierung zurück. Das entspricht Trumps America-first-Doktrin – und legt die Basis für die nächste Finanzkrise.

Seit 25 Jahren sitzt Mike Crapo im US-Kongress und hat trotzdem kaum Spuren hinterlassen. Jetzt aber wird der Republikaner aus Idaho Wirtschaftsgeschichte schreiben. Als Ideen- und Namensgeber eines Gesetzes, mit dem erstmals seit der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers und der globalen Jahrhundertrezession Regeln verwässert und abgeschafft werden, die das Finanzsystem der Vereinigten Staaten sicherer gemacht haben.

Das Gesetz trägt einen unscheinbaren Namen. Der »Economic Growth, Regulatory Relief and Consumer Protection Act« – in Kurzform »S. 2155« – hatte den Senat bereits passiert, am Dienstag stimmte ihm auch das Repräsentantenhaus zu. In seltener Einigkeit haben sich Republikaner und viele Demokraten dazu entschieden, kleine und mittelgroße Banken von Fesseln zu befreien, die sie angeblich daran hindern, Amerikas Unternehmen mit Krediten zu versorgen.

Die Demokraten im Senat, die dem Gesetz ihren Segen gaben, taten dies mit Blick auf die Zwischenwahlen im November; in ihren Heimatstaaten erhalten sie Spenden einflussreicher Regionalbanken. Für die Republikaner ist das Crapo-Gesetz dagegen zentraler Baustein der America-first-Wirtschaftsdoktrin ihres Präsidenten. Die umfasst im Kern drei Aspekte: Steuersenkungen, Importzölle und Deregulierung, vor allem der Finanzmärkte. Steuerreform und Importzölle hat Donald Trump auf den Weg gebracht. Nun schleift er das 2010 erlassene sogenannte Dodd-Frank-Gesetz. So erratisch Trump bisweilen ist: Er setzt um, was er seiner Klientel verspricht.

Worum geht es konkret?

Bislang werden Banken in den USA, auch die Töchter ausländischer Geldhäuser, ab einer Bilanzsumme von 50 Milliarden Dollar (das entspricht einer sehr großen deutschen Sparkasse) als Gefahr für das Finanzsystem, also systemrelevant, eingestuft. Das zieht eine strenge Aufsicht durch die Notenbank Federal Reserve nach sich, etwa regelmäßige »Stresstests«. Dabei müssen die Institute unter anderem nachweisen, über ausreichend Kapital zu verfügen, um in Krisen Verluste verdauen zu können. Das soll verhindern, dass sie von den Steuerzahlern gerettet werden müssten.

Die Stresstest-Pflicht war nach der Lehman-Pleite eingeführt worden. Damals mussten die Steuerzahler mit dreistelligen Milliardensummen einspringen, um Banken und Finanzsystem zu retten. Seither hat es zwar keinen Zusammenbruch einer bedeutenden US-Bank mehr gegeben. Sehr wohl aber eine Präsidentschaftswahl und mit ihr das Comeback einer Ideologie, die auf mehr Markt und weniger Regeln setzt. Deshalb gilt die Systemrelevanzgrenze künftig nur noch für Banken ab 250 Milliarden Dollar Bilanzsumme. Die Folge: 25 der 38 größten Banken in den USA werden künftig weniger streng reguliert. Das schafft Anreize für Banken, Rivalen zu übernehmen und bis an die neue Stresstest-Schwelle

heranzuwachsen. Ein Widerspruch zu einer zentralen Erkenntnis der Finanzkrise, dass Banken und ihr Erpressungspotenzial nicht zu groß werden dürfen.

Andererseits hat die Größe einer Bank nur wenig Aussagekraft über die Gefahr, die von ihr ausgeht; viel entscheidender ist, wie stark sie mit anderen Kreditinstituten verwoben ist. Auch diese Banken können eine große Finanzkrise auslösen. So war etwa der Hypothekenfinanzierer Countrywide, dessen Kollaps 2008 Schockwellen durch die Finanzmärkte gejagt hatte, mit 200 Milliarden Dollar Bilanzsumme überschaubar groß.

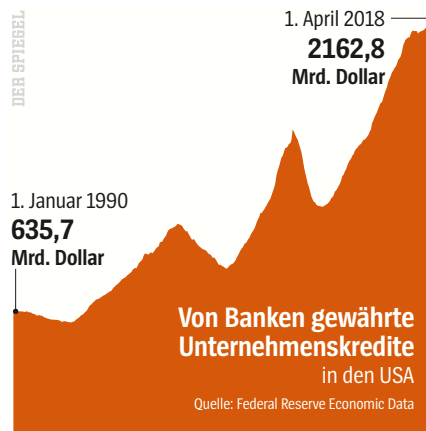
Auch im Detail hat es das Crapo-Gesetz in sich. So sollen Immobilienkäufer leichter an Kredite kommen können. Sie müssen künftig viel weniger Eigenkapital mitbringen als bislang üblich. Ein erstaunliches Entgegenkommen: Es war der heiß gelaufene US-Immobilienmarkt, der die Finanzkrise verursachte. Kleine Banken dürfen künftig wieder Wertpapiere auf eigene Rechnung handeln und zocken wie Hedgefonds. Das war lange verboten, aus guten Gründen, wie die Finanzkrise gezeigt hat.

Zudem sollen Banken Anleihen von Kommunen auf ihre Liquiditätsreserven anrechnen können. Diese müssen sie in Notlagen schnell flüssigmachen können, um Bilanzlöcher zu stopfen. Bislang bestanden diese Liquiditätspuffer aus US-Staatsanleihen und Bargeld – sichere, allzeit verkäufliche Vermögenswerte. Indem auch Kommunalanleihen dieses Gütesiegel erhalten, können sich Städte und Gemeinden leichter verschulden; für ihre Papiere finden sie bei Banken künftig dankbare Abnehmer.

Die Anhänger von »S. 2155« begründen das Zurückdrehen der Geschichte damit, dass US-Firmen Probleme hätten, an Kredite zu kommen, und sich nicht voll entfalten könnten. Dagegen sprechen die Fakten: Das Volumen ausstehender Bankkredite war noch nie so groß, die Gewinne der Banken waren noch nie so hoch wie derzeit. Die Konjunktur der weltgrößten Wirtschaftsmacht brummt. Dass zuletzt etwas weniger neue Kredite vergeben wurden, liegt eher daran, dass sich viele Mittelständler Kapital direkt bei Investoren und Konzernen im Ausland geparktes Geld repatriieren. Von einer Kreditklemme keine Spur.

Die Republikaner beschwichtigen, das Crapo-Gesetz komme nicht der Wall Street, sondern der Main Street zugute – damit sind kleine Banken gemeint, die wie die Sparkassen in Deutschland das Rückgrat der Finanzwirtschaft bilden. Und tatsächlich profitieren große Banken wie J.P. Morgan nur geringfügig von »S. 2155«.

Doch es geht um die Stoßrichtung. Das Crapo-Gesetz ist erst der Beginn einer politisch gewollten und von der Finanzlobby geförderten Deregulierungsoffensive. Die wird die amerikanischen Banken stärken und ihren Vorsprung vor den europäischen Rivalen vergrößern. Vor allem aber setzt sie die Lehren der letzten großen Finanzkrise außer Kraft – und trägt den Keim der nächsten in sich. Tim Bartz



# Low Budget

**Erfahrungsbericht** Weil der Wettbewerb hart ist, bedienen sich viele Mietwagenfirmen dubioser Tricks. Die Verärgerung ihrer Kunden scheint die Unternehmen nicht zu stören.

Vor Kurzem suchten meine Frau und ich einen Mietwagen, für unseren Urlaub. Zwei Wochen Südspanien mit der Familie, mindestens sechs Sitze, nicht allzu kompliziert – woher sollten wir wissen, dass daraus ein Selbstversuch werden würde, der einiges lehrt über Kundenfreundlichkeit und die Praktiken der Mietwagenbranche?

Schnell fanden wir ein Auto, das uns gefiel, auf einer Vermittlungsplattform im Internet, die sämtliche Angebote nach dem Preis sortiert. 521 Euro sollte der Wagen kosten, abzuholen und abzugeben am Flughafen von Sevilla. Anbieter war die Firma Budget, mit 3500 Standorten in mehr als 120 Ländern eine der bekanntesten Autovermietmarken der Welt.

Bevor es losging, druckte ich die Reservierungsbestätigung aus. Am Budget-Schalter am Flughafen von Sevilla schob ich dem Mitarbeiter den Ausdruck über den Tresen und wartete. Der Mann sprach kaum Englisch, er rollte auf seinem Stuhl hin und her und tippte lange auf seiner Tastatur herum.

Irgendwann drehte er den Bildschirm zu mir hin, drückte mir einen Stift in die Hand und bat mich zu unterschreiben. Die Summe, die ich auf dem Bildschirm sah, war höher als die 521 Euro, die ich erwartet hatte. Andererseits hatten wir ein Navi dazugebucht, zudem war eine Kautions hinterlegen. Ich unterschrieb und nahm die Schlüssel in Empfang.

Ein paar Tage nach unserer Rückkehr aus Andalusien brachte der Postbote eine Rechnung. Zusätzlich zu den 521 Euro verlangte Budget weitere 896,25 Euro von uns; für Gebühren, Zuschläge sowie für »optionale Dienstleistungen«: Haftungs-befreiung, Windschutzscheibenschutz und eine erweiterte Insassenunfallversicherung etwa, den Roadside-Assistance-Plus-Schutz, was immer das ist, und den TPR Stationsverkauf, allesamt Leistungen, die der Mitarbeiter am Budget-Schalter mit keinem Wort erwähnt hatte.

Ein Versehen, dachte ich, das sich rasch würde aufklären lassen. Ein Anruf also bei Budget. Ein freundlicher Callcenter-Mitarbeiter, der sich verständnisvoll zeigte: Das Problem sei bekannt, gerade in südeuropäischen Ländern, mehr dürfe er leider nicht sagen.

Kurz darauf kam eine knappe Antwort per E-Mail, auf Englisch. Ich hätte die Extras akzeptiert, das zeige meine Unterschrift unter dem Vertrag, Budget bleibe dabei, dass die Ansprüche berechtigt seien. »Thank you for your understanding.« Kind regards, mit freundlichen Grüßen. Keine Unterschrift.

Ein zweiter Anruf, wieder ein Callcenter, diesmal eine freundliche Frau. Sie hörte sich meine Einwände an, zu diesem Zeitpunkt ging ich noch davon aus, dass ich beim ersten Anruf nicht richtig verstanden worden war. Ich erklärte, dass der Budget-Mitarbeiter mich nicht gefragt hatte, ob ich die Zusatz-

leistungen wünsche; als Kunde, sagte ich, könne man doch erwarten, dass der Vermieter einen auf ein solches Paket hinweise. Dass er dies unterlassen habe, zeige eine einfache Plausibilitätsprüfung: Wie wahrscheinlich sei es, bitte schön, dass ein Kunde, der für 521 Euro ein Auto bucht, am Schalter spontan für fast 900 Euro Versicherungen dazukauf?

Man werde die Einwände prüfen, sagte die freundliche Frau.

Da Budget über unsere Kreditkartendaten verfügt, hatte die Firma die 896 Euro bereits abgebucht. Ich telefonierte mit Verbraucherschutzorganisationen und recherchierte ein wenig im Netz. Offenbar handelt es sich um ein grundsätzliches Problem. Mehr als 13 Milliarden Euro setzen die Autovermieter im Jahr europaweit um – ein Markt mit vielen Anbietern, ein harter Wettbewerb. Normalerweise ein Vorteil für die Kunden – wenn nicht die Anbieter am Schalter versuchen würden, mit fragwürdigen Tricks ihre Marge zu verbessern.

Die Voraussetzungen dafür sind günstig. Oft ist der Mietwagenkunde müde vom Flug, fast immer warten hinter ihm andere Kunden darauf, endlich bedient zu werden, meist spricht

der Mitarbeiter am Schalter kein Deutsch und höchstens schlechtes Englisch. Hinzu kommt, dass man den Vertrag meist nicht ausgehändigt, sondern nur auf dem Bildschirm gezeigt bekommt; in unserem Fall wurde er erst ein paar Tage später per Mail geschickt.

Die Methoden werden offenbar ruppiger. Die Zahl der Beschwerden steigt, das beobachtet auch das Europäische Verbrauchszentrum Deutschland (EVZ) in Kehl: 202 Fälle zählte das EVZ im vergangenen Jahr, sie betreffen Budget ebenso wie andere Mietfirmen. In jedem zweiten Fall beschwerten sich Kunden darüber, dass ihnen Versicherungen aufgeschwatzt, aufge nötigt oder einfach untergejubelt wurden.

Der Verkauf teurer Versicherungen ist offenbar nicht der einzige Trick. Bisweilen heißt es, der Wagen könne erst nach Abschluss eines Versicherungspaketes ausgehändigt werden – ein Vorgehen, das irgendwo zwischen Nötigung und Erpres-

sung liegen dürfte. In anderen Fällen wird die Kautions so hoch angesetzt, dass das Kreditkartenlimit des Kunden vollständig ausgeschöpft ist – erst durch das Hinzubuchen von Zusatzleistungen, heißt es dann, könne die Kautions verringert werden.

Beliebt ist auch, Kratzer und andere Gebrauchsspuren, die bei der Übergabe als Bagatellschäden bezeichnet werden, die im Protokoll nicht vermerkt werden müssen, bei Abgabe des Wagens zu monieren und die angeblichen Reparaturkosten von der Kautions abzuziehen. Wer streitet schon mit dem Mitarbeiter der Verleihfirma, wenn der Flieger wartet?

Was ich bei dieser Gelegenheit lernte: Der Ruf von Budget ist nicht der allerbeste. In Foren und auf Bewertungsportalen fallen Wörter wie »Abzocke«, »Betrug« und »Mafiabranche«, so mancher Mietwagenkunde äußert seinen Unmut in Großbuchstaben: »NIE WIEDER BUDGET!!!«

Das Internet, so lautet eine populäre Behauptung, sei für Käufer und Verbraucher ein Segen: Jede Information ist immer und überall für jeden zugänglich, jeder Kauf, jeder Urlaub wird bewertet und beurteilt – kein Unternehmen, heißt es, könne es sich heute noch erlauben, seine Kunden schlecht zu behandeln.

Ein Irrtum.

Kurz darauf traf eine weitere Mail von Budget ein. Der Mietvertrag sei rechtlich bindend, heißt es, der Kunde sei verpflichtet, den Inhalt des Vertrags durchzulesen, bevor er unterschreibe.



**SPIEGEL-Redakteur Goos:** Das Geld ist weg

»Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir die Nachbelastung nicht erstatten können.«

Wie aber soll das praktisch aussehen: in einer Schlange vor einem Mietwagenschalter, bei einem Vertrag, der in unserem Fall sechs Seiten lang ist? Ein Anruf also bei Budget Deutschland, inzwischen mit journalistischem Interesse: Natürlich wüßte man gern, was Budget zu den Vorwürfen der Kunden sagt.

Der Geschäftsführer von Budget Deutschland heißt Martin Gruber, er hat sein Büro in Oberursel bei Frankfurt. Wenn man ihn um ein Gespräch bittet, meldet sich wenig später eine Frau aus München, von der PR-Agentur Weber Shandwick. »Leider wird es nicht möglich sein, dass wir ein persönliches Interview durchführen«, teilt sie wenige Tage nach dem Telefonat mit. Stattdessen gebe Budget jedoch »sehr gerne Statements« zu Fragen aller Art.

Die Fragen, die per Mail an Budget gehen, sind ziemlich konkret: Handelt es sich bei den untergeschobenen Versicherungsleistungen um ein Versehen eines einzelnen Mitarbeiters – oder stecken Vorsatz und Methode dahinter? Werden die Schaltermitarbeiter zu solchen Verkaufsmethoden aufgefordert? Erhalten sie eine Provision? Und wer profitiert von den zusätzlichen Einnahmen in welchem Maß: Budget, die jeweilige Ländervertretung, die Station? Oder der einzelne Mitarbeiter, dem es gelungen ist, diesen dreisten Vertrag abzuschließen?

Das Statement, das Budget gibt, sagt im Wesentlichen zweierlei. Erstens: »Wir sind stolz auf unseren exzellenten Service und arbeiten eng mit unseren Kunden zusammen, um Probleme zu lösen, wann immer sie auftreten.« Zweitens: »Mit der Unterschrift akzeptiert der Kunde die Vertragsbedingungen inklusive der aufgeführten Kosten.«

Für die Betroffenen fühlt sich das oft an wie Betrug – den Mietwagenfirmen wenigstens »arglistige Täuschung« nachzu-

weisen ist allerdings kompliziert. Wie will der Kunde beweisen, dass er auf die Zusatzleistungen nicht hingewiesen wurde? Zöge er vor Gericht, müsste er zuvor möglichst viele Geschädigte finden, denen es ähnlich erging – und darauf hoffen, dass der Richter darin keine Einzelfälle, sondern eine Masche erkennt.

Verbraucherschützer raten deshalb mindestens zu folgenden Vorsichtsmaßnahmen: den Vertrag sorgfältig bis zum Ende durchzulesen, auch wenn das dauert; auch kleine Schäden am Auto bei der Übernahme zu fotografieren; Zahlungen, zu denen man genötigt wird, nur unter Vorbehalt zu leisten, damit man Abbuchungen später einfacher widerrufen kann.

Den Firmen hilft, dass viele Kunden den Streit mit einem großen Unternehmen scheuen. Die meisten geben auf, sobald der erste abschlägige Bescheid eintrifft. Andere stimmen einem Vergleich zu, weil sie eine Auseinandersetzung vor Gericht fürchten.

Immerhin: Inzwischen gehen Behörden gegen die Wucherpraxis der Autovermieter vor. Gleich zweimal wurde die Firma Goldcar, die seit Dezember 2017 komplett zum Marktführer Europcar gehört, von der italienischen Wettbewerbsbehörde zu hohen Geldstrafen verurteilt: im November 2016 zu zwei Millionen Euro, im Januar 2018 noch einmal zu 680 000 Euro. Die Geschäftspraktiken, hieß es, seien unlauter, Autoübernahme und -rückgabe intransparent, das Verkaufsverhalten gegenüber den Kunden sei aggressiv.

Um Kundenzufriedenheit, um Kundenbindung scheint es beim Autovermieten nicht zu gehen, wenigstens nicht bei Budget. Entsprechend groß ist die Wut enttäuschter Kunden. »In meinen Augen ist Budget eine kriminelle Organisation«, schreibt einer in einem Mietwagenforum. »Ich bin noch niemals so unverschämt von einem Unternehmen behandelt worden«, klagt Ingrid W. Hauke Goos

Mit  
BahnBonus  
fahr ich  
1. Klasse.



**Anmelden und einmalig  
1. Klasse Upgrade genießen.**

Bei jeder Bahnfahrt Punkte sammeln und attraktive Prämien sichern. Gleich anmelden: [bahnbonus.com](https://www.bahnbonus.com)



 **BahnBonus**

# Ausland

»Das ist, als würden in Deutschland Sahra Wagenknecht und Alexander Gauland zusammen regieren.« ► S. 78



SAMRANG PRING / REUTERS

**Die Totenschädel von 5000 Opfern der Roten Khmer** werden in der Gedenkstätte Choeung Ek nahe Phnom Penh in Kambodscha aufbewahrt. Jedes Jahr am 20. Mai, dem »Tag der Erinnerung«, beten Angehörige und Überlebende und stellen Szenen des Massenmordes nach. Die Roten Khmer haben zwischen 1975 und 1979 etwa 1,7 Millionen Kambodschaner erschossen, erschlagen, erdolcht oder auf andere Art umgebracht.

## Analyse

# Neuer Nationalismus

Saudi-Arabiens Kronprinz mag Reformen – aber nur, wenn er sie selbst anordnet.

Eigentlich müsste das saudische Königshaus Frauenrechtlerinnen wie Loujain Alhathloul, 28, und Aziza al-Yousef, 60, feiern. Beide setzen sich seit Langem dafür ein, dass Frauen in Saudi-Arabien Auto fahren dürfen – und genau das will der König ja erlauben. Doch Alhathloul und Yousef sind seit rund einer Woche in Haft. Das Königshaus lässt Querdenker verhaften und erfüllt gleichzeitig deren Forderungen?

Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman will das Land zwar modernisieren – aber zu seinen Bedingungen und in seinem Tempo. Jede Reform soll allein ihm zu verdanken sein, dem entschlossenen Reformen, der durchgreift zum Wohle der Nation. Und dazu passt nicht, dass er Aktivisten Zugeständnisse machen könnte. Die Frauenrechtlerinnen betrachtet der Kronprinz als Gefahr, weil sie den Wunsch nach noch größeren Veränderungen

wecken. Plötzlich stritt man in Saudi-Arabien sogar darüber, ob nicht die Vormundspflicht ein Ende haben sollte, die Frauen ihren männlichen Verwandten unterordnet. Die Staatssicherheitsbehörde warf den Frauenrechtlerinnen vor, die »nationale Einheit« zu gefährden und »verdächtige Kontakte mit ausländischen Entitäten« gehabt zu haben – gemeint sind Gespräche mit westlichen Medien und Regierungsvertretern.

Diese Politik von verordneten Reformen und nationalistischem Eifer zeigt sich nun auch wieder in Ägypten. Dort schwört Präsident Abdel Fattah el-Sisi seine Nation auf eine glorreiche Zukunft ein, fordert Opfer und Einsatz für Ägypten – und lässt gleichzeitig in einer neuen Verhaftungswelle besonders engagierte Bürger seines Landes als Staatsverräter wegsperrern. Raniah Salloum



Spanien

## Verborgene Talente

● Albert Rivera, 38, Chef der liberalen Partei Ciudadanos, ist ein optimistischer Mann: Er glaubt an ein »politisches Leben jenseits der Parteien«, wie er sagt, und an die Reformfähigkeit seines Landes. Am Pfingstsonntag hat Rivera deshalb in Madrid die Sammlungsbewegung »España Ciudadana« gegründet. Das »Spanien der Bürger« nimmt sich »En Marche!« in Frankreich zum Vorbild. Mit Präsident Emmanuel Macron pflegt der Liberale engen Kontakt, ebenso mit dem kanadischen Premier Justin Trudeau. Rivera möchte prominente wie einfache Spanier für seine Bewegung gewinnen. Er wolle sich der »Arbeitswelt und dem Alltag« der Spanier annähern und »verborgene Talente in der Zivilgesellschaft entdecken«. Seit einigen Wochen liegt Rivera in den Umfragen vorn: Seine Bürgerpartei könnte im kommenden Jahr bei den Kommunal- und Regionalwahlen landesweit punkten; dem Juristen werden sogar Chancen eingeräumt, den konservativen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy abzulösen. Dieser ist schwer angeschlagen durch die jüngste Verurteilung ehemaliger Parteigrößen wegen Korruption. Die Konservativen müssen daher die Konkurrenz im Zentrum umso mehr fürchten. Für den Start seiner Bewegung bediente sich Rivera spanischer Symbole wie der rot-gelben Nationalflagge und der Hymne, um sich vom katalanischen Nationalismus abzusetzen. Vor allem von der Linken wurde er dafür stark kritisiert. Rivera wünscht sich, dass die Spanier nach deutschem Modell Verfassungspatriotismus entwickeln und stolz sind auf ihre nach dem Ende der Diktatur entstandene Demokratie. HZU



Liberaler Rivera

Chappatte



Israel

## »Viele haben Netanyahus Lügen satt«

Talia Sasson, 67, Präsidentin der NGO »New Israel Fund« (NIF), über die Kampagne der israelischen Regierung gegen Menschenrechtsorganisationen



GILI YAARI / FLASH90

**SPiegel:** Premier Benjamin Netanyahu hat Ihnen vorgeworfen, die »Sicherheit und Zukunft Israels als nationaler Heimstätte der Juden« zu gefährden, weil Ihre Organisation die Ausweisung afrikanischer Flüchtlinge verhindern will. Teilen viele Israelis seine Sicht?

**Sasson:** Wir haben allein nach diesem Satz Netanyahus 3000 neue Spender gewonnen. Jahrelang wollten unsere Unterstützer anonym bleiben, nun bitten sie explizit darum, dass ihre Namen veröffentlicht werden. Das zeigt: Viele Israelis haben Netanyahus Lügen satt.

**SPiegel:** Warum hat Netanyahu gerade »New Israel Fund« ins Visier genommen?

**Sasson:** Die NIF ist eine Dachorganisation, sie finanziert viele Nichtregierungsorganisationen. Deswegen sind wir in den Augen der Regierung besonders gefährlich. Und Netanyahu betrachtet jeden als Verräter, der die Politik seiner Regierung bekämpft, vor allem was die besetzten Gebiete angeht.

**SPiegel:** Rechtsnationale Organisationen haben Sie zur Staatsfeindin erklärt. **Sasson:** Netanyahu vergiftet durch seine Posts das gesellschaftliche Klima im Land. In der Folge hetzen rechte Organisationen auch gegen mich. An der Stadtautobahn von Tel Aviv haben sie ein 30 Meter großes Plakat mit meinem Gesicht aufgehängt; daneben steht, ich würde »gegen den Staat Israel und seine Armee« agieren. Das ist grotesk.

**SPiegel:** Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten, wie gefährdet ist sie? **Sasson:** Wir müssen aufpassen, dass wir nicht eine Fassadendemokratie werden. Netanyahu will etwa das Recht des obersten Gerichtshofs einschränken, Gesetze der Regierung für ungültig zu erklären. Er stellt die Gewaltenteilung infrage und will der Exekutive mehr Befugnisse geben.

**SPiegel:** Außenminister Heiko Maas verzichtete bei seinem jüngsten Israelbesuch auf eine Begegnung mit regierungskritischen NGOs.

**Sasson:** Unsere Tür bleibt immer offen. Was in Israel gerade passiert, ist Teil einer weltweiten Entwicklung, die sich gegen die Werte liberaler Gesellschaften richtet. Alle, die dies als Gefahr ansehen, müssen sich die Hände reichen und über Ländergrenzen hinweg zusammenarbeiten. csc

# Lieber doch nicht

**Nordkoreakonflikt** Donald Trump wollte das Treffen mit Diktator Kim, unbedingt, doch dann sagte er überraschend ab. In den Tagen zuvor hatten die Spannungen zugenommen, eine Übereinkunft schien kaum erreichbar. Nun droht der US-Präsident wieder mit »maximalem

**A**m Ende einer Woche, in der Feuer und Zorn über den Pazifik zischten, klingt Donald Trump wie ein enttäuschter Liebhaber. Er habe das Gefühl gehabt, schreibt er in seinem Brief an den »sehr geehrten Vorsitzenden«, dass »wir beide einen wunderbaren Dialog miteinander aufgebaut hatten, und am Ende zählt nur das. Ich freue mich darauf, Sie irgendwann zu treffen.« Zum Schluss heißt es, geradezu lächerlich höflich: »Sollten Sie Ihre Meinung in Bezug auf diesen äußerst wichtigen Gipfel ändern, zögern Sie nicht, mich anzurufen oder mir zu schreiben.«

Den Brief an Kim Jong Un, in dem Trump das für den 12. Juni geplante Treffen in Singapur absagte, soll der Präsident Wort für Wort persönlich diktiert haben. Er platze in den Donnerstagvormittag wie eine Bombe. Trump hatte auf das Treffen mit dem nordkoreanischen Herrscher seit Monaten hingearbeitet, seine wichtigsten Leute waren mit der Vorbereitung beauftragt, unter anderem Sicherheitsberater John Bolton und Außenminister Mike Pompeo. Doch wegen des »enormen Zorns und der offenen Feindseligkeit« von nordkoreanischer Seite sei das Treffen »derzeit unangebracht«.

Stellenweise liest sich der Brief, als würde der Präsident einer netten, aber untalentierten Bewerberin absagen. Dann wieder droht er: »Sie sprechen über Ihre nuklearen Fähigkeiten, aber unsere sind so gewaltig und mächtig, dass ich zu Gott bete, dass sie nie genutzt werden müssen.«

Trump macht selten ein Geheimnis aus seinen Gefühlen. Diesmal schwankt er zwischen Wut, Vergeltungssucht und enttäuschter Hoffnung auf den Friedensnobelpreis, zumindest aber auf einen guten Deal, begleitet von schönen Bildern.

Er hatte im Fernsehen verfolgt, wie sich Kim und Südkoreas Präsident Moon Jae In im April in der demilitarisierten Zone trafen und die Hand schüttelten. Das wollte Trump auch. Er wollte der große Versöhner sein, der Mann, der die brutalste Diktatur des 21. Jahrhunderts aufbrechen und deren Herrscher zähmen würde.

Die Absage zeigt nun für alle, wie sehr Trump seine Fähigkeiten überschätzt, sämtliche Weltkrisen auf einmal zu lösen – Krisen, die er zum Teil selbst verursacht oder zumindest weiter angeheizt hat.

Nun ist der Konflikt auf der koreanischen Halbinsel wieder auf dem Stand vom vergangenen Jahr, als sogar ein Atomkrieg zwischen Nordkorea und den USA plötzlich möglich erschien. Das ist, bei aller Schadenfreude über Trumps Scheitern, eine schlechte Nachricht für die Welt.

Vielorts war daher am Donnerstag Enttäuschung zu spüren. Russlands Präsident Wladimir Putin erklärte, er hoffe, der Gipfel werde trotz der Differenzen stattfinden. Ähnlich äußerte sich Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron.

Wie geht es nun weiter? US-Außenminister Mike Pompeo sagt, seine Regierung habe immer gewusst, dass das Treffen platzen könnte. Kein Grund zur Panik also. »In gewisser Hinsicht ist die Lage normal. Der Druck wird weitergehen.« Dennoch habe Kim die enorme Fähigkeit bewiesen, sein Land zu lenken. Er, Pompeo, sei hoffnungsvoll, dass die Diskussionen weitergehen.

**»Ich warte«, sagte Donald Trump. »Hoffentlich werden positive Dinge entstehen.«**

»Die Absage ist ein schlechtes Zeichen, aber es ist im Rahmen dessen, was beide Seiten tun, um Druck aufeinander auszuüben«, sagt Christopher Green, Nordkorea-Experte der International Crisis Group. »Das bedeutet nicht, dass der Dialog definitiv vorbei ist.«

Kurz nachdem er seinen Brief an Kim in die Welt geschickt hatte, trat Trump im Weißen Haus an ein Stehpult und sagte, er hoffe, dass die Begegnung doch noch zustande komme. Irgendwann. Es liege aber an Nordkorea. »Ich warte«, sagte Trump. »Hoffentlich werden positive Dinge entstehen.« Bis dahin würden die Sanktionen und die Kampagne des »maximalen Drucks« auf Nordkorea weitergehen.

Eine Frage klammerte Trump jedoch aus, und zwar die wichtigste: was der Gipfel überhaupt hätte bringen können, außer schönen Bildern.

Trump's Sicherheitsberater, sein Außenminister und der Vizepräsident hatten in

den vergangenen Wochen immer wieder deutlich gemacht, dass die USA nichts weniger als eine vollständige nukleare Abrüstung Nordkoreas forderten. Ein Ziel, das sehr hoch gehängt schien, hatte sich Nordkorea doch schon seit Jahrzehnten allen Abrüstungsbemühungen mit Tricks und Lügen entzogen. Zahlreiche Experten warnten daher von Anfang an, Pjöngjang würde sich darauf nie eingelassen.

Am Ende kennt das Scheitern des Treffens nur Verlierer. Wenn überhaupt jemand einen Vorteil aus Trumps Absage ziehen kann, dann ist es China. Peking begrüßte zwar die Annäherung zwischen seinem Verbündeten Nordkorea und den USA und unterstützte das Treffen in Singapur, zumindest offiziell. Zugleich war in Peking jedoch Unbehagen darüber zu spüren, dass die Initiative zuletzt so deutlich bei Washington lag. Ende März hatte Chinas Präsident Xi Jinping den nordkoreanischen Herrscher deshalb zum ersten Mal in Peking empfangen, Anfang Mai noch einmal in der Hafenstadt Dalian.

Ob China auch einen Anteil daran hatte, dass die Nordkoreaner in den vergangenen Tagen ihre Rhetorik wieder verschärft haben, ist eine der noch offenen Fragen. Dass der Handschlag zwischen Trump und Kim ausfällt, dürfte Xi jedoch nicht ungenutzt sehen. Es passt zu Chinas Plan, den geopolitischen Rivalen Amerika aus Südostasien zurückzudrängen. Und je mehr Drehungen und Wendungen es in der Nordkoreadiplomatie gibt, desto größer wird Pekings Spielraum.

Der eindeutige Verlierer ist Südkorea. Präsident Moon hatte sich wie kein anderer für den Gipfel eingesetzt und, wie manche Beobachter schon vor Trumps Absage warnten, Kims Bereitschaft zur nuklearen Abrüstung überverkauft. Das Treffen werde zu 99,9 Prozent stattfinden, hatte Südkoreas Nationaler Sicherheitsberater noch Anfang der Woche versprochen. Nun steht Moon mit leeren Händen da.

Es war schon fast Mitternacht, als die Absage Trumps offenbar ohne Vorwarnung bei seinem Verbündeten einschlug. »Wir versuchen zu verstehen, was Trump genau meint«, sagte ein Sprecher von Moon. Erst zwei Tage zuvor war der südkoreanische Präsident bei Trump zu Besuch gewesen – und nun das. Um Mitter-



EPA-EFE / REX / SHUTTERSTOCK

**Gedenkmünze zum Gipfel:** Trump wollte den Friedensnobelpreis, zumindest aber einen guten Deal, begleitet von schönen Bildern

nacht berief der südkoreanische Präsident eine Notfallsitzung ein. Auch Japan, ein weiterer enger Partner Washingtons in Asien, wurde womöglich nicht vorgewarnt. Und das, obwohl der japanische Außenminister ebenfalls noch am Vortag in Washington war.

Aber nicht nur die Verbündeten, auch Trump steht nun schlecht da, obwohl er versuchte, halbwegs schadlos aus der Sache herauszukommen, indem er selbst zuerst absagte. Doch Trumps großspurige Sprüche werden so schnell nicht vergessen sein.

Der Präsident dachte offenbar tatsächlich, er könnte den Diktator aus Nordkorea umschmeicheln, ähnlich wie er das bereits mit Geschäftspartnern, mit Xi Jinping oder Emmanuel Macron gemacht hatte – und sozusagen von Kumpel zu Kumpel Nordkorea sein Nuklearprogramm abschwatzen, einen Atomkrieg abwenden und Weltfrieden schaffen. Als gäbe es eine einfache Lösung dieses Konflikts, an dem etliche seiner

Vorgänger gescheitert sind. Es kamen, wie so oft bei Trump, Hybris und Unkenntnis zusammen – und doch wirkte es für einen Moment, als könnte er die Nordkoreaner damit überrumpeln.

Dass ein Deal nicht ganz so einfach werden würde wie erhofft, hatte sich allerdings schon seit Tagen angedeutet.

Vergangene Woche hatte Nordkorea das südkoreanisch-amerikanische Militärmänuver »Max Thunder« scharf kritisiert und ein geplantes Treffen mit hohen Beamten aus Seoul abgesagt.

Am Donnerstag sagte Außenminister Pompeo, die US-Seite habe sich auf das Treffen in Singapur vorbereitet und erwarte, dass Pjôngjang dasselbe tue. »Über die vergangenen Tage hinweg haben wir versucht, das umzusetzen, was der Vorsitzende Kim und ich vereinbart hatten«, sagte Pompeo. Aber es seien von Nordkorea leider keine Antworten auf die Anfragen der Amerikaner gekommen.

Dass es um das Treffen schlecht bestellt war, davon bekam auch Außenminister Heiko Maas bereits am Dienstag eine Ahnung. Da traf er Sicherheitsberater Bolton im Weißen Haus, und dieser, sonst stets wortgewaltig, wurde verdächtig einsilbig, als ihn Maas nach den Grundzügen der Denuklearisierung Nordkoreas fragte. Dabei waren die Fragen einfach: Sollte das Abkommen eine Art Stufenmodell für den Abbau der Anlagen enthalten? Wer sollte die Einhaltung kontrollieren? Welche Garantien verlangte Pjôngjang?

Bolton aber schwieg oder wich so auffällig aus, dass die deutsche Delegation den Eindruck mitnahm, Trumps eigene Leute seien sich nicht sehr sicher, dass man bis zum 12. Juni wirklich so weit komme, dass ein Treffen eine gute Idee wäre.

Vorausgegangen war eine Reihe gegenseitiger Beschimpfungen und Drohungen. Den Anfang machte Bolton, der Ende April in Interviews mit den US-Sendern



**Amtskollegen Moon, Trump am Dienstag im Weißen Haus:** Überrumpelt von der Absage des US-Präsidenten

Fox News und CBS sagte, man könne sich in Bezug auf das Atomarsenal von Nordkorea ein ähnliches Vorgehen vorstellen wie einst in Libyen. »Wir haben das libysche Modell aus den Jahren 2003 und 2004 im Kopf.« Was er meinte: vollständige nukleare Abrüstung im Austausch gegen eine Lockerung der Sanktionen und das Versprechen eines Wirtschaftsaufschwungs. Damals hatten die USA und Großbritannien mit Machthaber Muammar al-Gaddafi vereinbart, dass er sein Nuklearprogramm einstellt. Im Gegenzug bekam er von den USA Sicherheitsgarantien.

Doch 2011 wurde Gaddafi im Zuge des Aufstands in seinem Land erst gestürzt und anschließend getötet. Vor allem dieses Ende haben die Nordkoreaner vor Augen, wenn vom »libyschen Modell« die Rede ist.

Pjōngjang reagierte auf Boltons Äußerungen entsprechend aufgebracht. »Die Welt weiß sehr genau, dass unser Land weder Libyen noch der Irak ist, denen ein schreckliches Schicksal widerfahren ist«, hieß es. Außerdem sei man im Gegensatz zu Libyen unter Gaddafi längst im Besitz von Atomwaffen. Es sei »völlig absurd«, die beiden Länder zu vergleichen.

Nordkorea reagierte auch deshalb so sensibel auf die Äußerungen von Bolton, weil man in Pjōngjang dessen Neigung kennt, politische Probleme mit militärischen Mitteln zu lösen. Mehrfach hatte Bolton vorgeschlagen, Länder notfalls zu bombardie-

ren, die sich amerikanischen Wünschen verweigerten, darunter Iran und Nordkorea.

Zwar versuchte Trump, die Aussagen seines Sicherheitsberaters zu relativieren. Allerdings machte der Präsident die Situation nur noch schlimmer. Libyen sei kein Modell, das er in Bezug auf Nordkorea im Kopf habe, sagte Trump. »Wir dezimierten dieses Land. Es gab keinen Deal, um Gaddafi zu behalten.« Kim Jong Un dagegen könne Nordkorea reich machen, falls er auf Verhandlungen eingehe, und, noch wichtiger, er würde an der Macht bleiben. Offenbar verstand Trump nicht, was Bolton mit dem »libyschen Modell« meinte. Und er drohte indirekt mit »regime change«, was Kim kaum lustig gefunden haben dürfte.

Und dann musste sich auch noch Vizepräsident Mike Pence äußern.

Am Montag gab Pence in einem Interview auf Fox News zu verstehen, dass Kim tatsächlich wie Gaddafi enden könnte. »Der Präsident hat klargemacht, dies werde nur dann so enden wie das libysche Modell, wenn Kim Jong Un keinen Deal macht«, sagte Pence. In Nordkorea wurde das als unverhohlene Drohung aufgefasst.

Als »ungezügelt und unverschämte«, »ignorant und dumm« bezeichnete Nordkoreas Vizeaußenministerin die Äußerungen; Pence sei ein »politischer Dummkopf«. Es folgte die Warnung, es liege an den USA, ob man sich »in einem Sitzungsraum trifft oder bei einem nuklearen Showdown«.

Danach dürfte man in Washington zu dem Schluss gekommen sein: Das war's.

Dabei liefen die Vorbereitungen bereits auf Hochtouren, auch Nordkorea hatte offenbar bis zuletzt an ein Zustandekommen des Gipfels geglaubt. Noch am Donnerstag hatte die Führung wie angekündigt die Atomtestanlage in Punggye-ri gesprengt – und dazu auch internationale Journalisten einreisen lassen. Eine Inszenierung zwar, aber man konnte das durchaus als Zeichen des guten Willens sehen.

Und das Weiße Haus hatte am Tag zuvor noch Journalisten aufgefordert, sich für Hotels und Visa in Singapur anzumelden, die Reisettermine standen fest. Trump wollte demnach vom G-7-Gipfel in Kanada direkt nach Singapur reisen.

Sogar Gedenkmünzen zu den »Friedensgesprächen« waren schon geprägt. Auch wenn das Weiße Haus damit nichts direkt zu tun hat, zeigt das, wie versessen Trump auf dieses historische Treffen war.

Am Donnerstag meldete der Souvenirshop des Weißen Hauses: Die Münzen würden in jedem Fall ausgeliefert, auch wenn der Gipfel nicht stattfindet. Der Preis allerdings wurde gesenkt, von 24,95 auf 19,95 Dollar. Als »Deal of the Day«.

Matthias Gebauer, Raniah Salloum,  
Christoph Scheuermann,  
Christoph Schult, Bernhard Zand



Wenn's gut werden muss.

A woman in a blue dress and a young boy in a straw hat and striped shirt are standing in a garden. The woman is holding a bunch of green herbs, and the boy is holding a red tomato. They are surrounded by various plants, including a large wooden planter box filled with tomatoes and other vegetables. The background shows a residential area with houses and a clear sky.

**...weil das beste Gemüse  
in Deinem Bio-Garten wächst.**

Es ist ganz leicht, Dich und Deine Lieben gesund zu ernähren: Du baust einfach Dein eigenes Gemüse und Obst an. Knackiger und frischer geht es nicht. Und selbst gemacht schmeckt einfach besser. Also, frisch ans Werk und den Bio-Garten angelegt! Und erstmal zu BAUHAUS: Denn hier bekommst Du erstklassigen Service, beste Fachhandelsqualität und größte Sortimentsvielfalt.





**Fünf-Sterne-Chef Di Maio:** Speerspitze populistischer Anti-Establishment-Bewegungen

# Ein brennendes Streichholz

**Italien** In Rom regieren künftig Populisten, die in erster Linie mehr Geld ausgeben wollen. Und in Europa wächst die Angst vor einer neuen Krise – die deutlich heftiger ausfallen könnte als im Fall Griechenland. Steht die Eurozone vor ihrer größten Zerreißprobe?

**G**eht es nach Signor Fabio, ist die Sache schon jetzt zum Scheitern verurteilt: Die Regierung wird nicht lange im Amt bleiben. »Im September wählen wir wieder«, sagt der schmale Herr im Zentrum von Rom. Signor Fabio ist der »giornalaio«, der Zeitungshändler, mit dem begehrtesten Kiosk der Hauptstadt, keine hundert Meter vom Büro des Regierungschefs entfernt. Er weiß, was los ist in der Welt und dass diese nun wieder einmal sorgenvoll auf seine Heimat blickt.

»Rom öffnet den modernen Barbaren seine Tore«, titelte die »Financial Times« mit Blick auf die neue Regierung aus dem Movimento Cinque Stelle (M5S) unter Luigi Di Maio und der rechtsnationalen Lega unter Matteo Salvini. Aber auch die italienischen Zeitungen waren nicht viel zurückhaltender. Ihre Schlagzeilen lauteten: »Popolandia« (»Il Manifesto«), »So entstand die Dritte Republik, unter dem Gelächter der ganzen Welt« (»Il Foglio«) und

»Mattarella entscheidet sich für den faulen Apfel, Mini-Premier Conte« (»Libero«).

Weil Salvini und Di Maio sich nicht einigen konnten, wer von ihnen Ministerpräsident werden darf, fiel die Wahl am Ende auf den politisch völlig unerfahrenen Juraprofessor Giuseppe Conte. Einen Mann, der den Fünf Sternen nahesteht, der nie ein öffentliches Amt innehatte – und nun die drittgrößte Volkswirtschaft Europas mit 60 Millionen Einwohnern führen soll.

Diese 67. Regierung in rund 70 Jahren ist die wohl ungewöhnlichste und unerfahrenste, die es je gab. An der Spitze zwei Populisten, die EU-kritisch und russlandfreundlich sind; zwei Koalitionspartner, die nur wenige gemeinsame Ziele haben und deren Wähler einander spinnefeind sind. Die einen haben die Mehrheit ihrer Anhänger im reichen Norden, die anderen im armen Süden des Landes.

»Das ist, als würden in Deutschland Sahara Wagenknecht und Alexander Gauland

zusammen regieren«, sagt Markus Ferber, Vizechef des für Währungsfragen zuständigen Ausschusses im Europaparlament.

Nur dass Italien noch dazu mit 2,3 Billionen Euro verschuldet ist; das entspricht 132 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – was EU-weit nur von Griechenland übertroffen wird. Dazu kommen die Folgen der Wirtschaftskrise, die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter den Jüngeren, sowie die Belastung durch die Flüchtlinge, die noch immer zu Tausenden über das Mittelmeer nach Italien strömen.

Italien ist schon seit Jahren ein Sorgenkind Europas. Insofern ist der Wahlsieg der Populisten keine Überraschung, er ist die logische Folge dieser Probleme. Und er könnte sie zugleich drastisch verschärfen.

Um die Wünsche ihrer so unterschiedlichen Wähler zu erfüllen, haben Salvini und Di Maio sich Steuersenkungen, ein Grundeinkommen sowie die Rücknahme der Rentenreform ins Programm geschrie-



ANTONIO MASIELLO / GETTY IMAGES

**Designierter Ministerpräsident Conte:** Ein Juraprofessor und Politneuling soll die »Regierung des Wandels« anführen

ben. Diese Maßnahmen würden nach Berechnungen des früheren italienischen Sparkommissars Carlo Cottarelli mit Kosten von mindestens 109 Milliarden Euro pro Jahr zu Buche schlagen.

Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank, warnt: Sollte das neue Kabinett sein Programm durchziehen, stiege das Haushaltsdefizit von derzeit 2,3 auf bis zu 7 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Was die »Regierung des Wandels« vorhat, ist nicht weniger als ein Plan zur Zerrüttung der Staatsfinanzen. Mit unüberschaubaren Folgen für ganz Europa. »Der Eurozone droht eine neue Krise«, sagt Clemens Fuest vom Münchner Ifo-Institut.

Vor allem in Brüssel sind die Bedenken groß, vorerst drückt man sich aber um klare Worte, wohl in der Hoffnung, dass es am Ende doch nicht so schlimm kommt.

Gefragt, ob die neue Regierung mit ihrem Programm die Vorgaben des Stabilitätspakts erfülle, windet sich etwa der Vizepräsident der EU-Kommission, Valdis Dombrovskis. Der Lette ist am Donnerstag auf einer Wirtschaftskonferenz zu Gast, es hagelt Fragen zu Italien. Aber er will nichts sagen, schließlich drückt er lediglich ein »Nein, wohl nicht« heraus. Sorge machen ihm die wachsenden Risikoanschläge an den Märkten, auch für andere schwächere Euromitglieder. »Die Aussicht, dass Länder in der Finanzpolitik nicht verantwortungsbewusst handeln, hat Folgen«, sagt er. »Es ist wichtig, dass alle Staaten

den vereinbarten Regeln folgen, wenn sie eine gemeinsame Währung haben.«

Deutlicher wird da Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire: »Wenn die neue Regierung ihre Abmachungen nicht einhält, ist die Stabilität der gesamten Eurozone bedroht.«

Denn während die EU und der Euro einen Grexit vielleicht verkraftet hätten – einen Italexit würde die Gemeinschaftswährung nicht überleben. Die Wirtschaftsleistung Italiens ist fast zehnmal so groß wie die Griechenlands. »Vor dem Hintergrund seiner systemischen Bedeutung ist Italien eine Quelle von potenziellen, signifikanten Auswirkungen auf den Rest der Eurozone«, schreibt die EU-Kommission warnend in ihren neuesten Länderempfehlungen.

In dem turnusgemäß erscheinenden Report erkannte sie am Mittwoch zwar die bisherigen Bemühungen Italiens an, den Schuldenstand zu reduzieren, doch dies ist das Verdienst der Vorgängerregierung. Die Neuen, daran lassen sie keinen Zweifel, werden andere Schwerpunkte setzen.

EU-Gesetze, sagt Lega-Chef Salvini, würden nur noch respektiert, wenn sie den Italienern nützen. Und Fünf-Sterne-Chef Di Maio ergänzt: »Ab jetzt kommen zuerst die Italiener und dann erst Verhandlungen übers Defizit und EU-Richtlinien.«

Dazu passt das Vorhaben, den 81-jährigen Ökonomieprofessor Paolo Savona zum Wirtschafts- und Finanzminister zu ernennen, der als scharfer Eurokritiker gilt.

In seinem dieser Tage erscheinenden Buch »Wie ein Albtraum, wie ein Traum« heißt es: »Der Euro ist eine Zwangsjacke aus deutscher Herstellung.« Berlin habe »seit dem Ende der Nazizeit den Blick auf seine Rolle in Europa nicht verändert«. Die Mitgliedschaft in der Eurozone, so Savona, »beinhaltet einen Faschismus ohne Diktatur und, in wirtschaftlicher Hinsicht, einen Nazismus ohne Militarismus«.

Ob der betagte Gelehrte aus Sardinien seine wortreiche Kritik wiederholen wird, wenn er demnächst neben seinem Amtskollegen Olaf Scholz beim EU-Gipfel sitzt?

Zwar geben sich Di Maios Leute Mühe, den Verdacht zu entkräften, im EU-Gründungsstaat Italien drohten großwahn sinnige Populisten den Karren gegen die Wand zu fahren. »Wir sind in ständigem Kontakt mit der amerikanischen, auch mit der deutschen Botschaft, wir legen Wert auf maximale Transparenz«, sagt einer der engsten Mitarbeiter Di Maios. Doch diese Worte wirken kaum beruhigend.

Denn der Vormarsch der Populisten trifft die EU in einer schwierigen Zeit. Noch herrscht solides Wachstum, aber es besteht die Gefahr eines Handelskriegs mit den USA, und es gilt, die Folgen des Brexit zu bewältigen. Eine Wiederauflage der inner-europäischen Grabenkämpfe aus der Zeit der Griechenlandrettung wäre verheerend.

Doch genau danach sieht es aus.

Bei den Wahlen in Frankreich vor einem Jahr blieb der befürchtete Sieg extremer,

europafeindlicher Kräfte aus. Doch nun haben die Rechtspopulisten Aufwind. Nach Österreich regieren sie künftig auch in Italien mit. »Unsere Verbündeten«, so Marine Le Pen vom Front National, »bereiten das große Comeback der Nationen vor.«

Italien sei die Speerspitze »populistischer Anti-Establishment-Bewegungen in Europa«, verkündete Donald Trumps Ex-Chefstrategie Stephen Bannon, der am Sonntag in Rom erwartet wird. Erstmals bekomme es Brüssel mit einer Anti-System-Regierung in einem EU-Gründungsstaat zu tun. Über den Triumph von Di Maio und Salvini, die ein Ende der Sanktionen gegen Russland fordern, freut sich Bannon: »Es ist wichtig, dass diese Burschen im Umgang mit Brüssel sehr aggressiv sind.«

Es wäre ein Kurs, der im Land ankäme, denn nur noch 39 Prozent der Italiener sehen die EU-Mitgliedschaft positiv, bezeichnend im einst EU-freundlichsten Land des Kontinents. Zum Frust beigetragen hat das

Jedes Jahr benötige Italien schon jetzt rund 200 Milliarden Euro an frischen Krediten, mit denen alte Verbindlichkeiten abgelöst würden, rechnet Klaus Regling, der Chef des europäischen Rettungsschirms ESM, vor. Die frei verfügbaren Mittel seiner Organisation belaufen sich auf 400 Milliarden Euro. Zwei Jahre lang könnte Italien demnach durchfinanziert werden, allerdings unter einer Voraussetzung: Es dürfen keine anderen Euroländer mit in den Abwärtsstrudel geraten.

Genau das aber ist die Befürchtung, besonders der Druck auf Spanien und Portugal könnte nun wieder steigen. Die beiden Länder haben zwar Fortschritte bei der Sanierung ihrer Staatsfinanzen gemacht, doch sie bleiben anfällig, ihre Schulden sind nach wie vor hoch.

Selbst wenn Italien nicht mutwillig den Bruch provoziert und Schuldzahlungen verweigert, könnte es zur Pleite kommen. Rating-Agenturen bewerten die Zahlungs-

papiere wider. Investoren sind nur dann bereit, Italien frisches Geld zu leihen, wenn sie höhere Zinsen bekommen.

Bereits im Februar spekulierten Hedgefonds auf sinkende europäische Aktienkurse, auch weil sie annahmen, dass eine eurokritische Regierung in Italien die Währungsunion sprengen könnte. Bridgewater Associates, einer der größten Haifische im Becken, wettete mit 22 Milliarden Dollar gegen europäische Aktien. Die jüngste Verkaufswelle bei italienischen Anleihen dürfte zu einem guten Teil ebenfalls auf spekulative Hedgefonds zurückgehen.

In etlichen europäischen Hauptstädten wird befürchtet, das Kabinett Conte könnte darauf spekulieren, dass Italien zu groß und zu gewichtig sei, um in die Pleite entlassen zu werden. Dass die Euroinstitutionen am Ende also zähneknirschend einspringen würden. Denn etwa ein Drittel der italienischen Staatsschulden liegt bei ausländischen Anlegern, fast 800 Milliarden Euro. Käme es zu einem Schuldenschnitt von 50 Prozent wie einst in Griechenland, müssten Banken, Versicherungen und Pensionsfonds auf 400 Milliarden Euro verzichten.

Auch deutsche Finanzinstitute, die in großem Stil Italienanleihen halten, wären betroffen. Besonders exponiert ist die staatliche FMS Wertmanagement, in der die Altlasten der Pleitebank Hypo Real Estate abgewickelt werden. Die FMS sitzt auf Italienanleihen und -krediten von knapp 27 Milliarden Euro. Ein Ausfall würde deutsche Steuerzahler direkt treffen.

Doch wie wahrscheinlich ist es, dass Italien seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann oder will?

»Die wirtschaftliche Lage im Land ist spätestens seit der Finanzkrise von 2008 hochexplosiv«, sagt Henrik Enderlein, Ökonom an der Hertie School of Governance und Berater der Bundesregierung. »Aber jetzt kommt eine Regierung, die wie ein brennendes Streichholz wirken und die Situation außer Kontrolle bringen könnte.«

Was bleibt, ist die Hoffnung, die Regierung aus Postideologen und Rechtspopulisten werde am Ende einlenken – so wie einst der Grieche Alexis Tsipras. »Aus der Währungsunion auszuschneiden wäre für Italien das schlimmste Szenario«, warnt Enderlein: Das Land würde in der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit versinken, wie Argentinien nach der Staatspleite von 2001.

Die Hoffnungen vieler Europäer ruhen nun vor allem auf einem Mann: Staatspräsident Sergio Mattarella. »Er wird darüber wachen, dass die neue Regierung europäische Regeln einhält«, heißt es in Brüssel.

Der 76 Jahre alte Jurist versucht seit fast drei Monaten geduldig, die Bildung einer stabilen Regierung zu ermöglichen und Neuwahlen zu vermeiden. Die Sorge um sein Land scheint ihm wie ins Gesicht ge-



**Lega-Chef Salvini (M.):** Europas Rechte feiern »das große Comeback der Nationen«

Gefühl, mit den Mittelmeerflüchtlings allein gelassen zu werden. Hinzu kommt, dass viele Bürger, die unter der jahrelangen Rezession gelitten haben, die Ermahnungen aus Brüssel als Gängelung empfinden.

Dass die Italiener, ein Volk von Sparern, beim Austritt aus der Eurozone gewaltige Einbußen hinnehmen müssten? Kein Thema bei den Wählern von M5S und Lega. Dass die Europäische Zentralbank (EZB) unter Leitung von Mario Draghi seit Jahren durch den Kauf italienischer Schuldpapiere im Wert von Hunderten Milliarden Euro den Staatshaushalt stützt? Ebenfalls kein Thema. Im Gegenteil: In einem frühen Entwurf des Koalitionsvertrags wurde sogar ein Schuldenerlass von 250 Milliarden Euro durch die EZB gefordert.

»Fantapolitica« nennen das vernunftbegabte Italiener: groteskes Wunschdenken.

fähigkeit schon jetzt als schlecht. Stufen sie die Bonität um zwei weitere Schritte herab, würden Italienanleihen zu Ramschpapieren, viele Investoren müssten sie aufgrund ihrer Regularien abstoßen.

Steigen das Misstrauen und die Zinsen, dürfte sich auch die Lage der italienischen Banken wieder verschlechtern. Sie haben zwar in den vergangenen zwölf Monaten ihre Risiken reduziert, sitzen aber noch immer auf Milliarden Euro fauler Kredite.

Ignoriert die neue Regierung diese Risiken, könnte die Lage schnell außer Kontrolle geraten.

Schon jetzt ist der Zinsabstand zwischen deutschen und italienischen Staatsanleihen deutlich gestiegen. In den vergangenen Wochen legte er um nahezu einen Prozentpunkt zu. Die Spanne spiegelt das höhere Ausfallrisiko italienischer Staats-



# Internetgiganten haben die Wirtschaft in der Hand.

## Bis Du ihnen auf die Finger klopfst.

EU-Kommissarin Margrethe Vestager ermittelt gegen Google wegen des Verdachts auf Marktmissbrauch und u. a. gegen Apple und Starbucks aufgrund wettbewerbswidriger Steuerpraktiken.  
Die ganze Geschichte: [handelsblatt.com/handeln](https://www.handelsblatt.com/handeln)

**FÜR ALLE,  
DIE HANDELN**

**Handelsblatt**  
Substanz entscheidet.



## WEITWINKEL

## Wie ein SPIEGEL entsteht

Wie recherchieren Journalisten beim SPIEGEL? Wer prüft die Fakten? Und warum wird über das eine Thema berichtet – und über das andere nicht? Wir zeigen es Ihnen: SPIEGEL-Redakteurin Simone Salden schreibt normalerweise im Wirtschaftsressort über Handel, Konsumgüter und Nachhaltigkeit. In dieser Visual Story aber erzählt sie, wie ein SPIEGEL entsteht: von der Themendiskussion über die Recherche bis zur Veröffentlichung – in acht Schritten. Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.


**JETZT DIGITAL LESEN**

meißelt. Es gibt nichts, was der Präsident unversucht gelassen hätte. Selbst auf ein Vieraugengespräch mit Ex-Premier Silvio Berlusconi ließ er sich ein, ausgerechnet jenem Mann, der dem Aufstieg der Populisten den Weg bereitet und Italien in die Krise geführt hat. Am Ende kam die Koalition zustande, auch wenn es zwischenzeitlich nicht mehr so aussah.

Aber selbst wenn Mattarella Schlimmeres verhindern kann, indem er sich etwa weigert, Gesetze zu unterschreiben – er kann nicht verhindern, dass die politische Ungewissheit ein zentrales Reformprojekt der EU blockieren könnte: die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion.

Erwartet wird derzeit die deutsche Antwort auf die Reformvorschläge, die Frankreichs Präsident vor acht Monaten bei seiner Rede an der Sorbonne vorgelegt hat. Emmanuel Macron drängt auf einen gemeinsamen europäischen Haushalt; auch eine gemeinsame Einlagensicherung sähe der Franzose lieber früher als später.

»Die jetzige Entwicklung in Rom ist der Todesstoß für Macrons Reformagenda«, urteilt der Commerzbank-Chefvolkswirt Krämer. Jeder Schritt in Richtung einer Vergemeinschaftung von Risiken oder Schulden »würde Italien regelrecht dazu einladen, noch mehr auszugeben«.

Auch wenn Macron nun staatsmännisch seine Worte wählt und wiederholt, es sei »die Wahl des italienischen Volkes«, die er natürlich respektiere, bedeuten die Entwicklungen in Italien für ihn und seine Pläne einen herben Rückschlag. Hier das zaudernde Berlin, dort ein womöglich anarchisches Rom – mit beiden lässt sich seine Vision von einem geeinten, starken Europa eher schlecht verwirklichen.

Im Élysée ist man beunruhigt, dass nun die nächste große Krise droht und Macron, statt seine Reformen umzusetzen, bei undankbaren Noteinsätzen den Feuerwehrmann spielen muss – ähnlich erging es bereits seinen Vorgängern. »Salvini und Di Maio werden für Italien nichts erreichen, aber Europa können sie komplett blockieren«, sagt ein Berater Macrons. »Verrückt« sei für dieses italienische Programm noch ein hübscher Euphemismus.

Die Befürchtungen sind berechtigt, denn vor allem im deutschen Bundestag ist der Widerstand gegen Macrons Pläne schon jetzt enorm. Etwa gegen ein »Letztabsicherungsnetz« in der Bankenunion, »Common Backstop« genannt. Die Bankenunion sieht vor, dass bei einem Bankencrash zunächst Aktionäre und Gläubiger herangezogen werden. Nun wird diskutiert, ob im äußersten Fall mit dem »Backstop« auch öffentliche Gelder angezapft werden dürfen, sollten die Kosten für eine Abwicklung nicht anders zu decken sein.

Die Angst der Macron-Gegner ist, dass dann Sparer, etwa in Deutschland, am

Ende für Bankenpleiten in Ländern wie Italien haften müssten – und diese Angst ist durch die neuen EU-kritischen Töne aus Rom nicht eben geringer geworden.

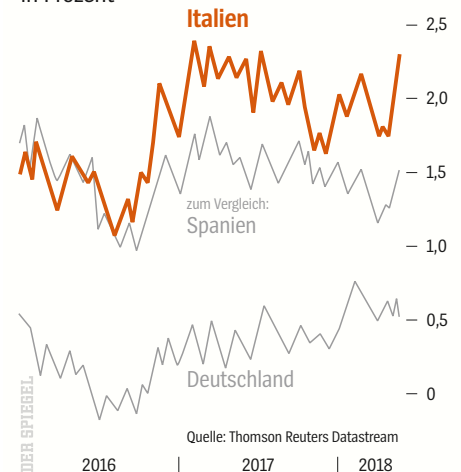
Für den EU-Gipfel Ende Juni, auf dem die Regierungschefs eine Vertiefung der Eurozone diskutieren wollen, verheißt die Lage in Italien nichts Gutes.

Doch trotz aller berechtigten Befürchtungen gilt auch: Noch sind die ungleichen Partner in Rom nicht einmal vereidigt. Die Allianz mit der rabiat zuwanderungsfeindlichen Lega ist bei der Fünf-Sterne-Bewegung umstritten. »Wir haben unterwegs einige an Unterstützern verloren«, räumt ein Sprecher von Di Maio ein. Zudem beträgt ihre parlamentarische Mehrheit nur etwa 30 Sitze. Das ist nicht viel in einem Abgeordnetenhaus, in dem allein während der letzten Legislaturperiode 206 Abgeordnete die Partei gewechselt haben.

Sollte die neue Regierung tatsächlich schnell scheitern, was er sich, Gott bewahre, natürlich nicht wünsche, dann hätte er

## Renditen auf Staatsanleihen

mit zehnjähriger Laufzeit  
in Prozent



einen Vorschlag, sagte Silvio Berlusconi in der vergangenen Woche beim Gipfeltreffen der Europäischen Volkspartei in Sofia. Er war gut gelaunt, soeben hatte ein Mailänder Gericht den Ämterbann gegen den ehemaligen Regierungschef aufgehoben.

Der Vorschlag laute, so fuhr Berlusconi, mittlerweile 81 Jahre alt, fort, dass er, um eine Staatskrise in Italien zu verhindern, selbstverständlich bereit sei, sofort wieder »Verantwortung zu übernehmen«.

Martin Hesse, Julia Amalia Heyer,  
Walter Mayr, Peter Müller,  
Christian Reiermann

Video  
**Der unheimliche  
Aufstieg der Lega Nord**

spiegel.de/sp222018italien  
oder in der App DER SPIEGEL



**Rechte** Der mögliche Innenminister Matteo Salvini pflegt politische Kontakte nach Deutschland – aber nicht unbedingt zu Demokraten.

## »Ah, Pedschida!«

● Bei seinem letzten großen Auftritt in Deutschland wurde Matteo Salvini schon fast wie ein Staatsgast empfangen, allerdings nicht vom deutschen Staat. »Begrüßen wir einen Italiener, der seinem Land alle Ehre macht«, verkündete der Moderator in der Koblenzer Rhein-Mosel-Halle zum Jubel von 1000 Gästen. Salvinis Botschaft auf Deutsch und Englisch war unmissverständlich: »Ein neues Europa ist möglich. Bye-bye, Angela Merkel, good luck, Frauke Petry!«

Es war noch die alte AfD unter der damaligen Parteichefin Frauke Petry, die Salvini im Januar 2017 zu einer Konferenz der Rechtspopulisten eingeladen hatte. Zwar ist Petry jetzt Geschichte in der AfD, aber die Kontakte Salvinis und seiner Lega zu rechten Kreisen in Deutschland florieren. Schon vor der Flüchtlingskrise gab es einen regen Austausch der Italiener mit Pegida, AfD und prominenten Rechtsideologen.

Die AfD blickt geradezu neidisch nach Italien, wo Salvinis Partei gelingt, wovon sie selbst weit entfernt ist: eine Regierungsbeteiligung und damit die Aussicht auf echte Macht. »Es ist sehr erfreulich, dass sich in Italien zwei Anti-Establishment-Parteien durchgesetzt haben«, sagt AfD-Chef Jörg Meuthen, der als EU-Parlamentarier seine Vorbilder an jedem Sitzungstag erleben kann. Meuthen lobt die ablehnende Haltung der Lega zu den Russlandsanktionen und die Versprechen der künftigen italienischen Regierung von Steuersenkungen. Aber am liebsten ist der AfD natürlich die Haltung der Lega in der Flüchtlingspolitik. »Vielleicht gibt es mit der neuen Regierung in Rom eine Chance, wieder einen funktionierenden Grenzschutz für Europa herzustellen.«

Meuthen ist der einzige AfD-Abgeordnete in Brüssel, aber er will den Kontakt zur Lega intensivieren. Nur bei der Person Salvini ist er noch unsicher. »Ich kenne ihn nicht persönlich, ich muss mich erst näher mit ihm beschäftigen.«

Meuthens Zögern hat Gründe: Salvini ist berüchtigt für rassistische Ausfälle, etwa wenn er Waggon ohne Zutritt für Ausländer in der Mailänder U-Bahn fordert oder brutale Angriffe auf Flüchtlinge mit dem Volkszorn über die Migrationspolitik entschuldigt. Und er sucht seit Jahren die Nähe zu deutschen Kreisen, die viel weiter rechts stehen, als die

AfD sich offiziell gern präsentiert. Davon zeugt ein Foto, das schon 2015 entstand, es zeigt zwei Männer mit einer rot-gelben Fahne. Der eine ist Salvini, der andere Götz Kubitschek, Verleger aus Sachsen-Anhalt, Dauergast bei Pegida und Vertrauter des AfD-Manns Björn Höcke. Kubitscheks Publikationen sind Pflichtlektüre im rechten Milieu, und auch praktisch förderte er das Wachstum der Szene. Nicht zuletzt dank seiner Beratung konnte die rechtsextreme Identitäre Bewegung hierzulande Fuß fassen. Und mit der »Erfurter Resolution«, einem Manifest samt Unterschriftenliste aus Kubitscheks Feder, bekam Björn Hö-



**Gleichgesinnte Kubitschek, Salvini**  
»Wie ich ihn kenne, versucht er das«

cke eine Machtbasis in der AfD, die sein politisches Überleben bis heute sichert.

Zur Genese des Fotos mit Salvini berichtet der Verleger, er sei im Februar 2015 mit seiner Frau Ellen Kositzka zu einer Konferenz über »konservative Widerstandsformen« nach Rom gereist, habe dort mit Salvini über »das politische Schlüsselthema ›Identität‹« diskutiert. Danach posierten die rechten Frontmänner mit der »Wirmer-Fahne«, einem Mitbringsel Kubitscheks. Die Fahne, die einst im Stauffenberg-Widerstandskreis entworfen wurde, hat sich die rechte Szene schon vor Jahren angeeignet, sie gilt heute als »Pegida-Fahne«.

Kubitschek referierte bei der Lega zu Pegida, die Italiener waren sehr neugierig

auf die Straßenbewegung. »Unentwegt wurden wir nach unserer ›Stauffenberg‹-Fahne gefragt«, notierte Ellen Kositzka in einem Reisebericht. »Pedschida, ah! Oh, ich habe Fragen!«, hätten die Italiener die deutschen Gäste bestürmt.

Diese wiederum waren beeindruckt von einer Großkundgebung der Lega: »Pathetische Bombastmusik, dann der wuchtige Einzug« von Hundertschaften an Demonstranten, »tosender Beifall, undenkbar dies alles in Deutschland!«, schwärmte Kositzka. In Italien steht das »Widerstandsgebäude«, von dem ihr Gatte träumt: eine Allianz rechter Gruppen in und außerhalb des Parlaments. »In Italien wurde die Rechtfertigungsrichtung bereits umgekehrt«, so Kubitschek. »Rechte Parteien und metapolitische Organisationen müssen sich nicht mehr rechtfertigen für das, was sie für ihr Land und ihr Volk tun. Rechtfertigen müssen sich die anderen. In Deutschland arbeiten wir an dieser Umkehrung.«

Während AfD-Funktionäre erst neuerdings bei Pegida auftreten dürfen, kooperiert die Lega seit Jahren mit den Dresdner Demonstranten. Lutz Bachmann, Organisator der islamfeindlichen Aufmärsche, nennt die Italiener auf Facebook nur seine »Freunde« und drückt ihnen die Daumen für ihre Arbeit gegen »sogenannte Flüchtlinge«.

Die Sympathie ist gegenseitig – »Pegida ist das neue Europa, das erwacht«, jubelte ein Lega-Politiker. Anfang 2016 schloss man sogar ein offizielles Bündnis mit anderen Rechtsdemonstranten Europas. In der »Prager Erklärung« drückten die Unterzeichner ihre Sorge aus, »dass die tausendjährige Geschichte der westlichen Zivilisation bald beendet sein könnte«. Für den Schutz von Europas Grenzen und den Kampf gegen »globale Eliten« würden sie notfalls ihr Leben riskieren.

So hat der mögliche italienische Innenminister Salvini in Deutschland den engsten Kontakt zu Akteuren, die gar keine Politik im parlamentarischen Sinne betreiben und wenig Sympathie für den demokratischen Parteienstaat hegen.

Kubitschek bestätigt, dass die Kontakte zur Lega bis heute bestehen. Für September plant er einen großen europäischen Kongress, auch mit Gästen aus Italien.

Ein Innenminister Salvini solle »das Chaos an den Außengrenzen und im Innern die ›Herrschaft des Unrechts‹ beenden helfen«, zitiert Kubitschek Horst Seehofer. »Und wie ich ihn kenne, wird er das versuchen.« Aber, betont der Rechtsideologe, die europäische Solidarität dürfe dabei nicht zu kurz kommen: Italien sollte seine illegal Eingereisten bitte nicht nach Frankreich und Deutschland durchwinken. Melanie Amann

Katajun Amirpur

# Die Geschichte einer Enttäuschung

**Essay** Die US-Regierung will das Regime in Teheran mit »den härtesten Sanktionen der Geschichte« zu Fall bringen. Erreichen könnte sie das Gegenteil.

**D**a brennt sie wieder, die US-Flagge, mitten im iranischen Parlament. Das mag in unseren Breiten als jenseits des politisch Akzeptablen angesehen werden, aber möglicherweise vertreten die Abgeordneten, die sie entzündeten, damit mittlerweile mehr Bürger, als es dem Westen lieb ist. Denn auch liberale Iraner sind vor den Kopf gestoßen durch die Aufkündigung des Atomabkommens; die Rede von US-Außenminister Mike Pompeo und dessen Drohungen vom Montag halten sie für maßlos. Sie kommen jetzt nicht umhin zu denken, dass Irans Hardliner wohl recht haben: Man kann den USA einfach nicht trauen. Die Politik von Donald Trump spielt also Irans Falken geradewegs in die Hände und bringt ausgerechnet die natürlichen Verbündeten des Westens auf den Kurs der Radikalen, die für Abschottung und größtmögliche Abkehr vom Westen eintreten.

Um ihre Politik zu begründen, erzählen die Hardliner gern folgende Geschichte, und sie erzählen sie gut: 1951 trat Ministerpräsident Mohammad Mossadegh an, das iranische Erdöl zu verstaatlichen. Mossadegh kündigte den als kolonialistisch und ausbeuterisch angesehenen Vertrag mit der Anglo-Persian Oil Company und wurde von der Staatengemeinschaft mit einem Boykott bestraft. Man wollte die Iraner ausbluten lassen. Als das Land sich trotzdem über zwei Jahre erstaunlich gut hielt, stürzte die CIA Mossadegh, den einzig wirklich demokratisch legitimierten Ministerpräsidenten, den Iran je hatte – und setzte den geflohenen Diktator Mohammad

Reza Schah wieder ein. Diese Erzählung vom Kampf des iranischen David gegen den amerikanischen Goliath ist immer noch sehr wirkmächtig, vor allem in diesen Tagen.

Zudem haben die USA schon einmal einen Präsidenten auflaufen lassen, der das Land gen Westen öffnen wollte. Mohammad Khatami, ein Reformler, war 1997 mit einer überwältigenden Mehrheit und gegen den erklärten Willen des konservativen Establishments zum Präsidenten gewählt worden. Er hatte mit Öffnung und Dialog geworben, mit Frauenrechten, mit einem Iran für alle Iraner. Als eine seiner ersten Amtshandlungen wandte er sich in einem Interview mit dem US-Sender CNN an die Amerikaner. Wohl wissend, dass die 444 Tage währende Besetzung der US-Botschaft in Teheran infolge der Revolution von 1978/79 ein amerikanisches Trauma war, drückte er dafür sein allergrößtes Bedauern aus. Das tat er durchaus zum Unmut seiner innenpolitischen

Gegner, die ihn attackierten und schrieben: Das war nicht das, was die Freunde der Revolution erwartet hatten. Doch egal, wie weit Khatami sich aus dem Fenster lehnte und Entgegenkommen signalisierte: Von den USA kam nichts.

Khatamis Bemühungen um ein Atomabkommen, die es damals schon gab, liefen also ins Leere. Das Ergebnis war: Nachdem Khatami seine Versprechungen auf eine Annäherung mit dem Westen nicht umsetzen konnte, wählten die Iraner 2005 einen Hardliner, der versprach, wenigstens das angeknackste nationale Selbstbewusstsein wiederherzustellen. Das war Mahmoud Ahmadinejad, der den Bau der Atombombe vorantrieb.

Ähnlich wird es jetzt wohl Staatspräsident Hassan Rohani ergehen. Schon seit Monaten ist er geschwächt;

in der Bevölkerung wird ihm zum Vorwurf gemacht, dass das von ihm mit dem Westen, Russland und China geschlossene Atomabkommen von 2015 keine spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Situation gebracht habe. Die Daten allerdings zeigen, dass die Regierung Rohani es durchaus geschafft hat, die wirtschaftliche Krise nach der fatalen Regierungszeit von Ahmadinejad abzumildern. Doch im Portemonnaie der Menschen macht sich das noch nicht bemerkbar. »Unter Ahmadinejad ging es uns besser. Ist uns doch egal, was der außenpolitisch für einen Mist geredet hat.« Solche Äußerungen hörte man oft während der Unruhen im Winter, die sich an der wirtschaftlichen Misere entzündeten. Noch mehr Gegenwind kommt aber von den innenpolitischen Gegnern: Zwar bekundeten Rohani und sein Außenminister Mohammad Javad Zarif, dass sie an dem Abkommen festhalten werden, wenn die Europäer einspringen und weiter im Land investieren. Aber dass die EU dazu überhaupt in der Lage ist, erscheint inzwischen unsicher – und so plädieren die Falken im Land für die verstärkte



Anti-USA-Protest in Teheran



CHRISTIAN O. BRUCH / LAIF

**Katajun Amirpur, 47,** ist Professorin für Iranistik in Köln. Im August erscheint ihr Buch »Reformislam. Der Kampf für Demokratie, Freiheit und Frauenrechte«.

Urananreicherung. Es ist fraglich, ob die auf Ausgleich sinnenden Kräfte ihren Argumenten auf lange Sicht etwas entgegensetzen können. Sollte Iran aber die Urananreicherung hochfahren, werden auch die Europäer wohl nicht umhinkommen, sich an den Sanktionen zu beteiligen. Dann wird ein Ausgleich undenkbar und eine militärische »Lösung« wahrscheinlicher. In jedem Fall wird ein Wettrüsten im Nahen Osten die Folge sein.

**T**ragisch an Trumps Ausstieg aus dem Atomdeal ist auch, dass er nicht nur Rohani, sondern die iranische Zivilgesellschaft auflaufen lässt. All jene Menschen, die sich seit Monaten, ja seit Jahren gegen das Regime auflehnen: die Frauen mit ihren Kopftuchprotesten, die Demonstranten vom Winter oder auch der Regisseur Jafar Panahi, der in diesem Jahr mal wieder nicht zu den Filmfestspielen von Cannes fahren durfte. Diese Zivilgesellschaft ist so laut, so rege, doch mit weiteren Sanktionen gräbt man ihr das Wasser ab, nimmt man ihr die Argumente für eine Öffnung. Man nimmt ihr die Lebensgrundlage.

Das Kalkül der Amerikaner, die Iraner würden sich bei Einführung der »härtesten Sanktionen der Geschichte« gegen ihre Regierung erheben, ist zynisch, und es ist falsch. Zum einen ist die Zivilgesellschaft dazu viel zu ausgezehrt vom jahrelangen Kampf gegen Miswirtschaft und Unterdrückung, außerdem ist das Regime viel zu gut gerüstet, als dass ein solcher Aufstand Erfolg haben könnte. Zum anderen haben die Menschen die sehr berechtigte Sorge, auch ihr Land würde im Chaos versinken, wie so viele Länder in der Region. Dass man in Iran immerhin Frieden hat, wissen die meisten durchaus zu schätzen. Allerdings wächst die Angst vor einem Krieg; einem Krieg, von dem die Iraner zu Recht meinen, ihn nicht verdient zu haben. Denn was hat die Regierung eigentlich falsch gemacht? Die Iraner sehen nur, dass ihr Land die Vertragsbedingungen erfüllt hat. Die Urananreicherung wurde drastisch eingeschränkt, der Großteil des Urans aus dem Land geschafft, die internationalen Kontrolleure erhielten Zugang zu den Anlagen. Vor allem aber ist Trumps Argument, dass Iran ein Unruhefaktor in der Region sei, für die meisten Iraner nicht nachvollziehbar, in diesem Punkt ist die Solidarisierung mit der Regierung groß.

Einerseits, weil es um Irans Verhalten in der Region in dem Abkommen gar nicht geht, und andererseits, weil die meisten Iraner diese Einmischung anders bewerten. Sicher, aus westlicher Perspektive ist Iran mit seiner Politik in Syrien, im Libanon, im Irak und im Jemen ein Störfaktor, und die iranischen Ambitionen sind mit aller-

größter Sorge zu betrachten. Aber aus iranischer Sicht ist Saudi-Arabien, das den Dschihadismus weltweit fördert, eine sehr viel größere Gefahr – und für Iran eine existenzielle Bedrohung. Der wahhabitische Islam, mit dem der »Islamische Staat« (IS) wesensverwandt ist, ist in seiner Entstehungsgeschichte, seiner Legitimation und seiner Motivation zutiefst antischiitisch. Die Schiiten gelten ihnen als die größten Ketzler, schlimmer noch als die Juden und Christen seien sie, denn sie höhnten den Islam von innen aus. Der radikale sunnitische Islam der Wahhabiten und des IS richtet sich also in seiner Natur gegen die iranische Variante des Islam. Auch deshalb mischt sich Iran in der Region ein. Dass Teheran seine Milizen in den Kampf gegen den IS in den Irak und nach Syrien geschickt hat, diente dem ureigenen Interesse, keinen antischiitischen Staat als Nachbarn zu haben. Aus diesem Grund sind auch die libanesische Hisbollah und Syrien,

das als einer von wenigen arabischen Staaten Iran im von Saddam Hussein einst begonnenen irakisch-iranischen Krieg unterstützt hat, die natürlichen Partner im Nahen Osten. Das muss man nicht toll finden – aber es bringt leider wenig, diese strategischen Interessen zu ignorieren und die iranische Staatsführung nur als Macht des Bösen darzustellen.

Wie Hohn klingt es zudem für die meisten Iraner, wenn der US-Präsident sich jetzt als Freund des iranischen Volkes inszeniert. Schließlich hat er Iran doch auf die Liste von Ländern gesetzt, deren Bürger nur noch in Ausnahmefällen in die USA einreisen dürfen – obwohl dort mindestens eine halbe Million Menschen iranischer Herkunft lebt. Der Großteil ist vor dem Regime dorthin geflohen, kann also die einstige Heimat oft nicht mehr

bereisen, wo Eltern, Geschwister und andere Angehörige leben. Nun können ihre Familien auch nicht mehr in die USA reisen. Das empfinden sie zu Recht als unbegründete Strafe.

Und dass Trumps Sicherheitsberater John Bolton sich zudem ausgerechnet auf einer Versammlung der Volksmudschahidin für »regime change« in Iran ausspricht, trägt nicht dazu bei, das Vertrauen der iranischen Bevölkerung zu gewinnen. Die Iraner mögen zwar quasi in allem unterschiedlicher Meinung sein, aber in einem sind sie sich einig: dass man mit den Volksmudschahidin keine gemeinsame Sache machen darf. Sie genießen als Oppositionsgruppe keinerlei Glaubwürdigkeit, seit sie sich einst mit Saddam Hussein verbündeten und von irakischem Territorium aus 1988 in Iran einmarschierten. Dies und der jahrelange Terror, mit dem sie Iran überzogen haben und der viele Unschuldige das Leben gekostet hat, machen sie zur schlechtesten Option, die Bolton sich hätte aussuchen können. So gewinnt man keine Freunde in der iranischen Bevölkerung. ■



Präsident Rohani

# Verhasster Frieden

**Kolumbien** Das Land wählt einen neuen Präsidenten – und wahrscheinlich wird er ein Gegner der Aussöhnung mit der Farc-Guerilla sein. In einer WG früherer Rebellen in Bogotá lässt sich erleben, wie fragil die Ruhe nach dem Bürgerkrieg schon jetzt ist.



NICOLO FILIPPO ROSSO / DER SPIEGEL

**Protest gegen die Verhaftung des Farc-Anführers Santrich:** Eher sterben, als sich in die USA ausliefern zu lassen



NICOLO FILIPPO ROSSO / DER SPIEGEL



NICOLO FILIPPO ROSSO / DER SPIEGEL

**Sicherheitskräfte vor dem Krankenhaus El Tunal in Bogotá, Ex-Farc-Mann Pérez:** »Wenn nichts geschieht, dann ist dieser Friedensprozess tot«

**E**s ist ein Mittwochmorgen im April, als Hernán Darío Garcés, Kampfname Esteban Pérez, zum ersten Mal seit langer Zeit wieder die alten Reflexe spürt. Pérez, der 20 Jahre lang für die Farc im Dschungel gekämpft hat, steht im Zentrum der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá. Um seinen Kopf flattert ein Palästinensertuch. In seinem dunklen Gesicht flackern zwei nervöse Augen, die den vorbeirauschenden Verkehr scannen, Passanten, den Eingang der Gefängnisverwaltung, vor dem er mit einer kleinen Gruppe früherer Guerillakämpfer gegen die Inhaftierung eines ihrer Anführer protestiert.

Vor seinem Bauch trägt er ein Schild mit der Aufschrift »Santrich inocente«.

»Wenn sie ihn wirklich vor die Hunde gehen lassen«, sagt Pérez, »dann kann ich für nichts mehr garantieren.«

Seit Tagen kocht in ihm die Wut, er murmelt Wörter wie Verrat und Betrug und spricht von einer roten Linie, die nun überschritten sei.

Jesús Santrich ist eine der schillerndsten Figuren der Farc, die nun eine politische Partei ist; er gilt als Mastermind hinter dem Friedensabkommen, mit dem die Guerilla und die Regierung vor anderthalb Jahren ihren Endlosbürgerkrieg beendeten. Im Sommer wollte Santrich als Abgeordneter ins Parlament einziehen, auf einem der für die Farc reservierten Sitze. Und ausgerechnet dieser Mann soll jetzt die Verschiffung von zehn Tonnen Kokain in die USA geplant haben. So erklärte es zumindest ein New Yorker Staatsanwalt, als er im April Santrichs Auslieferung beantragte.

Während der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos mit ernster Miene von »eindeutigen Beweisen« sprach, glauben Pérez und die anderen Ex-Rebellen, dass die Vorwürfe vorgeschoben sind. Wenn die Regierung Santrich wirklich ausliefe, sagen sie, dann könnte der ohnehin brüchige Frieden endgültig zerbrechen.

Es ist ein sensibler Augenblick.

Noch dazu beginnt am Sonntag die Präsidentschaftswahl, ausgerechnet jetzt, da sich immer deutlicher abzeichnet, dass es leichter ist, einen Friedensvertrag zu schließen, als Frieden zu machen. Obwohl das Land kriegsmüde ist, war das Abkommen nie besonders populär. Vielen Kolumbianern gehen die Zugeständnisse zu weit. Sie stören sich daran, dass Männer wie Pérez mit einer großzügigen Amnestie davongekommen; dass für Anführer wie Santrich für die kommenden acht Jahre Sitze im Parlament garantiert wurden.

Wie unbeliebt das Abkommen ist, hatte sich schon angedeutet, als der nun aus dem Amt scheidende Präsident Santos es seinen Landsleuten zur Abstimmung vorlegte und eine Niederlage einsteckte. Eine ähnliche Erfahrung machte die Farc-Partei im März, als sie bei ihrer ersten Teilnahme

an einer Parlamentswahl auf gerade einmal 0,3 Prozent der Stimmen kam.

Mit dem Frieden gewinnt man keine Wahlen – diese Erkenntnis hat zu der sonderbaren Situation geführt, dass die wichtigste Frage des Landes im Wahlkampf kaum ein Thema ist. Präsidentschaftskandidaten wie der linke Populist Gustavo Petro oder der Liberale Humberto de la Calle reden lieber darüber, was man mit den Ölvorkommen anfangen sollte. Es ist auch kein Zufall, dass mit Iván Duque ein rechter Law-and-Order-Politiker die Umfragen anführt, ein Mann aus der Partei des Ex-Präsidenten Álvaro Uribe, die den Frieden mit der Guerilla ablehnt und auch deshalb als Siegerin aus den Parlamentswahlen hervorgegangen ist.

»Wir sollten aufhören, Kriminelle auch noch zu belohnen«, kommentierte Duque triumphierend Santrichs Festnahme. Sie spielt ihm in die Karten, wie alles, was die Glaubwürdigkeit der Farc erschüttert oder das Vertrauen in den Frieden untergräbt.

Die Frage, die sich viele Kolumbianer deshalb stellen, ist, ob der Vertrag, den Santos und die Farc geschlossen haben, in ein paar Wochen noch das Papier wert ist, auf dem er geschrieben steht.

### **»Das Problem war, dass das Abkommen zu spät in Kraft trat. Es blieb zu wenig Zeit.«**

Für einen Mann wie Pérez heißt das, dass er sich zum ersten Mal seit langer Zeit wieder mit dem Gedanken auseinandersetzt, in den Dschungel zurückzukehren. »Keine Ahnung, wie lange ich noch hier sein werde«, sagt er am Abend nach der Demo, als er in dem engen Innenhof des Hauses sitzt, in dem er jetzt mit ein paar anderen ehemaligen Guerilleros lebt; auch Santrich wohnte hier einst. Die Fenster zur Straße sind vergittert. An der Haustür weist kein Schild auf die Bewohner hin.

Auf seinen Knien liegt eine alte Gitarre, auf der er die ersten Töne der »Ode an die Freude« zupfen kann. Pérez hat sie 2016 während der Friedenskonferenz in Yarí gelernt, wo Tausende Farc-Anhänger zusammengekommen waren, um das Abkommen zu feiern. Nachdem er in den letzten Monaten ein paar selbst verfasste Rapongs aufgenommen hat, erlangte er sogar eine gewisse Berühmtheit. Rapper des Friedens, so nannte man ihn in den sozialen Medien.

Pérez ist jetzt 29. Seit ein paar Monaten geht er wieder zur Schule. Santrich, sagt er, wollte das so, und sein Wort gelte für ihn wie das eines Vaters, seit er als neunjähriger Junge zur Farc kam. Wie allen anderen Ex-Rebellen, die sich registrieren

ließen, zahlt ihm die Regierung rund 200 Dollar monatlich. Pérez sagt, es komme ihm manchmal so vor, als stecke er in einem Zeitloch fest. Der Krieg ist vorbei, aber der Frieden hat noch nicht begonnen.

Etwa 600 frühere Farc-Kämpfer sind mittlerweile in Bogotá gestrandet. Viele von ihnen fragen sich, wo die Euphorie geblieben ist, ihre Träume, in denen sie sich ein Stück Land ausmalten, von dem sie leben könnten; sie hofften darauf, Familien zu gründen, einen Fußballklub, sie glaubten fest, dass es gelingen könnte, die Politik neu zu erfinden, als normale, friedliche Partei, aber vielleicht waren sie etwas naiv.

Knapp 9000 Waffen gab die Farc ab; mehr als 300 Millionen Dollar, die vor allem aus dem Drogenhandel stammten, zahlte sie in einen Fonds, aus dem Opfer entschädigt werden sollen. Indem sie sich an die Vereinbarungen hielt, wollte sie zeigen, dass sie es ernst meint. Aber die Regierung, glauben heute viele frühere Rebellen, habe ihren Teil der Absprachen nur so lange eingehalten, bis die Farc pleite und entwaffnet war.

Eine Landreform, die den Kernkonflikt des Bürgerkriegs lösen sollte, schafft es seit Monaten nicht auf die Tagesordnung des Kongresses. Noch immer sitzen Tausende Guerilleros in Übergangslagern fest und warten auf die Freigabe versprochener Mittel für Tourismus- und Agrarprojekte. Etwa 50 Ex-Kämpfer sind seit der Unterzeichnung des Abkommens ermordet worden, auch weil der Staat zu wenig unternimmt, um sie zu schützen.

Jesús Santrich, der trotz seiner Erblindung Erzählungen schrieb und Bilder malte, war einer derer, die diese Zustände am schärfsten kritisierten. Im vergangenen Sommer verbrachte er 25 Tage im Hungerstreik, weil trotz des allgemeinen Amnestieversprechens noch immer Hunderte Farc-Mitglieder im Gefängnis sitzen. Jetzt hungert Santrich wieder. Er werde eher sterben, als sich in die USA ausliefern lassen, teilte er aus seiner Zelle mit.

Die »eindeutigen Beweise«, von denen der Präsident sprach, kennt Santrichs Anwalt Jhon Espinoza vor allem aus den Medien. Einige große Zeitungen haben im Internet eine Videosequenz gepostet, in der Santrich angeblich mit Mittelsmännern des Sinaloa-Kartells zu sehen ist. Es gibt einen Telefonmitschnitt, in dem Santrich sich für ein paar Fernseher bedankt, angeblich das Codewort für die Drogen. Dazu wurde eine Zeichnung aus seiner Feder präsentiert, die einem Mann gewidmet war, den die US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA auf ihrer Most-wanted-Liste führt.

»Es sind aus dem Zusammenhang gerissene Puzzleteile«, sagt Espinoza. »Sie erklären nichts, aber sie ergeben einen guten Plot.« Es leuchtet ihm nicht ein, wie ein blinder Mann, der rund um die Uhr von



## DAS IST KARLHEINZ

Karlheinz ist ein richtiger Deutscher. Und er ist verdammt wütend.



## DAS IST HASNAIN

Hasnain ist auch ein richtiger Deutscher, SPIEGEL-Journalist und bläst Karlheinz den Marsch.

## DAS IST IHR SCHLAGABTAUSCH



272 S. | € 10,00 (D) | € 10,30 (A) | CHF 13,90 (empf. VK-Preis)

Polizisten bewacht wird, unbemerkt zehn Tonnen Kokain verschieben sollte.

»Wo ist das Geld?«, fragt er. »Wo ist die Flugzeugflotte, die die Drogen in die USA bringen sollte? Warum wartete die DEA nicht darauf, Santrich in flagranti zu erwischen, wie sie es sonst tun würde?«

Es ist ein rätselhafter, undurchsichtiger Fall. Die Leute, die mit ihm das Haus teilen, erklären, dass Santrich mit den Jahren, in denen sein Augenlicht langsam erlosch, eine große Sehnsucht nach der Stadt entwickelt habe. Der Frieden erschien ihm weniger beschwerlich als der Dschungel. Sie verstehen nicht, warum er das leichtfertig aufs Spiel setzen sollte.

An einem Abend, an dem Pérez eine Hausaufgabe über Schweinezucht in sein Handy tippt, hocken sie um einen Tisch im Wohnzimmer. Mario, Santrichs Cousin, der während des Kriegs als verdeckter Informant im Militär war. Félix, Santrichs einstiger Fahrer, der dieser Tage zum ersten Mal seit Jahren seine Tochter traf. Daniel, ein erschöpft aussehender Chilene, der in Mexiko für die Zapatisten kämpfte, ehe er sich der Farc anschloss. An den Wänden hängen Bilder von Mao und Lenin. In einem Regal liegen Schach- und Kartenspiele. Es ist ein bisschen wie in einer Kreuzberger WG der Siebzigerjahre. Sie rauchen und zerbrechen sich die Köpfe.

»Wenn es jetzt schon Santrich trifft«, sagt Mario, »dann kann es jeden von uns treffen. In jedem Augenblick.«

»Und Duque ist noch nicht mal Präsident«, sagt Daniel.

Dann schalten sie den Fernseher ein.

Auf einem Kanal läuft ein Interview mit Iván Márquez, dem Vorsitzenden der Farc-Partei. Seit Santrichs Haft hat Márquez sich in ein Übergangscamp am Rand des Dschungels zurückgezogen. Es ist ein Ort, an dem er sich sicher fühlt. Márquez sitzt am Ufer eines Bachs. Er trägt erdverkrustete Stiefel. Mit ruhiger Stimme kündigt er an, sein Mandat als Abgeordneter nicht anzutreten, weil er nicht wolle, dass man ihn als Kriminellen im Parlament begrüße.

»Wenn nichts geschieht«, sagt Márquez, »dann ist dieser Friedensprozess tot.«

Um den Tisch ist es nun still.

Pérez nickt. Aber sie fragen sich, worauf Márquez hinauswill, denn anders als eine Kreuzberger Kommune ticken sie noch immer wie Soldaten, die auf Befehle warten.

Ein paar Tage später lässt sich der französische Diplomat Jean Arnault am anderen Ende der Stadt lächelnd auf ein Sofa fallen. Arnault, ein weißhaariger, weltgewandter Mann, leitet die Uno-Mission, die die Umsetzung des Friedensabkommens überwachen soll. Vieles von dem, was die Farc-Vertreter bemängeln, findet sich auch in seinen Berichten. Arnault versteht die Unzufriedenheit, aber er ist kein Mensch, der sich von Emotionen leiten lässt.

»Das Problem war, dass das Abkommen zu spät in Kraft trat«, sagt er. »Dem Präsidenten blieb zu wenig Zeit, es umzusetzen.«

Je näher das Ende von Santos' Amtszeit rückt, desto mehr entgleitet ihm die Kontrolle. Viele Abgeordnete, die jedes Kapitel des Vertrags in Gesetze umwandeln müssen, wenden sich von ihm ab. Santos' Friedensbemühungen, sein Nobelpreis, das alles wirkt nun wie ein ansteckendes Gift.

Arnault runzelt die Stirn.

»Möglich«, sagt er, »dass die Farc erst jetzt begreift, dass sie den Frieden nicht mit einem Mann geschlossen hat, sondern mit einem Staat, dessen Institutionen ein gewisses Eigenleben führen.«

Während Santos ein letztes Mal durch die Welt reist und versucht, Zweifel an dem Friedensabkommen zu zerstreuen, fragen sich in Kolumbien viele, ob man einen Nobelpreis eigentlich auch wieder aberkennen kann. Und was es bedeutet, wenn Santos' Nachfolger ein Friedensgegner ist.

Es gibt jetzt so viele Fragen: Warum sollte ein Parlament, in dem die Vertreter der Großgrundbesitzer bald wieder die Mehrheit stellen, jemals eine Landreform verabschieden? Welcher Richter wird sich künftig für die Freilassung von Farc-Häftlingen einsetzen? Wo zieht einer wie Márquez die rote Linie; was könnte die Farc dazu veranlassen, ihre Mitglieder wieder in die Wälder zu beordern?

In den Gebieten, aus denen sich die Farc zurückgezogen hat, wird inzwischen so viel Koka angebaut wie nie zuvor. Andere bewaffnete Gruppen wie die ELN stoßen in das Vakuum vor. Gleichzeitig lösen sich die alten Farc-Strukturen langsam auf. Leute wie Pérez treiben ziellos durch die Städte. Márquez hockt in seinem Dschungelcamp. Santrich hungert. Und Rodrigo Londoño, der eine Weile sogar davon träumte, als Präsident zu kandidieren, erholt sich von einer Herz-OP.

Spätnachts, an ihrem WG-Tisch, kommt es Pérez und seinen Mitbewohnern manchmal so vor, als wäre dieser Frieden eine Falle. Als wäre er nur eine andere, smartere Strategie, um sie zu besiegen.

Santos, sagen sie jetzt, war doch früher mal Uribes Verteidigungsminister.

Dann wird Santrich Ende April plötzlich in ein Krankenhaus verlegt. Nach knapp drei Wochen Hungerstreik droht er zu kollabieren. Innerhalb weniger Minuten verwandeln Sicherheitskräfte die Klinik El Tunal in eine Festung. Alle Fahrzeuge werden gründlich durchsucht. Polizisten durchwühlen die Ladeflächen von Wäschereiwagen. Selbst Ambulanzen, die das Gelände verlassen, werden gefilzt.

Es gibt kein treffenderes Bild für diesen sonderbaren Frieden. Marian Blasberg



# Sport

»Infantino ist gerissen. Er weiß, wie er seine Ziele erreichen kann.« ► S. 95

**Deutsche Trainer und ihre Teams** im Finale der Champions League (ab 1993) und des Europapokals der Landesmeister (bis 1992)



**Jürgen Klopp**

2017/2018  
**FC Liverpool**  
Real Madrid

2012/2013  
**Borussia Dortmund**  
Bayern München  
1:2



**Jupp Heynckes**

2012/2013  
**Bayern München**  
Borussia Dortmund  
2:1

2011/2012  
**Bayern München**  
FC Chelsea  
3:4 n. E.

1997/1998  
**Real Madrid**  
Juventus Turin  
1:0



**Klaus Toppmöller**

2001/2002  
**Bayer Leverkusen**  
Real Madrid  
1:2



**Ottmar Hitzfeld**

2000/2001  
**Bayern München**  
FC Valencia  
5:4 n. E.

1998/1999  
**Bayern München**  
Manchester United  
1:2

1996/1997  
**Borussia Dortmund**  
Juventus Turin  
3:1



**Udo Lattek**

1986/1987  
**Bayern München**  
FC Porto  
1:2

1976/1977  
**Borussia Mönchengladbach**  
FC Liverpool  
1:3

1973/1974  
**Bayern München**  
Atlético Madrid  
4:0



**Dettmar Cramer**

1975/1976  
**Bayern München**  
AS Saint-Étienne  
1:0

1974/1975  
**Bayern München**  
Leeds United  
2:0



**Paul Oßwald**

1959/1960  
**Eintracht Frankfurt**  
Real Madrid  
3:7

DER SPIEGEL

IMAGO SPORT (5); FRANKHOERMANN, SVEN SIMON, RUPPENHALL / DPA PICTURE-ALLIANCE

**Jürgen Klopp ist der siebte deutsche Trainer**, der im Endspiel des wichtigsten Europapokals für Vereinsmannschaften steht. Gewonnen haben die Champions League – und ihren Vorgängerswettbewerb, den Europapokal der Landesmeister – erst vier deutsche Übungsleiter. Jupp Heynckes, Ottmar Hitzfeld und

Dettmar Cramer zählen zum illustren Zirkel von Trainern, die zweimal siegten. Sie werden nur übertroffen von Bob Paisley und von Carlo Ancelotti. Der Engländer triumphierte dreimal mit Liverpool, der Italiener gewann die Champions League mit Real Madrid und zweimal mit dem AC Mailand.

Magische Momente

## »Angst hat mich verfolgt«

Ex-Liverpool-Profi Alan Kennedy, 63, über sein Siegtor im Europapokal



**SPIEGEL:** Am 27. Mai 1981 erzielten Sie in der 81. Minute den Treffer zum 1:0-Finalsieg im Europapokal der Landesmeister gegen Real Madrid. Denken Sie noch oft daran zurück?

**Kennedy:** Nach dem Finaleinzug Liverpools vor ein paar Wochen kam alles wieder hoch. Mein Treffer, der Jubel, alles sehr intensiv. Es war unser dritter Landesmeister-Pokal. Wir haben damals mit Liverpool eine Ära geprägt, wir waren das, was Real Madrid heute ist.

**SPIEGEL:** Nach dem Spiel waren Sie eine Legende. Dabei war Ihr Start nicht einfach. In der Halbzeitpause Ihres ersten Ligaspiels 1978 sagte Ihr Trainer Bob Paisley: »Ich glaube, sie haben den falschen Kennedy erschossen!«

**Kennedy:** Als ich geholt wurde, waren die anderen Spieler schon Legenden, ich nur ein junger Spieler von Newcastle

United. Ich hatte eine Riesenangst vor den Jungs. Ich dachte, das schaffst du nie. Diese Angst hat mich meine gesamte Karriere hindurch verfolgt. Ich dachte oft: Du bist einfach nicht gut genug.

**SPIEGEL:** Dann wurden Sie Meister, Pokalsieger und haben 251 Ligaspiele für den Verein absolviert.

**Kennedy:** Das stimmt. Diese Angst, zu versagen, hat mich sicher besser gemacht. So konnte ich das Beste aus mir herausholen: das Tor gegen Real.



**Kennedy (r.) 1981 in Paris**

**SPIEGEL:** Bob Paisley war legendär wie die Mannschaft. Kann Jürgen Klopp ein ähnlich bedeutender Trainer werden?

**Kennedy:** Klopp ist genauso direkt. Ich liebe sein Charisma. Die Spieler verstehen ihn sofort, und die Fans lieben ihn. Er bringt Liverpool auf ein neues Level, mit ihm können wir vielleicht wieder das beste Team der Welt werden.

**SPIEGEL:** Trotzdem ist Real Madrid am Samstag in Kiew im Champions-League-Finale gegen Ihren Ex-Klub Favorit. Also genau andersherum als 1981?

**Kennedy:** Sie sind das erfahrenere Team. Wir sind die »new kids on the block«, wie man in England sagt.

**SPIEGEL:** Werden Sie in Kiew im Stadion dabei sein?

**Kennedy:** Ich muss mich entscheiden: Das Fernsehen hat mich als Experten angefragt. Aber wenn ich da bin, dann nicht auf der Ehrentribüne. Tickets bekommen nur die Ehemaligen, die heute für den Klub arbeiten. Ich finde es eh viel schöner zwischen den Fans in der Kurve, das mache ich häufiger. Mal sehen, ob ich ein paar von uns alten Recken dort wiedertreffe. JDO

# Am Boden

**Turnen** Ein prominenter US-Arzt missbraucht Hunderte Sportlerinnen. Jahrzehntlang, ungehindert. Jetzt sitzt er in Haft, lebenslang. Seine Opfer sollen mit einer halben Milliarde Dollar entschädigt werden. Doch der Kampf hat für sie erst begonnen. *Von Antje Windmann*

Ihr Turnanzug glitzert. Er ist dem amerikanischen Sternenbanner nachempfunden. Jordyn Wieber holt tief Luft. Sie steht in einer Ecke der Wettkampffläche, jeder Muskel angespannt. Die Musik ertönt, fanfarengleich. Die 17-jährige Favoritin streckt sich, nimmt Anlauf. Es sind die Olympischen Spiele 2012 in London. Ihr größter Traum ist wahr geworden.

Jordyn Wieber ist bekannt für ihre kraftvolle Präzision. Sie wirbelt durch die Luft, post, tanzt – aber sie patzt. Immer wieder verliert sie die Balance, wenn sie nach Sprüngen landet. Als ihre Kür endet, hält sie mit Mühe die Tränen zurück.

Zu diesem Zeitpunkt ahnt noch niemand, was mit ihr los ist.

Fast sechs Jahre später sind wieder alle Kameras auf Jordyn Wieber gerichtet. Dieses Mal steht die weltberühmte Kunstturnerin in einem Gerichtssaal im US-Bundesstaat Michigan. Sie trägt einen hellen Blazer, ein schwarzes Shirt, eine feine Kette. Sie tritt vor ein Mikrofon, buchstabiert ihren Namen, die Stimme bebzt. Dann beginnt sie: »Ich dachte, dass das Training für die Olympischen Spiele das Härteste gewesen sei, was ich jemals tun müssen; aber das Härteste, was ich jemals tun musste, ist zu verarbeiten, dass ich ein Opfer von Larry Nassar bin.«

Mit diesem Satz macht Jordyn Wieber erstmals öffentlich, dass auch sie von dem Teamarzt der amerikanischen Nationalmannschaft im Turnen missbraucht wurde. Jahrelang. Wie Hunderte andere Sportlerinnen.

Sie spricht sechs Minuten lang, weint. Sie berichtet, wie der Osteopath ihr Snacks zusteckte, wenn sie hungrig war und Angst hatte, vor ihren Trainern zu essen. Sie schaut zu ihm herüber. »Alles, um mein Vertrauen zu erschleichen.«

Nassar, 54, dunkle Haare, randlose Brille, sitzt zusammengesunken auf einem Stuhl. Er gibt sich als gebrochener Mann, schüttelt immer wieder den Kopf. So, als würde sie lügen. Als würden sie alle lügen.

Dr. Lawrence G. Nassar, genannt Larry. Sein Name steht für den wohl schlimmsten Missbrauchsskandal in der Geschichte des Sports. Über Jahrzehnte hinweg verging er sich an Mädchen und Frauen. In seiner Rolle als Mannschaftsarzt der US-Turne-

rinnen und als Mediziner an der Michigan State University (MSU).

Im Zuge des weltweit beachteten Prozesses hatte die Richterin seinen Opfern ermöglicht, von ihrem Leid und ihrer Ohnmacht zu berichten. Psychologen halten dies für wichtig, um das Geschehene zu verarbeiten. Mehr als 150 Frauen nahmen das Angebot an.

Als Erste sprach eine junge Frau, deren Eltern mit Nassar befreundet waren. Sie war sechs Jahre alt, als der Missbrauch begann. Als sie ihren Eltern verwirrt davon erzählte, glaubten die ihr nicht. Ihr Vater ist inzwischen tot. Er hat sich umgebracht.

Eine andere Frau war 13, als Nassar sich an ihr verging. Er nannte sie »Sweetie«,



**Olympionikin Wieber in London 2012**

Jeder Sprung pure Folter

schlug ihr auf den Po und sagte: Wenn du deine Tage hast, sag mir vorher Bescheid.

Als Letzte kam Rachael Denhollander, 33, zu Wort, eine dreifache Mutter aus Kentucky. Für viele Amerikaner ist die ehemalige Turnerin zu einer Heldin geworden. Sie hatte Nassars Taten im Herbst 2016 öffentlich gemacht, kurz danach wurde er verhaftet.

Am Ende des Gerichtsverfahrens im Januar 2018 wurde Nassar, der sich nur in wenigen Fällen schuldig bekannte, zu bis zu 175 Jahren Haft verurteilt. Die Richterin wollte mit diesem Strafmaß sicherstellen, dass er unter keinen Umständen wieder freikommt. Nicht mal ihre Hunde würde sie ihm anvertrauen, sagte sie.

Das Urteil ist gesprochen. Abgeschlossen ist der Fall aber noch lange nicht. Im

Gegenteil. Inzwischen beschäftigt er sogar das US-Parlament. Vergangenen Mittwoch mussten Funktionäre vom amerikanischen Turnverband USA Gymnastics (USAG) und vom amerikanischen Olympischen Komitee (USOC) vor dem Repräsentantenhaus aussagen. Eine Untersuchungskommission will unter anderem herausfinden, wer wann wo und wie versagt hat. Wiederholt hatten Opfer berichtet, dass sie Nassars Verhalten gegenüber den Sportverbänden, der MSU oder der Polizei angezeigt hatten. Zum Teil schon vor vielen Jahren. Ohne dass jemals etwas geschah.

Wie so viele Betroffene findet Jordyn Wieber deshalb keine Ruhe. Rund zwei Monate nach ihrer Aussage vor Gericht sitzt sie an einem dunklen Holztisch in der University of California von Los Angeles. Große Fenster geben den Blick auf die darunterliegende Turnhalle frei. Jordyn Wieber unterstützt dort das Training der Uni-Athletinnen.

Die heute 22-Jährige hat ihre Arme verschränkt, ihr Blick ist ernst. Sie hasst es, immer wieder über das Erlebte zu sprechen. Dennoch hat sie einem Treffen mit dem SPIEGEL zugestimmt. Sie muss weitermachen, denn sie ist noch lange nicht an ihrem Ziel.

Kurz vor dem Termin wurde Nassars ehemaliger Chef von der Universität Michigan verhaftet. Der Leiter der osteopathischen Fakultät war einer derjenigen, die Nassar gedeckt haben sollen. Studentinnen beschuldigen den Dekan der sexuellen Belästigung, was er bestreitet. Die Ermittler fanden jedoch belastende Bilder auf seinem Computer.

»Mich überrascht nichts mehr«, sagt Jordyn Wieber. »Larry ist nur ein kleiner Teil des Problems. Viele Leute in vielen Organisationen haben uns nicht beschützt – wider besseres Wissen.«

Wie einige ihrer Turnkolleginnen hat auch sie deshalb die MSU und die Sportverbände USAG und USOC verklagt. Sie will zudem erreichen, dass deren Kulturen, Strukturen und Prozesse durchleuchtet werden. Sie zeigt dabei denselben Kampfeswillen, der sie bis zu Olympia gebracht hat. »Sonst können Eltern ihre Kinder nie wieder mit gutem Gefühl zum Turnen schicken.«

Jordyn Wieber stand erstmals im Alter von vier Jahren in einer Turnhalle. Schon



G. L. ASKEW II / DER SPIEGEL

**Ehemalige Turnerin Wieber:** »Viele Leute haben uns nicht beschützt – wider besseres Wissen«

damals sei sie »ein kleiner Muskelball« gewesen, erzählt sie. Sie sah, was die Mädchen machten, und wollte es auch können. »Ich war wie besessen.« Drei Jahre später turnte sie erste Wettkämpfe, bereits mit zehn zählte sie zur Elite. Ein Ausnahmetalent. Ein »Hot shot«, sagt sie. Es ist das einzige Mal, dass sie ein Lächeln andeutet.

30 Stunden pro Woche verbrachte sie in der Turnhalle. »Sie war mein Zuhause«, sagt sie. Für die Schule lernte sie abends.

Als sie 14 Jahre alt ist, reißt ihr ein Muskel im Oberschenkel. »Das war mit Abstand die schlimmste Verletzung, die ich je hatte«, sagt sie. Sie bekommt einen Termin bei Nassar. Er hatte schon ihre Schleimbeutelentzündung im Ellenbogen behandelt. »Ich mochte ihn, er war immer hilfsbereit, der gute Kerl in der strengen Turnwelt«, sagt sie.

Doch als er sie dieses Mal behandelt, ist alles anders. Jordyn Wieber beginnt, auf ihrer Lippe zu kauen. Sie habe sich gekrümmt, so unangenehm sei es gewesen. »Aber ich dachte, da muss ich jetzt durch, damit die Schmerzen besser werden.«

Was er mit ihr gemacht hat, sagt sie nicht. Nur dies: »Die Prozedur, die inzwischen jeder kennt.«

Unter dem Vorwand, er würde ihren Beckenboden behandeln, ihre Hüften justieren oder ihre Muskulatur lockern, penetrierte Nassar seine Opfer vaginal und anal. Mit den Fingern, ohne Handschuhe.

»Er war der Arzt des Olympiateams. Er galt als Wunderheiler«, sagt Jordyn Wieber. Und dann leiser: »Ich war 14. Ich wusste das alles nicht besser.«

Sie habe danach ihre Teamkameradinnen gefragt, ob er das bei ihnen auch mache. Antwort: Ja, das macht er bei uns auch. »Ich dachte, okay, dann muss das wohl so sein.«

Noch entscheidender war aber: Bei vielen Behandlungen war ihre Mutter oder ihr Vater anwesend. Nassar platzierte sie auf einem Stuhl, von dem aus sie nur einen bestimmten Teil der Behandlungsbank sehen konnten.

Es war eine perfide Manipulation Nassars, um jeden Zweifel bei seinen jungen Patientinnen zu ersticken, dass er etwas Unerlaubtes tue. Schließlich konnten die Eltern alles sehen. Glaubten die Mädchen zumindest.

Rachael Denhollander war 15, als sie das erste Mal das Behandlungszimmer von Nassar betrat. 18 Jahre liegt dieser Tag zurück. Sie erinnert sich, wie beeindruckt sie war. Überall an den Wänden hingen Fotos, die den Mediziner mit berühmten Turnerinnen zeigten. »Ich fühlte mich privilegiert, einen so guten Arzt zu sehen.«

Rachael Denhollander litt an extremen Schmerzen im Lendenwirbelbereich. Im Gegensatz zu Jordyn Wieber war sie kein Toptalent, nur ein junges Mädchen aus

Kalamazoo, Michigan, das Turnen liebte. Das Training verdiente sie sich mit Babysitten.

Nassar sei sehr freundlich gewesen, habe sich erkundigt, auf welche Schule sie gehe, was sie sonst noch so mache. Dann habe er sie zu ihren Schmerzen befragt und mit der »Prozedur« begonnen.

»Es war so erniedrigend«, sagt sie. »In meinem Kopf haben sich die Gedanken überschlagen.« Es sind dieselben wie bei Jordyn Wieber: Er ist so ein berühmter Arzt, meine Mutter war doch dabei. Im Auto, auf dem Weg nach Hause, spricht sie kein Wort.

Rachael Denhollander sitzt in einem Café in Louisville, Kentucky, wo sie mittlerweile lebt. Sie ist zart, elfenhaft, ihre langen Haare hat sie zu einem Zopf geflochten. Unter dem hellen Mantel wölbt sich ihr Bauch. Sie erwartet ihr viertes Kind.

Eigentlich sollte sie sich schonen, aber sie ist noch immer im Auge des Hurrikans, des Sturmes, den sie am Morgen des 4. August 2016 in ihrer Küche entfacht hat.

Sie hatte gerade ihren Computer hochgefahren, als am Rand des Bildschirms ein Artikel geteasert wurde. Der »Indianapolis Star« berichtete, dass der amerikanische Turnverband Klagen über missbräuchliche Trainer ignoriert habe. Der Name Nassar wurde an keiner Stelle erwähnt. »Für mich war in dem Moment klar: Das ist meine Chance«, sagt Rachael Denhollander, »die Chance, ihn endlich zu stoppen.«

Sofort schreibt sie eine E-Mail an die Journalisten: »Ich weiß nicht, ob Sie das interessiert, aber ich wurde vom Teamarzt missbraucht. Ich habe das meiner Trainerin offenbart, Jahre später. Aber sie riet mir zu schweigen, ich würde sonst Probleme bekommen. Ich bin nicht zur Polizei

gegangen. Ich war mir sicher, niemand würde mir glauben. Wenn es Ihrer Berichterstattung hilft, bin ich bereit, öffentlich über alles zu sprechen.«

Für einen Moment sitzt Rachael Denhollander gedankenverloren in dem Café. Sie kämpft mit den Tränen. Sie habe sich damals ihrer Trainerin offenbart, weil sie mitbekommen hatte, dass diese ein siebenjähriges Mädchen zu Nassar schicken wollte. Die Kleine hatte Sichelfüße. »Ich habe gehofft, dass sie es nicht tun würde, wenn ich ihr von mir erzähle.« Sie schüttelt den Kopf. Kurz danach zog die Familie des Mädchens weg.

Um 10.32 Uhr an jenem Augustmorgen drückt sie auf »senden«. Nicht ahnend, dass diese E-Mail ihr ganzes Leben verändern würde.

Zwei Wochen lang geschieht nichts, dann meldet sich einer der Reporter bei ihr. Sie sei nicht die Einzige, die sich gemeldet und den Namen Nassar genannt habe. Außer ihr sei aber niemand bereit, offen über das Erlebte zu sprechen.

Sie trifft sich mit den Journalisten, findet heraus, dass sie Nassar wider Erwarten doch noch anzeigen kann.

Rachael Denhollander geht zur Polizei. Sie schildert einer Beamtin, was Nassar mit ihr gemacht hat, oft 20 Minuten lang, und wie er sie dabei leise fragte: »Tue ich dir weh, Rach?«

Sie hat eine Vielzahl von Dokumenten mitgebracht, darunter ihre Arztberichte von damals und Aussagen von Experten, die bestätigen, dass es in der Osteopathie tatsächlich ein Verfahren gibt, den Beckenboden durch eine »vaginale und anorektale manuelle Therapie« zu stärken. Nassars Vorgehen dagegen halten sie für alles Mögliche – nur nicht für medizinisch angemessen.



PAUL SANCYA / PICTURE ALLIANCE

Ehemaliger Teamarzt Nassar: Perfide Manipulation

Nassar war seit 1996 der Arzt des Nationalteams. Auf die Frage, was ihn am Turnen fasziniere, antwortete er einmal: »Es war der Sport, der mir am härtesten erschien. Ich dachte: Wow, diese Kinder sind erstaunlich. Und sie beklagen sich über nichts.«

Am 12. September 2016 erscheint Rachael Denhollanders Geschichte im »Indianapolis Star«. Darin kommt auch eine weitere Athletin zu Wort, anonym. Sie identifiziert sich später selbst: Es ist Jamie Dantzscher, sie erturnte mit dem US-Team 2000 eine Bronzemedaille.

Der Artikel wird landesweit auf allen Kanälen zitiert. So erfährt auch Jordyn Wieber in Kalifornien davon. »Mein erster Gedanke war: Das kann nicht sein. Ich habe es sofort verdrängt«, erinnert sie sich. »Beim Turnen wirst du darauf getrimmt, deine Gefühle und Ablenkungen zu ignorieren. Es war also leicht für mich, es erst mal in eine Box zu packen, Deckel drauf, funktionieren, fertig.« Nachfragen ihrer Eltern, egal wie einfühlsam sie formuliert sind, verbittet sie sich.

Erst nach und nach habe sie den Gedanken zugelassen, dass auch sie jahrelang missbraucht wurde. Wie eine Rüstung schließt Jordyn Wieber ihre Arme nun um ihren Oberkörper. »Mein Ding ist: Ich will nicht als schwach angesehen werden«, sagt sie. »Ich bin kein Opfer, ich bin eine Olympionikin.« Als sei es ein notwendiger Beweis, zeigt sie die Innenseite ihres linken Handgelenks, ihr Tattoo. Es sind die olympischen Ringe.

Über Monate habe sie alles erst mal für sich verarbeiten müssen, sagt sie. Ihrer Mutter und ihrem Freund habe sie sich geöffnet, als immer mehr Frauen an die Öffentlichkeit gingen – und damit etwas bewirkten.

Olympiateilnehmerin Simone Biles etwa hatte über Twitter publik gemacht, dass auch sie eine »Überlebende« von Nassar sei. Und wie schlimm es sei, auf die Trainingsranch in Texas zurückkehren zu müssen, wo der Missbrauch so oft stattgefunden habe. Weit weg von den Eltern, wo er, Nassar, Zutritt zu den Schlafräumen der Mädchen hatte. Jederzeit.

Biles gewann 2016 bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro vier Goldmedaillen. Nach ihrem Post entschied der Turnverband, die Ranch nicht mehr als nationales Trainingszentrum zu nutzen.

Betrieben wurde die Einrichtung jahrelang von dem rumänischstämmigen Trainerehepaar Bela und Marta Karolyi. Die Karolyis waren bekannt für ihr hartes Regime, aber: Es brachte Medaillen. Dafür hatten die Amerikaner sie Ende der Achtzigerjahre angeheuert.

Nassar praktizierte auf der Ranch, obwohl er keine Lizenz hatte, in Texas als Arzt zu arbeiten. Genauso wenig wie für



JACOB ROBERTS / DER SPIEGEL

**Missbrauchsoffer Denhollander:** »Tue ich dir weh, Rach?«

die spezielle Behandlungsmethode des Beckenbodens, für die er sich gern als Experte ausgab.

»Und das ist niemandem aufgefallen?«, fragt Rachael Denhollander ungläubig.

Für seine Forschung wurde Nassar sogar vom USOC gefördert.

Als Polizisten Nassars Müll durchsuchen, finden sie eine Festplatte mit 37 000 Bildern und Videos. Kinderpornografie.

Nachdem Nassars Chef den Artikel über Rachael Denhollander gelesen hat, feixt er in einer E-Mail: »Das war die Kirse auf meinem Kuchen heute Morgen.« Und zuvor: »Viel Glück, Larry. Ich bin auf deiner Seite.«

Der Jurist John Manly ist auf der Seite von Missbrauchsoffern, seit mehr als 20 Jahren. Seine Kanzlei liegt in einem gläsernen Bürokomplex in Irvine, Kalifornien. Er vertritt 181 Nassar-Opfer, darunter auch Denhollander und Wieber. Das Be-

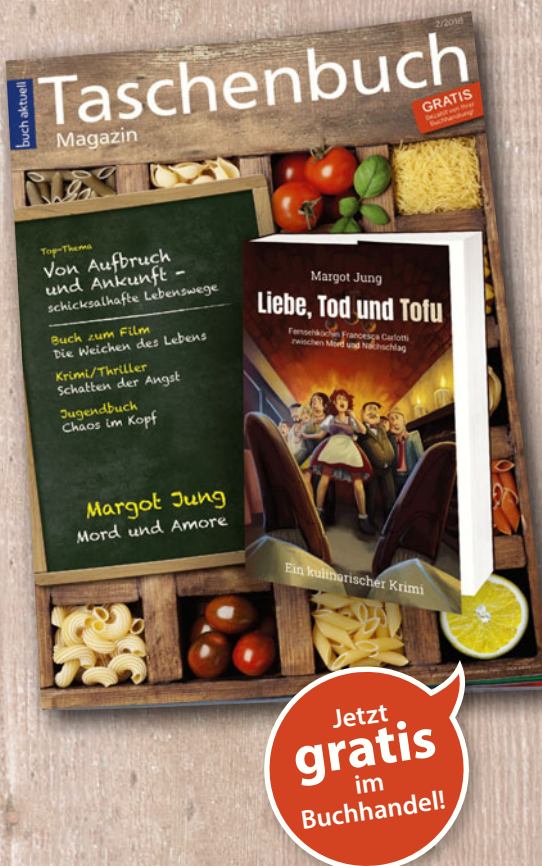
sondere an diesem Fall, sagt Manly, sei nicht nur die Anzahl der Opfer, sondern auch die renommierten Institutionen, die darin verwickelt seien.

»Zwischen 1997 und 2014 haben sich 14 Frauen bei Nassars Arbeitgeber, der Universität Michigan, über ihn beschwert. Darüber hinaus gab es drei Anzeigen bei der Polizei. Und nichts ist passiert.« Manly macht eine Pause. »Bleibt die Frage: Ist das Inkompetenz, Vernachlässigung oder schlimmer?« Er zieht die Augenbrauen hoch. »Ich glaube, es ist viel schlimmer. Ich glaube, es gab massive Bemühungen, das zu vertuschen.«

Drei seiner Klientinnen, die hochdekorierten Turnerinnen Maggie Nichols, Aly Raisman und McKayla Maroney, hätten Nassar bereits 2015 beim amerikanischen Turnverband angezeigt, der wiederum das USOC verständigte.

»Meinen Klientinnen wurde 13 Monate lang versichert, man habe das FBI einge-

## Fragen Sie Ihren Buchhändler nach der neuen Ausgabe!



### Von Aufbruch und Ankunft – schicksalhafte Lebenswege:

Unter diesem Motto präsentieren wir Ihnen in der Sommerausgabe des Taschenbuch-Magazins bewegende Romane über kräftezehrende Momente, eigenartige Zufälle und mutige Neuanfänge. Darüber hinaus gibt es eine Auswahl aktueller Gegenwartsromane, packende Krimis/Thriller und Buchtipps für Kinder und Jugendliche.

Das buch aktuell Taschenbuch-Magazin erscheint in der Harenberg Kommunikation Verlags- und Medien GmbH & Co. KG, Königswall 21, 44137 Dortmund.

**buch aktuell**  
KUNDEN MAGAZINE

[www.buchaktuell.de](http://www.buchaktuell.de)

schaltet. Doch niemand hat sich bei ihnen gemeldet«, sagt er. »Ernsthaft? Das FBI ermittelt nicht bei Kindesmissbrauch? Das kenne ich eigentlich anders.«

Manly war beim Militärgeheimdienst. Das FBI infrage zu stellen fällt ihm sichtlich schwer. »Bis heute haben auch keine Durchsuchungen bei USAG oder dem USOC stattgefunden. Der Rechtsausschuss sollte das FBI auf den Kopf stellen und herausfinden, was da passiert ist«, fordert er.

Auf SPIEGEL-Anfrage teilte das FBI mit: »Wir überprüfen derzeit unsere Rolle bei den Ermittlungen gegen Herrn Nassar. Mehr können wir dazu nicht sagen, da dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist.«

Für Manly gibt es nur eine Erklärung: dass da viele mächtige Kräfte am Werk gewesen sein müssen. »Mag sein, dass es um die bevorstehenden Olympischen Spiele ging. Ich glaube: Niemand wollte die Bewerbung von Los Angeles für die Sommer-spiele gefährden.«

Die Stadt hat den Zuschlag für 2028 bekommen – kurz bevor der Missbrauchskandal weltweit Schlagzeilen machte.

Neben der MSU-Präsidentin sind inzwischen auch die USAG-Führungsriege und der USOC-Chef zurückgetreten. Aber Manly gehen diese persönlichen Konsequenzen nicht weit genug. »Diese Verbände sollte man in die Luft jagen und neu aufstellen«, sagt der Anwalt.

In der Vergangenheit seien 54 USAG-Trainern sexuelle Verfehlungen vorgeworfen worden, zitiert Manly einen Zeitungsbericht. »Einer von denen wurde siebenmal versetzt«, sagt er. Der Verband habe keinen dieser Trainer der Polizei gemeldet.

USAG verteidigt sich mit internen Regeln. Vorwürfen gegenüber Trainern musste demnach nur nachgegangen werden, wenn diese direkt vom Kind oder von den Eltern kamen. Steve Penny, der ehemalige Verbandschef, sagt, man wollte »keine Hexenjagden«.

Das USOC versteckte sich bislang hinter dem Turnverband. In der Anhörung am vergangenen Mittwoch gestand die jetzige Präsidentin zumindest ein: »Die olympische Gemeinschaft hat versagt. Es wäre unsere Aufgabe gewesen, die Athletinnen zu beschützen.«

Auch die Universität Michigan wollte sich lange Zeit aus der Verantwortung stehlen. Ihre Argumentation: Als öffentliche Organisation könne sie sich auf Immunität berufen. »Vergiss mal einer die ganze Juristerei«, donnert Manly. »Was ist mit ihrer moralischen Verantwortung?« In vielen US-Staaten ist es schon strafbar, den Verdacht des Kindesmissbrauchs nicht zu melden.

Obwohl die Universität den Vorwurf der Vertuschung bestreitet, hat sie vergangene Woche zugestimmt, 332 Nassar-Opfern insgesamt 500 Millionen Dollar Ent-

schädigung zu zahlen. Manly nennt es einen »historischen Sieg«. Doch Geld heilt keine Wunden.

Jordyn Wieber steht in Los Angeles nun in der Turnhalle, die mit ihren vielen Geräten einer gigantischen Werkstatt gleicht. Die Luft ist trocken, überall stehen Eimer mit Talkum.

Sie sei nun in Therapie, sagt sie. An manchen Tagen fühle sie sich wie erschlagen. »Es ist hart, es ist ein Prozess«, sagt sie. »Ich will das Pflaster nicht auf einmal abreißen. Nachher bekomme ich all diese Probleme.« Viele Opfer berichteten vor Gericht von Depressionen, Essstörungen und selbstverletzendem Verhalten.

Schwer zu ertragen sei für sie auch die Wut auf sich selbst, sagt Jordyn Wieber, dass sie nicht verstanden habe, was da mit ihr passiert sei. »Aber selbst wenn, ob ich was gesagt hätte?« Sie zuckt mit den Achseln. »Ich glaube, nicht. Wir waren wie Roboter in einem System. Jeder Gedanke, jede Bewegung wurde uns diktiert. Hätte ich was gesagt, hätte ich mir meine Chance aufs olympische Team verbaut.« Auch in dieser Hinsicht waren die Mädchen für Nassar leichte Opfer.

In London, 2012, gewann Jordyn Wieber am Ende nur Teamgold. »Was hätte ich erreicht, wenn ich tatsächlich behandelt worden wäre?« Diese Frage bohrt bis heute in ihr. Noch am Tag ihrer Bodenkür wurde bekannt, dass ihr rechtes Schienbein gebrochen war. Jeder Sprung war für sie pure Folter.

Jordyn Wieber turnt nicht mehr. Sie hat Psychologie studiert. »Zu verstehen, wie das Gehirn arbeitet, hilft mir zu rationalisieren, dass er krank ist«, sagt sie.

Im Zuge der Aufarbeitung des Skandals war sie vor Kurzem in Washington eingeladen, hat ihre Geschichte einem Ausschuss des US-Senats erzählt. Weder der Turnverband noch das USOC, behauptet sie, hätten sich je bei ihr gemeldet und gefragt, wie es ihr gehe.

Rachael Denhollander ist Anwältin geworden. Sie war neulich für eine Anhörung im Parlament von Michigan. Sie kämpft für Gesetzesänderungen: Das Zeitfenster für Klagen gegen Institutionen, die sexuellen Missbrauch begünstigt haben, beträgt in Michigan nur drei Jahre. Zudem können sich Bildungseinrichtungen in diesen Fällen nach geltendem Recht tatsächlich auf Immunität berufen.

»Am Ende«, sagt Rachael Denhollander, »reduziert sich alles auf diese Frage: Was ist ein kleines Mädchen wert?«

Video  
**Was die Missbrauchsopfer sagen**

[spiegel.de/sp222018missbrauch](https://spiegel.de/sp222018missbrauch)  
oder in der App DER SPIEGEL



# Elf Milliarden Gründe

**Analyse** Die USA möchten mit Partnern die Fußball-WM 2026 ausrichten. Warum sie in Fifa-Präsident Gianni Infantino den größten Unterstützer haben.

**A**ls Gianni Infantino 2016 für das Amt des Fifa-Präsidenten kandidierte, gab er sein Wahlversprechen: mehr Geld für alle. Unter seiner Ägide würden etwa 1,3 Milliarden Dollar pro WM-Zyklus an National- und Kontinentalverbände ausgeschüttet werden; eine knappe Verdreifachung der bis dahin üblichen Zahlungen. Ein überzeugendes Argument, Jurist Infantino gewann.

Nun, etwas mehr als zwei Jahre später, fallen Infantino, 48, die Worte von einst auf die Füße. Rund 700 Millionen Dollar Verlust schrieb der Fußballweltverband in den vergangenen drei Geschäftsjahren, die Reserven schrumpfen. Will Infantino Wort halten, braucht er neue Geldquellen.

Ein wichtiger Termin ist deshalb der 13. Juni in Moskau, wenn der Fifa-Kongress tagt, das höchste Entscheidungsorgan mit Vertretern aller 211 Mitgliedsverbände. Tagesordnungspunkt 13: »Die Wahl des Ausrichters der FIFA-WM 2026«. Ein Kandidat: »United 2026«, eine gemeinsame Initiative Mexikos, Kanadas und der USA. Die Macher versprechen Zuschauer- und Vermarktungsrekorde, stellen der Fifa elf Milliarden Dollar Gewinn in Aussicht. Traumzahlen.

Eine Offerte, die Infantino gelegen kommt. Doch der Sieg der Amerikaner ist unsicher. Der mögliche Spielverderber: Marokko. Das Königreich, einziger Konkurrent von »United 2026«, verheißt ein Sportfest der kurzen Wege, betont seine Liebe zum Fußball, beschwört das vermeintliche Vermächtnis einer solchen Veranstaltung für Afrika. Nur das Plus für die Fifa sei geringer, lediglich fünf Milliarden Dollar blieben am Ende, weniger als die Hälfte also. Dennoch scheinen viele Nationalverbände Marokko zu favorisieren: Die Unterstützung fast aller 53 afrikanischen Länder gilt als sicher, auch aus Teilen Europas und Asiens gibt es Zuspruch.

Fifa-Boss Infantino bringt das in Bedrängnis, Milliarden stehen auf dem Spiel. In Moskau greift ein neues Wahlsystem, erstmals ermittelt der Kongress in offener Abstimmung den WM-Gastgeber; unter Vorgänger Sepp Blatter votierten nur wenige Funktionäre hinter verschlossenen Türen, wie inzwischen als sicher gilt, unter Einfluss von millionenschweren Bestechungsgeldern. Vorgänge, für die sich bis heute die Strafverfolgungsbehörden interessieren.

Nun sei das Auswahlverfahren »fair, objektiv und transparent«, sagt Infantino. Und gerade das ist sein Problem: Sein Einfluss auf den Wahlausgang ist begrenzt. Infantinos Finten der vergangenen Wochen zeigen: Er scheint die Abstimmung verhindern zu wollen. Mit allen Mitteln.

Beispiel eins: Im Februar unterband die Fifa eine Rede des marokkanischen Verbandspräsidenten bei einem Treffen der afrikanischen Föderation. Begründung: Verbänden sei jede Form der Zusammenarbeit mit Bewerbern verboten. Einige Tage später berichtete der damalige Chef der »United«-Kampagne öffentlich über seinen Auftritt vor Funktionären in

Johannesburg. Ein Regelbruch? Nein. Die Fifa entschied noch am selben Tag, solche Treffen seien ab sofort erlaubt.

Beispiel zwei: US-Präsident Donald Trump twitterte im April, es wäre eine »Schande, wenn Länder, die wir unterstützen, gegen die US-Bewerbung lobbyieren würden«. Warum die USA solchen Staaten weiter beistehen sollten, fragte Trump. Artikel 9, Punkt 1, Ziffer 4 der Fifa-Bewerbungsregularien warnt vor einer »unangemessenen Einflussnahme« einer Regierung auf den Wahlprozess. Ob Trumps Aussagen diesen Tatbestand erfüllen? Die Fifa äußert sich nicht zu dem Fall.

Beispiel drei: Die Marokkaner behaupten, die Fifa habe sie erst zwei Tage vor Einsendefrist für die Bewerbungsunterlagen über Neuerungen im Anforderungskatalog informiert. Als WM-Spielorte kämen demnach nur noch Städte mit mindestens 250 000 Einwohnern infrage, wodurch die vorgesehenen Austragungsorte Ouarzazate, Nador und Dschadida durch das Raster fielen. Die Fifa weist die Version der Nordafrikaner zurück, die Auflagen hätten sich seit 2017 nicht geändert.

Zur Prüfung der Bewerbungen setzte die Fifa eine fünfköpfige Kommission ein, gespickt mit Günstlingen Infantinos. In den vergangenen Wochen inspizierte das Quintett mögliche Spielorte und Trainingsstätten, bewertete Status quo und Potenzial der Bewerbungen nach einem Punktesystem. Mit möglicherweise weitreichenden Folgen: Sammelt ein Kandidat zu wenige Punkte, kann die Kommission dessen Disqualifikation empfehlen. Ein

Novum. Schon in der Vergangenheit besuchten Fifa-Prüfer die WM-Aspiranten – ihr Urteil diene den Wählern aber nur als Orientierungshilfe. Katar rangierte nach der Inspektion vor der Wahl um die WM 2022 auf dem letzten Platz, bekam dennoch den Zuschlag.

So wird der Kandidat Marokko peu à peu geschwächt, als einziger ernsthafter Kandidat bleibt Amerika übrig. »Die Fifa wird nicht die Gans schlachten wollen, die ihr ein goldenes Ei legen könnte«, sagt Simon Chadwick, der sich an der englischen Salford University mit geopolitischen und ökonomischen Einflüssen auf den Weltsport beschäftigt. »Infantino ist gerissen. Er weiß, wie er seine Ziele erreichen kann.« Der Weltverband selbst betont auf Nachfrage, der Fifa-Präsident sei in das Auswahlverfahren nicht involviert.

Kommenden Dienstag gibt die Fifa das Ergebnis der Prüfungskommission bekannt, es könnte Marokkos letzter Tag als WM-Bewerber sein. »Ich vermute, dass es keine Wahl geben wird«, sagt Chadwick, die Gefahr eines Abstimmungserfolgs der Nordafrikaner sei Infantino wohl zu groß. So bliebe dem Fifa-Kongress kaum noch Spielraum: Entweder winken die Funktionäre »United 2026« durch – oder sie öffnen den Bewerbungsprozess für neue Interessenten. Eine Entscheidung würde dann erst in zwei Jahren fallen. Thilo Neumann



Funktionär Infantino

# »Stimmungskiller«

**Fußball** Der Sportpsychologe Henning Plessner über Sinn und Unsinn des Videobeweises



*Plessner, 53, ist Professor für Sportwissenschaft, Schwerpunkt Psychologie, an der Universität Heidelberg. Er forscht unter anderem darüber, wie sich Kampfrichter- und Schiedsrichterleistungen optimieren lassen.*

**SPIEGEL:** Herr Plessner, hat der Schiedsrichter dem FC Bayern München den Pokalsieg 2018 gestohlen?

**Plessner:** Sie spielen auf das angebliche Foul des Frankfurters Kevin-Prince Boateng im Strafraum gegen Javier Martínez in der 93. Minute an. Schiedsrichter Zwayer versagte den Bayern trotz einer Videoüberprüfung einen Elfmeter. Ich kann seine Entscheidung nachvollziehen, seine Argumente gegen einen Elfmeter halte ich für überzeugend.

**SPIEGEL:** Mit dieser Ansicht stehen Sie ziemlich allein da. Selbst Frankfurter Spieler sagen, Boateng habe foul gespielt.

**Plessner:** Auch wenn die Frankfurter zustimmen, muss das nicht automatisch Elfmeter heißen. Aus Studien wissen wir, dass Spieler und Trainer wenig geeignet sind, objektive Schiedsrichterentscheidungen zu treffen. Ich hätte mir gewünscht, dass Kollegen von Zwayer ihm in der öffentlichen Erregung stärker beigesprungen wären.

**SPIEGEL:** Aber Foul bleibt Foul.

**Plessner:** Das ist die zentrale Tücke des Videobeweises: In der Zeitlupe sieht es

so aus, als falle Martínez durch die Berührung. Wenn man sich die Szene in der Originalgeschwindigkeit anschaut, kann man erkennen, dass Martínez nach dem Treffer am Fuß für einen kurzen Moment noch steht. Er hätte stehen bleiben können, fällt dann aber plötzlich um. Heißt: Er hat nachgeholfen, er wollte den Elfmeter schinden. In diesem Fall verzerrt die Zeitlupe das Geschehen eher, statt es aufzuklären.

**SPIEGEL:** Ziehen Sie die Objektivität des Videobeweises in Zweifel?

**Plessner:** Schon das Wort Videobeweis ist Unsinn. Mit den Bildern aus Köln wird kein Beweis geliefert. Es ist lediglich eine technische Entscheidungshilfe, auf deren Grundlage weiterhin der Schiedsrichter allein entscheiden muss.

**SPIEGEL:** Sind Sie gegen den Videobeweis?

**Plessner:** Nicht grundsätzlich, bei Tätlichkeiten, die der Schiedsrichter nicht gesehen hat, oder der Frage, ob der Ball hinter der Torlinie war, ist er sinnvoll. Aber bei Handspielen wird es schon schwierig. Da spielt die Absicht des Spielers eine wichtige Rolle, und dort helfen dem Schiedsrichter Zeitlupen aus mehreren Positionen recht wenig. Außerdem kommt es ja nicht nur auf die korrekte Einhaltung der Regeln an.

**SPIEGEL:** Wie bitte?

**Plessner:** Der Schiedsrichter soll auch das Spiel leiten, mit Fingerspitzengefühl, er soll für Spielfluss sorgen. Das steht nicht im Regelwerk, wird den Schiedsrichtern aber auf jedem Lehrgang beigebracht.



**Profis Boateng, Martínez im Pokalendspiel:** »Er wollte den Elfmeter schinden«

**SPIEGEL:** Gerade die Unterbrechungen durch den Videobeweis verhindern dies, sie wirken sehr störend für das Spiel.

**Plessner:** Und das kann noch schlimmer werden. Als im Turnen der Videobeweis eingeführt wurde, dauerte es nicht lange, bis sich die Kampfrichter jede Entscheidung durch Videobilder absichern lassen wollten. Das ist ein zirkulärer Prozess: Je mehr ich mich abzusichern versuche, desto unsicherer werde ich. Das Vertrauen in die eigene Entscheidungsfähigkeit schwindet. Mit der Folge, dass ich noch mehr Absicherung suche.

**SPIEGEL:** Was schlagen Sie vor?

**Plessner:** Klarere Regeln als bisher, wann Videobilder herangezogen werden. Vor allem aber müssen Schiedsrichter besser geschult werden. Wir hatten ein Projekt für den DFB, in dem Schiedsrichtern Videoszenen in Echtzeit vorgespielt wurden. Sie mussten sofort Entscheidungen treffen, und ihnen wurde unmittelbar zurückgemeldet, ob sie richtiglagen. Dadurch wurde die Entscheidungsgenauigkeit trainiert. Die Ergebnisse waren sehr gut.

**SPIEGEL:** Macht der Videobeweis das Spiel gerechter?

**Plessner:** Gerechtigkeit ist das oberste Ziel im Sport: Es soll der bessere Athlet, die bessere Mannschaft gewinnen. Wird die untergraben, ist das Spiel kaputt. Wenn man ganz konsequent wäre, dann müsste man es auch ahnden, wenn Spieler wie in der Szene mit Martínez betuppen wollen. Und man muss es härter bestrafen, wenn die Autorität des Schiedsrichters unterhöhlt wird.

**SPIEGEL:** Was meinen Sie damit?

**Plessner:** Im Rugby zum Beispiel ist das Spiel viel härter, es ist komplizierter für die Schiedsrichter. Dennoch werden dort alle Entscheidungen ohne Murren akzeptiert. Vor dem Fußballpokalendspiel der Männer wurde im Fernsehen das Finale der Frauen übertragen. Auch dort gab es strittige Szenen. Der Reporter wunderte sich, dass die Spielerinnen alle Entscheidungen akzeptierten, ohne zu protestieren. Dabei sollte das die Regel sein, nicht die Ausnahme.

**SPIEGEL:** Kritiker des Videobeweises sagen, die Emotionalität des Spiels gehe verloren. Sehen Sie das auch so?

**Plessner:** Ich war beim Spiel zwischen Leverkusen und Hannover, kurz vor Schluss ein Elfmeterpfeiff, Stefan Kießling hätte in dem letzten Bundesligaspiel seiner Karriere ein Tor schießen können – eine traumhafte Romantik. Und dann nimmt ihm der Videoschiedsrichter diese Möglichkeit. Das ist natürlich blöd, ein Stimmungskiller für jeden Zuschauer.

**SPIEGEL:** Machen solche Entscheidungen die Erlebniswelt Fußball kaputt?

**Plessner:** So weit würde ich nicht gehen, der Fußball hält viel aus.

Interview: Udo Ludwig



**I GEKOMMEN,  
UM ZU BLEIBEN.  
DER BÄR IST ZURÜCK IN EUROPA.**



**NATIONAL  
GEOGRAPHIC**

**I WEITER VORAN**

# Kultur

Der Gedanke an die eigene Mutter ist manchmal stärker als jede Erektion. ► S. 106



Gündoğan, Özil, Steinmeier

GUIDO BERGMANN / BPA / POLARIS / STUDIO X

## Kommentar

# Deutschland gegen Türkei

Die Fußballer Özil und Gündoğan posieren zum zweiten Mal.

Auf dem einen der beiden Fotos trägt Ilkay Gündoğan einen schicken Anzug und einen Osmanen-Bart, Mesut Özil trägt Pullover und Hemd, beide scheinen sich aufrichtig zu freuen, an der Seite des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zu posieren. Das Foto sagt: Das sind türkische Jungs. Auf dem anderen Foto, das vergangenen Samstag in Berlin entstand, tragen sie Turnschuhe und Freizeitkleidung. Sie wirken nicht besonders glücklich, die Hände hinter dem Rücken, die Mienen ernst, sie erinnern an zwei Schüler, die zum Rapport bei Direktor Frank-Walter Steinmeier einbestellt sind, weil sie irgendwelche Scheiben eingeschmissen haben. Das Foto sagt: Wir haben einen Fehler gemacht und wollen von nun an gehorsame Bürger einer Republik der guten Werte sein.

Die Fotos sind Waffen in einem kleinen Krieg um die Frage, wem diese beiden Fußballjungs gehören. Den Deutschen?

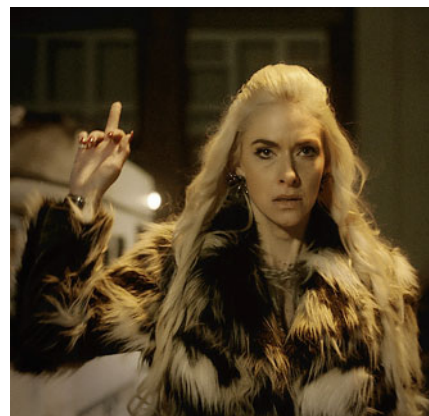
Den Türken? Oder vielleicht doch sich selbst? Zum Treffen beim Bundespräsidenten in Berlin soll es, so las man, auf Initiative von Gündoğan gekommen sein. In den Statements aus Bellevue, des DFB und auch des Spielers Gündoğan ist die Rede davon, dass ein Mensch durchaus zwei Heimaten haben kann, und doch wird allseits viel Wert auf die Verortung im Deutschsein gelegt. Mesut Özil sei gerade aus Gelsenkirchen nach Berlin gekommen, wo er die Familie besucht habe. Ilkay Gündoğan fühle sich als Deutscher, dessen Kinder eines Tages in Deutschland aufwachsen sollen und der auch die Hymne singe. Bekenntnisse sollen das sein zu einer Nation und zu einem Staat.

Wahrscheinlich hat die Welt schon raffiniertere Krisen-PR erlebt. Diese Inszenierung hat etwas Rührendes, weil sie so tut, als gäbe es das noch: ein gemeinsames Wir, das alle wollen und alle einschließt. Ist natürlich nicht so. Lothar Gorris

Kino I

## Wasserstoffblonde Kämpferin

● Den Kokaintzug hat sie gerade hinter sich. Jetzt wartet Angie – um die dreißig und von Beruf C-Prominente – auf den nächsten Karriereschritt: eine Einladung ins »Dschungelcamp«. Bis dahin versucht sie, von Auftritten in Diskotheken und bei Sponsorenpartys zu leben. Ein trostloser Job für jeden, der noch einen Rest Selbstachtung besitzt, wie der Spielfilm »Back for Good« zeigt. »Du hast so ein 2012er-Image. Ich weiß nicht, wie ich das verkauft kriege«, sagt ein Mann, der Angie (Kim Riedle) eigentlich groß herausbringen sollte. Notgedrungen zieht sie wieder zu ihrer Mutter (Juliane Köhler) und ihrer schüchternen 14-jährigen Schwester (Leonie Wesselow). Möchtegern-Stars zu verspotten wie in den Realityshows des Privatfernsehens, das wäre ziemlich einfach. Doch die Regisseurin und Drehbuch-Co-Autorin Mia Spengler, Jahrgang 1986, macht in ihrem Hochschul-Abschlussfilm aus Angie keine Karikatur, sondern seine wasserstoffblonde Kämpferin. Das liegt auch an der großartigen Hauptdarstellerin: Kim Riedle war bislang in Serien wie »Verbotene Liebe« und »Soko Köln« zu sehen; für die Rolle in »Back for Good« wurde sie für den Deutschen Filmpreis nominiert. Zu Recht, als Angie ist Riedle eine Wucht, furchtlos und verletzlich zugleich. »Back for Good« ist eine berührende Familiengeschichte über den großen Traum vom Ruhm (Kinostart: 31. Mai). MWO



FALKO LACHMUND / NFP

Riedle in »Back for Good«

Kulturpolitik

## »Ressentiments und Ausgrenzung«

*Der deutsche Kurator Nicolaus Schafhausen, 53, über seine Gründe, die Leitung der städtischen Wiener Kunsthalle vorzeitig abzugeben, die er 2012 übernommen hatte*

**SPIEGEL:** Herr Schafhausen, in einem Statement beklagen Sie den zunehmenden Nationalismus in Österreich. Wie wirkt sich der auf Ihre Arbeit aus?

**Schafhausen:** Ich habe keine inhaltlichen Einschränkungen erfahren, etwa wenn es um das Ausstellungsprogramm geht. Doch wir leben mit einer besonderen Stimmung in der Stadt, im Land.

**SPIEGEL:** Wie lässt sich diese Stimmung beschreiben?

**Schafhausen:** Es gibt ein Leben in Wien abseits des Tourismus und der Wohlfühlzonen, und der Alltag ist bestimmt davon, dass sich die Menschen gegenseitig ausgrenzen. Die Flüchtlinge müssen für noch viel mehr herhalten als in Deutschland. Die Österreicher sind trainiert, sich selbst auch noch als Opfer darzustellen. Das rot regierte Wien erweckt gern den Eindruck, mit dem Rest des Landes nichts zu tun zu haben, und doch arrangiert man sich. Hinzu kommt: Das Land ist klein. Wirtschaft, Medien, Politik pflegen ein unglaublich nahes Verhältnis, Österreich fehlt die Distanz zu sich selbst. Umso wichtiger sind Institutionen wie die Kunsthalle, die die Gesellschaft hinterfragen.

**SPIEGEL:** Wäre es daher nicht wichtiger zu bleiben, statt aufzugeben? Sie haben markante Ausstellungen zu Themen wie Populismus gemacht.

**Schafhausen:** Das ist ein Vorwurf, der wohl im Raum stehen bleiben wird. Ich gehe aber erst im kommenden März, also nicht von heute auf morgen. Und es ist auch eine psychologische Entscheidung, es gibt Ressentiments gegen alle, die von außen kommen und diese nationale Show im Land nicht mitmachen, diese österreichische Selbstdarstellung. Jeder von außen ist da ein Nestbeschmutzer, also auch ich. Die Angriffe kommen zum Beispiel über soziale Medien. Für mich ist das hier ein Leben im Konjunktiv, was wäre, wenn, was sollte sein. Das will ich nicht mehr.

**SPIEGEL:** Haben Sie Ihren Glauben an die Kraft der Kunst verloren?

**Schafhausen:** Zumindest brauchen wir wohl neue Modelle der Kulturvermittlung und nicht nur Museen als touristisches Marketing. UK



Schafhausen

Elke Schmitter **Besser weiß ich es nicht**

## Früher klug

Die Jugend kommt mir im Rückblick vor wie jene Phase, in der alle Erwachsenen immer von früher redeten. Dieses Früher war aber für uns Heranwachsende so wenig differenziert wie das Erwachsensein überhaupt. Der für diese Personen, die Auto fuhren, ins Büro gingen, Urlaube planten und Steuererklärungen machen mussten, so unerhört wichtige Unterschied zwischen einem 40. und einem 50. Geburtstag, von den nachfolgenden gar nicht zu reden, erschloss sich niemandem unter 20: Alle diese Menschen waren ohnehin jenseits der eigenen Erfahrungswelt, jenseits allen Verständnisses. Und die meisten Versuche der anderen Seite, diese San-Andreas-Verwerfung zwischen den Generationen zu überbrücken, begannen mit einem »Früher«. Keineswegs ein Damals. Das wäre eigentlich die angemessene Tonart gewesen für eine Geschichte aus grauer Vorzeit, ein Märchen aus einem Land, das es nicht mehr gab oder vermutlich niemals gegeben hatte – denn man hörte den Erwachsenen ja an, dass sie nicht in aktiver Erinnerung, sondern in Anekdoten sprachen: Das meiste, was es zu hören gab, war nicht im Gespräch entwickelt, sondern eine Kleinstvorstellung in pädagogischer Absicht. Hier sollte das Gegenüber nicht einmal zum Nachdenken gebracht werden, sondern zur Einsicht: im Regelfall dazu, dass man es besser habe als der Erzähler in seiner Jugend. Oder aber, dass der Erzähler gute Gründe habe, so zu handeln, wie er es sowieso tun würde, Einsicht und Zustimmung hin oder her.

In aller Regel handelte es sich bei den Anekdoten-Erzählern um Erziehende. Vor allem Eltern unterschätzen, dass ihre Kinder sowieso wissen, was sie denken. Sie haben die meisten Sätze, die man in guter Absicht zu sagen hat, viele Tausend Mal gehört. Auch hing ihr psychisches Überleben einmal davon ab, ihr Gegenüber genau zu studieren, dessen Stimmungen, Reaktionsmuster und Glaubenssätze. Egal ob es sich um die Verträglichkeit von Steinobst, die Rolle der Kirche, die Lebensweise von Tante Eve oder die Wirkung von Marihuana handelt: Unsere Kinder wissen besser, was wir zu wissen meinen, als jeder andere Mensch auf der Welt. Nach etwa zwölf Jahren Erziehungszeit müssen wir nicht mehr aussprechen, was uns gerade durch den Kopf geht. Heute meine ich, wir Erwachsenen sorgen dafür, dass Langeweile eines der traditionellen Probleme der Jugend ist.

An dieser Stelle schreiben Elke Schmitter und Nils Minkmar im Wechsel.

Kino II

## Kampf der Kulturen

● Das Einzige, was sie verbindet, scheint der Hass zu sein, den sie füreinander empfinden. Der Western »Feinde – Hostiles«, der am 31. Mai in die Kinos kommt, handelt von zwei Kriegerern, die zusammenhalten müssen, um zu überleben. Joseph Blocker, Captain der U. S. Army, und Yellow Hawk, Häuptling der Cheyenne, machen sich im Jahr 1892 von New Mexico aus auf den Weg nach Montana. Der schwer kranke Häuptling (Wes Studi) will auf der heiligen Erde seines Stammes sterben, Blocker (Christian

Bale) soll ihn begleiten, würde ihn aber am liebsten sofort töten. Regisseur Scott Cooper macht aus dem Stoff einen klassischen und epischen Western, frei von jener Ironie, mit der Quentin Tarantino das Genre in »Django Unchained« umkremplete. Der Film zeigt seine Helden auf der Reise durch ein Land von grandioser Schönheit und grenzenloser Gewalt. Mit jeder Meile, die sie zurücklegen, mit jedem Kampf, den sie bestehen, wächst die Achtung der Männer voneinander. Packend und bewegend erzählt »Feinde« den mühsamen Prozess, eine fremde Kultur respektieren zu lernen. LOB

# »Auch wir waren locker und widerspenstig«

**SPIEGEL-Gespräch** Wer sagt, dass das Amt der Kulturstaatsministerin sich auf Kultur beschränkt? Ein Besuch bei Monika Grütters, standhafte Weggefährtin Angela Merkels – und Hoffnung auf Größeres.

*Grütters, 1962 in Münster geboren und seit 2013 Kulturstaatsministerin, ist neben Angela Merkel und Ursula von der Leyen die einzige Politikerin, die aus der alten in die neue Regierung gewechselt ist. Sie empfängt in ihrem Büro im Kanzleramt, mit Blick auf den Reichstag. Es geht um Fragen der Identität, die Renaissance konservativer Werte und ihren persönlichen Ehrgeiz auf andere Ämter.*

**SPIEGEL:** Frau Grütters, Sie sind 1978 in die Junge Union eingetreten, als 16-Jährige. Warum?

**Grütters:** Weil wir in Münster gute CDU-Leute hatten. Und weil ich schon damals ein politischer Mensch war.

**SPIEGEL:** Der Zeitgeist der Siebzigerjahre war völlig anders: Da waren die Langhaarigen, die Punks – und dazwischen Sie, das Mädchen von der Jungen Union?

**Grütters:** Auch wir waren locker und etwas widerspenstig. Auch ich wollte unbedingt mit einem Palästinaertuch herumlaufen oder mit diesen lila gefärbten Windeln um den Hals. Oder Patschuliparfüm und Vanilletee, Berberjacke, Parka, Krepptohlen-schuhe, Clogs – all das musste sein. Ich habe mich mit meiner Jeans in die Badewanne gelegt, damit sie wirklich hauteng ist, oder nachts heimlich Flicker daraufgenäht. Meine Mutter meinte: Damit kannst du nicht als Messdienerin vor den Altar treten ...

**SPIEGEL:** Haben Sie denn Franz Josef Strauß unterstützt? 1980, als Sie 18 waren, trat er als Kanzlerkandidat der Union an.

**Grütters:** Strauß fand ich echt schwierig. Aber als er auf einem Poster als Fleischermeister, als Schlächter verunglimpft wurde, haben sogar wir Jüngeren uns mit ihm solidarisiert.

**SPIEGEL:** Das war ein Plakat des Politgraphikers Klaus Staack, eines SPD-Mitglieds. Strauß war für viele ein Gottseibeius, für die Linke damals in etwa das, was heute die AfD ist.

**Grütters:** Mutige These.

**SPIEGEL:** Für seine politischen Gegner war er die Hassfigur schlechthin.

**Grütters:** Das stimmt. Nur war man damals generell nicht gerade zimperlich im Umgang miteinander.

**SPIEGEL:** Sie haben Geisteswissenschaften studiert, da wehte der Geist links. Fühlten Sie sich gemobbt von Ihren linken Kommilitonen?

**Grütters:** Die schärfste Form solchen Mobbing habe ich in Münster erlebt, wo ich zuerst studiert habe. Als sich der Asta vorstellte, saß ich im Publikum für den Ring Christlich-Demokratischer Studenten, bis der Hausmeister kam und mich – auf dem Stuhl sitzend – heraustrug. Ich würde da nicht hingehören, meinte er. Später bin ich nach Bonn gewechselt. Das war die Zeit der Demos im Hofgarten, gegen Pershing II und die Nachrüstung.

**SPIEGEL:** Haben Sie mitdemonstriert?

**Grütters:** Wir haben viel diskutiert, über Aufrüstung, über das Gleichgewicht der Kräfte oder: Wenn der Klügere immer nachgibt, regieren nur noch die Dummen. Ein naiver Pazifismus war unsere Sache nicht, Hochtüchtigung aber auch nicht.

**SPIEGEL:** Haben Sie damals nie an der CDU gezweifelt?

**Grütters:** Doch, als Kurt Biedenkopf Mitte der Achtziger von Helmut Kohl als Spitzenkandidat in NRW abserviert wurde. Und später, 1989, als Heiner Geißler als CDU-Generalsekretär das Feld räumen musste, auch er irgendwie ein Opfer Kohls. Ich habe per Brief meinen Parteiaustritt mitgeteilt und ihn wohl auch abgeschickt, aber ich glaube, die haben das bei der CDU nie registriert.

**SPIEGEL:** Warum hat Sie die Sache mit Geißler so aufgebracht?

**Grütters:** Ich bin bis heute eine große Bewunderin Heiner Geißlers, der eine intellektuelle Schärfe hatte, der austeilen konnte und einstecken. Vor allem hat er die CDU sozialpolitisch geformt und bis heute nachhaltig geprägt.

**SPIEGEL:** Hat er die Sozialdemokratisierung der CDU eingeleitet, die schließlich zu einer Kanzlerin Angela Merkel führte?

**Grütters:** Geißler war damals fast so etwas wie ein Apostel, ein Glücksfall für die C-Partei; er stand für die katholische Soziallehre als politisches Element. Später hat Norbert Blüm das verkörpert. Heute fehlen uns markante Vertreter dieser Haltung.

**SPIEGEL:** Jens Spahn, indirekt ein Nachfahre Blüms als CDU-Sozialpolitiker, müsste Ihnen doch sympathisch sein: wie Sie katholisch und aus dem Münsterland.

**Grütters:** Jens Spahn und ich sind uns auch sympathisch. Aber er begründet seine Politik öfter etwas pointierter, als ich es täte.

**SPIEGEL:** Er hat den Eindruck erweckt, den Hartz-IV-Empfängern ginge es nicht schlecht.

**Grütters:** Erfolgreiche Politik hat viel mit Empathie zu tun. Die Grundlagen dafür sind bei mir in dem sehr undogmatischen christlich-katholischen Milieu Münsters gelegt worden. Vielleicht würde ich deshalb solche Aussagen so nicht treffen. Ich habe einen tief verwurzelten Respekt vor Menschen in völlig anderen Lebenslagen als meiner eigenen, doch eher privilegierten. Allerdings: Parteien brauchen Strategien, die gezielt Positionierungen vornehmen, um sie hinterher wieder ein Stück weit zurückzunehmen. So steckt man Claims und Ziele ab.

**SPIEGEL:** Wenn die Sozialpolitiker Geißler und Blüm Ihre Vorbilder waren – warum sind Sie dann in die Kulturpolitik gegangen?

**Grütters:** Weil ich mich von Anfang an für Literatur, für Kunst und Geschichte interessiert habe. Und dafür, nach grundsätzlichen Zusammenhängen zu suchen und sich nicht nur in der Tagespolitik zu erschöpfen. Das ist kein Widerspruch zum sozialpolitischen Denken.

**SPIEGEL:** Wie meinen Sie das?

**Grütters:** Dass die Kulturpolitik in den vergangenen Jahren ganz anders in die Wahrnehmung der allgemeinen Öffentlichkeit gerückt ist, zeigt doch, dass »Kultur« schon lange keine Milieufrage mehr ist, sondern dass hier in einem breiteren Kulturbegriff viele gesamtgesellschaftliche Fra-



HANNES JUNG / DER SPIEGEL

**Politikerin Grütters:** »Mir hat noch niemand mangelnden Mut unterstellt«

gen verhandelt werden. Daraus leiten sich viele, zum Beispiel bildungs- und sozialpolitische, Aspekte ab.

**SPIEGEL:** Welche?

**Grütters:** Beispielsweise eine Flüchtlingspolitik, die dem Grundgedanken der Barmherzigkeit verpflichtet ist. Macht endlich Ernst mit dem C in unserem Parteinamen! Deshalb bin ich nach wie vor überzeugt davon, dass die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen in akuter Not grundsätzlich richtig war und dass wir die damit zusammenhängenden Probleme in den Griff bekommen. Schlimmer, als daran zu scheitern, wäre, es gar nicht erst versucht zu haben.

**SPIEGEL:** Wir sitzen hier in Ihrem Büro mit Blick auf das Kreuz an der Wand. War es klug vom bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, ein Kreuz für jede bayerische Amtsstube zu verordnen?

**Grütters:** Jemand, der das Bekenntnis nicht mehr so gewohnt ist und dem es nicht selbstverständlich zur Haltung geworden ist, neigt im Bekenntnisfall auch mal zu Übereifer und Unbeholfenheit. Man kann über die Amtszimmer das Kreuz nicht wieder in die Herzen der Menschen verpflichten. Ich finde, der Gebrauch zum Zwecke der Politik ist nicht nur fatal, sondern gefährlich. Das entwertet das Kreuz.

**SPIEGEL:** Ist die christliche Partei überhaupt noch christlich?

**Grütters:** Zumindest fehlt manchmal das ausdrückliche Sichbesinnen, die Berufung auf eine solche Tradition und auf zentrale Begriffe wie zum Beispiel Nächstenliebe. Die Empfehlung zu Toleranz und Friedfertigkeit, die Offenheit für Vielfalt – das alles sollte schon eine praktische und konkrete Relevanz haben. Und hat es in Ansätzen ja auch. Denn in unserer Fraktion gibt es sehr wohl Mitglieder, die den Familiennachzug auch für subsidiär Geflüchtete richtig finden. Der Stellenwert von Kindern und Familien ist in unserem Menschenbild eben nicht nur auf Deutsche beschränkt.

**SPIEGEL:** Die Revolte des Jahres 1968 hat eine Säkularisierungswelle ausgelöst, die dazu geführt hat, dass die christlichen Bezüge weitgehend verschwunden sind.

**Grütters:** Eine noch größere Säkularisierung hat die DDR bewirkt. Da war sie wirklich einmal Weltspitze. In Berlin wohnen nur noch neun Prozent Katholiken. Im Westen hat man damals auch mit der etwas muffig wirkenden Selbstdarstellung der Kirchen gebrochen. Ich bin Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, also der Laienorganisation, und meine, manche Würdenträger in der Amtskirche haben auch heute noch Bedarf, sich offener, pragmatischer, dem Leben näher darzustellen. Aber die Priester in den Gemeinden vor Ort sind zum Glück oft sehr



Kreuz in Grütters' Büro: »Ernst machen mit dem C in unserem Parteinamen«

wohltuende Seelsorger, und auch Papst Franziskus strahlt das aus.

**SPIEGEL:** Auch der katholischen Kirche fehlt manchmal das Christliche.

**Grütters:** Ich habe zeit meines Lebens gute Erfahrung mit geistlicher Begleitung gemacht. Aber ich nehme an, Sie sprechen von Missbrauchs- und Korruptionsfällen. Das erschüttert uns alle. Es geht auch um Demut. So hat es schon beim Zweiten Vatikanischen Konzil lateinamerikanische Bischöfe gegeben, die forderten, kein Priester solle reicher leben als seine Gläubigen, auch sollten Laien die Gemeindefinanzen mitverwalten. Das waren wertvolle Anregungen auch für Deutschland. Heute diskutieren wir auch energisch über das Diakoniat der Frau.

**SPIEGEL:** Auch über Priesterinnen?

**Grütters:** Da sollte man die Traditionalisten nicht überfordern. Aber ohne die Frauen an maßgeblicher Stelle wird es

diese Kirche irgendwann nicht mehr geben.

**SPIEGEL:** Sie haben sich als Frau in einer Männerwelt durchgesetzt, das gilt vor allem für Ihre Zeit in der West-Berliner CDU. Bezeichnen Sie sich als Feministin?

**Grütters:** Nein, auch nicht als Kampfhenne. Aber ich habe während meiner politischen Karriere sowohl im privaten wie im politischen Bereich gelernt, die Frauenfrage nach oben zu rücken. Und: Ich selbst habe mehr als 50 Prozent Mitarbeiterinnen, in einigen Bereichen sogar mehr als 60 Prozent.

**SPIEGEL:** Also befürworten Sie die Quote?

**Grütters:** Je nachdem, wo man sie anwendet. Man kann bei der CDU keine Quote von 50 Prozent einführen, wenn wir 26 Prozent weibliche Mitglieder haben. Aber bei allen Gremien, für die ich Verantwortung trage, achte ich auf Parität. Und wir haben bewiesen, dass es in vielen Fällen

auch funktioniert. Dabei geht es übrigens nicht nur um Geschlechtergerechtigkeit, sondern vor allem um eine Vielfalt der Perspektiven.

**SPIEGEL:** Aus welchem Antrieb heraus? Weil Sie die vorherige Situation als ungerecht empfanden?

**Grütters:** Weil ich es falsch finde, auf das Potenzial der Frauen zu verzichten. Bei den Gremien im Filmbereich zum Beispiel kann sich keiner herausreden, es gäbe diese Frauen nicht. Es gibt sie. Deshalb haben wir auch das Filmförderungsgesetz geändert, zugunsten einer stärkeren weiblichen Präsenz in Gremien.

**SPIEGEL:** Viele Männer reagieren auf solche Veränderungen allergisch.

**Grütters:** Klar – einige denken, dass wir ihnen etwas wegnehmen. Dass sie es so empfinden, lässt tief blicken. Sie haben schließlich keinen Anspruch auf Macht und Einfluss. Außerdem wissen wir doch inzwischen alle: Gemischte Teams sind erfolgreicher.

**SPIEGEL:** Im Film- und Fernsbereich hat man den Eindruck, sexualisierter Machtmissbrauch sei ein strukturelles Problem.

**Grütters:** Ja, denn die asymmetrischen Machtverhältnisse sind leider typisch für diese Branchen.

**SPIEGEL:** Wobei im WDR, der zuletzt in diesem Zusammenhang in die Schlagzeilen geraten ist, viele Frauen in Führungspositionen sitzen. Dort regierte lange eine Intendantin, dort arbeiten Chefredakteurinnen. Dort gibt es eine hohe Frauenquote.

**Grütters:** Sie können auch als Frau in einer sehr großen Institution nicht überall verhindern, dass jemand übergriffig wird. Aber viel zu lange waren Scham und Angst stille Begleiter. Dieses Schweigekartell darf es nicht mehr geben. Und übrigens: Von neun ARD-Intendanten plus Deutsche Welle und Deutschlandradio sind gerade einmal zwei weiblich. In der Zeitungsbranche ist es übrigens auch nicht besser: In Regionalzeitungen sind 95 Prozent aller Chefs Männer. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Auswahl und Aufbereitung der Themen. Und jetzt bestätigt eine aktuelle Studie zu den Vorständen in Dax-Unternehmen, dass Deutschland da Schlusslicht ist.

**SPIEGEL:** Sehen Sie sich Ihre eigene kulturelle Großunternehmung an, das Humboldt Forum. Da wirken an den wirklich entscheidenden Stellen Männer.

**Grütters:** Aber nicht ausschließlich, und wir müssen noch wichtige Positionen besetzen, für die wir gezielt Frauen ansprechen werden.

**SPIEGEL:** Die CDU war vor Merkel von Männern dominiert, von Ausnahmen wie Rita Süssmuth abgesehen.

**Grütters:** Und die hatte ordentlich zu kämpfen.

**SPIEGEL:** Waren, als Sie angingen, sexuelle Übergriffe in der Politik üblich, und man sprach einfach nicht darüber?

**Grütters:** Ich habe keine erlebt und kann deshalb da nicht mitreden.

**SPIEGEL:** Haben Sie je davon gehört?

**Grütters:** Nein, und wenn das ein latenter Charakterzug der damaligen Politik gewesen wäre, wüsste ich es.

**SPIEGEL:** Der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki erwähnte einmal die einschlägige Atmosphäre in der Hauptstadtpolitik. Er wäre – so sagte er 2010 – »vielleicht zum Hurenbock« geworden, wäre er länger in Berlin geblieben.

**Grütters:** Gott sei Dank gehört er nicht zu unserer Partei.

»Männer haben mich gefördert – so lange, bis ich auf Augenhöhe angekommen war.«

**SPIEGEL:** Er schilderte ein parteiübergreifendes Milieu.

**Grütters:** Das sagt mehr aus über ihn als über die Politik. Allein seine Sprache ist verräterisch. Es bleibt also hoffentlich sein Spezialproblem.

**SPIEGEL:** Und diese Welt, die er da andeutet, haben Sie nie erlebt?

**Grütters:** Nein, im Gegenteil. Ich bin von Männern, auch in der Berliner Union, immer gefördert worden. Allerdings nur so lange, bis ich auf Augenhöhe angekommen war. Dann wurde es auch einmal schwierig. Aber das gilt für Männer wie Frauen gleichermaßen. Und klar, es gibt überall auch ziemliche Rüpel.

**SPIEGEL:** Was meinen Sie?

**Grütters:** Na, wenn man Sätze hört wie: »Setz dich neben mich, gibt gute Bilder.«

**SPIEGEL:** Heute führen Sie die Berliner CDU an. Könnten Sie sich vorstellen, 2021 für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin zu kandidieren?



HANNES JUNG / DER SPIEGEL

**Grütters, SPIEGEL-Redakteure\***

»Ich bin ungeduldig, das merkt man ja«

**Grütters:** Es ist für mich eine große Ehre und Herausforderung, auch heute schon meiner Wahlheimat, dieser großartigen Stadt Berlin, in meinem politischen Amt dienen zu können. Wie es weitergeht, wenn ich diese zweite Amtszeit als Kulturstatsministerin vorangebracht habe, möchte ich in Ruhe entscheiden.

**SPIEGEL:** Sie schließen eine Kandidatur nicht aus.

**Grütters:** Entscheiden werden wir das – unabhängig von meiner Person – nicht vor 2020, weil man jeden Kandidaten, jede Kandidatin verheizen würde, wenn man sie zu früh nennt. Für mich ist das ein echtes inneres Ringen.

**SPIEGEL:** Weil Sie sich ein Leben als Kulturstatsministerin auch über diese Amtszeit hinaus vorstellen könnten?

**Grütters:** Gemach, gemacht – nun hat ja erst mal meine zweite Amtszeit hier begonnen. Ich habe Ideen, auch Leidenschaften für manche Vorhaben. Und ich bin ungeduldig, das merkt man ja. Deshalb gehe ich mit Eifer an die jetzt anstehenden Aufgaben.

**SPIEGEL:** Es könnte eine schwierige Amtszeit werden, weil Ihr Vorzeigeprojekt – das Humboldt Forum im Stadtschloss – zur Blamage zu werden droht. Vor langer Zeit wurde beschlossen, dort Schaustücke aus außereuropäischen Kulturen zu präsentieren, aber erst jetzt kommt man darauf, die dazugehörige Kolonialzeit zu thematisieren. Ein wenig zu spät, um glaubwürdig zu sein.

**Grütters:** Ich nehme unsere Museen anders wahr. Sie wissen viel über unsere Objekte und stellen das dar. Aber das öffentliche Interesse ist – anders als zur Zeit der Dahlemer Ausstellungen – stark gestiegen, gerade auch an den Herkunftsgeschichten aus kolonialen Kontexten. Da hat das Humboldt Forum wie ein Katalysator gewirkt, und zwar schon vor seiner Eröffnung.

**SPIEGEL:** Der Katalysator waren doch eher die Aktivistengruppen, die ein Umdenken eingefordert haben, die infrage stellten, ob uns überhaupt gehören darf, was da ausgestellt werden soll.

**Grütters:** Ja, die sind während des Richtfestes sogar zu mir auf die Bühne gestiegen. Und ich habe sie damals schon zum Dialog eingeladen. Das Thema Kolonialismus war lange ein blinder Fleck in der Erinnerungskultur. Diese Erinnerungskultur ist mir wichtig, nicht weil ich mir einrede, man könnte Menschen läutern, aber man kann sie sensibilisieren für Unrecht.

**SPIEGEL:** Und dann müssen Sie bei aller Aufarbeitung, bei aller Erinnerungskultur auch noch die Leerstelle im Auge behalten, die von der Rechten bewirtschaftet wird – denken Sie an den AfD-Mann Björn Höcke, der das Holocaust-Mahnmal ein »Denkmal der Schande« nannte. Vernach-

\* Sebastian Hammelehle und Ulrike Knöfel in Berlin.

# DER SPIEGEL live im Deutschen Historischen Museum

## Sparen, arbeiten, hassen – Antisemitismus im ökonomischen Denken



Nicolas Berg



Christine Achinger



Gerhard Scheit

Das ökonomische Denken nicht-jüdischer Deutscher ist tief vom Antisemitismus geprägt. Warum? Darüber spricht die SPIEGEL-Redakteurin Dr. Eva-Maria Schnurr mit dem Autor Dr. Gerhard Scheit sowie den Historikern Dr. Christine Achinger von der University of Warwick und Dr. Nicolas Berg vom Simon-Dubnow-Institut Leipzig.

**Montag, 18. Juni 2018, 18.00 Uhr**

Zeughauskino, Deutsches Historisches Museum,  
Unter den Linden 2, 10117 Berlin

Der Eintritt ist frei. Anmeldung erbeten bis zum 15. Juni unter <https://events.dhm.de>.

Weitere Informationen unter [www.spiegel-live.de](http://www.spiegel-live.de).

Einlass ist ab 17.00 Uhr. Änderungen vorbehalten.

Verpassen Sie keine Veranstaltung mehr, und melden Sie sich für unseren Newsletter unter [spiegel-live.de](http://spiegel-live.de) an.

lässigen wir den Blick auf die positiveren Kapitel der deutschen Geschichte?

**Grütters:** Warum wollen Sie das gegeneinander ausspielen? Beides gehört zu unserer Geschichte.

**SPIEGEL:** Einer der Gründungsintendanten Ihres Humboldt Forums hat gesagt, es sei die Kardinalfrage, ob sich das deutsche Selbstbewusstsein ausschließlich auf Schuld und Scham aufbauen solle. Man muss diese Ansicht nicht teilen. Aber wenn man dann sieht, dass die AfD das historische Hambacher Fest des Jahres 1832 kapert und als patriotisches Event neu inszenieren will, stellt sich eben die Frage: Wollen wir die hellen Seiten der Geschichte den Rechten überlassen?

**Grütters:** Wir waren in den vergangenen 70 Jahren zu Recht mit der Aufarbeitung der monströsen Verbrechen der NS-Diktatur beschäftigt. Das war und ist richtig und absolut notwendig. Aber zur deutschen Geschichte gehören eben auch die positiven Momente, mit denen wir uns in der Vergangenheit durch die Überlagerung der beiden Weltkriege, die von Deutsch-

»Der AfD liegt vielleicht die Bewahrung des Erbes näher, von den Burgen bis zu Grimms Märchen.«

land ausgingen, schwergetan haben. Im Land Berlin denkt man jetzt über einen neuen Feiertag nach, und mit einem solchen Tag könnte man erinnern an den 18. März 1848, auch an den 17. Juni 1953, den Tag des Arbeiterwiderstandes in der DDR. Oder an die friedliche Revolution von 1989, immerhin das größte Ereignis der jüngeren Geschichte. Bisher ehren wir diese mutigen Anfänge dort ja viel zu wenig.

**SPIEGEL:** Ausgerechnet die AfD hat den Anspruch auf den Vorsitz des Unterausschusses für Auswärtige Kulturpolitik. Der erste Kandidat, der aufgestellt wurde, ist abgelehnt worden. War das politisch klug?

**Grütters:** Nun ja, die AfD-Abgeordneten sind jetzt unsere Kollegen im Deutschen Bundestag, und da gibt es Regeln, die wir einhalten. Wenn die AfD also einen Anspruch auf einen Ausschussvorsitz hat, finde ich es schwierig, das zu konterkarieren. Aber auch da hängt, wie so oft, viel davon ab, welche Personen vorgeschlagen werden. Insgesamt gilt jedoch: Wir müssen mit den AfD-Politikern korrekt und regelkonform umgehen, selbst wenn das bei mancher Pöbelei aus der Fraktion schwerfällt.

**SPIEGEL:** Und wenn der AfD-Politiker Marc Jongen sagt, er wolle den Kulturbetrieb »entsiffen«?



# SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control);  
nähere Informationen finden Sie online unter: [www.spiegel.de/bestseller](http://www.spiegel.de/bestseller)

**Grütters:** Das ist nicht mehr als eine Wort-  
hülle, vieles darf man bei denen nicht zu  
ernst nehmen. Da geht es in erster Linie  
um Provokation. Aber wir müssen klar  
Haltung zeigen, wenn es um die Verteidi-  
gung einer freien, unabhängigen, auch  
sperrigen und unangepassten, aber dis-  
kursfreudigen Kunst und Kultur geht. Das  
ist das Lebenselixier unserer aufgeklärten  
Demokratie. Das gilt auch bei der Diskus-  
sion, ob wir wieder zu einem nationalen  
Kulturbegriff kommen müssen.

**SPIEGEL:** Und, muss man?

**Grütters:** Nationale Identität erwächst zu-  
allererst aus dem Kulturleben eines Lan-  
des und nicht aus der Dichte eines Auto-  
bahnnetzes. Kultur wiederum beruht zum  
einen auf der Bewahrung des materiellen  
und immateriellen Erbes, was der AfD  
vielleicht näherliegt, also von der Bewah-  
rung von Burgen und Schlössern bis hin  
zu den großen Mythen und Grimms Mär-  
chen. Zum anderen geht es aber auch um  
die Ermöglichung der gesellschaftlichen  
Avantgarde, die den demokratischen Dis-  
kurs am Leben erhält. Hier würde mich  
ein intelligenter Widerspruch reizen.

**SPIEGEL:** Kultur funktioniert als demokra-  
tisches Therapiemittel nur, wenn sie die  
Menschen auch erreicht, wenn sie in die  
Museen gehen. Sie wollen – auch wegen  
mäßiger Besucherzahlen – die berühmte  
Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit  
ihren vielen Museen in Berlin evaluieren  
lassen, am Ende dürfte ein radikaler Um-  
bau stehen.


**Grütters:** Es war ja vor rund 60 Jahren so,  
dass die junge Bundesrepublik eine Ent-  
scheidung treffen musste, wie sie mit dem  
preußischen Erbe umgehen will. Daraus  
entstand die Stiftung Preußischer Kultur-  
besitz. Nach mittlerweile sechs Jahrzehn-  
ten wollen und müssen wir prüfen, ob alles  
so bleiben kann und ob die Struktur von  
damals den Aufgaben von heute noch ge-  
recht wird. Denn es stimmt, es sind oft zu  
wenige Besucher, es gibt schwierige Hie-  
rarchien, es herrscht mitunter noch eher  
ein Amtsverständnis und zu wenig ein Ser-  
vice- und Dienstleistungsdenken.

**SPIEGEL:** Die ehemalige Messdienerin  
Grütters agiert als Staatsministerin mit har-  
ter Hand. Sie haben einmal gesagt, es fehle  
der Mut zur Autorität.

**Grütters:** Mir hat noch niemand mangeln-  
den Mut unterstellt. Autorität in einem  
schwierigen Umfeld ist gut und richtig,  
manchmal auch gerade in dieser kreativen  
Szene, die ja mitunter eigenwillig und an-  
spruchsvoll sein kann. Aber auch die Fä-  
higkeit zum fairen Ausgleich gehört dazu,  
ein kommunikatives Talent, Zuneigung  
und Lust auf die Herausforderung. Man  
sollte das alles haben.

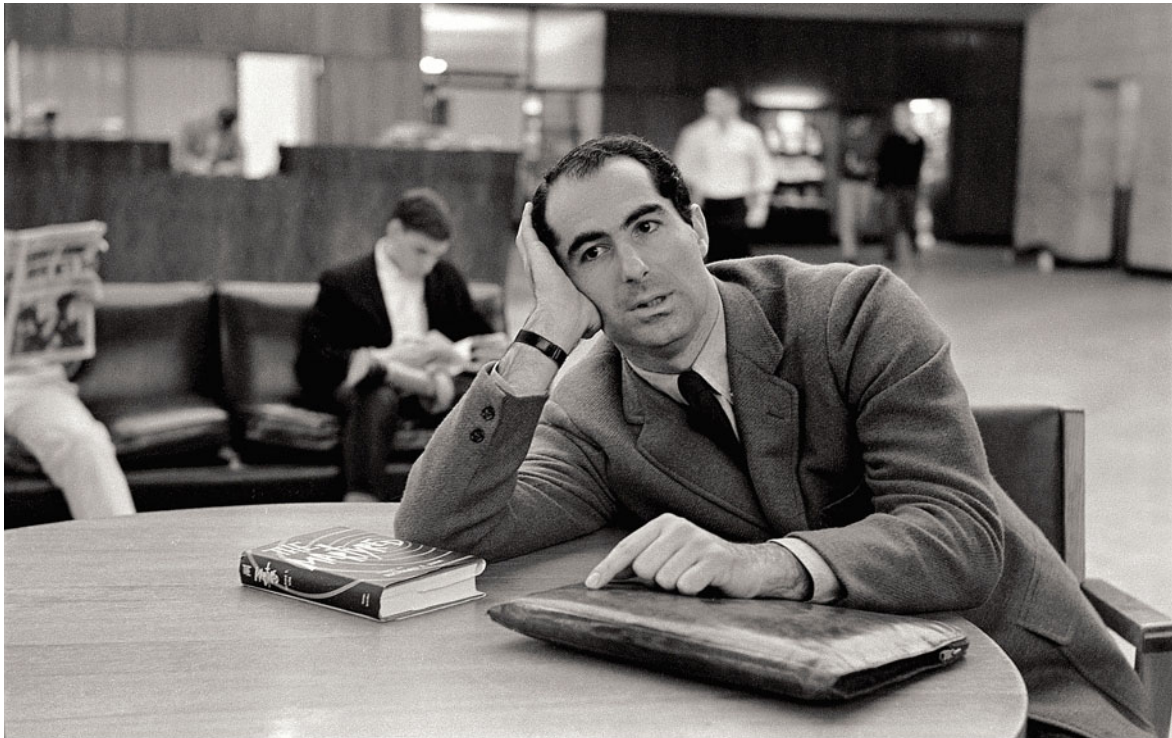
**SPIEGEL:** Frau Grütters, wir danken Ihnen  
für dieses Gespräch.

## Belletristik

- 1 (1) **Frank Schätzing**  
**Die Tyrannei des Schmetterlings**  
Kiepenheuer & Witsch; 26 Euro
- 2 (2) **Volker Klüpfel / Michael Kobr**  
**Kluftinger**  
Ullstein; 22 Euro
- 3 (4) **Maja Lunde**  
**Die Geschichte der Bienen**  
btb; 20 Euro
- 4 (3) **Jojo Moyes** **Mein Herz**  
**in zwei Welten**  
Wunderlich; 22,95 Euro
- 5 (5) **Ferdinand von Schirach**  
**Strafe**  
Luchterhand; 18 Euro
- 6 (7) **Martin Walker**  
**Revanche**  
Diogenes; 24 Euro
- 7 (6) **Paluten / Klaas Kern** **Freedom.**  
**Die Schmahamas-Verschörung**  
Community Editions; 12 Euro
- 8 (10) **Maxim Leo / Jochen Gutsch** **Es ist**  
**nur eine Phase, Hase**  
Ullstein; 12 Euro
- 9 (8) **Maja Lunde**  
**Die Geschichte des Wassers**  
btb; 20 Euro
- 10 (9) **Laetitia Colombani**  
**Der Zopf**  
S. Fischer; 20 Euro
- 11 (12) **Daniel Kehlmann**  
**Tyll**  
Rowohlt; 22,95 Euro
- 12 (11) **Mariana Leky** **Was man von hier**  
**aus sehen kann**  
DuMont; 20 Euro
- 13 (13) **Bernhard Schlink**  
**Olga**  
Diogenes; 24 Euro
- 14 (17) **Haruki Murakami** **Die Ermordung des**  
**Commendatore Band II**  
DuMont; 26 Euro
- 15 (16) **Ralf Rothmann** **Der Gott**  
**jenes Sommers**  
Suhrkamp; 22 Euro
- 16 (20) **Lucinda Riley**  
**Die Perlenschwester**  
Goldmann; 19,99 Euro
- 17 (18) **Marc-Uwe Kling**  
**QualityLand**  
Ullstein; 18 Euro
- 18 (15) **Éric Vuillard**  
**Die Tagesordnung**  
Matthes & Seitz; 18 Euro  
  
Was später zur Weltgeschich-  
te gerinnt, muss auch  
lächerliche Aspekte gehabt  
haben. Der Franzose betrach-  
tet Hitlers Machtübernahme  
aus dieser Perspektive
- 19 (-) **Elena Ferrante** **Die Geschichte**  
**des verlorenen Kindes**  
Suhrkamp; 25 Euro
- 20 (19) **Nina George** **Die Schönheit**  
**der Nacht**  
Knaur; 18,99 Euro

## Sachbuch

- 1 (2) **Richard David Precht**  
**Jäger, Hirten, Kritiker**  
Goldmann; 20 Euro
- 2 (1) **Bas Kast** **Der Ernährungs-**  
**kompass**  
C. Bertelsmann; 20 Euro
- 3 (-) **Jan Frodeno** **Eine Frage**  
**der Leidenschaft**  
Ariston; 20 Euro
- 4 (-) **Otto Waalkes**  
**Kleinhirn an alle**  
Heyne; 22 Euro
- 5 (5) **Peter Hahne** **Schluss mit euren**  
**ewigen Mogelpackungen!**  
Lübbe; 10 Euro
- 6 (3) **James Comey**  
**Größer als das Amt**  
Droemer; 19,99 Euro
- 7 (7) **Manfred Lütz**  
**Der Skandal der Skandale**  
Herder; 22 Euro
- 8 (4) **Hans-Wilhelm Müller-Wohlfahrt**  
**Mit den Händen sehen**  
Insel; 22,95 Euro
- 9 (8) **Gerald Hüther**  
**Würde**  
Knaus; 20 Euro
- 10 (9) **Hamed Abdel-Samad**  
**Integration**  
Droemer; 19,99 Euro
- 11 (10) **Peter Wohlleben** **Das geheime**  
**Leben der Bäume**  
Ludwig; 19,99 Euro
- 12 (12) **Wolfram Eilenberger**  
**Zeit der Zauberer**  
Klett-Cotta; 25 Euro
- 13 (11) **Rolf Dobelli** **Die Kunst**  
**des guten Lebens**  
Piper; 20 Euro
- 14 (-) **Ingo Zamperoni**  
**Anderland**  
Ullstein; 18 Euro  
  
Er ist nicht der Einzige,  
der an Trump ver-  
zweifelt. Aber Mr Tages-  
themen hält trotzdem  
an seiner Faszination für  
die USA fest
- 15 (6) **Michael Wolff**  
**Feuer und Zorn**  
Rowohlt; 19,95 Euro
- 16 (13) **Yuval Noah Harari**  
**Homo Deus**  
C. H. Beck; 24,95 Euro
- 17 (14) **Elke Heidenreich**  
**Alles fließt**  
Corso; 24,90 Euro
- 18 (15) **Ranga Yogeshwar** **Nächste Ausfahrt**  
**Zukunft**  
Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 19 (-) **Greta Silver** **Wie Brausepulver**  
**auf der Zunge**  
Scorpio; 18 Euro
- 20 (19) **Wilhelm Schmid**  
**Selbstfreundschaft**  
Insel; 10 Euro



SAM FALK / NYT / REDUX / LAF

**Autor Roth 1964 in Princeton:** Seine Selbstdarstellung war die Selbstdarstellung durch seine Bücher

## Die Hochstapler des Geistes

**Schriftsteller** Philip Roth ist tot. Und der Literaturnobelpreis wird ausgesetzt. Wir erleben das Ende des heroischen Zeitalters der Literatur. *Von Sebastian Hammelehle*

**J**anuar 1969, die Welt war jung oder zumindest diejenigen, die diese Welt in den kommenden Jahrzehnten prägen sollten; die Pille hatte das Geschlechtsleben revolutioniert, die ersten Langhaarigen redeten von freier Liebe, da erschien bei Random House in New York ein Roman: »Portnoys Beschwerden«. Alexander Portnoy, die Hauptfigur, lag beim Psychoanalytiker auf der Couch und redete und redete und redete – über das »Wichsen«, so stand es in einer Kapitelüberschrift; über »Fotzen«, so stand es in einer anderen. Über all das also, was nun, im beginnenden Zeitalter der allgegenwärtigen Sexualität, kein Problem mehr darstellen sollte. Eigentlich. Aber das Leben ist kompliziert, der Hippetraum von freier Liebe womöglich doch eher ein Versprechen, das so schnell nicht eingelöst würde, weil der Gedanke an die eigene Mutter manchmal stärker ist als jede Erektion.

Zumindest in Portnoys Kopf, zumindest in diesem Roman. Geschrieben hatte ihn Philip Roth, er muss damit die Stimmung der Zeit getroffen haben, allein in den USA kauften sich binnen weniger Monate mehr als drei Millionen Menschen das Buch.

Roth war eigentlich nicht der Typ, um im Zeitalter der Jugendrevolte noch zum Star zu taugen. Er war schon ein bisschen älter, geboren im März 1933, seine Geheimratsecken waren bereits ein wenig zu ausgreifend. Sein Debüt »Goodbye Columbus« hatte er Ende der Fünfzigerjahre veröffentlicht. In einer anderen Zeit. Er hatte sogar einen bürgerlichen Beruf.

Nun, in »Portnoys Beschwerden«, schilderte er eine Welt, die derjenigen, in der er selbst aufwuchs, ziemlich ähnlich war: das jüdische Kleinbürgertum in Newark, New Jersey. Der Vater Versicherungsvertreter, eine eher jämmerliche Figur. Beherrscht wird die Familie von der Mutter – Typ jüdische Übermama, ganz so, wie das Klischee es will. Doch offenbar hatte Roth dieses Milieu derart allgemeingültig geschildert, dass sich eine ganze Generation von Lesern darin wiederfand. Autobiografisch waren die meisten seiner Bücher, man konnte ihn mit seinen Protagonisten verwechseln, und wenn seine Leser sich mit seinen Figuren identifizierten, dann identifizierten sie sich auch mit Philip Roth.

Er war ihr Held. Roth war kein sonderlicher Stilist, kein großer Geschichten-

erfinder, zahllose Male schrieb er eigentlich immer wieder das gleiche Buch. Aber darum ging es gar nicht. Er war der Mann, der es stellvertretend für seine Leser, ganz besonders für seine vielen männlichen Leser, mit den Urkräften aufnahm. Als er jung war, mit dem Sex. Als er alt war, mit dem Tod.

Sigmund Freud – wer würde ihn nicht erwarten an dieser Stelle – hat in seinen psychoanalytischen Schriften von »Eros und Thanatos« geschrieben, vom Lebens- und vom Todestrieb, von zwei Begriffen, die, der griechischen Mythologie entlehnt, von genau dem erzählen, das die neurotischen Hauptfiguren des neurotischen Schriftstellers Roth angetrieben hat. So wie die Helden der antiken Mythen mit jeder Schlacht, von der sie erzählen, größer werden, wuchs auch der Ruhm von Philip Roth mit jedem Roman, den er schrieb. Von »Zuckermans Befreiung« zu »Mein Leben als Sohn«, von »Der menschliche Makel« bis »Nemesis«, seinem letzten Buch, mit dem er 2010 das Schreiben offiziell beendete. Schon als er noch schrieb, bezeichnete ihn der Kritiker Marcel Reich-Ranicki als »einen der größten Schriftsteller unserer Zeit«. Nun, da er am 22. Mai im Alter von 85 Jah-

ren in New York gestorben ist, nannte ihn der amerikanische Autor Michael Chabon einen »Riesen«.

Roth war der Heros einer Ära, die noch an Helden glaubte, des vorerst letzten heroischen Zeitalters der Kulturgeschichte, in dem Filmschauspielerinnen zu Göttinnen erhoben, Popsänger zu Königen und ein Literaturkritiker sogar zum Papst.

Es war die Epoche, deren höchster Literaturpreis, der Literaturnobelpreis, von einer mehr oder weniger anonymen Akademie verkündet wurde, von einem Kollegium, dessen Legitimation in vormoderne, vordemokratische Zeit zurückreicht: ins Jahr 1786, zu einem Privileg des schwedischen Königs. Er kam einem Gottesurteil gleich, einer Botschaft vom Olymp. Und es waren Olympier, die unsere Kulturgeschichte geprägt haben, auch in Deutschland, die Dichterstürmen, die Großschriftsteller, die Hochstapler des Geistes.

Große Literatur kündigt immer auch vom Unsichtbaren, und so ist Dichter kein schöner Beruf, sondern was Höheres, noch mit den Sehern verwandt, mit den Sängern antiker Zeiten. Zumindest irgendwie. Es war eine Zeit, in der Frank Schirrmacher, »FAZ«-Herausgeber und auch so ein Olympier, im Nachruf auf einen anderen amerikanischen Schriftsteller, Joseph Brodsky, den legendär gewordenen Satz schrieb: »Wir protestieren gegen diesen Tod.« Der Feuilletonist als letzte Berufungsinstanz gegen ein eigentlich unabwendbares Schicksal. Darunter machte man es nicht.

Die abendländische Literaturgeschichte, die so richtig ja erst mit der Säkularisierung, mit der Aufklärung des 18. Jahrhunderts begann, ist eine einzige Geschichte des Upgrades, der Überhöhung, des Überlebensgroßen und damit auch der Mythenbildung, dem Gegenteil jeder Aufklärung und Säkularisierung. In Weimar hat man Goethe ein Denkmal gesetzt, gemeinsam mit Schiller, den Lorbeerkränzen in der Hand, cäsarengleich. Im deutschen Sprachraum hat Thomas Mann, der sich als Nachfolger Goethes sah, diese aristokratische Pose ins 20. Jahrhundert gerettet. Die erst verschaffte der Literatur ihre Aura, einen weihevollen Nimbus und damit auch eine Bedeutung, die weit über tatsächliche Auflagenzahlen hinausging.

Philip Roth, dem bewusst war, dass spätestens seit Hemingway das Leben eines Schriftstellers Teil seines Mythos ist, hat den eigenen Mythos im realen Leben kaum inszeniert, er war vor allem ein besessener Arbeiter, der, ob in seinem Landhaus in Connecticut oder an der Upper West Side in Manhattan, wo er sonst lebte, pro Tag mindestens eine Seite schrieb. Seine Selbstdarstellung war die Selbstdarstellung durch seine Literatur.

Es dürfte zu seinem Ruf erheblich beigetragen haben, dass irgendwann kaum

mehr eine öffentliche Äußerung zum Literaturnobelpreis möglich war, in der nicht der Name Philip Roth vorkam. Und kaum eine öffentliche Äußerung zu Philip Roth, in der nicht der Literaturnobelpreis vorkam. Und wenn es einen Satz gibt, der beide, Philip Roth und den Literaturnobelpreis, hinreichend charakterisiert, dann diesen: Philip Roth hat den Nobelpreis nie bekommen. Hier der Dichter, groß genug für den Preis. Und hier der Preis, groß genug für den Dichter. Ihre wirkliche Größe aber erlangten beide erst dadurch, dass sie nie zueinanderfanden. Roth, weil er so zu seinem Idol Franz Kafka aufschloss, der ja auch der legendenumrankten Gemeinde angehörte, die den Nobelpreis eben nicht bekommen hatte. Und der Literaturnobelpreis, weil ja gerade das Erratische, jedem Publikumswunsch Widersprechende, sein Geheimnis ausgemacht hat.

Dass der Literaturnobelpreis nun, nach einem halben Jahr der Debatten um sexuelle Übergriffe und #MeToo, eines Sexskandals wegen ausgesetzt wurde, ist eine Pointe, die des Werks Philip Roths und der darin dargestellten überbordenden männlichen Sexualität würdig wäre. Die Ära, die Ende der Sechzigerjahre unter anderem mit »Portnoys Beschwerden« begann, neigt sich auch deshalb dem Ende zu, weil es heute nicht mehr darum geht, die Sexualität zu befreien, sondern wieder darum, sie einzuhegen.

Doch es ist nicht nur das Zeitalter der Libertinage, das nun endet, es ist auch das Zeitalter der Helden. Es gibt viele erfolgreiche Schriftsteller und Schriftstellerinnen, Schreiber mit Fangemeinde, Bestsellerautoren. Doch welcher Schriftsteller wird heute noch so zur Größe ausgerufen wie Philip Roth? Und welcher Preis hat die Aura, die der alte Literaturnobelpreis hatte? Es bricht eine neue Epoche an in der Kulturgeschichte, in der die große Geste außer Mode geraten ist.

Sollte der Literaturnobelpreis im kommenden Jahr wieder vergeben werden, dürfte er ein anderer sein. Die Kriterien transparenter, das Verfahren demokratischer, die Jury postheroischer, bemüht, den starken Männern dieser Welt die Nahbarkeit des westlichen Liberalismus entgegenzusetzen. Womöglich gibt es eine Shortlist oder eine Social-Media-Beauftragte. Ein ganz normaler Preis.

Man kann das begrüßen, die Welt ändert sich, so wie sie sich auch damals, Ende der Sechziger, geändert hat. Und man kann das betrauern. Des toten Dichters Roth wegen. Aber auch, weil in diesen Tagen die letzten Wellen einer unzeitgemäß gewordenen Tradition verebben, einer Tradition, die noch von etwas anderem wusste als von der Ratio.

## SPIEGEL TV

### SPIEGEL TV MAGAZIN

SONNTAG, 27. 5., 22.55 – 23.40 UHR | RTL

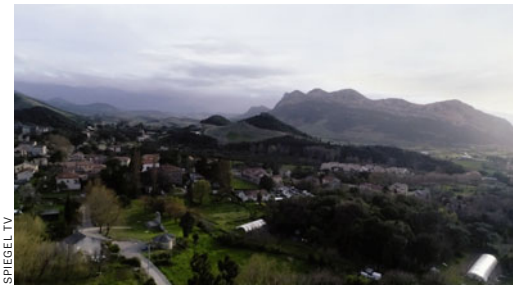
**Nichts geht mehr!** – Kita-Chaos in Berlin; **Gekaufte Asylverfahren** – Neues vom Bremer Bamf; **Terror aus Liebe** – Deutsche Frauen im IS; **Gezielte Abzocke** – Abmahnhorror für Onlinehändler.

### ARTE RE:

DIENSTAG, 29. 5., 19.40 – 20.15 UHR | ARTE

#### Die rebellische Insel – Korsikas Kampf um Autonomie

Bei den Regionalwahlen auf Korsika haben die Nationalisten einen Triumph errungen. Sie fordern mehr



Gebirgszüge auf Korsika

Autonomie, wenn auch nicht vollständige Unabhängigkeit von Frankreich. Ansichten einer rauen Mittelmeerinsel.

### SPIEGEL GESCHICHTE

DIENSTAG, 29. 5., 21.45 – 22.35 UHR | SKY

#### Mein Bruder, der Terrorist

Autor Rob Leech sucht in seinem Dokumentarfilm nach den Gründen für die Radikalisierung seines Stiefbruders Rich, der sich Salahuddin nennt und wegen der Vorbereitung von Terroranschlägen in einem britischen Gefängnis sitzt.

### SPIEGEL TV REPORTAGE

DIENSTAG, 29. 5., 23.10 – 0.15 UHR | SAT.1

#### Brennpunkt – Die Feuerwehr Neukölln

Deutschlands älteste Berufsfeuerwehr arbeitet am Limit. Besonders betroffen: der Bezirk Neukölln. Mehr als 2000-mal im Monat rücken hier die Retter vom Dienst aus. Die Arbeit im Zentrum Berlins gilt als besonders fordernd und spannend und zieht deshalb vor allem Feuerwehrleute an, für die ihr Beruf nicht nur ein Job, sondern Berufung ist.

# In der Angstblase

**Theater** Mobbingvorwürfe am Schauspiel Köln: Duldet der Intendant Stefan Bachmann Psychoterror gegen Schauspieler und Regisseure?

**W**enn im Juli die Spielzeit zu Ende geht, hat das Ensemble des Schauspiels Köln mindestens acht Schauspielerinnen und Schauspieler weniger. Drei Verträge wurden vom Intendanten Stefan Bachmann nicht verlängert, fünf Leute gehen auf eigenen Wunsch. In den vergangenen Jahren sah es nicht anders aus. Mindestens vier Ensemble-Mitglieder mussten ersetzt werden. Außerdem mehrere Dramaturgen, Regisseure, Pressesprecher und andere Büroangestellte, seit Stefan Bachmann 2013 seine Intendanz antrat. Eine ungewöhnlich hohe Fluktuation für ein renommiertes Theater.

Rechtlich ist das einwandfrei. Beim Theater gibt es fast nur kurze Verträge, oft sind sie auf ein bis drei Jahre begrenzt. Der Intendant ist bei seinen Personalentscheidungen frei. Das Argument »aus künstlerischen Gründen« reicht aus, um einen Vertrag nicht zu verlängern.

Dabei hatte Bachmann, 51, bei seinem Antritt in Köln betont, wie wichtig ihm Kontinuität sei. Er ist ein angesehener Regisseur, hat am Wiener Burgtheater und am Berliner Maxim Gorki Theater inszeniert, das Schauspiel Basel wurde unter seiner Leitung 1999 zum »Theater des Jahres«. Das Schauspiel Köln aber ist nach fünf Jahren mit ihm weit davon entfernt: Im Urteil der meisten Kritiker bieten die Kölner allenfalls Mittelmaß, Einladungen etwa zum Berliner Theatertreffen blieben aus.

Was ist los? Stellt man diese Frage Schauspielern, Regisseuren und anderen, die am Schauspiel Köln arbeiten oder gearbeitet haben, erntet man zuerst meist Schweigen – oder höhnisches Lachen. Es geht um Bachmanns Führungsstil.

Nur 2 von insgesamt knapp 20 Personen, die mit dem SPIEGEL sprechen, verteidigen Bachmann. Sie rufen am selben Nachmittag an, um fast wortgleich zu Protokoll zu geben, es gebe »keinen Skandal«. Im Gegenteil: Dafür, dass das Kölner Theater wegen Sanierungen seit Jahren auf Interimsgebäude ausweichen müsse, sei die Stimmung sogar »eigentlich sehr gut«. Beide stimmen zunächst grundsätzlich zu, sich zitieren zu lassen. Am Ende will aber nur noch einer von beiden zitiert werden, der Ex-Dramaturg Thomas Laue. Der andere möchte im Kontext einer Berichterstattung über Vorwürfe von Machtmissbrauch nicht in Erscheinung treten.

Alle anderen Gesprächspartner haben weniger Schmeichelhaftes über Bachmann

zu berichten. Einige darf man namentlich zitieren, die meisten möchten anonym bleiben. Niemand soll erfahren, dass sie die Zustände kritisieren und so womöglich das Theater in Verruf bringen. Die Theaterszene in Deutschland ist überschaubar. Nestbeschmutzer haben es schwer, Engagements zu finden.

Die, die es doch tun, benutzen harte Worte. Angela Richter, bis 2016 Hausregisseurin in Köln, sagt, es herrsche dort eine »Atmosphäre der Angst«. Der Regisseur Adam Traynor spricht von einer »toxischen Atmosphäre«. Ein ehemaliger Regieassistent sagt: »Es gibt eine riesige Angstblase. Jeder fürchtet um seinen Job.«

Aber warum? Bachmann gilt nicht als Tyrann der alten Sorte. Kein Castorf, kein Peymann, die bekannt für ihre cholertischen Ausfälle sind, als Genie verehrt und gefürchtet. Erst kürzlich kritisierte Bachmann den ehemaligen Intendanten des Wiener Burgtheaters, Matthias Hartmann, dem 60 Personen Machtmissbrauch vorwarfen. Ein solcher Machtmissbrauch beschädige Menschen, so Bachmann in der österreichischen Tageszeitung »Der Standard«, beschädige die Kunst. Um das zu untermauern, fügte er hinzu, er habe bei seinem Antritt in Köln gesagt: »Ich möchte einen angstfreien Raum installieren!«

Daraufhin erschien auf der Website der Zeitung ein Leserkommentar, der am Schauspiel Köln Furore machte – und auf den alle, die man fragt, verweisen. Eine unbekannte

Person mit dem Nutzernamen »Brand\_1« schrieb dort, das Schauspiel Köln sei »weit davon entfernt, ein Ort von Angstfreiheit und Gleichberechtigung zu sein, vielmehr ist es ein Ort von krassem Mobbing, angeführt von der Frau des Intendanten«. Der wisse davon und mache sich das zunutze. »Was für ein verlogenes Interview!«

Die Frau von Bachmann ist die Schauspielerin Melanie Kretschmann. Er sei ein »totaler Familienmensch, vor allem am Theater«, ließ der Intendant sich vor seinem Antritt in Köln 2013 zitieren. Seine Frau werde nicht nur Teil des Ensembles werden, sie sei auch seine »wichtigste künstlerische Mitarbeiterin«.

Beziehungen zwischen Intendanten oder Chefdramaturgen und Schauspielern gibt es an vielen deutschen Theatern. Immer wieder kommt es vor, dass jemand nur eine Stelle annimmt unter der Prämisse, auch seinen Partner an derselben Spielstätte unterzubringen.

Was keiner ahnte: Als Bachmann den Einfluss seiner Frau anpries, ging es ihm offenbar nicht allein darum, ihr öffentlich ein Kompliment zu machen. Kretschmann spielt tatsächlich in fast allen Produktionen Bachmanns mit, auch große Rollen. Zudem darf sie mittlerweile Regie führen. Im Ensemble wird von einer »Schatten-Intendanz« gesprochen.

Dabei gerate Kretschmann immer wieder in heftige und andauernde Auseinandersetzungen mit anderen Ensemblemitgliedern und Regisseuren. Diese Konflikte unterbinde Bachmann nicht, sondern ergreife Partei für seine Frau. Auch ein Brief des Ensembles und Besprechungen hätten daran nichts geändert.

Bachmann und Kretschmann lassen auf Anfrage über ihren Anwalt mitteilen, dass der SPIEGEL »mitunter falsch und/oder nicht vollständig informiert« und »mit den



Theaterleiter Bachmann, Schauspielerin Kretschmann: »Schatten-Intendanz«



**Bühnenhaus im Kölner Theater: »Toxische Atmosphäre«**

Gepflogenheiten am Theater nicht hinreichend vertraut« sei. Die Arbeitsatmosphäre sei »hervorragend«.

Es gibt viele, die das anders sehen. Einer, der bereit ist, mit Namen von seinen Erfahrungen zu berichten, ist der Regisseur Adam Traynor, der 2014/15 in Köln inszenierte. Schon nach den ersten Proben habe Melanie Kretschmann diese torpediert. Sie sei immer wieder ausgerastet, hätte Requisiten zerstört, ihn beschimpft oder sei gar nicht erst aufgetaucht. Bachmann habe daraufhin zwar Krisengespräche einberufen, geändert habe sich nichts. Traynor selbst habe während der Probenzeit um die zehn Kilo abgenommen, Freunde hätten sich Sorgen gemacht.

Der Anwalt von Bachmann und Kretschmann schreibt, es sei »nachweislich unwahr«, dass sie Requisiten zerstört habe beziehungsweise nicht zu Proben erschienen sei. Den Nachweis bringt er allerdings nicht. Zu den Beschimpfungen gegen Traynor teilt er nichts mit.

Ganze acht Personen berichten außerdem, dass Kretschmann bei der Produktion von »Brain & Beauty« aggressiv und manipulativ mit der Schauspielerin Julia Riedler umgegangen sei. Sie habe Riedler fertig gemacht, sie beschimpft oder vor versammelter Mannschaft gebrüllt: »Was will die hier?« Außerdem habe Kretschmann bei einer Probe eine Lügengeschichte erzählt, wonach Riedler in ihrem Kostüm posiert habe. Bachmann habe diese offenbar geglaubt und die

Schauspielerin, so beschreiben es ihre Kollegen von damals, dazu befragt, sie wegen ihrer »Undiszipliniertheit« gerügt. Dabei erklärte damals ein Regieassistent, dass die Geschichte gar nicht stimmen könne, weil er zu dem Zeitpunkt mit Riedler essen gewesen sei. Vor drei Jahren verließ Riedler das Schauspiel Köln, wechselte zu den Münchner Kammerspielen.

Die Regisseurin Angela Richter erzählt, Kretschmann habe Unwahrheiten über ihre Familie verbreitet – und Bachmann habe dies nicht gestoppt. Sie sei in den vergangenen Jahren auf Premierenfeiern in Köln, Zürich oder Wien wiederholt angesprochen worden, ob ihr Lebensgefährte heroinabhängig sei. Auch er arbeitet in der Theaterbranche; derlei Gerüchte können Karrieren zerstören.

Wer so etwas Furchtbares und Falsches denn behaupte, habe Richter bestürzt gefragt. »Melanie Kretschmann«, habe man ihr jedes Mal geantwortet. Richter sagt, sie habe darüber nachgedacht, Kretschmann wegen Verleumdung anzuzeigen, schließlich habe es genügend Zeugen gegeben. Aber keiner sei bereit gewesen, auch vor Gericht gegen die Frau des Intendanten auszusagen.

Richter betont, sie wolle keine »persönliche Vendetta«. Aber: »Irgendjemand muss das stoppen, es verfolgt uns schon seit Jahren!« In Köln habe jeder Angst, der Nächste zu sein und aus dem Nichts angegriffen zu werden.

Ein Schauspieler, der namentlich nicht genannt werden will, weil er noch in Köln arbeitet, sagt, er habe sich von Kretschmann gemobbt gefühlt. Er sei an allem schuld gewesen, das sei »zermürend« gewesen. Nach den ersten Proben tagen habe Intendant Bachmann ihn plötzlich vorgeladen und ihm 20 Minuten lang eine Standpauke gehalten, sagt er. Der junge Schauspieler zeige zu wenig Demut, er sei ein Nichts. Seine Version der Ereignisse hätte Bachmann nicht interessiert.

Der Anwalt teilt mit, dass es »im Rahmen eines künstlerischen Schaffensprozesses zwischen der Regisseurin und einem Schauspieler zu Kontroversen« kommen könne. Dass der Intendant da vermittle, sei übliche Praxis am Theater. Bachmann habe den Schauspieler aber nicht als »ein Nichts« bezeichnet.

Selbst einer, der lange mit Bachmann zusammengearbeitet hat und ihn schätzt, bestätigt die schwierige Situation vor Ort. Er glaubt allerdings, dass Bachmann sich selbst mehr schadet als anderen. Er sei ja der Leidtragende, wenn gute Leute gingen. Und die, die gegangen seien, seien alle an guten Häusern untergekommen.

Tatsächlich läuft Bachmanns Vertrag in Köln 2021 aus, verlängern will er nicht. Bachmann ist also bald auf der Suche nach einem Job – an einem neuen Theater.

Laura Backes, Ann-Katrin Müller

Mail: [laura.backes@spiegel.de](mailto:laura.backes@spiegel.de),  
[ann-katrin.mueller@spiegel.de](mailto:ann-katrin.mueller@spiegel.de)

# Auf der Waage

**Kino** Besuch bei der ältesten noch aktiven Filmemacherin der Welt, der Französin Agnès Varda

Von Nils Minkmar

**W**er die Filme von Agnès Varda kennt, der kennt auch dieses eingeschossige Haus in der Rue Daguerre in Paris. Es ist der Sitz ihrer Produktionsfirma, ihr Archiv, privates Museum und als Kulisse zahlloser Szenen ein Schauplatz der Filmgeschichte. Sie wohnt hier auch. In der Tür ist ein breiter Schlitz für Post, durch ihn führte sie ein 90 Meter langes Kabel heraus, als sie seinerzeit in den Läden der Nachbarschaft drehte, aber nicht deren Stromrechnung belasten wollte. Alles ist wohlvertraut, aber ein unerwartetes Problem tut sich auf: Ich finde die Klingel nicht. Ist es doch bloß eine Kulisse hier? Findet das Treffen woanders statt, in der sogenannten wirklichen Welt?

Es war nicht ganz einfach, sich zu verabreden. Agnès Vardas Leben und Werk gleichen einem Labyrinth, in dem man immer bei ihr ist und doch nie das Ganze sieht. Sie ist die älteste Filmemacherin, die noch arbeitet. Bei den Filmfestspielen in Cannes erklimmte sie an der Seite von Cate Blanchett die Stufen des Filmpalasts, und sie erhielt in Hollywood einen Ehren-Oscar für ihr gesamtes Schaffen. Auf den Fotos dieser festlichen Ereignisse ist sie an ihrer zweifarbigten Bobfrisur – oben weiß, dann rot – leicht zu erkennen. Sie macht eine verhaltene Miene, denn es verbindet sich mit dem Ruhm dieser Jahre eine unangenehme Frage: warum erst jetzt? Warum erfährt diese Frau, die schon seit den Fünfzigerjahren mit dem Stoff des Lebens und den Mitteln der Fotografie und des Films die verblüffendsten Werke herstellt, erst so spät gerechte Anerkennung? In all der Zeit brachte das französische Kino ja nicht nur François Truffaut und Jean-Luc Godard hervor, sondern auch jede Menge mittelmäßige Regisseure, Schauspieler und Autoren, von denen sehr viele zu Stars wurden. Sie nicht.

Nun kommt ihr neuer Film auch in die deutschen Kinos – »Augenblicke: Gesichter einer Reise«. Das ist der Anlass, aus dem sie einem Treffen zustimmt.

Weil ich dem Termin mit einem gewissen Lampenfieber entgegen sah, habe ich etwas mitgebracht, einen Fisch aus Schokolade. Auf den Trick mit der Klingel kam ich dann selbst: Es gibt keine, man muss die schwere Holztür einfach aufdrücken. Varda sitzt wenige Meter hinter der Tür in einem winzigen Gartenzimmer und gibt

einer amerikanischen Filmcrew ein Interview, das ich also störe. Sie fragt höflich, zu wem ich denn bitte wolle. Als ich an unsere Verabredung erinnere, erklärt sie mir mit großem Ernst, dass das nicht sein könne, heute werde sie keinen Journalisten aus Deutschland treffen. Ich solle mir nebenan den richtigen Termin sagen lassen. Hinter der schlichten Fassade verbirgt sich ein Labyrinth aus Wohnzimmern, Büros, Archiv- und Lagerräumen. Ein halbes Dutzend junger Leute arbeitet hier. Agnès, so erklären sie mir, übertreffe sie alle an Arbeitskraft, an reiner Power. Und sie bestätigen den Termin, ich solle warten. Var-

da murmelt dann, als sie das Interview mit den Amerikanern beendet hat, etwas von Einträgen mit Bleistift, die ihre Assistentinnen in den Kalender schrieben, und deren Schrift könne kein Mensch mehr entziffern. Dann sind wir bei Rogier van der Weyden, dem Meister der altniederländischen Malerei, der Mitte des 15. Jahrhunderts wirkte. In der Varda-Welt gibt es, wie in der Science-Fiction, Wurmlöcher der Kulturgeschichte. Plötzlich plaudert die Pionierin der Nouvelle Vague – die in Wahrheit schon Filme machte und produzierte, als die jungen Männer noch unbekannt waren – von ihrem Freund Andy



AGNÈS VARDA - JR. CINE - TAMARIS, SOCIAL ANIMALS 2016

Warhol. Oder erwähnt Jim Morrison, den Sänger der Doors, mit dem sie nach Chambord fuhr. Oder den Künstler Alexander Calder, den mit den großen Mobiles, der ein Nachbar war und oft im Hof abhing.

Besonders Rogier van der Weyden ist ihr wichtig. Er lebte in ihrer Geburtsstadt Brüssel, dort sind im Rathaus seine Gerechtigkeitsallegorien zu bewundern. Aber unvergesslich ist sein Flügelaltar im Hospiz im burgundischen Beaune. Dort malte er Mitte des 15. Jahrhunderts das »Jüngste Gericht«. Wer es einmal gesehen hat, vergisst es nicht: Der Erzengel Michael prüft mit einer feinen Waage, wie Sünde und Tugend der Verstorbenen zueinander im Verhältnis stehen. Das »Jüngste Gericht« ist ein Prüfungsverfahren mittels Instrument.

Varda nutzt zum gleichen Zweck die Kamera. Ihre Filme beschreiben die Welt, die Arbeit und das Leben anhand ästhetischer, aber auch moralischer Fragen. Sie hat dann für das Publikum einiges an Zumutungen und Umwegen parat. In ihrem Lie-

besfilm aus dem Jahr 1965, »Le Bonheur«, lernen wir ein junges Paar mit zwei Kindern kennen, die Familie genießt das Leben auf dem Land. Doch der Ehemann verliebt sich in eine andere Frau, eine Postangestellte. Er bleibt dann bei seiner Ehefrau, aber sie nicht bei ihm. An einem wunderschönen Sommertag scheidet sie aus dem Leben. Nach übersichtlich langer Trauer nähern sich der Witwer und die Postangestellte erneut an. Bald spazieren sie mit den Kindern dort, wo der Zuschauer die Familie zuerst gesehen hat. Bloß die Mutter ist eine andere Frau. Wo ist hier die Moral? Geht jede Familie über Leichen? Jeder stellt das Glück am höchsten – aber was ist dafür erlaubt? Meister van der Weyden hätte hier einiges zu wiegen.

Varda wurde 1928 in Belgien geboren, ihre Eltern gaben ihr den Vornamen Arlette, denn gezeugt wurde sie in Arles. Später änderte sie den Namen in Agnès. Ihr Vater ist griechischer Herkunft. Die Familie floh 1940 vor den anrückenden Deutschen in den Süden Frankreichs und dort auf ein

Boot. Das war im Hafen der Fischerstadt Sète festgemacht. Agnès und ihre Geschwister trugen Schwimmwesten und fielen an schulfreien Tagen öfter ins Becken. Die Mutter konnte nicht schwimmen, versuchte, etwas den Haushalt zu führen und die Kinder vor dem Ertrinken zu bewahren. Agnès verließ den Süden und ihre Familie, um zu studieren und die Freiheit zu suchen. Sie besuchte die Sorbonne und die École du Louvre. Um Geld zu verdienen, absolvierte sie eine Ausbildung zur Fotografin und fotografierte für Jean Vilar das Festival von Avignon. 1958 lernte sie ihren späteren Ehemann kennen, den Regisseur Jacques Demy. Er inszenierte Klassiker des französischen Kinos, »Les Parapluies de Cherbourg« und »Les Demoiselles de Rochefort« mit Catherine Deneuve. 1990 starb er, und sie verfilmte während seiner letzten Monate sein Leben, »Jacquot de Nantes« heißt der Film. Erst viele Jahre später machte sie öffentlich, dass er an Aids gelitten hatte. Der große Philippe Noiret, Gérard Depardieu und Michel Piccoli – sie spielten vor ihrer Kamera, als der Ruhm noch nicht ihr Zwilling war. Varda besetzte für ihr frühes Meisterwerk »Cléo de 5 à 7« aber keinen von ihnen. Sie erzählt in diesem bis heute revolutionären Film quasi in Echtzeit zwei Stunden im Leben einer Frau, einer Sängerin, die auf das Ergebnis einer Biopsie wartet. In allen möglichen Ereignissen erkennt sie Indizien für ihr weiteres Schicksal – auch hier ahnt man die van der Weyden'sche Waage –, die Prüfung ist im Gange.

Im Gespräch kommt Varda dann auf einen heiklen Punkt zu sprechen, es ist, als fühlte sie sich verpflichtet, etwas dazu zu sagen. Das Alter. Ob ich wisse, erkundigt sie sich, dass man ihr zu ihrem 80. Geburtstag hier durch diese Tür 80 Besen geschenkt habe – ein milder Witz mit der französischen Umgangssprache, »les balais« sind da die gelebten Jahre. Nun, das sei fast zehn Jahre her. Die Szene findet sich, wie sehr viel aus ihrem Leben, in einem Film, »Les Plages d'Agnès«. Also ist das schwer geheim zu halten, andererseits aber wieder ein Witz. Sie hebt die Schultern und weiß auch nicht genau, welche Schlüsse nun daraus zu ziehen seien. Schon in »Les Plages d'Agnès« sagte sie, dies sei vermutlich ihr letzter Film. Und nun bereitet sie eine Ausstellung vor und spricht über den deutschen Start eines weiteren Films. Ein guter Zeitpunkt, den Schokoladenfisch zu überreichen. Sie bedankt sich, nimmt ihn vorsichtig in die Hand und schüttelt ihn, um zu prüfen, ob er auch gefüllt ist. Da es der Fall ist, legt sie ihn



**Regisseurin Varda vor Selbstporträt von 1962**  
Wurmlöcher der Kulturgeschichte



AGNES VARDA-JR-CINE-TAMARIS, SOCIAL ANIMALS 2016

Szene aus Varda-Film »Augenblicke: Gesichter einer Reise«: Porträt auf der Hausfassade

zufrieden zur Seite. Wir werden ihn jetzt nicht essen, befindet sie, denn wir haben ja noch zu arbeiten, aber nun ärgert sie etwas. Der Film entstand in Zusammenarbeit mit dem sehr angesagten Künstler, der unter seinen Initialen JR bekannt ist – aber er sitzt nicht bei uns. Sie findet es unfair, über den gemeinsamen Film zu sprechen, wenn er nicht dabei ist. Dann stellt sich jedoch heraus, dass der Mann aus gutem Grund verhindert ist, also gewissermaßen entschuldigt fehlt. Sein Beitrag wird im Film sehr gut deutlich. Die beiden sind durch Frankreich gefahren und haben Dörfer besucht, in allen Himmelsrichtungen. JR bewegt sich mit einem speziellen Fahrzeug, einem Bus, der als Fotodruckerei ausgerüstet ist. Er porträtiert also Menschen, dann verarbeitet er das Bild zu großformatigen Plakaten, die er an Häuser klebt. Im Film besuchen sie die letzte Bewohnerin einer Bergarbeiter-siedlung im Norden Frankreichs. Sie widersteht den Räumungsaufforderungen, das Haus soll abgerissen werden. Bald darauf ist das Gesicht der Dame auf der Fassade ihres kleinen Hauses zu sehen, und das ganze Dorf applaudiert. Ihr fehlen dann die Worte. Im Film nähert sich Varda der Dame und verspricht: »Wir sind jetzt Freundinnen.«

Der politische Ansatz des Films ergibt sich aus dem, was darin nicht vorkommt: »Wir haben nur Menschen getroffen, die keine Macht haben.« Das Leben, selbst die Arbeit auf dem Land, ist mit Einsamkeit verbunden. Ein Landwirt erzählt, dass seine Kollegen und Aushilfen immer weniger wurden. Heute bewirtschaftet er mit einem Hochtechnologietraktor riesige Gebiete allein, in seiner Kabine ist nur ein Tablet. JR und Varda porträtierten ihn, und dann klebt sein Abbild auf seiner alten Scheune. Nun sieht er wenigstens sich

selbst auf den langen Touren. Doch das Vorhaben wird auch kritisiert. Die Welt ist in diesen Filmen nicht einfach, der Widerspruch gehört zur Prüfung. In einem pittoresken, viel besuchten Dorf im Süden Frankreichs lernen Varda und JR eine Kellnerin kennen und überreden die junge Frau, mit einem Sonnenschirm zu posieren. Sie findet ihre Schuhe nicht schön und setzt sich barfuß auf eine Mauer. Das sehr gelungene, charmante Porträt kommt dann auf eine Hausfassade im Dorf, unweit des Cafés, in dem die Dame arbeitet. Aber der Erfolg ist überwältigend. Den ganzen Sommer über fotografieren die Touristen das Foto. Es gehört eigentlich zu diesem Projekt und zum Film von Agnès Varda und JR, aber die digitale Privatfotografie dekontextualisiert es und überlässt es den sozialen Netzwerken. Im Film beschwert sich die junge Frau, der Film prüft sich an dieser Stelle selbst.

»Wussten Sie«, fragt Agnès Varda und lehnt sich vor, damit ich die Dimension der Sache auch erfasse, »dass man Ziegen die Hörner wegbrennt?« Es ist ihr ein Anliegen, und es kommt auch im Film vor. Einmal werden die beiden Reisenden von Tieren begrüßt, die sie erst auf den zweiten Blick als Ziegen erkennen, weil die Hörner fehlen. Offenbar ist das schon seit Längerem eine übliche Praxis, um Verletzungen zu vermeiden. Für Varda aber ist es Indiz und Grund zur Prüfung. Wollen wir Ziegen ohne Hörner? Warum kann man Tiere nicht wachsen und gedeihen lassen, wie man es schon immer getan hat? Das Porträt einer intakten Ziege mit stolzen Hörnern kommt dann im Film vor. Als es angebracht wird, kommt ein Handwerker des Wegs und erkundigt sich, weshalb nun eine Ziege plakatiert werde. Als er den Grund erfährt, denkt er nach. Ob es nicht möglich sei, den Tieren kleine rote Kunst-

stoffbälle auf die Spitze der Hörner zu setzen, wie Clownsnasen, um die Verletzungsgefahr zu verringern?

In Paris, während unseres Gesprächs, sind ihr der Mann, sein Vorschlag und die ganze Situation ein wichtiges Beispiel für ihre Methode: nicht dozierend über Land ziehen, auch nicht verehrend oder heroisierend, sondern um aus der gemeinsamen Ratlosigkeit etwas zu improvisieren. Aber der Film entwickelt sich noch auf einer zweiten Achse, der der Kooperation mit JR. Er trägt eine Arbeitskluft, sein Markenzeichen sind ein kleines Hütchen und eine Brille mit dunklen Gläsern. Im Film wird das ein Thema. Sie bittet ihn, die Brille einmal abzusetzen. Er möchte nicht. Schließlich bittet sie darum, die Großmutter von JR einmal treffen zu dürfen. Danach setzt er die Brille ab – allerdings sieht man es im Film nur verschwommen.

Das öffnet eine ganz andere Verbindung, ein neues Wurmloch in die Vergangenheit. Agnès Varda war es einst gelungen, Jean-Luc Godard zu bewegen, seine dunkle Brille abzusetzen, und für einen kurzen Moment sah man seine Augen ganz unverstellt. Das inspiriert die beiden zu einer gewagten Unternehmung, nämlich den legendären Filmemacher an seinem Wohnsitz in der Schweiz aufzusuchen. Es entwickelt sich zu einem vielsagenden Abenteuer, dessen Ausgang allerdings zu wichtig ist, um an dieser Stelle verraten zu werden.

»Wie viele Menschen kennen mich?«, fragt Varda plötzlich. Nach all den Filmen, den Reisen, den Begegnungen und Geschichten, wie sieht da ihre Bilanz aus? Manchmal rechnet sie es aus: In wie vielen voll besetzten Kinos ist sie weltweit schon aufgetreten? Und wie viele Menschen sind das dann insgesamt? Was kommt da in der Waagschale zusammen?

Sie wird täglich berühmter, aber die großen Namen des französischen Kinos kämpfen gegen das Vergessen, selbst das Filmmaterial wird überflüssig. Varda benutzt es und macht Objekte daraus, Hütchen, die mit 35 Millimeter breiten Streifen bedeckt sind. Kleine Häuser, ganz aus ihren Filmen.

Da unsere Zeit verstrichen ist, kommen Besucherinnen mit neuen Anliegen dazu. Manche Mitarbeiter treten den Heimweg an, die Chefin bleibt. Auch ich verabschiede mich und überlasse den Schokofisch seinem Schicksal. Varda begleitet mich zur Tür und kommentiert Fotos und Plakate, ein wenig erstaunt über ihr eigenes Leben. Und sie freut sich. Endlich Erntezeit.

Video  
Ausschnitte aus  
»Faces Places«

spiegel.de/sp222018varda  
oder in der App DER SPIEGEL





# Brüsseler Königsdrama

**Insenierungskritik** Wie sich Mark Zuckerberg vor dem Europäischen Parlament furios zum Regisseur des eigenen Auftritts machte

Der junge Held trägt strahlend weißes Hemd, akkuraten Topfschnitt und die Insignien der Macht im Rücken – man sieht dort die mit gelben Sternen verzierte Flagge des kontinentalen Souveräns und eine in Blau und Weiß schimmernde Palastwand. Seine Widersacher sind allesamt älter als er und zwar nicht in Lumpen, aber doch in offenbar nachlässig zusammengesuchtes Schlabberzeug gewandet. Sie sind konfus frisiert und sitzen vor kahlen Konferenzsaalwänden. Der Regisseur, der Mark Zuckerbergs Anhörung vor dem Europäischen Parlament am vergangenen Dienstag inszeniert hat, hielt sich an die alte Theaterregel: Besorg dir ein tolles Bühnenbild und prächtige Kostüme, und schon sind zwei Drittel einer gelungenen Inszenierung beisammen.

Es war ein furioses Königsdrama, das da in Brüssel aufgeführt wurde, nur leider unterschätzen und verabscheuen viele politische Kommentatoren die Bühnenkunst. Als »Farce«, als »Schauspiel der Vergeblichkeit« und »Schmierentheater« beschimpften Mitte der Woche Leitartikler und Blogger den 90 Minuten langen Auftritt des Facebook-Chefs Zuckerberg in Europas Hauptstadt. Die Show wurde live übertragen, viele Zuseher äußerten sich sogleich im Netz über die angeblich stümperhafte Intonation und die linkischen Gesten des Hauptdarstellers. Er wirkte wie ein Alien, ein Gremlin, hieß es da zum Beispiel.

Tatsächlich kam im Raum PHS6Bo1, in dem sich Zuckerberg die Fragen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments vortragen ließ, ein Spektakel zur Aufführung, das am Ende viele verdutzte Statisten und einen triumphalen Sieger kannte. Mark Zuckerberg, der Mann im Rampenlicht, hatte sich den heimlichen Traum aller Schauspielkünstler erfüllt und sozusagen im Handstreich auch die Regie des Spektakels an sich gerissen. Dabei gehörte die Demonstration einer gewissen Schrulligkeit, ja gremlinhaften Sonderbarkeit absolut zum Kalkül. Gilt doch für erfolgreiche Theaterarbeit bekanntermaßen der Merksatz des österreichischen Kritikers Karl Kraus: »Die Effektschauspieler sind von den Defektschauspielern verdrängt worden.«

Die zu Beginn uncharmant blökende Stimme des Helden Zuckerberg, seine an Martin Luthers Mönchshaartracht gemahnende Unfrisur, der Blick aus wie entzündet geröteten Augen – in seiner scheinbar jugenhaften Tölpeligkeit wirkte der Kerl wie Benedict Cumberbatch in seinem viel gerühmten Londoner »Hamlet« oder Lars Eidinger als Berliner »Richard

III.«; noch so ein nerdiger Musterschüler auf der Pirsch zur Macht. Es gelte aufzutreten in Demut und vorgeblicher Schwäche, »wie ein Heiliger, wo ich am meisten den Teufel spiele«, wie die Anweisung bei Shakespeare heißt.

Die Dramaturgie, zu der Zuckerberg seinen Gastgeber, den aus Italien stammenden konservativen Parlamentspräsidenten Antonio Tajani, überredet hatte, folgte eher der Regel aus dem »Sommernachtstraum«, dass »wenn sich Pflicht und Einfalt ehrlich mühen, nichts ganz und gar danebengeht«. Zuckerberg hielt eine kurze Büßerrede, in der er sich mit bewährten Floskeln für die Vertrauensbrüche seines Unternehmens entschuldigte, Besserung gelobte und eine zukünftige Welt beschwor, in der es zwar immer noch kleine Fehler geben, aber man Hass, Manipulation und Terror Einhalt gebieten werde. Dann ließ er seine Widersacher munter durcheinanderreden, so redundant, eitel und einfältig es nur ging.

44 Minuten lang formulierten zwölf EU-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier ihre einander unfassbar ähnlichen Fragen an Zuckerberg, weil jeder von ihnen unter den Augen der Welt als kritischer Kopf auftreten wollte – hätten sie sich vorab abgesprochen, wäre schon klar gewesen, dass sie sich für die gleichen Punkte interessierten. Ob er als »Genie, das ein digitales Monster geschaffen hat«, in die Geschichte ein-



**Übertragung der Zuckerberg-Anhörung:** Jungenhafte Schrulligkeit als Kalkül

gehen wolle? An dieser Stelle zeigte der Hauptdarsteller im Rampenlicht ein schmales Lächeln. Auf jene Fragen, die ihm der Mühe wert schienen, gab er dann ein paar Minuten lang unverbindlich Auskunft. Den Rest ignorierte er schnöde.

Jeder gute Bühnendarsteller müsse den Schatz seiner Worte schonen, hat der Theaterlehrer Konstantin Sergejewitsch Stanislawski verkündet, damit »das primitive, mechanische, schauspielerhafte Schwatzen« der Ahnungs- und Seelenlosen vermieden und entlarvt werde. Insofern verdient die Kunst des schnellen Abgangs, die Mark Zuckerberg auf der Brüsseler Bühne praktizierte, ein Extralob für ein höchst effektives Regiekonzept. Den zurückgebliebenen Zeugen dieses Auftritts eines Weltlenkers, von dem man nun weiterrätseln muss, ob er Monster gebiert oder selbst eines ist, bleibt ein Trost des Schauspielers Werner Finck für die Belämmerten dieser Erde: »Auch die Bretter, die man vor dem Kopf trägt, können manchmal die Welt bedeuten.« Wolfgang Höbel

# Wissenschaft+Technik

»46 Messerstiche, in seinen eigenen Arm. Sein Vater ist gerade gestorben.« ▶ S. 116



XINHUA / EYEVINE / LAIF

**Von Höhenangst dürften die Arbeiter**, die hier an einer Brückenkonstruktion über den Yangtze im chinesischen Wuhan beschäftigt sind, nicht geplagt sein. Wer darunter leidet, empfindet beim Blick in die Tiefe das Gefühl eines unwiderstehlichen Sogs, verbunden mit Schweißausbrüchen, Atemnot und Herzrasen. Aus Sicht von Verhaltenspsychologen lässt sich diese Phobie durch gezielte Konfrontationstherapien überwinden. Die meisten Betroffenen ziehen es jedoch vor, Situationen wie die abgebildete einfach zu meiden.

## Kommentar

# Kein Geld, keine Karriere

Wissenschaftlerinnen müssen genauso viele Drittmittel bekommen wie ihre männlichen Kollegen.

Kein Forscher kann heute Karriere machen, ohne große Summen Forschungsgelder einzuwerben, mit denen er Doktoranden, teure Geräte und Materialien bezahlt. Die meisten aufstrebenden Wissenschaftler verbringen einen Großteil ihrer Arbeitszeit nicht mehr im Labor, sondern am Computer mit dem Schreiben von Forschungsanträgen. Sie wissen genau: Die Höhe der Drittmittel bestimmt maßgeblich über ihr berufliches Fortkommen. Umso erschreckender ist, was britische und US-amerikanische Wissenschaftler im »British Medical Journal« berichten.

Für diese Arbeit haben sie untersucht, wohin Forschungszuwendungen großer Förderorganisationen wie des Wellcome Trust in Großbritannien fließen. Ergebnis: Ein männlicher Wissenschaftler bekam in der Krebsforschung pro genehmigtem Forschungsantrag im Durchschnitt 1,6-mal so viel Geld zugesprochen wie eine Wissenschaftlerin – die etwa 395 000 Pfund

erhielt statt rund 630 000 wie ein männlicher Kollege. Auch die Wahrscheinlichkeit, mit einem Antrag Erfolg zu haben, lag bei den Männern höher. Von 2000 bis 2013 landeten nur 22 Prozent der Fördergelder in der Krebsforschung bei Antragstellerinnen.

Dieser Missstand könnte ein Teil der Erklärung dafür sein, warum zwar 46 Prozent der Doktoranden in der EU weiblich sind, aber nur 22 Prozent der Professoren. Langfristig, befürchten viele Wissenschaftler, könnte die Ungleichheit in der Forschung sogar die Wettbewerbsfähigkeit Europas beeinträchtigen.

Wer daran etwas ändern will, darf nicht nur »Girls' Days« organisieren und Kitas an den Hochschulen gründen. »Equal Pay«, gleiches Geld für gleiche Leistung, muss auch bei der Forschungsförderung gelten; dieser Gedanke muss einsickern in das Hirn von Gutachtern und Geldverteilern.

Veronika Hackenbroch

**Bodenbrüter  
Kampfläufer**



PA/NATURE IN STOCK

Vögel  
**Weg in die Wipfel**

● Der Asteroid, der vor 66 Millionen Jahren die Erde erschütterte, verursachte eine handfeste Klimakatastrophe und war wohl auch eine der primären Ursachen für das Aussterben der großen Saurier. Nun haben Wissenschaftler im Fachmagazin »Current Biology« eine Untersuchung mit der Kernthese veröffentlicht, dass der unheilbringende Brocken en passant auch einen Großteil der Vogelarten auslöschte, vor allem sämtliche in den Bäumen lebenden Vertreter ihrer Klasse. Das Resümee ist ebenso betäublich wie plausibel. Denn nach dem desaströsen Aufprall gab es auch fast keine Wälder mehr. Bemerkenswert erscheint die eher simple Erkenntnis insofern, als die Minderheit robuster Bodenbrüter den Fortbestand der vielfältigsten Gruppe von Landwirbeltieren sicherte – die mehrheitlich wieder den Weg in die Wipfel fand. »Es gibt heute fast 11 000 Vogelarten«, sagt Daniel Field, Forscher an der Universität von Bath in Südengland und Erstautor der Veröffentlichung. »Und all diese erstaunliche Vielfalt kann auf eine Handvoll überlebender Abstammungslinien zurückgeführt werden.« cw

Verkehr

**»Gute Lokführer sparen 30 Prozent«**

Der Wirtschaftsinformatiker und Ex-Bahn-Manager Heinrich Strößenreuther, 50, hat die Effizienz öffentlicher Verkehrsmittel bewertet. Er findet, dass Politik und Betreiber viel zu wenig für den ÖPNV tun.

**SPIEGEL:** Öffentliche Verkehrsmittel gelten als sauber und umweltfreundlich. Ist das ein Irrglaube?  
**Strößenreuther:** Nein. Öffentliche Transportmittel schneiden bei guter Auslastung deutlich besser ab als das Auto. Aber ihr Beitrag zum Klimaschutz ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.  
**SPIEGEL:** Woran fehlt es?  
**Strößenreuther:** Zum einen müssten bei Ausschreibungen für neue Fahrzeuge die Klima- und Energieeffizienz eine wesentlich wichtigere Rolle spielen. Es gibt hier zum Beispiel selten Vorgaben bezüglich Gewicht pro Sitzplatz oder CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kilometer. Zum anderen wird viel zu wenig getan, um Busfahrer und Lokführer zu energiesparendem Fahren anzuhalten.  
**SPIEGEL:** Was ließe sich da rausholen?  
**Strößenreuther:** Der Unterschied zwischen einer guten und einer schlechten Fahrt eines Lokführers liegt bei bis zu 30 Prozent Stromverbrauch.  
**SPIEGEL:** Was macht der gute richtig und der schlechte falsch?  
**Strößenreuther:** Das ist wie beim Rad- oder Autofahren: Wer vorausschauend fährt, spart. Ein voll besetzter ICE kann bis zu 60 Kilometer weit ausrollen. Diese kinetische Energie lässt sich klug nutzen.  
**SPIEGEL:** Wie viel umwelt- und klimaschonender

ist denn der Bahnpassagier gegenüber dem Autofahrer unterwegs?  
**Strößenreuther:** Im Fernverkehr fährt die Deutsche Bahn inzwischen ausschließlich mit Ökostrom. Da ist Bahnfahren unendlich viel besser als Autofahren. Im Nahverkehr wird der derzeitige Strommix angelegt. Hier entstehen etwa 65 bis 75 Gramm Kohlendioxid pro Personenkilometer, ungefähr die Hälfte der Belastung eines modernen Autos, das mit einer Person besetzt ist.  
**SPIEGEL:** Eine Fahrgemeinschaft mit drei Insassen wäre also klimafreundlicher?  
**Strößenreuther:** In der Tat. Die Politik und die Betreiber öffentlicher Verkehrsmittel müssen dieses Thema energischer anpacken. Sie werden mit Milliarden Euro aus Steuergeldern unterstützt – sie sind also der Öffentlichkeit gegenüber in der Pflicht. cw



NORBERT MICHALKE / VOLKSENTSCHNEID FAHRRAD

Energie  
**Wärmebunker im Kohlemeiler**



DLR

**DLR-Speicherkonzept**

● Ausgediente Kohlekraftwerke könnten nach den Überlegungen der Bundesregierung dereinst ein wichtiger Baustein der Energiewende sein. Laut Koalitionsvertrag soll geprüft werden, ob in den Meilern Wärmespeicher untergebracht werden können, um Energie aus überschüssigem Ökostrom zwischenzulagern. Auslöser der Überlegungen war eine Expertise des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), dessen Ingenieure an solarthermischen Kraftwerken schon einige Erfahrung mit dieser vergleichsweise simplen und robusten Technik gemacht haben: Ein Speichermedium (als gut geeignet gilt Flüssigsalz) wird mit der Energie überschüssigen Ökostroms erhitzt und in isolierten Großbe-

hältern gebunkert. Werden Wind- und Sonnenkraft knapp, kann die gespeicherte Wärmeenergie sofort einspringen und über Dampfturbinen und Generatoren Ersatzstrom liefern. DLR-Institutsdirektor André Thess, einer der Köpfe des Projekts, sieht den volkswirtschaftlichen Charme dieser Speichertechnik vor allem darin, dass die Anlagen der ausrangierten Kohlekraftwerke dann nicht vollständig auf dem Schrott landen müssten. Dampferzeuger, Turbinen und Generatoren der ehemaligen Klimaschädlinge könnten so im Dienst der Energiewende weiterarbeiten. Laut Thess dürften die Wärmebunker in etwa zehn Jahren wirtschaftlich funktionieren und Ökostromflauten von gut einer Woche sicher überbrücken. cw

# Adieu, Menschlichkeit

**Migration** Etwa 15 000 Flüchtlinge stecken in Lagern auf griechischen Inseln fest, ohne Hoffnung. Die »Ärzte ohne Grenzen« wollen zeigen, was die Frauen und Männer dort ertragen, wie groß das Leid der Kinder ist. Aber die Welt schaut weg. Wie kann das sein?

**A**n einem Sonntagmittag tritt auf der griechischen Insel Chios ein junger Iraker aus einem grauen Wohncontainer. Der Mann, Mitte zwanzig, zieht seine schwarze Wollmütze tief ins Gesicht. Er blinzelt in die Sonne, blickt sich um.

Vor seiner Unterkunft scharft sich ein Pulk Menschen um eine dunkelhaarige Frau. Joanne Liu, 53, die internationale Präsidentin der Ärzte ohne Grenzen, ist für ein paar Tage nach Griechenland gekommen, um zu sehen, was es in den Flüchtlingslagern auf den Inseln zu tun gibt.

Im Camp auf Chios leben derzeit rund 1500 Menschen. Es ist nicht, wie viele andere, doppelt oder dreifach belegt. Ein Helfer vor Ort nennt es deshalb lakonisch das »Fünfsternehotel«.

Joanne Liu trägt feste Stiefel und eine blaue Jacke. Die weiße Weste mit dem Logo der Organisation hat sie vorhin am Eingang nicht angelegt. Liu möchte herausfinden, wie es den Menschen hier geht. Das funktioniert besser ohne Weste.

Die Frauen und Männer um Liu erzählen von ihrer Heimat, von Syrien oder Afghanistan. Ein Mädchen, Asma, hört

zu. Asma ist zwölf, sie stammt aus Mossul im Irak. »Wie viele Monate bist du schon unterwegs?«, will Liu von ihr wissen. Eine Mitarbeiterin übersetzt. Asma versteht die Frage nicht. Wie viele Monate? Ah! Dann erklärt sie, dass ihre Familie seit vier Jahren unterwegs ist. Jahre. Nicht Monate.

Der junge Iraker tritt zu dem Pulk, er bleibt stumm. Ein älterer Mann bemerkt den Neankömmling, tritt zu ihm. Er ruft: »Look, look!«, und zerrt ihm den Ärmel seines Pullovers nach oben.

Der Unterarm des jungen Mannes ist weiß bandagiert. Joanne Liu blickt den Iraker an. Sie ist Kinderärztin. Sie hat im Sudan, im Kongo, in Haiti gearbeitet. Gerade hat sie die Ruinen von Rakka in Syrien besucht. Liu weiß, wozu Menschen fähig sind.

Sie fragt: »Das hast du dir selbst angetan?« Der junge Mann nickt.

Der Alte neben ihm übernimmt das Reden. Er sagt: »46 Messerstiche, in seinen eigenen Arm. Sein Vater ist gerade gestorben. Auf der Flucht durch Syrien.« Dann reckt er die Hände zum Himmel und reißt die Augen auf. So als wollte er sagen: Da muss man doch verrückt werden.

Die Ärzte ohne Grenzen leisten dort medizinische Hilfe, wo es kaum welche gibt. Sie arbeiten mit etwa 40 000 Mitarbeitern in mehr als 70 Ländern auf der Welt. In Niger, im Südsudan, im Jemen.

Nach dem Erdbeben in Haiti waren sie unter den Ersten, die die Opfer aus den Trümmern versorgten. In Westafrika behandelten sie Ebola-Patienten, sechs Monate bevor die Weltgesundheitsorganisation den internationalen Notstand ausrief.

In Syrien bekommen sie von der Assad-Regierung bis heute keine Genehmigung zu helfen. Sie tun es trotzdem, in Krankenhäusern, mit mobilen Teams. Sie verlassen, wie man in der Sprache der Helfer sagt, oft als Letzte »das Feld«. Sie riskieren dafür ihr Leben: Seit ihrer Gründung 1971 starben 98 Mitarbeiter im Einsatz.

**In den fünf Aufnahmelagern** der griechischen Inseln sind rund 15 000 Flüchtlinge untergebracht. Sie müssen bleiben, bis ihre Asylverfahren entschieden sind. Viele Verfahren ziehen sich, es passiert monatelang nichts. Rund 60 000 Flüchtlinge leben im ganzen Land. Griechenland soll dafür in den kommenden Jahren etwa eine Milliarde Euro Unterstützung von der EU erhalten.

Wer hier angekommen ist, der hat es nach Europa geschafft. Der muss keinen Krieg, keine Folter mehr fürchten. In Griechenland gibt es Ärzte, Krankenhäuser, Notaufnahmen. Die Flüchtlinge dürfen dort Hilfe suchen.

Warum sind dann die Ärzte ohne Grenzen hier?

Sieben Uhr, ein Montagmorgen. Das Team um Joanne Liu ist mit einer frühen Fähre auf Lesbos angekommen. Es will das Flüchtlingscamp in Moria besuchen. 5000 Menschen leben zurzeit dort, fast doppelt so viele, wie offiziell Platz haben. Im Laufe des Frühjahrs und im Sommer, wenn das Meer wieder wärmer und ruhiger wird, werden es mehr werden. Lesbos liegt keine zehn Kilometer von der türkischen Küste entfernt.

Um den Tag zu besprechen, trifft sich Liu mit Mitarbeitern zum Frühstück am Hafen. Kaffee, Toast; alle sind noch ein bisschen verschlafen. Luca Fontana, der italienische Koordinator des Projekts auf Lesbos, erklärt, dass vor allem Syrer und



OLGA STEFATOU / DER SPIEGEL

Moria-Besucherin Liu (2. v. l.), Mitarbeiterinnen, Flüchtlingsmädchen: »Bürokratie tötet«



ANADOLU AGENCY / GETTY IMAGES

**Protestierende, Camp auf Lesbos:** In den Siebziger Jahren galt ein Flüchtling als Held – jetzt wird er zur Bedrohung erklärt



ANADOLU AGENCY / GETTY IMAGES

Iraker im Lager leben, aber auch viele Geflüchtete aus Afrika. 40 Prozent der Bewohner sind noch nicht volljährig.

Vor den Toren des Lagers haben die Ärzte eine kleine mobile Klinik aufgebaut. Jeden Abend fahren sie die weißen Vans, in denen sie Sprechstunden anbieten, wieder vom Gelände. Die griechischen Inselbewohner wollen nicht, dass sich feste Strukturen bilden.

Die Ärzte ohne Grenzen beraten hier Schwangere, Mütter mit Neugeborenen. Sie bieten auch eine Sprechstunde für Kinder an. Rund 200 Patienten kommen pro Woche zu ihnen.

Die Helfer tupfen Kindern, die gegen Masern, Mumps und Röteln geimpft wurden, einen schwarzen Punkt auf die Spitze des kleinen Fingers. Die Kinder zeigen die Punkte im Camp wie Medaillen herum.

Müssen Patienten ins örtliche Krankenhaus, schicken die Ärzte ohne Grenzen Übersetzer mit. Allein schaffen es die wenigsten, die Formulare auszufüllen.

25 Millionen Euro hat die Organisation 2016 in dem Land ausgegeben. So viel Geld wie für Afghanistan. Die Ärzte ohne Grenzen fangen auf, was lokale Strukturen überfordert. Auch um zu verhindern, dass die Stimmung gegenüber den Flüchtlingen in der Bevölkerung endgültig kippt.

Auf der Insel, erzählt Fontana, sei die Hilfsbereitschaft der Einwohner anfangs sehr groß gewesen. Doch allmählich sei sie überstrapaziert. Die Menschen beklagten sich zunehmend über Müll und Diebstähle. Im Krankenhaus der kleinen Hauptstadt Mytilini werden die Termine rar.

Eine Mitarbeiterin aus Athen erzählt, wie sehr sich im ganzen Land die Zustände vor allem im Gesundheitssystem verschlechtert hätten. Auf eine einfache Rönt-

genuntersuchung warte man Wochen, Unmut verbreite sich überall.

»Ich kann das verstehen«, sagt Liu. »Die Leute wollen einfach ihr Leben leben.« Die Bevölkerung habe nicht die Kapazitäten, das Thema langfristig anzugehen. Die Regierung müsse handeln.

**Immer wieder kommt es** auf Lesbos zu Protesten. Erst vor wenigen Wochen wurden Flüchtlinge, die in der Hauptstadt einen Platz besetzt hatten, um gegen die Überfüllung des Lagers zu protestieren, von rechten Demonstranten mit Leuchtraketen und Flaschen angegriffen.

Die Ärzte ohne Grenzen spüren, dass es schwerer wird, auf die Nöte der Geflüchteten aufmerksam zu machen. Die Einstellung vieler Bürger hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Sie sind froh, dass weniger Flüchtlinge kommen.

In Deutschland sprach sich im vorigen Jahr in Umfragen eine Mehrheit gegen die Flüchtlingspolitik der Regierung aus. Ende des Jahres gaben 55 Prozent an, keinen Familiennachzug für Flüchtlinge zu wollen.

In Italien, seit vielen Jahren Ziel der Flüchtlinge, die übers Mittelmeer kommen, gingen die Spenden für viele humanitäre Organisationen, auch für die Ärzte ohne Grenzen, teilweise um fast 20 Prozent zurück.

Im Café auf Lesbos erzählt Liu, dass in den Siebzigerjahren ein Mensch, der aus Vietnam floh, noch als Held gegolten habe. Allmählich sei der Flüchtling aber zur Belastung erklärt worden. Und schließlich zu einer Bedrohung. Die Welt, sagt Liu, sei am Ende der globalen Solidarität angelangt. Man betrachte die Ereignisse zunehmend durch die Linse der Sicherheit. Wie können die Ärzte ohne Grenzen da noch Gehör finden?

Um neun Uhr brechen Liu und ihr Team nach Moria auf. Der weiße Van fährt an der Küste entlang, vorbei an Strandbuden und Restaurants. Die Flüchtlinge sind auf einem ehemaligen Militärgelände untergebracht.

Neben dem Camp, in einem Olivenhain, haben Migranten eigenmächtig blaue und graue Zelte des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) aufgestellt. Sie werden geduldet. Liu und ihr Team stapfen durch das Biwak.

Auf dem Boden liegen Plastiktüten, Flaschen, Windeln, Exkremete. Zwischen den Zelten, auf Schnüren, trocknen Decken, Babystrampler, T-Shirts.

In den Boden sind hier und da kleine Feuerstellen gegraben. Um eine solche Kuhle steht eine Familie, Mutter, Vater, ein kleines Kind. Zu ihren Füßen schmurgelt eine Plastiktüte in sich zusammen. Im Olivenhain fühlen sich die Flüchtlinge sicherer als im Camp. Vor allem Eltern mit Kindern versuchen, hier unterzukommen.

Nachts kommt es in Moria oft zu Schlägereien, Kinder und Frauen trauen sich nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Toilette. Das UNHCR deckte vor Kurzem auf, dass 28 Prozent der weiblichen Flüchtlinge auf den ägäischen Inseln bereits sexuelle Gewalt erlitten haben.

Eine blonde Frau Ende zwanzig kommt dem Team entgegen. Sie wird es im Camp herumführen. Für die Ärzte ohne Grenzen habe sie schon in vielen Flüchtlingslagern, auch in Afrika, gearbeitet, erzählt sie. Sie lacht und sagt: »Ich weiß schon gar nicht mehr, was schlimm und was richtig schlimm ist.«

Am Eingang des Camps rennt ihr ein kleiner Junge entgegen, nicht älter als drei Jahre. Er trägt eine löchrige Jogginghose, Schlappen an den nackten Füßen. Die Mitarbeiterin nimmt ihn in den Arm. Sie tauschen ein paar Worte auf Arabisch aus, dann knufft sie den Jungen in die Seite und schickt ihn weiter.

Im Camp wird jeder Quadratmeter genutzt. Zum Schlafen, Kochen, Wäschetrocknen. Zwischen den größeren Zelten stehen kleine. Die Bewohner leben nach Nationalitäten geordnet. Allein reisende Männer sind in einem eigenen Eck des Lagers untergebracht. Für Frauen, die ohne Familie reisen, und unbegleitete Kinder gibt es eine sogenannte Safe Zone. Sie ist mit zwei Stacheldrahtzäunen abgegrenzt und wird von Wachposten bewacht. Im Moment haben dort 41 Menschen Platz.

Dreck, Verbrechen, Chaos. Die Menschen in Moria leben unter Bedingungen, die niemand freiwillig auch nur eine Nacht aushalten würde. Schon gar nicht mit Kindern.

Die Fälle von Depressionen, Angst- und posttraumatischen Belastungsstörungen haben laut Ärzten ohne Grenzen im ver-



PETROS GIANNAKOURIS / DPA

**Flüchtlingscamp Moria:** Suizidversuche, Selbstverletzungen, psychotische Krisen



LOUISA GOULIAMAKI / AFP

Lager auf Chios: »Sollen wir Lärm machen?«

gangenen Jahr innerhalb weniger Monate um 50 Prozent zugenommen. Jede Woche sehen sie im Durchschnitt sechs Patienten nach Suizidversuchen, Selbstverletzungen oder in psychotischen Krisen.

Ein Team wollte den Flüchtlingen in einer kleinen Klinik psychologische Beratung anbieten, doch kurz nach der Eröffnung standen bereits 500 Menschen auf der Warteliste. Das Haus musste wieder schließen, es war nicht auf solch einen Andrang eingerichtet. Demnächst soll ein größeres eröffnet werden.

Nach ihrem Rundgang durch Moria will Joanne Liu im Hauptquartier der Ärzte ohne Grenzen auf Lesbos mit den Helfern sprechen. Vor ihr steht ein großer Holztisch, rund 40 Mitarbeiter drängeln sich drum herum.

**2015 war Liu schon einmal** in Griechenland, in einem Lager bei Idomeni im Norden des Landes, in dem zeitweise über 14 000 Menschen ausharrten, um dann über die Balkanroute weiterzureisen.

Liu erzählt, dass die Situation damals eine ganz andere gewesen sei: »Den Menschen ging es nicht gut, aber sie wussten, sie kommen weiter«, sagt Liu. »Ihre Augen waren auf die Zukunft gerichtet.«

Von den Inseln kommt jetzt fast niemand mehr weg. Aus den provisorischen

Anlagen sind Dauereinrichtungen geworden. Die Flüchtlinge fühlen sich weggesperrt, vergessen. Sie warten monatelang, manche mehr als ein Jahr. Weil sich die Europäische Union nicht darauf einigen kann, wie die Menschen auf die Mitgliedstaaten verteilt werden könnten. Weil das Bearbeiten der vielen Asylanträge so lange dauert. Weil der Nachzug von Familienmitgliedern in vielen Ländern ausgesetzt ist. Wer hier gestrandet ist, kommt nicht mehr ohne Weiteres weg.

Die Menschen, sagt Liu, litten nun dreifach: an dem, was sie vor ihrer Flucht erlebt haben, an der Flucht selbst und dann, hier, an ihrer Hoffnungslosigkeit.

Der Arzt Apostolos Veizis meldet sich zu Wort. Er leitet die medizinische Unterstützung für die Ärzte ohne Grenzen im Land. Er sagt: »In mehr als 15 Jahren Arbeit in diesem Bereich ist das die schlimmste Situation, die ich je in Europa gesehen habe.« Im Sommer könnten die Griechen mehr als 30 Millionen Touristen versorgen, sie transportieren, beherbergen, mit Essen bewirten, aber sie schafften es nicht, diese Lager zu managen. Veizis sagt: »Das ist politisch gewollt.«

Ein anderer Mitarbeiter fragt: »Was können wir machen? Die Leute haben uns vergessen. Sollen wir laut werden, Lärm machen?«

Lärmmachen als Strategie, als Politik, das ist ein Markenkern der Ärzte ohne Grenzen. Ihre Gründungsmitglieder haben beschlossen, im Ernstfall über das, was sie auf ihren Einsätzen sehen, öffentlich zu sprechen.

1971 arbeitete eine Gruppe junger französischer Ärzte für das Rote Kreuz in Nigeria. Die nigerianische Regierung hatte die abtrünnige Region Biafra im Südosten des Landes von der Außenwelt abgeschnitten. Es folgte eine schreckliche Hungersnot.

Die Ärzte betrachteten das Geschehen als Völkermord, wollten mit ihrem Wissen an die Öffentlichkeit gehen. Doch das Neutralitätsprinzip des Roten Kreuzes verbot das. Daraufhin gründeten sie ihre eigene Organisation, eben die Ärzte ohne Grenzen, die »Médecins Sans Frontières«.

»Weil wir keine Waffen hatten, mussten wir unsere Patienten mit der Macht der öffentlichen Meinung schützen«, sagte damals der Arzt Bernard Kouchner, der später Außenminister in Frankreich wurde. Die Bilder der Biafra-Kinder mit ihren durch Mangelernährung aufgeblähten Bäuchen gingen um die Welt. Die Bilder machten Lärm.

Sollen die Ärzte in Griechenland jetzt also auch wieder laut werden?

Liu kennt diese Frage, den Wunsch zu reden. Sie weiß aber auch, dass das immer

mit dem Risiko verbunden ist, den Zugang zu den Patienten zu verlieren. »Und ohne Arbeit vor Ort haben wir auch kein Recht mehr, über die Zustände zu sprechen.«

Ende der Neunziger verließ die Organisation Nordkorea, weil Hilfslieferungen ans Militär und nicht an die notleidende Bevölkerung weitergegeben wurden. Seither versuche man vergebens, wieder reinzukommen.

Liu sagt, in Griechenland habe man noch ausreichend Spielraum, Druck auf die Politik auszuüben, auf die öffentliche Meinung. Sie hofft, die Stimmung drehen zu können.

»Im Moment ist die treibende Erzählung in Europa, dass die Flüchtlingspolitik erfolgreich ist. Weil weniger Leute kommen.« Liu will, dass gesehen wird, dass dies auf Kosten der Menschen geschieht.

**Im Januar vergangenen Jahres** forderte der damalige deutsche Innenminister Thomas de Maizière am Rande eines EU-Treffens auf Malta, dass in Nordafrika Flüchtlingslager eingerichtet werden. Sie sollten den Strom der Menschen, die aus Afrika übers Meer nach Europa fliehen, verschmälern.

Ein paar Monate später erklärte die EU-Kommission, dass sie die libysche Küstenwache mit 46 Millionen Euro unterstützen würde. Sie sollte die Flüchtlinge an der Überfahrt hindern und zurück aufs Festland bringen. In die Lager.

Die Ärzte ohne Grenzen arbeiten seit vielen Jahren in Libyen. Schon im Dezember 2016 warnten sie, dass die Menschen dort durch Milizen und Schmugglernetzwerke ausgebeutet würden. Voriges Jahr verschlechterten sich die Bedingungen rapide. Die Ärzte beschlossen, darüber zu sprechen – trotz des Risikos, nicht mehr in die Lager zu dürfen.

Im Sommer 2017 reiste Joanne Liu nach Tripolis. Auf einer Pressekonferenz im September erzählte sie, sie habe in Libyen den Inbegriff menschlicher Grausamkeit gesehen. Die Insassen der Lager berichteten von Gewalt, öffentlichen Misshandlungen, Vergewaltigungen; auch Schwangere seien vor Übergriffen nicht sicher.

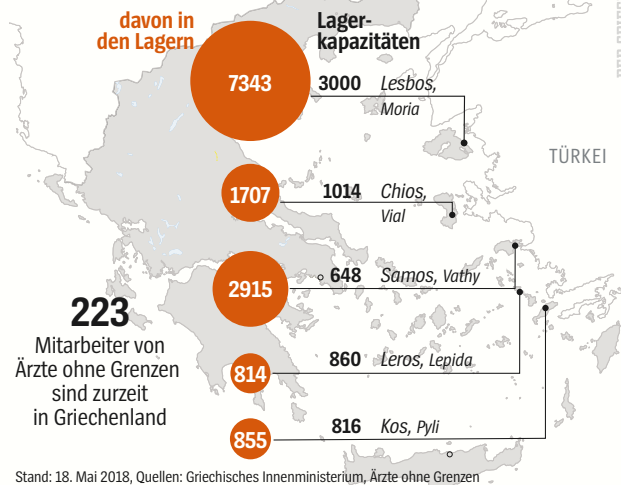
In einem offenen Brief an die EU schrieb sie: »Die Inhaftierung von Migranten und Flüchtlingen in Libyen ist bis auf den Grund verfault.«

Im Herbst veröffentlichte der Nachrichtensender CNN das Video einer Sklavenauktion in Libyen. Menschen wurden für wenige Hundert Dollar feilgeboten.

Als im November der EU-Afrika-Gipfel an der Elfenbeinküste stattfinden sollte,

## Flüchtlinge auf griechischen Inseln

gesamt: rund 15 000



setzten die afrikanischen Staats- und Regierungschefs das Thema Libyen kurzerhand auf die Tagesordnung.

Angela Merkel und Emmanuel Macron zeigten sich erschüttert von den Zuständen in den Lagern. Am Rande des Gipfels wurde vereinbart, dass internationale Organisationen dort Zugang bekommen und Flüchtlinge mit Aussicht auf Asyl aus Libyen ausgeflogen werden sollten. Noch ist nicht klar, ob, wie und wann diese Vereinbarungen umgesetzt werden.

Doch in Libyen hat die stille Arbeit der Ärzte ohne Grenzen, die irgendwann laut wurde, dazu geführt, dass diese Zustände nicht mehr stillschweigend hingenommen werden können.

Auf einer Fährfahrt zwischen den ägäischen Inseln will Liu über die Arbeit der Organisation sprechen. Es ist fünf Uhr früh, auf dem Passagierdeck des Schiffes schlafen Pendler, die am Abend zuvor aus dem Hafen in Piräus aufgebrochen sind. Nicht zu früh für Liu. Sie verschwendet ungern ihre Zeit.

Liu nippt an einem Kaffee und erzählt, dass sich die Organisation zu über 90 Prozent aus privaten Spenden finanziere. Dass es diese finanzielle Unabhängigkeit sei, die die Ärzte ohne Grenzen im Kern ausmache. Nur so müsse man sich nicht zwischen die Mahlsteine der Bürokratie begeben und könne in Krisen schnell vor Ort sein. »Bürokratie tötet Menschen«, sagt Liu.

Die Bürokratie sei es auch hier, in Griechenland, die den Flüchtlingen so zusetze, sie moralisch wie physisch kleinricke. Wer wird anerkannt? Wer untersteht dem EU-Türkei-Abkommen und wird in die Türkei zurückgeschickt? Die Verfahren dauern. Die Zeit spielt gegen die Menschen. Wollte man ein menschliches Wesen töten, sagt Liu, müsse man

seine Hoffnung auf eine Zukunft ausradieren.

Aus Protest gegen den EU-Türkei-Deal beschloss die Organisation im Jahr 2016, kein Geld mehr von der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten anzunehmen. In Deutschland verzichtet sie seither auf vier Millionen Euro im Jahr.

Was entgegnet sie Kritikern, die den Zuzug von Flüchtlingen ablehnen? Die seit Jahren die rechten Parteien stärken?

Liu kennt diese Fragen. Nach der Heimat, der Angst, den neuen Extremisten. Sie ist genervt davon. Sie sagt: »In all diesen Ländern muss die Zivilgesellschaft zusammenkommen und ihren Politikern sagen: Wir wollen nicht, dass unser Geld

dafür eingesetzt wird, dass Menschen leiden.«

Eine idealistische Antwort; man mag sie sogar naiv finden. Andererseits: Was soll Liu sonst sagen? Sie ist keine Politikerin, die die Folgen ihres Handelns Wählern vermitteln muss. Liu ist Ärztin. Ausgebildet, zu helfen, wo Hilfe gebraucht wird.

Liu hat sich in Rakka darüber gewundert, wie lange es dauern kann, bis sich der Staub in einer von Bomben vollkommen zerstörten Stadt legt. Sie hat in Cox's Bazar die Camps der Hunderttausenden aus Myanmar geflüchteten Rohingya in ihrem Elend gesehen. Sie hat auf der Pressekonferenz in Genf, als sie von den Lagern in Libyen berichtete, immer wieder nach Worten gerungen, um die Grausamkeiten zu beschreiben.

Joanne Liu und die Mitarbeiter der Ärzte ohne Grenzen sehen die Welt meist von ihrer schlechtesten Seite. In ihren Einrichtungen behandeln sie oft Kriegsverbrecher und deren Opfer gleichzeitig. Ihr Anspruch, sich in diesen Situationen nicht umzudrehen, sondern die Hand auszustrecken und zu helfen, ist kein politischer. Er ist menschlich. Es ist vor allem diese Menschlichkeit, die den Rest der Welt mahnen soll, ihre eigene nicht aufzugeben.

Durch die Panoramascheiben der Fähre sieht man jetzt die Sonne aufgehen. Blassgelb drückt sie sich über den Horizont des ägäischen Meeres. In einer halben Stunde wird das Schiff im Hafen von Lesbos einlaufen. Liu nimmt einen letzten Schluck Kaffee. Sie sagt, dass gerade 65 Millionen Menschen auf der Flucht seien. Weltweit. »65 Millionen Menschen auf der Suche nach einem neuen Zuhause.« Sie blickt jetzt streng. Dann sagt sie: »Die werden nicht einfach verschwinden.«

Kerstin Kullmann



# Alchemie im Hobbykeller

**Erfinder** In einem Reihenhaus in Hennef planen zwei Forscher einen Coup: Sie wollen sauberen, günstigen, umweltfreundlichen Kraftstoff erzeugen. Genau.

**D**ie Maschine rumpelt, durch dünne Schläuche wird ruckartig Luft aus den vier Stahlreaktoren gepumpt. Ein Pfeifen, ein Gurgeln, dann läuft eine grün-milchige Flüssigkeit in die Colaflasche aus Plastik.

Es ist ein Montag im Februar, Vincent Blouin steht in einer holsteinischen Scheune zwischen staubigen Motorradgerippen und starrt in eine grelle Stichflamme. Der Maschinenbaudozent von der Clemson University in South Carolina wollte diesen skurrilen Erfinder unbedingt kennenlernen. Ein Bekannter hatte ihm von dem Mann erzählt. Also stieg Blouin in Atlanta in ein Flugzeug, kämpfte sich mit einem Mietwagen im Schneesturm durch die Holsteinische Schweiz.

Der Mann, der Blouin nach Norddeutschland lockte, heißt Waldemar Lewtschenko, 53. Lewtschenko ist Juwelier, Kunstmaler und selbst ernannter Erfinder und will nun dem amerikanischen Dozenten auf dem Hof eines seiner Investoren beweisen, dass seine Erfindung funktioniert. Dass er mit ein bisschen Strom aus Altöl und Wasser in ein paar Sekunden Wertvolles für die Menschheit erschaffen kann.

Lewtschenko, ein schmaler, stiller Mann, zupft nervös an den Kabeln, überprüft die Einstellungen, dreht an einem Rädchen. Blouin beugt sich über die Flasche, riecht. »Benzin!«, sagt Lewtschenko, der Maschinenbauer nickt.

Nach vier Stunden des Zeigens, Erklärens, Fragens, Fragens und noch mal Fragens klappt Blouin sein Notizbuch zu, verschränkt die Arme und schaut in die Gesichter der Investoren. »Wow«, sagt er.

Lewtschenko und sein Mitfinder, der 58-jährige deutsche Ingenieur Anton Ledwon, wollen in der Werkstatt eines Reihenhauses im rheinischen Hennef die Chemie revolutionieren.

Ihre Erfindung ist eigentlich zu schlicht, um wahr zu sein. Sie geben Wasser und

eine kohlenstoffhaltige Flüssigkeit wie Alt- oder Schweröl in einen Reaktor. Und zerlegen angeblich mithilfe eines gezielten kleinen elektrischen Impulses die langkettigen Kohlenwasserstoffe und fügen sie zu wertvollen kurzkettingen Produkten wie Benzin neu zusammen. Wichtig dabei ist die Erzeugung von Unterdruck, eine sogenannte kontrollierte Kavitation.

Ihre Synthesemethode, so sagen sie, solle ohne hohe Temperaturen und Drücke gezielt und kostengünstig ablaufen. Um die gewünschten Stoffe zu erzeugen, neben Benzin und Diesel auch Schweißgas oder Ammoniak.

Können zwei Tüftler, die sich allmorgendlich in einem Hobbykeller treffen, solche Alchemie hinbekommen?



**Tüftler Ledwon, Lewtschenko**

»Immer ist irgendwas in die Luft gegangen«

Wohl kein Thema treibt die Petrobranche aktuell so um wie die Frage nach der preiswerten und umweltfreundlichen Herstellung synthetischer Kraftstoffe. Automobilhersteller, Ölmultis und Chemiekonzerne investieren Milliarden in den Treibstoff der Zukunft. Aus CO<sub>2</sub> und Wasser sollen neue Stoffe entstehen (siehe SPIEGEL 15/2018).

»Natürlich ist es unwahrscheinlich, dass wir *das* Ding gefunden haben«, gibt Ledwon zu. Vor ein paar Jahren gewann ein Unternehmen mit einer von ihm entwickelten Erdwärmesonde den Deutschen Innovationspreis für Klima und Umwelt. Jetzt unterstützt er den »Kopf«, wie er

seinen Partner Lewtschenko nennt. »Wir müssen doch an uns glauben, sonst hat das Ganze keinen Sinn.«

Drei Geldgeber haben bereits deutlich mehr als 100 000 Euro in die Hennefer Keller-Innovateure investiert: ein Landwirt, ein Unternehmer aus den USA und ein Manager eines Stahlkonzerns. Eine eigens gegründete Firma gibt es auch, die Heion GmbH.

Lewtschenko wuchs in der Ukraine auf, kam 2001 als Spätaussiedler nach Deutschland. Schon sein Vater habe gern experimentiert, sagt er. »Immer ist irgendwas in die Luft gegangen. Wir sind eine Erfinderrfamilie.«

Die Geschichte seiner eigenen Idee klingt schrill: Nach einem schweren Unfall 2009, berichtet Lewtschenko, habe ihn in der Reha eine Reihe von Visionen heimgesucht – daraus habe er am Ende das Konzept entwickelt. »Das Know-how dazu musste ich mir aneignen«, sagt er. »Ich bin ja kein Wissenschaftler.«

»Dieser Mann hat keinerlei wissenschaftliche Ausbildung«, sagt auch ein ehemaliger BASF-Manager, dem Lewtschenko und Ledwon ihre Erkenntnisse vor sechs Monaten vorgestellt haben. »Da sind keine fundierten Grundlagen.« Auch sei unklar, ob die Kraftstoffherstellung à la Heion überhaupt in großem Maßstab funktionieren könne.

Alles heiße Luft, so scheint es.

Lewtschenko und Ledwon haben sich nun Hilfe geholt: Sie würden jetzt, sagen sie, von einem Wissenschaftler beraten, der bei einem großen Automobilzulieferer Motorenkomponenten entwickelt. Auch soll in den nächsten Wochen eine größere computergesteuerte Anlage entstehen. Die Erfinder wollen dann versuchen, gezielt Stoffe für die Industrie herzustellen.

Und Vincent Blouin will, sobald die Anlage in Deutschland steht, eine zweite an seiner Universität aufbauen, finanziert mit öffentlichen Geldern. »Klar, es können

immer noch unüberwindbare technische Probleme auftreten«, sagt er, »aber die Technik hat Potenzial.« Es fällt Blouin sichtlich schwer zu verstehen, warum die Deutschen sich geradezu fürchten vor Erfindern mit schrulligen Ideen.

Lewtschenko und Ledwon wollen jetzt zeigen, dass sie es schaffen können. In sechs Wochen ist es so weit. Dann gilt es, aus gewöhnlichem Dreckdiesel sauberen herzustellen. In einem kleinen Versuch habe es schon geklappt, versichern sie. Aber sie müssen ja auch an sich glauben.

Jesko zu Dohna

# Heilige Kuh auf Diät

**Umwelt** Die EU ordnet die Landwirtschaftspolitik neu – eine Chance, den Ökofrevel durch konventionellen Ackerbau zu stoppen, eine Chance für die Biene. Doch der Systemwechsel bleibt wohl aus.

**D**as Problem ist unsichtbar, und das ist ein Problem: Tier- und Pflanzenarten sterben, aber sie welken nicht öffentlich. Sie verschwinden einfach. Still. Und weil dadurch einer oder zwei anderen Arten die Nahrung fehlt, können auch diese nicht mehr leben. Und dadurch wiederum die nächsten.

Und immer so fort, längst ist das Netz an unzähligen Stellen zerrissen, unermessliche Löcher klaffen. Und es betrifft bei Weitem nicht nur die Bienen, deren Schwund immerhin nicht unbemerkt geblieben ist, und nicht nur die Insekten insgesamt. Es betrifft die gesamte Flora und Fauna; Biologen und Umweltschützer warnen schon lange davor.

Jetzt haben deutsche Wissenschaftler Alarm geschlagen: Es sei so weit, heißt es in dem vorige Woche veröffentlichten Diskussionspapier der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, »wichtige Ökosystemfunktionen und Lebensgrundlagen« seien »ernsthaft in Gefahr«.

In einem 68-seitigen Papier mit dem bedeutungsträchtigen Titel »Der stumme Frühling« beschreiben die Forscher, wie der Pestizideinsatz in der konventionellen Landwirtschaft die Artenvielfalt auf ein unerträgliches Maß reduziert hat und noch weiter reduziert. »Durch die massive Reduktion von Biomasse, Mikrohabitatstrukturen und Nahrungsressourcen sind nicht nur Insekten, sondern auch Konsumenten der Insekten wie Kleinsäuger und Vögel betroffen.«

Und sie fordern die Politik auf, den ökologischen Verheerungen durch die konventionelle Landwirtschaft dringend Einhalt zu gebieten.

Genau im richtigen Moment, eigentlich. Am 1. Juni stellt EU-Landwirtschaftskommissar Phil Hogan seine erste Gesetzesvorlage zur Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik vor. Bis 2020 wird dann gerungen werden, wie die Landwirtschaft die folgenden sieben Jahre finanziert wird.

Die Fördersumme soll um rund fünf Prozent schrumpfen, die heilige Kuh, die immer schon den Großteil des Etats, momentan 40 Prozent, verschlungen hat, muss auf Diät. Zum einen wegen der Beitragsausfälle durch den Brexit, zum anderen, weil die Union Geld

braucht für drängende Probleme wie Grenzsicherung, Flüchtlingspolitik, Digitalisierung.

Hinzu kommt: Seit Jahren herrscht große Unzufriedenheit mit dem bestehenden System der Unterstützungszahlungen. Der Großteil des Geldes wird als Direktzahlung pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche vergeben. Mit dem Effekt, dass ein Fünftel der Betriebe in der EU 80 Prozent der Gelder bekommen. Größe wird be-

tikaresistenzen bei Mensch und Tier, tierschutzwidrige Nutztierhaltung – und der Schwund lebenswichtiger Artenvielfalt.

Viele Bürger sind nicht mehr gewillt, die Kosten der von der Agrarbranche verursachten Schäden zu bezahlen, die sich etwa in der Wasserrechnung verstecken. Zumal sie schon die Verursacher über ihre Steuern finanzieren, denn hierzulande bestehen rund 40 Prozent der bäuerlichen Einkommen aus den Zahlungen von EU und deutschem Staat.

Die jetzt anstehende Reform hat das Potenzial für einen Systemwechsel. Umwelt- und Tierschutzverbände, Agrarökonom, die Grünen und selbst das Bundesumweltministerium unter der just ausgeschiedenen SPD-Ministerin Barbara Hendricks haben Finanzierungsmodelle für eine nachhaltige Landwirtschaft vorgelegt. Sie alle folgen dem gleichen Leitgedanken:



HENNING KAISER / DPA

**Pestizideinsatz in Niedersachsen:** Größe wird belohnt

lohnt, egal ob ein Landwirt Raps für den Tank oder Weizen für Brot anbaut.

Die zweite Säule umfasst gezielte Förderprogramme für die nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung und die ländliche Entwicklung. Sie ist deutlich bescheidener ausgerüstet.

Diese Verteilung der Gelder hat jahrzehntelang einseitige Anreize gesetzt und die industrielle Landwirtschaft überproportional gefördert. Die Folgen sind gravierend: Überdüngung von Böden und Wasser, Klimaschäden durch hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen, lebensbedrohliche Antibio-

Geld bekommt nur noch, wer Umweltleistungen erbringt, zum Beispiel weniger düngt, weniger spritzt; Fruchtfolgen statt Monokulturen, Blühstreifen für Insekten.

Statt Produzent möglichst billiger Rohstoffe für die Lebensmittelindustrie zu sein, soll sich der Landwirt als Landschaftsbewahrer und Hersteller qualitativ hochwertiger Ware verstehen. »Ziel muss sein, statt Subventionen zu zahlen, Landwirte für gesellschaftliche Leistungen zu entlohnen«, sagt Professor Harald Grethe, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik der Bundesregierung.

Eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sei notwendig.

Auch Phil Hogan hört die Signale. Auf einer Konferenz im dänischen Tondern zur Zukunft der EU-Agrarwirtschaft lauschte der Kommissar dem schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsminister und Grünen-Chef Robert Habeck, der ein Modell für Umweltleistungen vorstellte, um den Landwirten zusätzliches Einkommen zu verschaffen. Er war sehr angetan, das Modell würde zu den EU-Zielen und in die GAP 2020 passen, sagte er. Das war am 20 März.

Kurz darauf sickerte Hogans Entwurf zur GAP-Neuordnung durch. Und enttäuschte alle, die auf einen Paradigmenwechsel gehofft hatten. Denn das verhängnisvolle Zweisäulenmodell bleibt unangestastet. Schlimmer noch: Der Großteil der Kürzungen betrifft die zweite Säule, in der die Umweltleistungen stecken.

machen – die bei riesigen Betrieben entsprechend hoch sind. Der irische Agrarökonom Alan Matthews, der die Vereinten Nationen und das EU-Parlament beriet, hat das durchkalkuliert. Sein Fazit: Lässt man die Anrechnung der Arbeitskosten zu, hat die Kappung in den allermeisten Fällen keinen Effekt. Null. Nur wenn dieses Schlupfloch geschlossen werde, greife die Obergrenze. Ansonsten sei das nur eine List der Kommission, die kleineren Betriebe für ihre Pläne zu gewinnen.

Entscheidend aber wird, ob Hogan in seinem Entwurf eine Verbesserung beim Thema Umwelt und Nachhaltigkeit vorsieht. In der ersten Fassung ist das »Greening«, die jetzigen Prämien für Umweltleistungen, schlicht abgeschafft.

Stattdessen soll es eine Basisprämie und zusätzliche Zahlungen für die Einhaltung besonderer Umwelt- und Klimastandards

über Wettbewerbsverzerrung klagen«, sagt der grüne Europaabgeordnete Martin Häusling.

Das Umweltbundesamt pflichtet ihm bei: »Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es nicht ausreicht, auf EU-Ebene nur allgemeine Zielvorgaben zu machen und die konkrete Ausgestaltung der Agrarförderung den einzelnen Mitgliedstaaten zu überlassen«, heißt es in einem Kommentar. So habe die deutsche Bundesregierung während der Förderperiode 2014 bis 2020 die Gestaltungsspielräume zur Stärkung des Umwelt- und Klimaschutzes »bei Weitem nicht genutzt«.

Nabu-Präsident Olaf Tschimpke fordert eine Verpflichtung der Regierungen, ausreichend Geld für klare gesellschaftliche Ziele auszugeben und darüber Rechenschaft abzulegen. Tatsächlich gleicht die Idee, keine obligatorischen ökologischen Standards zu setzen, einer umweltpolitischen Bankrotterklärung.

Obgleich sich Millionen EU-Bürger eine nachhaltigere Landwirtschaft wünschen, will die Kommission Tatsachen schaffen, die das Gegenteil bewirken – und das für die nächsten zehn Jahre. Sie plant offenbar, laut dem ersten Entwurf, die Direktsubventionen um magere vier Prozent zu kürzen, so die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, und die Umweltprogramme um rund 20 Prozent zu stutzen. Laut Nabu-Berechnungen will die Kommission sogar 80 Prozent weniger Geld an Natur und Umwelt koppeln.

Das genaue Gegenteil wäre notwendig.

Doch der Widerstand ist zu stark. Die Bauern bestehen vehement auf ihre Einkommenssicherung durch Direktzahlungen – und die Politik zieht mit.

Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner will sich gemeinsam mit dem Deutschen Bauernverband gegen harte Etateneinschnitte und jegliche Kappungen der Direktzahlungen stemmen. Die französische Regierung kämpft ebenfalls um den grundsätzlichen Erhalt der Zahlungen an ihre Bauern und scharft Mitgliedsländer um sich, um die Reform zu kippen.

Keiner von ihnen greift die vielen Vorschläge zu einer nachhaltigen Finanzierung auf, niemand forciert die bitter nötige Agrarwende. Klientelpolitik scheint Europas Politikern immer noch wichtiger als der Verlust der Artenvielfalt und damit unserer Lebensgrundlagen, der Klimawandel, die Vergiftung von Luft, Wasser und Böden, die Gefährdung von Menschenleben durch zunehmende Antibiotikaresistenzen. Sie agieren so kurzfristig, als hätten sie allesamt keine Kinder und Kindeskinde.

Die große Chance, die Landwirtschaft auf EU-Ebene zum Besseren zu wenden, sie bleibt wohl ungenutzt.

Rafaela von Bredow, Michaela Schießl



JENS KOEHLER / DDP IMAGES

**Biene auf Borrettschwiese bei Anklam:** Sie verschwinden einfach, still

Das scheinbar Fortschrittliche an dem Papier ist die Deckelung der jährlichen Direktzahlungen auf 60 000 Euro pro Betrieb. Damit würde die überproportionale Förderung großer Betriebe eingedämmt. Mit dem eingesparten Geld soll das jeweilige Mitgliedsland andere Maßnahmen finanzieren, etwa höhere Zahlungen für die ersten Hektare oder die Unterstützung von Junglandwirten und Ökomaßnahmen.

Doch der Teufel steckt im Kleingedruckten. Denn die Betriebe dürfen, wenn es um die Berechnung der Obergrenze geht, sämtliche Kosten für Arbeitskräfte geltend

geben. Die EU legt jedoch lediglich den Rahmen fest, definiert Ziele wie geringere Treibhausgasemissionen, Humusanreicherung im Boden, die Vermeidung von Nitrat im Grundwasser und die Artenvielfalt. Auf EU-Ebene entstünde ein Maßnahmenkatalog von Regeln und Instrumenten, aus dem sich die Mitgliedstaaten bedienen können.

Umweltverbände fürchten, dass damit ein Rennen nach unten beginnt, eine Konkurrenz um die niedrigsten Umweltauflagen. »Das Niveau wird von den Ländern mit dem schlechtesten Schutz vorgegeben, weil die Landwirte im Rest der EU sonst

# DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail [spiegel@spiegel.de](mailto:spiegel@spiegel.de)

## Impressum

**HERAUSGEBER** Rudolf Augstein (1923–2002)

**CHEFREDAKTEUR** Klaus Brinkbäumer (V.i.S.d.P.)

### STELLV. CHEFREDAKTEURE

Susanne Beyer, Dirk Kurbjuweit, Alfred Weinzierl

**HAUPTSTADTBÜRO** Leitung: René Pfister, Michael Sauga, Christiane Hoffmann (stellv.). **Redaktion Politik und Wirtschaft:** Nicola Abé, Dr. Melanie Amann, Markus Dettmer, Veit Medick, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Cornelia Schermagel, Christoph Schult, Anne Seith, Gerald Trautner. **Autoren, Reporter:** Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

**DEUTSCHLAND** Leitung: Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet. **Redaktion:** Laura Backes, Katrin Elger, Michael Fröhlingdorf, Hubert Gude, Charlotte Klein, Miriam Olbrisch, Andreas Ulrich, Michael Wulzinger. **Meldungen:** Annette Bruhns. **Autoren, Reporter:** Jan Fleischhauer, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep (frei), Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegreke

**Berliner Büro** Leitung: Frank Hornig. **Redaktion:** Maik Baumgärtner, Sven Becke, Sven Röbel, Michael Sonthheimer (frei), Andreas Wassermann, Wolf Wiedemann-Schmidt. **Autoren, Reporter:** Stefan Berg, Martin Knobbe

**WIRTSCHAFT** Leitung: Armin Mahler, Susanne Amann (stellv.), Markus Brauck (stellv.). **Redaktion:** Simon Hage, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Guido Mingels, Martin U. Müller, Ann-Katrin Nezik, Simone Salden. **Autoren, Reporter:** Hauke Goos, Michaela Schiefel

**AUSLAND** Leitung: Britta Sandberg, Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu von Rohr (stellv.). **Redaktion:** Fiona Ehlers, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Tobias Rapp, Raniah Salloum, Samiha Shafy, Helene Zuber. **Autoren, Reporter:** Marian Blasberg, Clemens Höges, Susanne Kolob, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

**WISSENSCHAFT UND TECHNIK** Leitung: Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. **Redaktion:** Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Frank Thadeusz, Christian Wüst. **Autor:** Jörg Blech

**KULTUR** Leitung: Sebastian Hammelehe (stellv.). **Redaktion:** Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Anke Dürr, Ulrike Knöfel, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. **Autoren, Reporter:** Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Lothar Griss, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann

**GESELLSCHAFT** Leitung: Matthias Geyer, Özlem Gezer (stellv.). **Redaktion:** Maik Großekathöfer, Barbara Hardinghaus, Maren Keller, Timofey Neshitov, Dialia Neufeld, Claas Relotius, Jonathan Stock, Takis Würger. **Autoren, Reporter:** Uwe Buse, Ulrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch (frei), Marc Hujer, Alexander Osang, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

**SPORT** Leitung: Udo Ludwig. **Redaktion:** Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann, Christoph Winterbach

**INVESTIGATIVREPORTER** Rafael Buschmann, Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch, Jörg Schmitt (*investigativ-reporter@spiegel.de*). Koordination SPIEGEL ONLINE: Jörg Diehl, Koordination SPIEGEL TV: Roman Lehberger

**SONDERTHEMEN** Leitung: Dr. Susanne Weingarten, Dr. Eva-Maria Schnurr (stellv.). **Redaktion:** Markus Deckerich, Uwe Klufmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Sandra Schulz. **Autorin:** Marianne Wellershoff

**KOORDINATION MEINUNG** Markus Feldenkirchen, Christiane Hoffmann  
**SPiegel PLUS** Alexander Neubacher  
**DEIN SPIEGEL** Leitung: Detlef Hache, Bettina Stiebel. **Redaktion:** Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Alexandra Schulz

### CHEF VOM DIENST

Anke Jensen, Thomas Schäfer  
**Schlussredaktion:** Gesine Block; Christian Albrecht, Gertred Alfes, Ulrike Boßerhoff, Regine Brandt, Lutz Dieckrichs, Ursula Junger, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lüken, Stefan Moos, Reimer Nagel, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulz

**Produktion:** Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Rebecca von Hoff, Katrin Zabel

**BILDREDAKTION** Leitung: Michaela Herold, Claudia Jeczawitz (stellv.); Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Elisabeth Kolb, Petra Konopka, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz  
**Mail:** [bildred@spiegel.de](mailto:bildred@spiegel.de)  
**SPIEGEL** Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

**GRAFIK UND MULTIMEDIA** Leitung: Jens Radü. **Grafik-Team:** Cornelia Baumermann, Thomas Hammer; Ludger Bollen, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Ferdinand Kuchlmayr, Gernot Matzke, Cornelia Plauter, Michael Walter.  
**Multimedia-Team:** Olaf Heuser; Alexander Epp, Birgit Großekathöfer, Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

**LAYOUT** Leitung: Jens Kuppi, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhuhe, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Nils Küppers, Annika Loebel, Leon Lothschütz, Sebastian Raulf, Florian Rauschenberger, Barbara Rödigler

**TITELBILD** Leitung: Katja Kollmann, Johannes Unsel (stellv.); Suze Barrett, Iris Kuhlmann

### REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

**BERLIN** Alexanderufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft. Tel. 030 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200, Fax 886688-222  
**DRESDEN** Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0, Fax 26620-20

**DÜSSELDORF** Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01, Fax 86679-11

**FRANKFURT AM MAIN** Matthias Bartsch, Thilo Bartz, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680, Fax 97126820

**KARLSRUHE** Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737, Fax 9204449

**MÜNCHEN** Anna Clauß, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950, Fax 45459525

### REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

**BANGALORE** Laura Höflinger, 811, 10th A Main Road, Suite No. 114, 1st Floor, Bangalore – 560 038

**BOSTON** Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 857 9197115

**BRÜSSEL** Peter Müller, rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, Fax 2311436

**ISTANBUL** Maximilian Popp, Tel. +90 5413971567

**KAPSTADT** Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

**KIEW** Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

**LONDON** Jörg Schindler, 26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel. +44 203 4180610, Fax +44 207 0929055

**MADRID** Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 650652889

**MOSKAU** Christian Esch, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskwa, Tel. +7 495 22849-61, Fax 22849-62

**NEW YORK** Philipp Oehmke, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. +1 212 2217583, Fax 3026258

**PARIS** Julia Amalia Heyer, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120, Fax 42960822

**PEKING** Bernhard Zand, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 65323541, Fax 65325453

**RIO DE JANEIRO** Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. +55 21 2275-1204

**ROM** Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522, Fax 6797768

**SAN FRANCISCO** Thomas Schulz, 1 Post Street, Suite 2750, San Francisco, CA 94104, Tel. +1 212 2217583

**TEL AVIV** P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083

**TOKIO** Dr. Wieland Wagner, Asagaya Minami 2-31-15 B, Suginami-ku, Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

**WARSAU** P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau, Tel. +48 22 6179295

**WASHINGTON** Christoph Scheuermann, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222, Fax 3473194

**DOKUMENTATION** Leitung: Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg, Cathrin Fandja, Dr. André Geicke, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Cussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mudit, Bernd Musa, Nicola Naber, Claudia Niesen, Sandra Ofner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

**NACHRICHTENDIENSTE** AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid  
**SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG**  
Verantwortlich für Anzeigen: André Pätzold  
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 72 vom 1. Januar 2018  
Mediaunterlagen und Tarife: [www.spiegel.media](http://www.spiegel.media)  
Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass  
Verantwortlich für Herstellung: Silke Kasuba

**DRUCK:** Mohn Media Gütersloh  
**FSC** **FSC® C011124**

**VERLAGSLEITUNG** Jesper Doubt  
**GESCHÄFTSFÜHRUNG** Thomas Hass

## Service

### Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg  
[www.spiegel.de/leserbriefe](http://www.spiegel.de/leserbriefe), Fax: 040 3007-2966  
Mail: [leserbriefe@spiegel.de](mailto:leserbriefe@spiegel.de)

Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: [hohlspiegel@spiegel.de](mailto:hohlspiegel@spiegel.de)

### Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:  
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg  
Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«  
Mail (Kontakt über Website): [www.spiegel.de/investigativ](http://www.spiegel.de/investigativ)  
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet:  
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

### Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966  
Mail: [leserservice@spiegel.de](mailto:leserservice@spiegel.de)

### Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags.  
Für Deutschland, Österreich, Schweiz:  
Mail: [lizenzen@spiegel.de](mailto:lizenzen@spiegel.de), Telefon: 040 3007-3540  
Fax: 040 3007-2966  
Für alle anderen Länder: The New York Times Syndicate  
Mail: [ilaria.pargoni@nytimes.com](mailto:ilaria.pargoni@nytimes.com), Telefon: +1 212 556-5118

**Nachbestellungen** SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter [www.amazon.de/spiegel](http://www.amazon.de/spiegel) versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

**Historische Ausgaben** Historische Magazine Bonn  
[www.spiegel-antiquariat.de](http://www.spiegel-antiquariat.de) Telefon: 0228 9296984

**Abonnement für Blinde** Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265  
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde  
Telefon: 069 9551240

**Abonnementspreise**  
Inland: 52 Ausgaben € 249,60  
Stützen Inland: 52 Ausgaben € 171,60

Auslandspreise unter [www.spiegel.de/ausland](http://www.spiegel.de/ausland)  
Mengenpreise auf Anfrage.

**Abonnentenservice** Persönlich erreichbar  
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr  
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg  
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070  
Mail: [aboservice@spiegel.de](mailto:aboservice@spiegel.de)

### Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:  
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg –  
oder per Fax: 040 3007-3070, [www.spiegel.de/abo](http://www.spiegel.de/abo)

Ich bestelle den SPIEGEL  
 für € 4,80 pro gedruckte Ausgabe  
 für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.  
Der Bezug ist zur nächstreichbaren Ausgabe kündbar.  
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.  
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer oder Postfach \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht) \_\_\_\_\_

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu den AGB und meinem Widerrufsrecht finde ich unter [www.spiegel.de/agb](http://www.spiegel.de/agb)

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten \_\_\_\_\_

SP18-003, SD18-008 (Upgrade)



**INTERNET** [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)  
**REDAKTIONSBLOG** [spiegel.de/spiegelblog](http://spiegel.de/spiegelblog)  
**TWITTER** @derspiegel  
**FACEBOOK** [facebook.com/derspiegel](http://facebook.com/derspiegel)

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ 07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.

# Nachrufe



JACK MITCHELL / GETTY IMAGES / AG BILD-KUNST, BONN

## Robert Indiana, 89

Man kenne sein berühmtestes Werk, aber nicht ihn, beschwerte sich der US-Künstler einmal. Also zog er sich 1978 gleich ganz zurück, siedelte sich auf einer Insel vor der Küste Maines an, auf der viele von der Hummerfischerei leben, wurde zum Robinson Crusoe der Kunstwelt. Vorausgegangen war das: Anfang der Sechzigerjahre galt er als kommender Künstler, experimentierte auch mit Typogrammen, das Museum of Modern Art bestellte bei ihm eine Weihnachtskarte, er nahm eine bestehende Idee auf – und schuf »Love«. Ein Buchstabenbild, rot-blau-grün, es wurde zum Emblem seiner Zeit, der Künstler verwendete es auch für Skulpturen, designte sogar eine Briefmarke. Doch der Einfall wurde oft von anderen kopiert, variiert. Indiana, der eigentlich mit Nachnamen Clark hieß, verschwand hinter dem Logo, hinter dessen Weltpräsenz. Als homosexueller Mann hatte er es auf der kleinen, nicht gerade fortschrittlichen Hummerinsel dann nicht immer einfach. Schlimmer war es womöglich, vom Kunstbetrieb ignoriert zu werden. 2013 folgte dann doch eine Würdigung im New Yorker Whitney Museum, Titel: »Beyond Love« (Jenseits der Liebe). In den letzten Jahren, sogar noch in den letzten Tagen vor seinem Tod wurde aber viel gestritten – immer ging es um »Love«, um die Verwertung, anderen war das alles längst wichtiger geworden als ihm. Robert Indiana starb am 19. Mai in Vinalhaven, Maine. UK

## Reggie Lucas, 65

Er war ein Frühstarter. Gerade mal 18 Jahre alt, bekam Reginald Grant Lucas, genannt Reggie, das Angebot eines legendären Musikers: Der Jazzler Miles Davis lud ihn ein, in seiner Band Gitarre zu spielen. Bei Davis lernte Lucas den Schlagzeuger James Mtume kennen, mit dem er einige Jahre später Stephanie Mills' »Never Knew Love Like This Before« produzierte; der R&B-Song brachte ihm einen Grammy ein. Musikgeschichte aber schrieb Lucas mit einer anderen Künstlerin. 1983 produzierte er sechs der acht Songs auf dem Debütalbum einer gewissen Madonna Louise Veronica Ciccone, darunter den Hit »Borderline«, den er auch geschrieben hatte. Ein Kickstart zur Weltkarriere. Reggie Lucas starb am 19. Mai in New York. TOB

## Clint Walker, 90

Wenn es in Hollywood je ein echtes Mannsbild gab, dann war es Clint Walker. Fast zwei Meter groß, ein Kreuz wie ein Olympiaschwimmer, ein Gesicht, das wie in Stein gemeißelt wirkte – der Schauspieler kam daher wie eine Naturgewalt. Er war also perfekt ausgestattet für das härteste aller Genres, den Western. Seine Sporen verdiente sich Walker in der Fernsehserie »Cheyenne«. Ab 1955 spielte er in über hundert Folgen einen Grenzgänger zwischen den Kulturen, einen Cowboy, der unter Indianern aufgewachsen ist. In vielen B-Western, die Titel wie »Im Höllentempo nach Fort Dobbs« trugen, verkörperte er Revolverhelden mit einem entscheidenden Handicap: Er gab ein großes Ziel ab, deshalb musste er schneller ziehen als seine Gegner. An der Seite von Stars wie Frank Sinatra



ZUMA PRESS / IMAGO

oder Burt Reynolds übernahm er immer wieder Nebenrollen. Weil er sie manchmal um Kopfgröße überragte, mussten sie sich sehr anstrengen, aus seinem Schatten zu treten. Wenn es in den Filmen eher darum ging, elegant, charmant und geschmeidig zu sein, konnte Walker mit Verve den besonders groben Klotz geben. Wie er sich in der Doris-Day-Komödie »Schick mir keine Blumen« (1964) aus einem für ihn viel zu kleinen Sportwagen windet, ist ein Meisterstück der Komik. Clint Walker starb am 21. Mai im kalifornischen Grass Valley. LOB

## Manfred Schaub, 60

Längst nicht alle Politiker sind auch Promis. Manfred Schaub war ein einflussreicher Mann in der SPD, aber er trat nicht in Kochsendungen auf und wettete nicht in Talkshows. Als Bürgermeister der nordhessischen Stadt Baunatal, als Landespolitiker und Bezirksvorsitzender gehörte er zu jenen, die an der sozialen Textur weben. Wer leichtfertig auf die Politiker und das System schimpft, sollte angesichts seines Lebenswegs innehalten. Der 1957 in Altenbauna geborene Schaub war ein Praktiker der Politik, ein gelernter Verwaltungsmann. Er pflegte jenen kompromissbereiten Stil, mit dem die Bundesrepublik so erfolgreich wurde. Der Sport war eines der Gebiete, die Schaub besonders wichtig waren, allerdings auch hier nicht der glamouröse und geldsüchtige Spitzensport, sondern der, bei dem die Leute mitmachen, der Breitensport. Er hatte eine Fußballtrainerlizenz, war Vizepräsident im Bund Deutscher Fußball-Lehrer und holte große Sportveranstaltungen nach Baunatal. Manfred Schaub starb an einem Herzinfarkt am 20. Mai in Baunatal. NM

## Jürgen Jürgens, 65

Ein Name, den man Radiohörer kaum hätte vorenthalten können, so schön war es für seine Fans, wenn Jürgen Jürgens angekündigt wurde. Schon als Schüler zog es ihn vors Mikrofon. Begeistert von der Sendung »Hey Music« im Sender Freies Berlin, schrieb er hartnäckig Leserbriefe, bis er 1969 schließlich selbst Songs dort ansagen durfte. Er übernahm später die Sendung und prägte nicht nur den Musikgeschmack einer Berliner Generation, sondern führte auch Interviews mit Größen wie Whitney Houston oder Johnny Cash. Jürgen Jürgens starb am 21. Mai. XVC

# Personalien

## Widerstand

● Manchmal braucht man erst die Einschätzung von Außenstehenden, um selbst zu merken, was eigentlich gerade los ist. Als das berühmte US-amerikanische Magazin »Time« Angela Merkel 2015 zur »Person of the Year« und sogar »Chancellor of the Free World« kürte, stellte man als Deutscher fest, dass sich der Blick auf dieses Land verändert hatte. **Kevin Kühnert**, 28, wurde nun ebenfalls auf ein Podest gestellt: Das Magazin präsentiert ihn in der aktuellen Ausgabe als einen von zehn einflussreichen jungen Menschen weltweit, die die »Anführer einer neuen Generation« seien. Kühnert wird als »Angstgegner« Angela Merkels eingeführt, der »eine nationale Debatte über die politische Zukunft Deutschlands« angestoßen habe. Dazu kommt, dass sich auf Englisch alles etwas dramatischer anhört: Kühnerts Satz »So we launched a resistance« klingt mehr nach »Star Wars« denn nach SPD-Ortsverein. Für Kühnert bleibt zu hoffen, dass es ihm anders ergeht als seiner Vorgängerin: Angela Merkel fiel recht schnell wieder auf den Boden der deutschen Tatsachenpolitik. xvc



AXEL SCHMIDT / REUTERS

## Dreifachsternchen

● Während der Lektüre der Harry-Potter-Romane von **J. K. Rowling**, 52, fragte man sich manchmal, wie die Schriftstellerin die Konzeption der Geschichte eigentlich bewältigt hatte. Sieben Bände, rund 4000 Seiten (in der deutschen Übersetzung), ein Kosmos an Figuren und Handlungssträngen, die über viele Kapitel hinwegreichen. Im vergangenen Oktober eröffnete die British Library in London eine Ausstellung mit dem Titel »Harry Potter –

Eine Geschichte voller Magie«, in der auch Originalmanuskripte und Notizen J. K. Rowlings präsentiert wurden. Am 31. Mai erscheint nun ein



MARY MCCARTNEY

Bildband unter demselben Titel (Carlsen Verlag), in dem einige von Rowlings Notizen als Faksimile-Seiten abgedruckt sind. Besonders fällt auf, dass die Schriftstellerin gern schnöde, linierte Collegeblöcke benutzt. Dem großen Werk ging viel Fleißarbeit voraus. Für die Konzeption des fünften Bandes »Der Orden des Phönix« hat Rowling auf sieben Seiten chronologisch strukturierte Tabellen gezeichnet, in denen sie die Figuren und deren Aufenthaltsorte vermerkte und den Handlungs-

verlauf in Stichworten notierte. »Wenn ich ein Buch plane, habe ich oft mehrere Ideen gleichzeitig im Kopf«, schreibt Rowling, »ich versuche dann immer, die besten zu erwischen, wenn sie vorbeifliegen, und sie auf Papier festzuhalten. Meine Notizbücher sind voller Pfeile und Dreifachsternchen, die mich anweisen, vier Seiten vorzublättern, vorbei an den Ideen, die ich 20 Minuten früher hastig hingekritzelt habe, um mit der Handlung der Geschichte fortzufahren.« clv

## Predigt ohne Sünde

● Gibt man in einer Suchmaschine die Wörter »Reaktion Curry« ein, kommen Treffer zu Gewürzallergien und anaphylaktische Schocks. Gesucht hat man aber nach Reaktionen auf die mittlerweile legendäre Predigt des Bischofs **Michael Curry**, 65, die dieser bei der Trauung von Prinz Harry und Meghan Markle hielt. Ein Plädoyer für die Kraft der Liebe, weltweit gefeiert, aber auch neidvoll betrachtet. Da etliche Zuschauer wohl nicht umhinkamen, sich an die alten Gottesdienste zu er-

innern, in die man mit der Schulklasse ging, und da doch eine gewisse Diskrepanz feststellen mussten hinsichtlich Lebensfreude und Charisma. Man muss schon eine Weile suchen, um kritische Stimmen zu finden, zum Beispiel die des Theologen, Buchautors und Leiter des Gebetshauses Augsburg, **Johannes Hartl**, 39, der zwar keinen anaphylaktischen Schock erlitt, aber doch etwas verunsichert war: Seiner Meinung nach fehlte in der Predigt der Hinweis auf das Böse im Menschen, also »jene Kräfte – die die Bibel Sünde nennt«. Und schon ist man wieder im Schulgottesdienst. xvc



## Stars im Abspann

● Als sogenannten Cameo bezeichnet man einen sehr kurzen Auftritt einer bekannten Person in einem Film. Der Witz dabei ist, dass der Auftritt nicht angekündigt ist und das Publikum überrascht wird. Besonders raffiniert ist es, wenn man den Star nicht mal erkennt und erst im Abspann darauf aufmerksam gemacht wird – so geschehen in »Star Wars: Das Erwachen der Macht«, in dem der Schauspieler Daniel Craig einen Stormtrooper spielt, seinen Helm aber nie abnimmt. Auch **Trevor Noah**, 34, Moderator der US-amerikanischen »Daily Show«, hielt seinen Auftritt geheim, in dem Superheldenfilm »Black Panther«, der im Februar in die Kinos kam und als erste große Hollywoodproduk-

tion mit fast ausschließlich schwarzem Cast gefeiert wurde, spricht Noah die Stimme eines Computersystems. Das fiel erst diese Woche einem aufmerksamen Zuschauer auf, der genau den Abspann studierte. Noah, der in Südafrika aufwuchs, hatte in seiner Talkshow von dem Film geschwärmt, weil darin Xhosa gesprochen werde – seine Muttersprache: »Es gab Untertitel, und ich habe gedacht: Die brauche ich gar nicht.« xvc



PETER ROGGENTHIN / DER SPIEGEL

## Der Augenzeuge

# »1000 Euro Bußgeld«

Gerd Lesko, 46, leitet die Polizeiinspektion am Nürnberger Flughafen. Vor den bayerischen Pfingstferien erwischte die Beamten der Dienststelle 14 schulpflichtige Kinder, die ohne Erlaubnis mit ihren Eltern vorzeitig in den Urlaub fliegen wollten.

● »Jeder, der von Nürnberg aus in ein fernes Land außerhalb des Schengenraums fliegen will, muss seinen Pass vorzeigen. Wir schauen, ob das Dokument gültig ist und ob der Passagier ausreisen darf. Bei diesen Routinekontrollen sehen wir immer wieder Familien mit Kindern, die in den Urlaub fliegen wollen – obwohl gar keine Schulferien sind. Manche haben vom Schulleiter eine Befreiung bekommen. Andere fehlen unerlaubt, und das ist ein Problem. In Deutschland gilt die Schulpflicht.

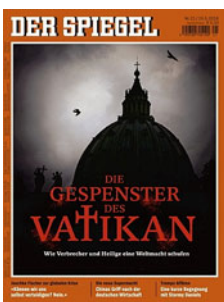
Wir veranstalten keine Jagd auf Schwänzer und schon gar keine Razzien. Es gibt keine konzertierten Aktionen, wie jetzt in Zeitungen behauptet wurde. Aber wenn uns bei normalen Grenzkontrollen auffällt, dass ein Kind eigentlich in der Schule sitzen müsste, können wir nicht die Augen verschließen. Menschlich verstehe ich ja, dass Eltern gern die günstigsten Angebote buchen möchten. Aber wir sind nun mal eine Behörde, wir vertreten Recht und Gesetz. Deshalb müssen wir die Vorfälle melden.

Die zuständige Verfolgungsbehörde – das Schulamt oder die Schule selbst – legt fest, was weiter geschieht. Meist fallen Bußgelder an, 200 bis 300 Euro pro Kind plus Verfahrenskosten sind nicht selten. Die Höhe unterscheidet sich von Behörde zu Behörde und variiert auch je nach Schwere des Verstoßes. Im schlimmsten Fall, wenn die Eltern schon mehrfach die Schulpflicht missachtet haben, können es bis zu 1000 Euro werden. Dann hat sich der Preisvorteil beim Buchen der Flüge schnell relativiert.

Die Eltern reagieren darauf sehr unterschiedlich. Manche fühlen sich ertappt und entschuldigen sich. Andere fangen an, mit den Beamten zu diskutieren. Neulich schlug jemand vor, Schulen sollten Gleittage einführen, wie manche Arbeitgeber es tun.

Wer erwischt wird, darf übrigens trotzdem fliegen. Die Familien sind durch das Bußgeld genug gestraft, und die Ferienlaune ist sowieso erst mal getrübt. Die Abreise komplett zu verhindern wäre unverhältnismäßig.«

Aufgezeichnet von Miriam Olbrisch



## »Hätte der katholische Klerus noch die Machtfülle früherer Zeiten, würden für die mutigen Autoren dieses Artikels schon die Scheiterhaufen errichtet!«

Georg Malkowsky, Bockenem (Niedersachsen)

### Gegen das Establishment

**Nr. 21/2018** Die Gespenster des Vatikan – Wie Verbrecher und Heilige eine Weltmacht schufen

Religiöse Heilsbotschaften sind schon immer erste Wahl gewesen, wenn machtbesessene Diktatoren ein Instrument benötigten, um sich für Mord und Totschlag an Andersdenkenden zu rechtfertigen. Wenn der derzeitige gutherzige Papst da korrigierend eingreifen möchte, ist das ehrenhaft, kann aber einen aufgeklärten Menschen nicht davon abhalten, sich angewidert von allen Religionen abzuwenden.

Peter Heinrichs, München

Wollen Sie es ernsthaft im Jahr 2018 als News verkaufen, dass im Namen Christi von dessen Stellvertretern auf Erden Untaten begangen worden sind? Ich habe den Eindruck, dass Sie nichts Neues zu berichten haben. Richtig interessant wird es erst auf der letzten Seite, wo Sie den Kampf des derzeitigen Papstes gegen das herrschende Establishment im Vatikan anreißen. Aber auch hier bleiben Sie jegliche tiefer gehende Analyse schuldig.

Jörg Warnatz, Ettlingen (Bad.-Württ.)

Qualitätsjournalismus bin ich als langjähriger SPIEGEL-Leser gewohnt. Doch immer wieder gibt es Beiträge, die das noch toppen, zum Beispiel dieser Artikel. Eine solch spannende Vatikan-Analyse habe ich selten gelesen. Die beiden Autoren Clemens Höges und Walter Mayr recherchieren mutig, respektlos und plausibel.

Werner Reichhardt, Osnabrück

Dieser Artikel sollte überall verteilt werden, damit allenthalben die Vernunft einzieht und der Verstand triumphiert.

Günter Ramdohr, Kassel

Papst Franziskus müsste mindestens 120 Jahre alt werden, um ein paar klitzekleine Änderungen im System zu erwirken. Ein Leben reicht nicht aus, um im Vatikan grundlegende Dinge zu ändern. Jetzt ist mir klar, warum immer nur so alte Herren gewählt werden.

Dieter Bogedain, Überlingen (Bad.-Württ.)

Danke für die aufschlussreiche Geschichte, die die anderen Facetten der römisch-katholischen Kirche aufzeigt. Von den bis

heute 266 Päpsten waren übrigens etliche verheiratet. Eine kleine, aber aussagekräftige Ergänzung zum Thema Zölibat, an dem die katholische Kirche nebst anderem noch zugrunde gehen wird. Gut, dass ich mich vor etwa 20 Jahren aus diesem »Klub« verabschiedet habe.

Robert Bleuer, Zollikofen (Schweiz)



Papst Franziskus 2015 im Vatikan

Die beste Wahrheit, die ich gelesen habe. Religionen spiegeln den Menschen. Er und der Glaube bestehen aus Unkenntnis, Angst, Macht, Intrigen, Kriegen, letztlich irgendwann Untergang. Nur das Denken des Buddhismus wird überleben, weil er keine Religion, sondern ein In-sich-Hineinhören ist.

Wilhelm Gerhards, Hameln (Nieders.)

Wenn der SPIEGEL den Vatikan und die Kirche auf dem Titel hat, dann ahnt man schon, was folgt: wenig Neues, dafür viel Vorurteil. So wird auch diesmal das Sündenregister der Kirche aufgelistet und dann die Legende vom »finsternen Mittelalter« aufgewärmt, das Geschichtsbild der Aufklärung. Nein, Gelasius hat nicht einfach behauptet, die »geistliche Macht sei der weltlichen übergeordnet«, vielmehr gilt das laut ihm nur in Glaubens- und Kirchenfragen. In weltlichen kommt dem König oder Kaiser die höchste Dignitas zu. Und die Finsternis: Ist sie nicht eher auf den Einbruch barbarischer Völker aus dem Norden und Osten als auf das Christentum zurückzuführen? Wir (und auch die Muslime!) wüssten überhaupt nichts von den geistigen Errungenschaften der griechischen Antike, wenn ihre Werke nicht in Kathedral- und Klosterbibliotheken aufbewahrt und gelesen worden wären. Schließlich: Woher kam denn nach tausend Jahren Finsternis das Licht? Vom Himmel fiel es nicht.

Dr. Herbert Kraume, Merzhausen (Bad.-Württ.)

Wenn Sie in der Redaktion wüssten, wie gut der Glaube tut, wie viele Menschen die Hoffnung auf Ewigkeit brauchen und nur allein daraus Kraft zum Durchhalten beziehen und wie wichtig letztendlich die Liebe ist, die man nirgendwo anders lernen kann – so würden Sie mehr positiv als negativ über Kirche und Glauben berichten. Aber vielleicht setzt sich diese Erkenntnis ja noch durch.

Hans Günter Cornick, Braunschweig

Alle Gläubigen sollten ein Zitat von Stephen Hawking für sich hinterfragen. Er sagte es 1981 auf der Kosmologietagung im Vatikan: »Wenn das Universum einen Anfang hatte, können wir von der Annahme ausgehen, dass es durch einen Schöpfer geschaffen worden sei. Doch wenn das Universum wirklich völlig in sich selbst abgeschlossen ist, wenn es wirklich keine Grenze und keinen Rand hat, dann hätte es auch weder einen Anfang noch ein Ende: Es würde einfach *sein*. Wo wäre dann noch Raum für einen Schöpfer?«

Hans-Ulrich Bresch, Cuxhaven

Der Reformpapst vermag zwar im Rahmen seiner Macht in der Zeit zu wirken, welche ihm zur Verfügung steht, aber die Zeit ist eine launische Diva, die über Franziskus hinwegschreitet. Was bleiben wird, ist eine Kirche, welche die Zweifel an ihrer Lehre nicht überwinden kann, weil sie in der Zeit gefangen ist.

Bernhard Feghelm, Würzburg

### Zu Hause, deutlich sichtbar

**Nr. 20/2018** Das Zerwürfnis zwischen der CSU und der katholischen Kirche

Als katholischer Christ freue ich mich über die Kreuze allerorts, auf Feld, Flur und als Gipfelkreuz auf den Bergen und habe – freiwillig – auch eins zu Hause hängen. Aber jetzt, im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl, Behörden und Ämter per Anordnung zu verpflichten, noch mit dem Hinweis, es hätte in erster Linie nichts mit Religion, sondern mit bayerischer Kultur zu tun, ruft nicht zu Unrecht den Protest katholischer Würdenträger, zum Beispiel des Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz Kardinal Marx, und evangelischer Theologen wie Bischof Bedford-Strohm und Margot Käßmann hervor. Auch Verfassungsrechtler melden Beden-



ken an, da die Neutralitätspflicht des Staates infrage gestellt wird. Herr Söder sollte doch erst mal an die CSU-Mitglieder appellieren, dass diese zu Hause, deutlich sichtbar im Eingangsbereich, ein Kreuz anbringen sollen. Vielleicht ist ja der nächste Schritt schon geplant, dass in Ämtern, Behörden und Bildungseinrichtungen deutlich sichtbar ein Porträt des neuen Landesfürsten Dr. Markus Söder aufzuhängen ist.

Guido Immler, Augsburg

Der »Kreuzzug« des Herrn Söder geht in die Richtung dessen, was wir zu Recht am Islamismus kritisieren: des Missbrauchs der Religion durch die Politik.

Ekkehard Sander, Denkendorf (Bad.-Württ.)

## Wo bleibt der Wechsel?

**Nr. 20/2018** Der VW-Konzern betreibt die Aufarbeitung des Abgas-skandals bis heute nur halbherzig

Es ist wie immer: Die Politiker kungeln mit der Wirtschaft und kuschen vor ihr. Es bleibt wieder nur der Justiz als einzig verlässlichem Garant der Demokratie, ihre Aufgabe ohne Ansehen der Person wahrzunehmen. Die Politikverdrossenheit steigt weiter.

Jürgen Neunaber, Oldenburg



STEFAN THOMAS KROEGER / LAIF

## Konzernlenker Winterkorn 2014

Unabhängig davon, ob Winterkorn, Stadler oder der Aufsichtsrat davon gewusst haben, sie sind für eine Unternehmenskultur verantwortlich, welche den Betrug an den Kunden erst möglich gemacht hat, und dafür, dass immer noch so weitergemacht wird. Wo bleibt da die Verantwortung? Wo bleibt der Wechsel?

Jochen Richter, Karlsruhe

## Es geht um Macht

**Nr. 20/2018** Kritik unerwünscht – Jan Fleischhauer über die #MeToo-Diskussionskultur

Ich stimme den Argumenten von Herrn Fleischhauer weitgehend zu. Nur in einem Punkt muss ich widersprechen. Nicht jede Frau traut sich, umgehend Nein zu sagen oder eine SMS zu ignorieren, viele könnten dies in einer solchen Situation noch nicht mal auf verträgliche Weise tun. Das liegt vor allem daran, dass zu viele erbärmliche Typen in Chefetagen sitzen, die ein

Nein nicht hinnehmen können, sondern glauben, das Recht zu haben, den beruflichen Lebensweg des Opfers zu zerstören.

Peter Heinrichs, München

Eine Debatte über #MeToo ist sicherlich erlaubt und auch wichtig, aber solange in den Köpfen unser altes kulturelles Erbe, das Patriarchat, fest verankert ist, werden Frauen sich gegen sie wehren, zumal wenn sie so unqualifiziert daherkommt und einen offensichtlichen Machtmissbrauch ver-harmlost. Eine 25-jährige Praktikantin, die nachts per SMS von ihrem Chef zu einem Dienstgespräch zitiert wird, muss nicht davon ausgehen, dass sie vergewaltigt werden wird. Hier besteht ein Abhängigkeitsverhältnis, und es geht um Macht. Ein Armutszeugnis für den Mann, der nicht artikuliert, dass er Sex haben will, und dafür ein Dienstgespräch vorschiebt. Das ist Machtmissbrauch. Nein, Herr Fleischhauer. Solange Übergriffigkeit und sexuelle Nötigung als Kavaliersdelikt gelten, werden Frauen ihren Ärger öffentlich machen.

Heidrun Bosse, Gettorf (Schl.-Holst.)

Männliches Rumgeheule hin oder her, Hauptsache, der Fall der WDR-Praktikantin führt dazu, dass Männer es sich in Zukunft zweimal überlegen, bevor sie ihre Mitarbeiterinnen mitten in der Nacht zu einer »Drehbesprechung« zu sich ins Zimmer einladen. Denn davon und von nichts anderem war in der SMS die Rede. Ihrer derben Kritik entnimmt man, dass Sie, Herr Fleischhauer, als junger Mann wohl nie Angst hatten, durch die Verweigerung einer zuvor schriftlich angekündigten »Arbeitsbesprechung« ihren Job zu verlieren. Willkommen in der Realität von Frauen.

Brigitte Wolfsteiner, Merkenbach (Hessen)

Wegen Jan Fleischhauers Lust am Provokieren lese ich seine Kolumnen eigentlich mit Vergnügen. In puncto Machtstrukturen scheint er jedoch erheblichen Nachholbedarf zu haben: Angesichts der Aussage »solange intime Beziehungen am Arbeitsplatz nicht verboten sind, kommt man nicht umhin, von Menschen zu verlangen, dass sie zu erkennen geben, wenn ihnen etwas unangenehm ist« entfuhr mir ein fassungsloses: »Ja, wie oft denn? Wie oft soll ich Nein sagen, soll ich mich entwinden und abwenden, bis ein sich selbst für unwiderstehlich haltender Auftraggeber dieses Nein endlich akzeptiert?« Meine langjährigen Erfahrungen mit älteren, fest angestellten Kollegen: Als Freiberuflerin bist du Freiwild! Zumindest bis zu einem gewissen Alter.

Anke Pedersen, freie Journalistin, Düsseldorf

Die Unterzeile »Was einem Mann widerfahren kann, der den modernen Feminismus hinterfragt« ist falsch. Herr Fleisch-

hauer kritisiert die Debatte, er hinterfragt sie nicht. Die zwei Seiten sind kein Debattebeitrag, sondern eine Trotzreaktion. Im ersten Absatz ist schon alles gesagt, was der Autor offensichtlich sagen möchte: Geb' Gott, dass das endlich aufhört, und recht hab ich doch. Was Jan Fleischhauer nicht zu sehen scheint: Immer, wenn sich die Macht eines Menschen mit durch diesen Menschen ausgeübter Gewalt gegen andere mischt, liegt ein Vergehen vor, das nur eins gehört: verurteilt, möglichst juristisch.

Amanda Gänzel, Berlin



FRANCESCO CICCIOLELLA / DER SPIEGEL

Seit Ende der Sechzigerjahre leben wir Frauen in der westlichen Welt nun mehr oder weniger sexuell »selbstbestimmt«. Die aktuelle Debatte um die Aufdringlichkeiten vieler Männer ist mir unbegreiflich. Sich hinter Hilf- und Ahnungslosigkeit zu verstecken – ist das nicht ein Armutszeugnis? Männer sind schnell mal zu begeistern, darauf geht man ein, oder man lehnt dankend ab. Wir Frauen sind keine Opfer – die #MeToo-Debatte will uns das einreden. Und erst Jahre, oft Jahrzehnte später von einem Übergriff zu berichten, wie ängstlich ist das denn? Mein Fazit: Ihre Frage in dem Artikel ist absolut berechtigt! Und notwendig. Bleiben Sie bitte unbequem!

Hilke Flickenschmidt, Berlin

Wenn jemand abends auf der Straße überfallen wird und dieser Person das Handy geklaut wird, ist das Erste, was Ihnen einfällt, wirklich, diese Person zu fragen, warum sie denn abends unterwegs war und dann auch noch ihr Handy dabei hatte? Meiner Ansicht nach geht es bei der #MeToo-Debatte erst mal darum klarzumachen, dass sexuelle Übergriffe auf Frauen immer noch Teil der uns allumgebenden Struktur sind und auch ein Indiz dafür, dass das Machtungleichgewicht zwischen Männern und Frauen immer noch den gelebten Alltag prägt.

Jana Vasil'eva, Erlangen

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe ([leserbriefe@spiegel.de](mailto:leserbriefe@spiegel.de)) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) zu archivieren.

## Hohlspiegel

Die »Rheinpfalz« über ein Fußballspiel:  
»Ein reguläres Tor von Schiedsrichter  
Sören Storks wurde nicht anerkannt.«

Aus der Frankfurter Monatszeitung »Die  
Lokale«: »Ob Wurst, Salat, Brötchen,  
Kuchen, Obstsalat oder Süßigkeiten –  
für das weibliche Wohl ist gesorgt.«

**Nachbar su. Bardame/n**  
m. u. w. Gerne Anfänger und Aus-  
hilfen. Tel. [REDACTED] ab 20 Uhr

Kleinanzeige im  
»MarktSpiegel Erlangen«

Aus der Fernsehzeitschrift »TV Today«:  
»So lassen Spezial-Make-up-Künstler  
Filmtote besonders lebendig aussehen.«



Schild an einem Waldweg in der Nähe  
von Neidlingen (Baden-Württemberg)

Der Zürcher »SonntagsBlick« zur Sänge-  
rin Barbra Streisand in der #MeToo-  
Debatte: »Im Gegensatz zu vielen ihrer  
Kolleginnen wurde sie im Laufe ihrer  
Karriere nie ein Opfer sexueller Belästi-  
gung. Sie sei froh, dass sich die  
Verhältnisse jetzt geändert hätten.«

Laden 75qm inc. Nebelräume  
zu vermieten

Aushang an einem Ladenlokal  
in Hameln

## Absage wegen Surferproblemen

Bad Schönborn (psp). Technische  
Probleme mit dem Server führten  
dazu, dass die Einladung und die  
Unterlagen zur für Dienstag, 15.

Aus der »Bruchsaler Rundschau«



## Das Nachrichten- Magazin für Kinder.



Jetzt  
testen:

[www.deinspiegel.de](http://www.deinspiegel.de)

dein **SPIEGEL**  
EINFACH MEHR WISSEN

## Rückspiegel

### Zitate

Das Unternehmen Media Tenor, das  
aus den Erwähnungen in 40 ausgewählten  
Meinungsführermedien ein Zitate-  
Ranking erstellt, über die Zitierungen  
von SPIEGEL-Artikeln zwischen  
dem 1. Januar und dem 15. Mai 2018:

Nachdem der SPIEGEL nach dem ersten  
Quartal nur knapp vor der »Bild« lag  
(zwei Zitate), haben die Hamburger ihren  
Vorsprung im Media-Tenor-Zitate-Ran-  
king als meistzitiertes Medium inzwischen  
ausgebaut (410 Zitate gegenüber 364 Zitate  
der »Bild«-Zeitung –Red.) ... Der SPIEGEL  
wurde zuletzt immer wieder auch zu den  
jüngsten Entwicklungen bei der Bundes-  
wehr zitiert, häufiger als alle anderen deut-  
schen Medien, explizit immer wieder auch  
SPIEGEL ONLINE.

Der »Tagesspiegel«  
zum Buch »Nachruf auf Amerika«  
des SPIEGEL-Chefredakteurs  
Klaus Brinkbäumer:

Der »sick boy« der westlichen Welt aber,  
das sind seit der Wahl Donald Trumps die  
USA, und Trump ist, so SPIEGEL-Chef-  
redakteur Klaus Brinkbäumer, »die Krö-  
nung der Antipolitik, der Entdemokrati-  
sierung« ... Trump ist für Brinkbäumer  
Symptom einer Entwicklung, die älter und  
tiefer ist als dieser »Politikdarsteller«. In  
Florida, »wo sich die amerikanische Mittel-  
klasse in den Schatten der Kokospalmen  
legen wollte, stand sie nun in Suppen-  
küchen an«. Die Finanzkrise 2008 brach  
der amerikanischen Mittelschicht das  
Genick.

### Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 43/2015 »Sommer, Sonne,  
Schwarzgeld« über eine dubiose  
6,7-Millionen-Euro-Zahlung des Deut-  
schen Fußball-Bundes im Jahr 2005,  
die auf einem Konto des ehemaligen  
Adidas-Chefs Robert Louis-Dreyfus  
in der Schweiz landete.

Mitte Mai erhob die Staatsanwaltschaft  
Frankfurt gegen die ehemaligen DFB-  
Funktionäre Horst R. Schmidt, Wolfgang  
Niersbach und Theo Zwanziger Anklage  
wegen Steuerhinterziehung. Die Ermittler  
sind überzeugt, dass der DFB mit der  
Zahlung ein Privatdarlehen von Dreyfus  
an Franz Beckenbauer, damals Chef  
des WM-Organisationskomitees, ausge-  
glichen und später als Betriebsausgabe  
steuerlich geltend gemacht hat. Schmidt,  
Niersbach und Zwanziger wiesen die Vor-  
würfe zurück.

# Highlights für Studenten

12 x DER SPIEGEL + UNI SPIEGEL + Prämie für nur €24,90!



## JBL GO-Bluetooth-Lautsprecher

Streamt Musik vom Smartphone oder Tablet sowie Freisprechfunktion via Bluetooth. Zuzahlung: €1,-.



## 10€ Amazon.de Gutschein

Erfüllen Sie sich einen Wunsch: über eine Million Bücher sowie DVDs, Spiele, Technikartikel und mehr.



## Steckschlüsselsatz

130-teilig, inkl. Umschaltknarre. Hersteller: Brüder Mannesmann. Zuzahlung: €1,-.



## ABUS-Fahrradschloss

Mit Vierkantkette, Stahlschloss und Textilschlauch. Länge: ca. 75 cm. Zuzahlung: €1,-.



## King-Messerset in Magnetbox

Fünf farbenfrohe Küchenmesser mit einer antibakteriellen Ausstattung und rutschfesten Griffen. Zuzahlung: €1,-.



## Ferngesteuerter »Porsche 918 Spyder«

Gute Fahreigenschaften und elegante Optik. Im Maßstab 1:24, komplett vormontiert. Zuzahlung: €1,-.

Alles inklusive für Studenten



Jetzt den SPIEGEL testen und Prämien-Highlight wählen!

Sichern Sie sich 12x den SPIEGEL für nur €24,90 frei Haus. Sie sparen über 59% und erhalten ein Prämien-Highlight dazu! Dieses Angebot gilt nur für Studenten.

Einfach jetzt anfordern:

 [abo.spiegel.de/studenten-highlights](http://abo.spiegel.de/studenten-highlights)

 **040 3007-2700** (Aktionsnummer: SP18-098)

Exklusives Anbaugebiet Holsthum bei Bitburg im Naturpark Südeifel

# So gut kann Bier schmecken.

Andreas Dick,  
Hopfenbauer für Bitburger

*Bitte ein Bit*

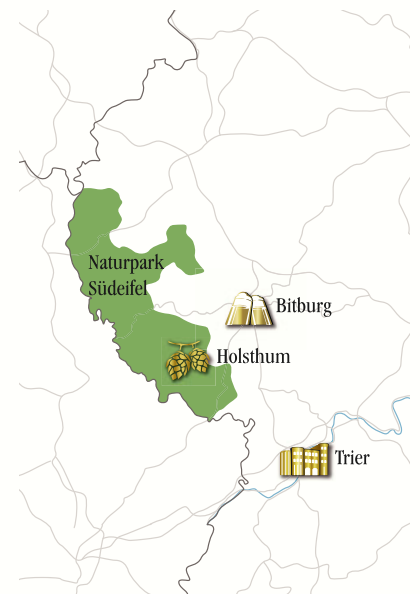


## Kennen Sie das Geheimnis des Bitburger Siegelhopfens? Heimischer Hopfen aus Holsthum bei Bitburg!

Bei Bitburger verpflichten wir uns seit über 200 Jahren zu bester Qualität. Das Einlösen dieses Qualitätsversprechens macht unser Bier unverwechselbar und seinen Geschmack einzigartig. Deshalb kaufen wir ausschließlich Rohhopfen aus der Hallertau in Bayern, eines der größten zusammenhängenden Hopfenanbaugebiete der Welt und aus Holsthum bei Bitburg im Naturpark Südeifel. Diese Siegelhopfen wählen wir nach unseren Qualitätsanforderungen aus und unterziehen sie einer anspruchsvollen Güteprüfung vor Ort. Denn für unsere Bitburger Hopfenrezeptur verwenden wir



nur die für uns besten Hopfensorten. Ganz besonders stolz sind wir auf den Bitburger Siegelhopfen, der nur wenige Kilometer von der Brauerei entfernt von der Hopfenbauerfamilie Dick mit großer Sorgfalt und jahrzehntelanger Erfahrung angepflanzt wird und ausschließlich von uns für unsere Biere verwendet wird. Die besondere Komposition aus Hallertauer und Bitburger Siegelhopfen, unserer Naturhefe und unserem Tiefenwasser verleiht Bitburger seinen feinerben Charakter und seinen einzigartigen Geschmack. Und deshalb: Bitte ein Bit.



Erfahren Sie, was den Bitburger Geschmack so einzigartig macht: [www.bitburger.de](http://www.bitburger.de)